

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Kommunistisches Programm

— Theoretische Zeitschrift der IKP —

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 25/26

JULI 1980

IN DIESER NUMMER:

- DAS ZEITALTER DER KRIEGE UND DER REVOLUTIONEN
- DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ITALIENS UND DIE FASCHISTISCHE OFFENSIVE (1921 - 1924), IV. , abschließender Teil
- ZUR ENTSTEHUNG DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT IN INDOCHINA
DIE BILDUNG DES VIETNAMESISCHEN NATIONALSTAATES
NATIONALE REVOLUTION UND UNTERGANG KAMBODSCHAS
- ENTWICKLUNG UND ROLLE DES KLEINBÜRGERLICHEN ANTIIMPERIALISMUS
AM BEISPIEL DER FSLN IN NICARAGUA

Erscheint vierteljährlich — Preise: DM 5,—, Belgien: bfr 80,— / Dänemark: dkr 16,— / Frankreich: FF 12,— / Italien: 2500 Lire / Niederlande: hfl 5,50 / Österreich: 35 ÖS / Schweden: 12 sKr / Schweiz: sfr 5,—. Jahresabonnement: Preis für 4 Exemplare

Das Zeitalter der Kriege und der Revolutionen

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging 1914 nicht allein die "belle époque" der Bourgeoisie, sondern auch eine ganze historische Phase zu Ende. Dieser Krieg sollte angeblich der *allerletzte* sein. Er war in Wirklichkeit der *erste* große Krieg einer nunmehr in ihr höchstes, in ihr imperialistisches Stadium eingetretenen kapitalistischen Welt. Er kennzeichnete die Eröffnung eines neuen Zeitalters, *des Zeitalters der Kriege und der Revolutionen*.

Während der kleinbürgerliche Pazifismus im Krieg nur den höchsten Schrecken erblickte, zeigten die Kommunisten, daß dieser brutale Ausbruch der Widersprüche des Kapitalismus gleichzeitig auch das Heranreifen der objektiven Bedingungen der Revolution bedeutete. Das imperialistische Stadium kennzeichnet sich gerade durch die äußerste Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus und aller durch sie bedingten sozialen Gegensätze, die nur auf dem Wege der Gewalt gelöst werden können - im Krieg zwischen den bürgerlichen Staaten oder im Krieg zwischen den Klassen, in der Revolution.

Dies bedeutet nicht, daß die Krisen, Kriege und Revolutionen etwa ständig auf der Tagesordnung stünden. Einige Schriften aus dem Zeitraum 1914 - 1924 mögen diesen Anschein erwecken, aber es handelt sich hierbei um Propagandaschriften und nicht um wissenschaftliche Untersuchungen. Vom Standpunkt der Agitation war es damals, mitten im Kampf, völlig legitim, von "Zersetzung" der kapitalistischen Gesellschaft, von "Todeskrise" des Kapitalismus und von "entscheidenden" Kämpfen für das Überleben der Menschheit zu reden. Man darf diese Formulierungen aber nicht *wörtlich* nehmen. Selbst in dem Stadium, wo sich seine Widersprüche am heftigsten äußern, entwickelt sich der Kapitalismus in Form und Zyklen und nicht durch eine gleichmäßig fortschreitende Bewegung. Jede Periode, in deren Verlauf sich die Widersprüche und die Antagonismen mit der Akkumulation von Kapital anhäufen, führt zu einer gewaltsamen Explosion. Hat das Proletariat nicht die Kraft, diese allgemeine soziale Krise auszunutzen, um einen entscheidenden Sieg zu erringen, so wird die Krise von der Bourgeoisie auf *ih-*

re Weise gelöst, nämlich, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, "*einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte*". Damit aber bereitet die Bourgeoisie den Boden für eine neue Periode der Akkumulation von Kapital und zugleich der Akkumulation von Widersprüchen und Antagonismen, und zwar jetzt auf einer noch höheren Stufenleiter.

Diese Akkumulationsperioden weisen übrigens keineswegs einen "friedlichen" Charakter auf, nur bleibt in ihnen die offene Gewalt *lokal beschränkt*, es bricht kein *allgemeiner* Konflikt aus. So hat es seit dem Ende des zweiten imperialistischen Krieges praktisch nicht *einen einzigen* Tag des Friedens in der Welt gegeben. Aber ein Konflikt, in dem sich die großen Imperialismen direkt in die Haare geraten wären und der alle anderen Länder miteinbezogen hätte, war materiell nicht möglich, da die Bedingungen hierfür nicht reif waren.

Auch heute sind sie es noch nicht, sie haben aber heranzureifen begonnen. In einer vor zwei Jahren in der Nr. 19 dieser Zeitschrift veröffentlichten Untersuchung der Entwicklung der imperialistischen Gegensätze seit dem 2. Weltkrieg haben wir im einzelnen gezeigt, daß die kapitalistische Welt nunmehr die Nachkriegsphase abgeschlossen hat und in eine neue Phase der *Kriegsvorbereitungen* eingetreten ist. Wir haben unter anderem die materiellen Ursachen herausgearbeitet, die die zwei Supermächte dazu treiben, insbesondere in dem riesigen Gebiet zwischen dem Nahen Osten und dem Indischen Ozean, zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Oman, dem Horn von Afrika und dem Persischen Golf aufeinander zu stoßen, ein Gebiet, das heute für alle imperialistischen Mächte zur "Sicherheitszone" geworden ist. Durch die Weltwirtschaftskrise und die "Erdölkrise" wurden diese materiellen Ursachen nur noch verschärft, und sie lassen die vergebliche Suche nach dem "Schuldigen", dem "Aggressor", dem "Expansionisten" mehr denn je sinnlos erscheinen.

In jedem Fall ist diese Suche so blödsinnig wie scheinheilig, denn wenn es eine *von Hause aus aggressive* Produktionsweise gibt, die kein Hindernis und keine Grenze anerkennt, die auf die

grenzenlose Expansion und die Internationalisierung ihrer besonderen Produktions- und Austauschverhältnisse zielt, so ist dies gerade der Kapitalismus. Unter den besonderen Bedingungen der Zeit nach dem 2. Weltkrieg und ihrer komplexen und stürmischen Entwicklung hat diese Suche nach dem Schuldigen den Gipfel des Absurden erreicht. Dabei werden die nachdem Krieg verstrichenen Jahrzehnte von den "fortschrittlichen" Parteien und Persönlichkeiten mit Märchenbildern geschildert.

Mit Schrecken rufen sie die Zeiten des "kalten Krieges" ins Gedächtnis, wo sich die zwei großen kapitalistischen Mächte und ihre monströsen politisch-militärischen Apparate auf beiden Seiten des "Eisernen Vorhangs" feindselig gegenüberstanden und ihre jeweiligen Satelliten eifersüchtig bewachten; wo jeder sich als friedensbegeistert ausgab und den anderen der Kriegslüsterheit bezichtigte; wo jeder sich tatsächlich oder potentiell angegriffen und damit gerechtfertigt oder gar gezwungen fühlte, sich *angreifend* zu *verteidigen*, ohne deshalb jedoch formell zum Aggressor zu werden. Mit Nostalgie erinnern sie sich an die Zeit der "Entspannung", das Zeitalter des ewigen Friedens, das sie gegen die neu erwachten "kriegerischen Instinkte" des Ostens oder - je nach ideologischer Vorliebe - des Westens wiederherstellen möchten. Sie "vergessen" ganz einfach, daß das labile Gleichgewicht der unmittelbaren Nachkriegszeit *unvermeidlich* in die Brüche gehen mußte. In ihm lagen bereits alle späteren Spannungen und Entspannungen angelegt, lauter Äußerungen von ökonomischen, diplomatischen und militärischen Widersprüchen, deren wachsende Zuspitzung schließlich zur Generalabrechnung führen muß.

Denn der Kapitalismus neigt dazu, alle "Vorhänge", ob aus Tüll oder aus Eisen, zu zerreißen. Seine *normale* Lebensweise ist der *ungehinderte* Austausch von Waren und Kapitalien, inklusive jener besonderen Ware, die das wertvollste Kapital Stalins darstellte, des Menschen. Es ist, kurz gesagt, die friedliche Koexistenz. Aber gerade diese normale Lebensweise macht *notwendigerweise* jeden Kapitalisten, jedes kapitalistische Unternehmen, jeden Staat und jedes kapitalistische "Imperium" zu einem *Aggressor*, einem objektiven *Expansionsherd*, einem *Kriegsgott* - des Handels-, Finanz-, diplomatischen oder militärischen Krieges. Gerade diese normale Existenzform ist es, die jeden dazu zwingt, seinen "Lebensraum" zu verteidigen und *folglich* - selbst wenn der Kapitalismus nicht immer versuchen würde, seine Besitzungen auszudehnen - den Nachbarn anzugreifen, sich ihm gegenüber wie ein "Aggressor" zu verhalten.

Man braucht nicht eines jener zahlreichen statistischen Institute um eine Auflistung der gegenseitigen Interventions- und Aggressionsakte Amerikas und Rußlands seit 1945 zu bitten, wenn man durch den *einzigen* wirklich soliden Vorhang der kapitalistischen Welt hindurchzusehen vermag, den Rauchvorhang der Propaganda, die die imperialistischen Unternehmungen zu rechtfertigen und zu verherrlichen sucht. Man darf nicht der vereinfachenden Theorie auf den Leim gehen, derzufolge nur die

Verletzung der Grenzen eines Staates durch eine Panzerdivision, eine Bomberstaffel oder einen Kanonenbootverband einen Kriegsakt darstellt, nicht aber der Einbruch mit Nahrungsmitteln, Technologie und Kapital in ein ökonomisch schwächeres Gebiet. Kommt ein General an der Spitze seiner Armee und setzt ein brutales Diktat durch, dann erblickt diese Theorie eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer. Wenn aber ein Finanzexperte an der Spitze seiner Berater kommt, um "humanitäre" Hilfe zu verweigern oder zu gewähren, um diejenigen, die von den Bomben verschont blieben, an Hunger krepieren zu lassen oder um den Gegner, den Konkurrenten, den Zögern den oder den Neutralen durch ein Ultimatum, das eher mit Getreidelieferungen oder Finanzanleihen arbeitet als mit militärischer Besetzung, zum Nachgeben zu zwingen, wenn also ein solches, freundliches und zivilisiertes Diktat durchgesetzt wird, dann liegt eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer angeblich nicht vor.

Wir haben keinen Computer gebraucht, um die Lüge zu entlarven, derzufolge die Verantwortung für die Massaker in den zwei vergangenen imperialistischen Kriegen und in dem jetzt heranreifenden schlicht und einfach bei demjenigen liegt, der als erster eine Grenze verletzt hat. Es ist im übrigen kein Zufall, daß *immer* der schwächere Imperialismus, derjenige, der unter einen höheren Druck gesetzt und am meisten "angegriffen" wird, die Feindseligkeiten eröffnet. Der andere, per Definition "Unschuldige", verfügt über eine Menge anderer Mittel, bei denen die Gewalt *leise* und *versteckt* ausgeübt wird, um seine Ziele unter dem Deckmantel der "Entspannung" und des "Friedens" zu erreichen, und er ist also nicht *gezwungen*, auf die offene und laute Gewalt zurückzugreifen.

Lange Zeit hat Amerika eine unbestrittene Vormachtstellung auf dem Planeten genossen. Sie ergab sich aus der erdrückenden Übermacht seiner Produktionskapazitäten, seiner Kapitalien, die sich unheimlich schnell reproduzierten und akkumulierten, seiner Warenberge und seines *know-how*. Handelte es sich hierbei um Krieg? Aber sicher! Um Aggression? Selbstverständlich! Um Einmischung? Na klar! Handelte es sich auch um die legitime Verteidigung seiner "geheiligten Werte", d.h. seiner Expansionsperspektiven? Zweifelsohne! Das höchste und grundlegende Prinzip des kleinen Händlers und Kapitalisten - und um so mehr des großen! - lautet doch gerade *mors tua, vita mea* oder zu deutsch: "Krepiere, damit ich leben kann".

Was Rußland anbelangt, so bemüht es sich, seinen beträchtlichen ökonomischen Rückstand gegenüber den USA aufzuholen und dem Druck, den die Kapitalien, die Waren und die Technologie des Westen auf seinen Produktionsapparat ausüben, zu widerstehen. Es kann dies nur durch den Einsatz seiner Militärmacht, denn im Grunde ist es allein auf diesem Gebiet gegenüber seinem amerikanischen Kontrahenten "wettbewerbsfähig". Auf diesem Gebiet wird das ökonomische Handicap Rußlands zum Teil durch seine geographische Nähe zu den möglichen Schlachtfeldern wie zu den Gebieten, die schon heute Gegenstand des diplomatischen Kampfes sind, wettgemacht. Im übrigen stellt das "abtrünnige" China die UdSSR vor die

wachsende Gefahr eines Zweifrontenkrieges, und die Energiekrise macht ihr ebenso viele Sorgen wie den USA.

Aus all diesen Gründen hat Moskau die "Einladung" der "fortschrittlichen Kräfte" Afghanistans angenommen und eine zumindest kurzfristige vorteilhafte Position ausgenutzt: Die x-te "Verletzung der nationalen Souveränität" wurde begangen und zum x-ten Mal wurde der "Frieden in der Welt" bedroht. Eine Aggression? Ganz offensichtlich! Gerechtfertigt durch Interessen der Selbstverteidigung? Natürlich, genauso wie die finanzielle und materielle Unterstützung des kubanischen Tyrannen Batista, des iranischen Schah und zahlreicher anderer durch die USA.

Es gibt keinen angreifenden Bourgeois, der sich nicht als angegriffen darstellen könnte, und es gibt keinen angegriffenen Bourgeois, der nicht *tatsächlich Angreifer* wäre. Es gibt keinen bürgerlichen Krieg, der nicht im Namen des Friedens geführt wird und der nicht auch *tatsächlich für einige Augenblicke* zum Frieden führt. Und es gibt keinen bürgerlichen Frieden, der nicht unweigerlich den Krieg vorbereitet. In unserem Fall stehen sich die Kolosse in einem Gebiet gegenüber, das für alle Imperialismen lebenswichtig ist; als *Quelle und Transportweg* des Erdöls, aber auch damals Scharnier zwischen zwei großen kontinentalen Räumen, mit ihren reichen und entscheidenden Rohstoffvorkommen, Profitquellen und Investitionsmöglichkeiten. Schon allein diese Tatsache ist ein hinreichender Beweis dafür, daß der weltweite Wettbewerb durch *materielle* Faktoren bestimmt wird. Alle haben ihre "Rechte" zu vertreten und zu verteidigen, die einen gegen die anderen, aber immer auf dem Rücken des Proletariats und der ausgebeuteten und unterdrückten Massen. Und natürlich hüllt jeder Imperialismus seine schmutzigen Interessen in die Fahne des Rechts, der Moral, der Zivilisation oder der Religion, kurz all jener Werte, von denen die Koffer der bürgerlichen Diplomaten nur so überquellen.

Es sind ebenso materielle Ursachen, die die UdSSR und ihre Satelliten seit einem Jahr dazu zwingen, den Prozeß ihrer Selbstentlarvung zu beschleunigen. Es ist bezeichnend, daß die Presse der "kommunistischen" Parteien in der ganzen Welt zwei afghanische Regierungen zunächst beweihräuchern und dann verdammen mußte und daß sie heute nicht mehr genau weiß, was sie von der dritten zu halten hat. Darüber hinaus ist Rußland nicht mehr allein dabei, in den europäischen "Volksdemokratien" zu intervenieren, um den "Schwesterparteien zu helfen". Es ist auch nicht mehr allein dabei, auf dem asiatischen oder afrikanischen Schachbrett seine Figuren vorzurücken. Es beginnt damit, in der Dritten Welt, der es früher eine "uneigennützig" Hilfe zu gewähren vorgab, "zivilisatorische" und "humanitäre" ... Aggressionen reinsten Kolonialstils zu unternehmen. Mythen brechen hier mit lautem Getöse zusammen. Aber ihre Trümmer bedecken einen Weg, der zu einem neuen Weltgemetzel führt.

Im Laufe der letzten dreißig Jahre haben sich in dieser Dritten Welt Völker und vor allem plebejische Massen mit Waffen gegen die arrogante US-Macht erhoben. Jeden Schlag, den sie ihr verpaßten, haben wir begrüßt, ohne uns dabei jedoch von den illusorischen nationalistischen Ideologien oder dem religiösen Glauben, der diesen Massen als Fahne diente, irreleiten zu lassen. Heute wünschen wir den Panzern des arroganten Rußland, daß sie im Steppensand steckenbleiben und in die Schluchten der afghanischen Gebirge hinabstürzen. Nicht minder wünschen wir der "schnellen Eingreiftruppe", die Carter aufstellen will, daß sie in ihren Stützpunkten blockiert wird, so wie wir unsere Freude angesichts jeder Äußerung einer Schwäche der ungeheuren imperialistischen Macht nicht verheimlichen.

Zwar schwächen solche Niederlagen unseren Feind, sie werden ihn aber nie brechen können. Zu einem Zeitpunkt, da sich der Rüstungswettlauf beschleunigt und die Krise auf dem ganzen Erdball riesige Mengen von Zündstoff anhäuft, ist es dringend notwendig, jene Kraft vorzubereiten, die als einzige in der Lage ist, der gigantischen Konzentration von Produktions- und Destruktionsmitteln, die der Weltkapitalismus in seinen Händen hält, erfolgreich entgegenzutreten. Es ist mehr denn je dringend notwendig, die einzige Klasse, welche die Zukunft repräsentiert, auf die höchste Prüfung vorzubereiten.

Im Rahmen dieser Vorbereitung muß man die abstoßende und abstoßende Komödie des "angegriffenen Angreifers" entlarven. Denn die Suche nach dem "Schuldigen", nach dem "Aggressor", nach dem "Kriegstreiber" dient der bürgerlichen Propaganda als doppelte Rechtfertigung: Sie dient der Kriegs- ebenso wie der pazifistischen Propaganda, mit denen die Bourgeoisie das Proletariat gleichermaßen vergiftet.

In der Tat erklärt jeder Imperialismus, er würde von den anderen angegriffen, und dies ganz zu Recht, wie wir gesehen haben. Er macht daraus ein Argument, um seine Proletarier zur nationalen Solidarität und zur Vaterlandsverteidigung aufzurufen, gegen den Angriff auf Wirtschafts-, Finanz- und diplomatischer Ebene heute, gegen den drohenden militärischen Angriff morgen. Aber dieser "bloße Verteidigungswille" beinhaltet in Wirklichkeit alle Formen der Kriegshetze. Der kleinbürgerliche Pazifismus, den heute einige kleine (aber nichtsdestoweniger imperialistische) bürgerliche Staaten propagieren, träumt seinerseits davon, die Entspannung, die friedliche Koexistenz und den Frieden im allgemeinen zu retten bzw. wiederherzustellen. Er bringt seine Zeit damit, den Zerstörer dieses glücklichen Zustands zu suchen, und behauptet, den Krieg dadurch verhindern zu können, daß er den Aggressor vor der Weltöffentlichkeit denunziert. In der Tat, wenn seine Bemühungen gescheitert sind und der Krieg da ist, findet er sich damit ab, findet er ohne Schwierigkeiten den Übeltäter, der hierfür verantwortlich ist (der andere!) und ruft *seinerseits* das Proletariat auf, sich am Krieg gegen "das Böse" zu beteiligen.

(Fortsetzung auf S. 64)

Die Kommunistische Partei Italiens und die Faschistische Offensive (1921-1924)

IV., abschließender Teil

Der I. Teil dieser Reihe wurde in KP Nr. 22 veröffentlicht und enthält folgende Abschnitte: Faschismus, Antifaschismus, Kommunismus - Die "vorbeugende Konterrevolution" reift im Schatten der Demokratie heran - Der Beginn der faschistischen Offensive. Zwei falsche Thesen über den Faschismus - Der wirkliche Verlauf der "faschistischen Eskalation" - die Gründung der Kommunistischen Partei in Livorno. Die historische Notwendigkeit der Spaltung - Die Bedingungen für die defensive und die offensive Aktion des Proletariats - Der sozialistische Defätismus - Die Scheinheiligkeit des Maximalismus - Von den Wahlen bis zum Regierungswechsel (1921) - Der Kampf der Kommunistischen Partei für die militärische Organisierung der Massen.

Der II. Teil erschien in KP Nr. 23 und ging vom Friedenspakt zwischen Sozialisten und Faschisten bis zum Kongreß der faschistischen Partei vom November 1921: Die Wiederaufnahme der faschistischen Offensive und der Friedenspakt - Die "Arditi del Popolo" - Taktisches Problem oder theoretischer Luxus - Der Monat der Schmach - Kein Burgfrieden - Kampf an allen Fronten - Die zweite Welle - Was also ist der Faschismus? - Noch einmal über das faschistische "Programm" - Es lebe die starke Regierung der Revolution.

Der III. Teil, "Vom Herbst 1921 bis zum Sommer 1922", erschien in KP Nr. 24 und enthielt folgende Kapitel: Streiks und reformistische Sabotage - Die Regierungskrise - Die Bildung der "Allianz der Arbeit" - Sozialistischer Verrat - Der Auguststreik.

WEITERE LEHREN AUS DEM AUGUSTSTREIK

Wir haben uns lange bei dem Streik vom August 1922 und den ihm vorausgehenden proletarischen Kämpfen aufgehalten, weil daraus eine handgreifliche Bestätigung für wesentliche kommunistische Thesen hervorgeht: 1. die unentwegt konterrevolutionäre Rolle der reformistischen Sozialdemokratie, 2. die nicht minder konterrevolutionäre Rolle des Zentrismus am Beispiel des maximalistischen Flügels der sozialistischen Partei Italiens, 3. das Zusammenspiel von Sozialdemokratie, demokratischem Staat und Faschismus.

Was den ersten Punkt angeht, so ist es nützlich, einen kurzen Blick auf den 2. Parteitag der KPI zu werfen, der im März 1922 in

Rom stattgefunden hatte (1). Dort spielte sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen den italienischen Kommunisten und dem KPD-Delegierten ab, dessen Thesen die Positionen des späteren IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale (KI) vorwegnahmen und die Rolle der KPD als Vorreiter aller taktischen "Wenden" der KI erneut bestätigten. Der KPD-Delegierte sprach sich nicht allein für eine politische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie aus, sondern auch und vor allem für eine "Arbeiterregierung", d.h. für eine sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung oder sogar unter direkter Beteiligung der Kommunisten, als "Brücke" zur revolutionären Machteroberung. Für uns hingegen durfte es keinen Zweifel über die ständige und unveränderliche Rolle der Sozialdemokratie geben: *"Die Kommunistische Partei ist für die Revolution, was die Sozialdemokratie für die Konterrevolution ist (...). Wenn wir uns auf politischer Ebene weigern, den Noskes und Scheidemännern die Hand zu reichen, so nicht, weil an ihren Händen das Blut von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht klebt, sondern weil wir wissen, daß die revolutionäre Bewegung des Proletariats in Deutschland höchst wahrscheinlich schon gesiegt haben würde, wenn die Kommunisten unmittelbar nach dem Kriege der Sozialdemokratie niemals die Hand gereicht hätten. Warum will man das Bündnis mit der Sozialdemokratie? Etwa um das zu tun, was sie tun kann und tun will? Oder etwa um von ihr zu verlangen, was sie nicht tun kann und nicht tun will? Was möchte man von uns? Daß wir den Sozialdemokraten erklären, wir seien bereit, mit ihnen auch im Parlament und auch in der Regierung, in einer sogenannten 'Arbeiterregierung' zusammenzuarbeiten? Würde man dies von uns verlangen, würde man also von uns verlangen, in Namen der Kommunistischen Partei das Projekt einer Arbeiterregierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten auszuarbeiten, würde man von uns verlangen, diese Regierung vor den Massen als eine 'antikapitalistische Regierung' hinzustellen, so würden wir entgegenen - und wir würden die ganze Verantwortung für diese Antwort übernehmen -, daß eine solche Position im Gegensatz zu allen grundlegenden Prinzipien des Kommunismus steht. Wir würden doch unsere Fahne zerreißen, wenn wir diese politische Formel annähmen - unsere Fahne, auf der geschrieben steht, daß es keine proletarische Regierung gibt, die nicht auf der Grundlage des revolutionären Sieges des Proletariats errichtet wird".*

Entweder geht man davon aus, daß die Sozialdemokratie immer eine konterrevolutionäre Kraft

darstellen wird, ob sie nun an der Regierung ist und die harte Methode anwendet, oder außerhalb der Regierung steht und vorgibt, mit uns in Verteidigung "gemeinsamer" Positionen zu handeln; oder man geht im Gegenteil davon aus, daß die Sozialdemokratie ihre *eigene Natur* ablegen und daher zu unserem "Verbündeten" werden kann. In diesem Falle brechen aber unsere Theorie und unsere Aktion gänzlich zusammen, denn einerseits verschwindet unsere Existenzberechtigung und andererseits machen wir uns zu Helfershelfern einer konservativen Kraft.

Der Auguststreik lieferte für diese Einschätzung einen zusätzlichen, unwiderlegbaren Beweis. Zum Zeitpunkt der großen Arbeiterkämpfe vom Herbst 1921 und Frühjahr 1922 war die Sozialdemokratie gegen einen Generalstreik gewesen. Hatten die Kommunisten darauf gedrängt, die "Allianz der Arbeit" (AA) müsse eine wichtige Episode des Kampfes gegen die Faschisten oder der faschistischen Offensive gegen das Proletariat zum Anlaß nehmen, um den Generalstreik auszurufen, so hatten die Sozialdemokraten während des ganzen aktiven Lebens der AA diesen Vorschlag bekämpft. Und als die rechte Führung des Gewerkschaftsverbandes CGL schließlich den Generalstreik beschloß, tat sie das ohne Rücksicht auf den wirklichen Verlauf des Kampfes, ohne angemessene Vorbereitung und in Verbindung mit einem schmutzigen parlamentarischen Manöver zur Regierungsumbildung. Den Streikbefehl, der ihr selbst zufolge hätte "geheim" bleiben sollen, gab sie durch eine ihrer Zeitungen preis, so daß die Ordnungskräfte rechtzeitig gewarnt wurden. Sie gab der faschistischen Erpressung, einem rein verbalen "Ultimatum" nach und befahl den Abbruch des Streiks, obwohl er die *totale* Zustimmung der Arbeiter gefunden hatte und in einer mächtigen Entwicklung begriffen war. Schließlich machte sie aus dem Streikabbruch ein Alibi, um die Streikbewegung in Verruf zu bringen und die Kampfmentalität des Proletariats zu zerstören: *"Wir müssen den Mut haben, anzuerkennen: der Generalstreik, den die AA ausgerufen und befohlen hat, war unser Caporetto (2). Wir sind aus dieser Probe erbärmlich geschlagen hervorgegangen"*. Soweit die Lehre, welche die reformistischen Sozialdemokraten um Turati am 12. August in ihrer Zeitung "La Giustizia" im Namen der Arbeiterbewegung gezogen haben.

Was den Maximalismus angeht, so bestand seine Rolle im Laufe dieser ganzen entscheidenden Periode darin, dem rechten reformistischen Flügel *Rückendeckung* zu geben und sich hinter einer falschen "parlamentarischen Unnachgiebigkeit" zu verschanzen, um die Rechte daran zu hindern, sich an der Regierung zu beteiligen, d.h. um das Gesicht der sozialistischen Partei zu wahren und die Sabotage des proletarischen Kampfes durch die Reformisten zu vertuschen.

So zog die maximalistische Führung der PSI in ihrem Manifest vom 8. August eine einzige Lehre aus dem Streik:

"Wir müssen uns alle zurückziehen, und dies

soll dazu dienen, die Fehler zu berichtigen, die Frontlinie zu begründen und das Instrument des Kampfes zu vervollkommen. Ergebung und Ungeduld sind dabei ausgeschlossen". Doch was war der Befehl zum Abbruch des Streiks, wenn nicht gerade eine völlige Kapitulation gewesen? Und wie konnte der erbitterte Kampf, der in einigen Großstädten noch ablief, eine Schaffsgeduld rechtfertigen? Die Führung der PSI verbarrikierte sich wie üblich hinter der Notwendigkeit einer breiten und festen Organisation, deren Entstehung gerade sie immer verhindert hatte. Man müsse den Angriff des Staates und der Faschisten *"mit einer starken Organisation zurückschlagen"*, erklärte sie in ihrem Manifest und: *"Die Organisation ist mit der Ungeduld der einzelnen unvereinbar, denn sie verlangt Disziplin in der Aktion. Das ganze Proletariat, das das alleinige Mittel zur Erprobung seiner Kraft entdeckt hat, muß sich einer solchen Disziplin unterziehen. (...) Die PSI braucht die Anstrengung aller ihrer Mitglieder, um diesen Kampf, der sich vielleicht in der entscheidenden Phase befindet, weiterzuführen. Die Beweise für individuelle Opferbereitschaft, die ihr geliefert habt, sind bewundernswürdig, sie reichen aber nicht aus. Die Raserei des Gegners verlangt mehr, und dabei an erster Stelle DEN WIDERSTAND AUF DEN IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG EROBERTEN POSTEN"*. Kein Wort zur Verurteilung der CGL-Führung, kein Tadel für Turati, der im Quirinal-Palast verhandelt, kein Hinweis auf die gerade laufenden bewaffneten Kämpfe - die große Sorge der Maximalisten an der Spitze der PSI besteht darin, die Kontrolle der Kommunalverwaltungen zu behalten! Unter der Überschrift *"Der Maximalismus hat gesprochen"* ging zwei Tage später "Il Comunista", das Organ der KPI, auf die Haltung der sozialistischen Rechten wie des sozialistischen Zentrums ein und zeigte, wie diese Haltung unserer Einschätzung dieser zwei zusammenhängenden Seiten des reformistischen und legalistischen Verrats vollkommen entsprach:

"Zweimal schien es, als würde zwischen den zwei opportunistischen Strömungen ein Bruch stattfinden, weil die Reformisten entschlossen waren, in der Regierung mitzuwirken, während der Maximalismus stets eine schwachsinnige Unnachgiebigkeit beibehalten muß, um seine entnervende Unfähigkeit zur Massenaktion weiterhin mit Demagogie zu verdecken. Die Gruppe um Serrati hat an dem Reformismus jedoch niemals etwas anderes kritisiert, als seine parlamentarische Taktik. Vorausgesetzt, man wahrte im Parlament eine unnachgiebige Haltung, so ist alles übrige zulässig: der Pazifismus und der Dfätismus gegenüber dem Klassenkampf, die Entfaltung einer Propaganda, die alle revolutionären Werte anschwärzt, die Unterzeichnung von Übereinkommen mit den Vertretern des Faschismus (...). Hätten die Reformisten erklärt, daß sie aus Disziplin auf die Kollaboration verzichten, so hätte der Maximalismus ihnen vergeben. Man hat sich aber nicht darauf beschränkt. Nicht allein haben die Reformisten auf ihre Taktik keineswegs verzichtet; um diese Taktik durchzuführen, haben sie auch das größte Verbrechen an der proletarischen Sache begangen, und lediglich infolge ihrer grenzenlosen Unfähigkeit wurden sie verdien-

weise mit einem Fußtritt aus den Vorzimmern der königlichen Ministerien wieder ver-scheucht. Und so gelten sie wieder als Mi-litanten der ruhmreichen und unnachgiebigen PSI. Das sozialistische Manifest äußert sich in der Tat überhaupt nicht zu der Frage der Verantwortungen in der jüngsten Bewegung und ebensowenig zu dem, was man tun muß, damit die proletarische Aktion auf eine neue Grund-lage gestellt wird und so die offensichtlich gewordenen und verheerenden Mängel der AA - gerade die maximalistische Mehrheit überließ die AA der Vorherrschaft der Klassenkollabo-rateure - überwindet. Für solche Probleme braucht man wohl keine Parteitage und Diskus-sionen. Der Maximalismus ist schon zufrieden, wenn keine Regierung unter Beteiligung eines Modigliani oder eines Turati zustandekommt. Andere Sorgen hat er nicht ...

Dies müssen sich auch die sozialistischen Arbeiter überlegen. Wenn sie die Augen nicht öffnen, wenn sie sich nicht den Programmen und Methoden der kommunistischen Partei zu-wenden, wenn sie nicht lernen, den opportuni-stischen Betrug in allen seinen Äußerungen zu erkennen - WOVON DIE DEMAGOGISCH VERBRÄM-TEN DIE SCHLIMMSTEN SIND -, dann wird der Ge-genangriff, auf den sich alle unsere Anstren-gungen richten, unmöglich sein".

Kommen wir schließlich auf den dritten Punkt, auf den wir oben hingewiesen haben, das Zu-sammenspiel von Sozialdemokratie, demokrati-schem Staat und Faschismus. Die Sozialdemo-kratie bereitet den Boden für den Eingriff des Staates als "Organ zum Schutz der Rechts-ordnung"; der Staat tritt mit seinen eigenen Kräften auf den Plan und legt den Weg für die Faschisten frei, die erst dann, dank der somit geschaffenen Umstände, die proletari-schen Festungen zu "erobern" vermögen. Dies geht aus dem Bericht der KPI für den IV. Kon-greß der KI vom November 1922, der auch ande-re Punkte erhellt, sehr deutlich hervor (3):

"Die 48 Stunden (des faschistischen "Ultima-tums") verliefen ohne ernste Zusammenstöße. Die offiziellen Kreise der Faschisten bemühten sich zu beweisen, daß der Streik gescheitert sei. Am dritten Tag, wo mit einem über-wältigenden Erfolg des Streiks zu rechnen war, wurde er von der AA jedoch zersetzt. Dann ent-fesselten die Faschisten ihre Vergeltungsak-tionen. Da sie nicht mehr überall im Lande gebunden waren (...) und die Eisenbahn, die nicht mehr stillgelegt war, benutzen konnten, waren sie in der Lage, ihre Kräfte zusamen-zuziehen, und sie griffen jene Städte an, in denen die Arbeiter während des Streiks die dortigen Faschisten angegriffen hatten (...). Dieser Kampf hatte fast ausnahmslos folgenden Charakter: Vom Stadtzentrum, in dem sie sich konzentriert hatten, starteten die Faschisten ihren Angriff auf die Arbeiterviertel. Man hat sie mit Schüssen, die von den Straßen-ecken, den Häusern, den improvisierten Barri-kaden und Verschanzungen abgefeuert wurden, empfangen. Die Frauen halfen ihren Männern, Steine und Gegenstände aller Art ergänzten die unzureichende Bewaffung. Um Hilfe bittend zogen sich die Faschisten zurück, und die öffentlichen Ordnungskräfte traten auf den Plan mit Maschinengewehren und

Panzerwagen: Ein Kugelhagel prallte gegen die Häuser, die von Hunderten von Bewaffneten ge-stürmt wurden. Alle Bewohner, die im Verdacht standen, sich verteidigt zu haben, wurden ver-haftet. Danach kamen die Faschisten wieder, um zu zerstören, Feuer zu legen und zu plündern. Die Polizei, die sie zurückhalten sollte, hatte den Befehl, in die ... Luft zu schießen, und sie ließ sie durch. Auf diese Weise wur-den - von der Polizei und nicht von den Faschi-sten - Ancona und Livorno erobert, während Mailand, Bari, Rom und Genua noch Widerstand leisteten" (4).

In der Folge wurde in Mailand die sozialisti-sche Stadtverwaltung durch die Schwarzhemden verjagt. Jene von Cremona und Treviso wurden aufgelöst, und in der Regel trat der Staat in allen solchen Fällen auf, um den Handstreich der Faschisten durch die Auflösung der beste-henden Stadträte rechtlich abzusichern. Gegen diese Aktion der legalen und "illegalen" Ord-nungskräfte gab es allein in Terni und Cita-vecchia einen echten "Volkswiderstand". Der Kreis um die großen Arbeiterstädte schloß sich enger und enger; in Udine und Novara, in Pia-cenza und Cremona wurden großen faschistische Kräfte massiert, und solche Konzentrationen von Kräften, die an erster Stelle auf eine Ein-schüchterung des Gegners abzielten, zeigten immer deutlicher, daß Unternehmer, Agrarier, Kaufleute, Intellektuelle und in weitem Maße die kleinbürgerlichen Schichten sich den Fa-schisten anschlossen.

DIE AUFLÖSUNG DER ALLIANZ DER ARBEIT

"Es muß sofort eine Konferenz der Delegierten aller örtlichen Organisationen der AA einberu-ten werden, um die Lage zu untersuchen und eine neue Welle der proletarischen Aktion zu organisieren" - hatte die KP unmittelbar nach dem Streik geschrieben (5). Es erübrigt sich zu sagen, daß dieser Aufruf weder von den Füh-rern der AA und noch weniger von der CGL be-antwortet wurde, und im übrigen sollte sich die Eisenbahnergewerkschaft, die ja Vorreiter der AA gewesen war, schon am 19. August von dieser wieder trennen, um die "eigene Aktions-freiheit" zurückzuerlangen.

Die Proletarier kämpften noch, oder sie such-ten einen Weg, um den Kampf in Solidarität mit ihren Klassenbrüdern wieder aufzunehmen. Man mußte ihnen Losungen geben, die, ohne jegliche Demagogie, dazu verhelfen würden, sie aus der ersten Welle der Ermattung und Demoralisierung nach dem plötzlichen Abbruch des Streiks her-auszuführen; Losungen, die ihnen den Weg einer sicheren, unter besseren Bedingungen und auf einer gut abgegrenzten politischen Grundlage stattfindenden Wiederaufnahme des Kampfes ge-wiesen hätten. Das "Sichzurückziehen", zu dem die PSI-Führung die Arbeiter aufrief, bedeute-te in Wirklichkeit die Verabreichung einer neuen Opiumdosis, wozu die scheinbar beabsich-tigte "Reorganisation der Bewegung", bzw. die angekündigte gründliche Bilanz der Ursachen für die Niederlage nur als Vorwand dienten. Der Weg, der zu befolgen war, sah ganz anders aus. Erstens mußte man die noch kämpfenden Proletarier unterstützen. Dabei mußte man zu-

gleich um jeden Preis vermeiden, daß die infolge der Erstickung des Generalstreiks und der Gegenoffensive des Staates und der Faschisten unvermeidliche Demoralisierung um sich griff. Man mußte den Proletariern das Gefühl geben, daß sie nicht nur 'moralisch', sondern vor allem materiell durch eine entschlossene und führungsfähige politische Kraft unterstützt wurden. Die ökonomischen Organisationen und insbesondere die Arbeitskammern, diese traditionellen Festungen des bewaffneten Widerstands, mußten geschützt werden - vor den Angriffen der legalen wie 'illegalen' Ordnungskräfte, aber nicht minder vor den Manövern der CGL, die unter dem Vorwand, sich von der Niederlage zu erholen, dabei war, die Gewerkschaften auf Abwege und zu "Kampfmethoden" zu führen, deren Ergebnis nur die Preisgabe ihres Klassencharakters und - entsprechend der Reformisten wie Faschisten kennzeichnenden Ideologie - ihre Verwandlung in Organisationen der nationalen Partnerschaft bzw. in staatstragende Organisationen sein konnte. Nachdem der Versuch, eine Regierung unter Anschluß der Reformisten zu bilden, gescheitert war, begannen übrigens auch die Maximalisten der CGL, dieses Ziel zu verfolgen. Und auf diesem Wege hätten sie sich durchaus mit ihren "Feinden" im Schwarzhemd treffen können, wie später ihre deutschen Kollegen, die 1933 wirklich nichts unterlassen haben, um die Nazis von den Vorteilen einer Zusammenarbeit mit ihnen zu überzeugen.

Im Sinne der obigen Bedürfnisse veröffentlichte "Sindacato Rosso", das Organ des zentralen Gewerkschaftsausschusses der KPI, das Manifest:

*"Für das Kampfprogramm des Proletariats
Der Kampf war trotz allem nützlich. Das Proletariat wußte zu kämpfen, und ohne den Eingriff der legalen Staatskräfte gegen die Arbeiter hätten sich die Siege des Faschismus wahrscheinlich überall in Niederlagen verwandelt (...). (Die Partei) zeigte, daß sie über eine kampffähige Organisation, die zum Widerstand und zum Gegenangriff in der Lage ist, verfügt, und alle ihre Militanten haben in den Reihen der kämpfenden Massen ihre Pflicht erfüllt (6). (...)*

Wie sieht die Lage nach dem Generalstreik aus? Die Bourgeoisie und der Faschismus rühmen sich eines ENDGÜLTIGEN Sieges, was aber eine Lüge ist. Alle Nachrichten, die wir weiterhin sammeln" (es handelt sich um eine von der Partei durchgeführte Umfrage über die Verantwortung für das Scheitern des Streiks, IKP) "zeigen, daß das Proletariat dem Streikaufruf einhellig folgte und sich nach wie vor nicht beugen ließ. Der Klassenkampf wird nicht erlöschen. Weit davon entfernt, wird er sich zunehmend in einen OFFENEN KRIEG verwandeln. Das Proletariat hat eine neue Etappe seiner Vorbereitung auf die heute gebotenen und von den überkommenen Methoden so verschiedenen revolutionären Methoden hinter sich gebracht."

Während die CGL-Bonzen und die Sozialisten die Lage ausnutzten, um die Gewerkschaften zu 'demobilisieren' und die Proletarier zu demoralisieren und vom gewaltsamen Kampf abzu-

lenken, gaben die Kommunisten die Losung der *"Gewerkschaftseinheit des italienischen Proletariats außerhalb des Einflusses der Arbeitgeber und des Staates"* aus. Sie riefen zur Aufrechterhaltung der AA *"trotz aller und gegen alle, die ihre Natur entstellt haben"*, auf. Das Manifest schloß mit den Worten:

"Das Proletariat muß sich darauf vorbereiten, die Waffe der gleichzeitigen Mobilisierung aller seiner Kräfte anzuwenden und alle Kämpfe zusammenzufassen, die sich infolge der bürgerlichen Offensive auf dem Boden der gewerkschaftlichen Aktion wie im täglichen Zusammenstoß mit den Faschisten weiterhin unentrinnbar vermehren werden (...). Der Generalstreik ist die entscheidende Waffe in diesem Krieg. Ohne an sich Wunder wirken zu können, ist er jedoch schlagkräftig, wenn er richtig organisiert und geführt wird. Nachdem die Hindernisse des Sozialpazifismus und alle Versuche, die Bewegung für parlamentarische Zwecke auszunutzen, beseitigt sein werden, wird das Ziel des nächsten allgemeinen Zusammenstoßes, wenn nicht die politische Revolution so doch immerhin die Zurückhaltung der ökonomischen und militärischen Offensive des Feindes und die Eroberung von festen Machtstellungen sein."

Deshalb warnen die Kommunisten vor den Gefahren der von offenkundig unlauteren Führern befolgten Taktik und sie vertreten nach wie vor die Losung der ALLGEMEINEN AKTION DES PROLETARIATS gegen die Reaktion, d.h. die direkte Anwendung der Klassenkraft anstelle der flehentlichen Bitten an den Staat, er möge die Massen schützen. Die Arbeiterregierung erreicht man durch die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse, durch den Klassenkrieg, der viele Schlachten und Etappen kennt, auf den man jedoch nicht verzichten kann, wenn man nicht will, daß das Proletariat sein Haupt für immer unter dies Joch beugt, das ihm die Sklavenhalter, diese treu ergebenen Prätorianer des Kapitals, mit bestialischer Gewalt aufzwingen wollen".

Die CGL-Führer starteten eine Diffamierungskampagne; sie setzten falsche Gerüchte in Umlauf - darunter z.B., daß die Kommunisten (ausgerechnet sie!) die bestehenden Gewerkschaften spalten und eine neue bilden wollten - und sie eröffneten die Jagd auf die kämpferischsten Proletarier und Organisatoren in den Reihen der CGL, um sie durch jene Mitglieder zu ersetzen, die sich am bereitwilligsten gezeigt hatten, als es darum gegangen war, den Bonzen auf dem Weg des Verrats zu folgen. Die KPI ihrerseits rief am 6. September zu einem Kongreß der "Gewerkschaftslinken" ("Drittinternationalisten" (7), Maximalisten, Syndikalisten, Anarchisten usw.) auf, um in folgenden Punkten, die auf allen Arbeiterversammlungen und Gewerkschaftstagungen zu propagieren und zu vertreten waren, Übereinstimmung zu erreichen:

*"Die Gewerkschaftsorganisationen müssen von jedem Einfluß des Staates und der Arbeitgeberparteien unabhängig sein; ihr Banner muß die Befreiung der Arbeiter von der Ausbeutung durch die Kapitalisten sein.
Die proletarische Einheitsfront zur Abwehr der kapitalistischen Offensive muß in der AA beste-*

hen bleiben und erneuert werden; die AA muß zu einer geschlossenen Kraft der Organisationen, die sie ins Leben riefen, werden und sie muß so gestaltet werden, daß die Kräfte und der Wille der Massen in ihr zum Ausdruck kommen".

Die Zusammenkunft fand am 8. Oktober statt, und obige Punkte wurden von allen Beteiligten mit folgender Zusatzklausel aufgenommen:

"Die AA muß so organisiert werden, daß Beschlüsse mit Stimmenmehrheit zu fassen sind und daß allen in den jeweiligen angeschlossenen Gewerkschaften tätigen Fraktionen eine weitestgehend wirklichkeitsentsprechende Vertretung und Stimmenanzahl anteilig gesichert wird". Die Initiative wurde außerdem begründet "als notwendige Vorbereitung des gewünschten endgültigen Zusammenschlusses aller ökonomischen Klassenorganisationen des italienischen Proletariats zu einer einzigen Organisation".

Selbstverständlich haben alle Bonzen, und zwar nicht allein die Führer der CGL, sondern auch die anarchistischen und syndikalistischen, darauf sehr negativ reagiert; mehr noch, auf die Propaganda und Agitation der Kommunisten antworteten sie mit einer heftigen Verleumdungskampagne und mit Ausschlußdrohungen. Wenn der Wiederaufbau der AA zwar nicht mehr gelang, so trug diese Initiative dennoch zu einem gewissen Zusammenhalt der nach den Augustereignissen auseinandergehenden und demoralisierten proletarischen Reihen bei. Und sie erlaubte den Kommunisten eine rege Propaganda ihrer Prinzipien und Methoden bzw. der Prinzipien und Methoden des Klassenkrieges in ihrer Anwendung auf den täglichen Widerstandskampf gegen das Joch des Kapitals. Somit verhinderte sie den totalen Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Organisationen, denen sie sogar Schichten von Nichtorganisierten und von Arbeitslosen näherbringen konnte. Wenn die ökonomischen Organisationen nach dem faschistischen "Marsch auf Rom" für die Verfechter von "Rizinusöl und Knüppel" noch sehr lange ein harter Knochen blieben, so ist das weitgehend der Initiative der KP zu verdanken.

FRAGEN DER MILITÄRISCHEN AKTION

Es bleibt die Frage der militärischen Aktion. Die Linie der Partei war auf diesem Gebiet seit über einem Jahr festgelegt (8), und es gab keinen Grund, sie zu verändern. Die militärische Organisation der Partei hatte sich in den Augusttagen vollkommen auf der Höhe ihrer Aufgaben gezeigt, die Kommunisten hatten bei den Zusammenstößen mit den faschistischen Banden überall an vorderster Front gekämpft und in verschiedenen Städten, wie z.B. in Parma, materiell bewiesen, daß die rigorose organisatorische Unabhängigkeit keineswegs ausschloß, daß sich im Kampf ein Zusammenwirken mit anderen entschlossenen und zu jedem Schlag bereiten Kräften herstellte, sondern im Gegenteil die Wirksamkeit der gemeinsamen Aktion steigerte, weil diese nicht durch einen künstlichen und "administrativen"

Kuhhandel zusammengekittet war, sondern durch die Ernsthaftigkeit und Opferbereitschaft bei der Schaffung einer kompakten Front der Gewalt gegen die Anmaßungen des Feindes zustandekam.

Andererseits waren bewaffnete proletarische Keime entstanden oder gerade in Entstehung begriffen, die aus den bitteren Lehren und Erfahrungen einen Antrieb für die Bildung von Organisationen - mindestens für den eigenen Schutz, der ja nur bewaffnet sein konnte - zu machen suchten. Es handelte sich um eine leicht verständliche Erscheinung. Ein Artikel - "Die Mittel für den neuen Kampf" -, der in den letzten Augusttagen in der Parteipresse erschienen war, bemerkte hierzu:

"Die Flucht ergreifend und resigniert, unterlag das Proletariat noch vor einem Jahr den faschistischen Gewalttaten und Verwüstungen; rund zwölf Monate später ist dasselbe Proletariat, das voriges Jahr nicht reagiert hatte, den faschistischen Horden überall entgegengetreten, und die Faschisten, wenn sie die Arbeiterfestungen bezwingen wollten, haben sie die Polizei und die Streitkräfte um Hilfe bitten müssen.

Es wurden in der Tat wahrhaftige Schlachten ausgefochten, in denen sich das Proletariat, wie niemand leugnen kann, ehrenvoll geschlagen hat. Die schlecht bewaffnete, schlecht organisierte, noch kaum gebildete Arbeiterarmee mußte einer hervorragend organisierten, bewaffneten und ausgebildeten Masse gegenüberreten, und sie konnte es". Wenn dies geschah, so weil (zwar noch unscharf und noch nicht verallgemeinert) das Bewußtsein herangereift war, "daß es notwendig ist, daß jeder Arbeiter, jeder Soldat der Arbeit, zugleich Soldat der proletarischen Armee, bewaffneter Soldat sei (...). Unter dem Schutz des Gesetzes und mit Einverständnis der Regierungen geht man heute mit Knüppel und Revolver gegen die Streikenden vor. Eine neue Form der Sklaverei, die offensichtlich als die alte ist, wird somit in Italien errichtet. Wenn sie keine Sklaven sein wollen, dann müssen die Sklaven auf Spartakus Appell hören - ABER SPARTAKUS WAR BEWAFFNET."

Zugleich entstanden auf der anderen Seite Gruppen des "antifaschistischen Widerstandes", die sich mitunter für "proletarisch" ausgaben, die aber als spanische Wand für parlamentarische Manöver mit Blick auf eine x-malige Koalitionsregierung zur Wiederherstellung von "Recht und Ordnung" dienten. Sie hatten nicht einmal den vagen volkstümlichen Schimmer der "Arditi del Popolo" (9), sondern waren, was Ursprung, Zusammensetzung und Programm angeht, weit zwielichtiger als diese und weit anfälliger für die Gefahr einer Infiltration durch Provokateure. In dieser Lage, und da selbst die Militärorganisation der Partei einer solchen Gefahr ausgesetzt war, mußten die Normen und Richtlinien, auf deren Grundlage die kommunistische Militärorganisation schon seit über einem Jahr nach und nach aufgebaut wurde, wieder bekräftigt werden. Sie mußten zudem durch praktische Richtlinien, die dem Gebot der Stunden entsprachen, ergänzt werden.

Im bereits zitierten Bericht für den IV. Kongreß der KI, oder genauer gesagt, in dem darin enthaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms

der KPI faßte die "linke Parteizentrale" die Frage des "direkten Kampfes gegen die Reaktion" sehr deutlich zusammen:

"Zu den Aktionsformen, die auf die Eroberung der Massen ausgerichtet sind, gehört auch die Aktion der Partei im direkten Kampf gegen die Reaktion, auch dort, wo sie nur mit ihren eigenen Kräften rechnen kann. Die Kommunistische Partei muß sich mit der Vorbereitung und Bewaffnung befassen, die notwendig sind, um den Kleinkrieg gegen einen kräftemäßig überlegenen Feind, der sich in einer vorteilhaften Lage befindet, mit den angemessenen technischen Mitteln unterstützen zu können. Sie bildet sich nicht ein, damit die bürgerliche Macht zu stürzen oder die Faschisten zu zer schlagen, und sie darf sich dabei nicht in Aktionen hineinreißen lassen, die ihre eigene Organisation und Vorbereitung gefährden würden. Der Grund für diese Aktion liegt auch nicht in der Übung und Erprobung der eigenen Militärorganisation oder darin, sich rühmen zu können, das Beispiel für einen selbstgenügsamen Mut und Heroismus geliefert zu haben, sondern er steht in einem engen Verhältnis mit der Taktik des Faschismus. Der Faschismus benutzt die terroristische Methode, um das Proletariat zu demoralisieren und zu schlagen. Er möchte den Eindruck verbreiten, man könne ihn weder besiegen noch ihm Widerstand leisten. Will man diesem Prozeß der Demoralisierung der Massen entgegenreten, so muß man dem Proletariat das Gefühl geben, daß der Einsatz von Gewalt gegen die Gewalt, von Organisation gegen die Organisation, von Waffen gegen die Waffen keine unbestimmte Losung für eine ferne Zukunft ist- sondern eine praktische und durchführbare Aktion bedeutet, die man in Angriff nehmen muß, um einen bewaffneten Gegenangriff des Proletariats vorzubereiten. Auf diesem Tätigkeitsgebiet steckt sich die Partei keine prinzipiellen Grenzen, abgesehen davon, daß jede Aktion, die nicht von den zuständigen Parteiorganen beschlossen wird, d.h. jede individuelle Initiative, abzulehnen ist. Das soll nicht heißen, daß man auf individuelle Initiativen verzichtet, die darauf gerichtet sind, bestimmte Individuen im Lager des Gegners zu schlagen, oder die von einzelnen kommunistischen Genossen auf Parteibefehl ausgeführt werden. Während die Aktionen, die vom Einsatz militärischer Formationen und Abteilungen geprägt werden, erst dann in Frage kommen, wenn die großen Massen in Bewegung sind und kämpfen, muß man im Laufe des üblichen proletarischen Kleinkriegs hingegen Aktionen von sorgsam ausgewählten Einzelnen oder kleinen Gruppen organisieren. Solche Aktionen müssen sehr gut durchdacht werden, um nachteilige Folgen zu vermeiden. Ihre Ziele werden nicht nur die bewaffneten Kräfte der Faschisten sein, sondern auch im allgemeinen der Besitz, die Institutionen und die Persönlichkeiten der bürgerlichen Klasse und all ihrer Parteien. In der Regel muß man vermeiden, daß die Interessen der Arbeiter oder neutraler sozialer Schichten direkt oder indirekt zu weit in Mitleidenschaft gezogen werden. Solche Kämpfe müßten mit dem Ziel geführt werden, jedem Anschlag des Gegners

auf proletarische Einrichtungen mit Vergeltungsmaßnahmen zu antworten. Auf diesem Gebiet muß die Kommunistische Partei gegenüber der Bourgeoisie so handeln, wie die Faschisten gegenüber dem ganzen Proletariat. Eine Folge dieser Taktik muß sein, daß man in der antifaschistischen Kampagne davon absieht, die Grausamkeit und Unerbittlichkeit der faschistischen Aktion übermäßig zu betonen, denn damit würde man nur auf das Spiel des Faschismus eingehen. Man muß zwar dem Faschismus die ganze Verantwortung zuschreiben, man muß aber vermeiden, in eine Haltung des Klagens und Jammerns abzugleiten, und zugleich muß man die Gewalttaten, mit denen unsere Kräfte oder spontan das Proletariat den Schlägen des Feindes entgegentreten, aufs äußerste hervorheben."

Im Laufe dieser Monate nach dem Auguststreik spitzte sich die Entwicklung mit einem überstürzten Tempo zu, und das Proletariat mußte sich an allen Fronten verzweifelt gegen die konzentrischen Angriffe eines Feindes verteidigen, der um so stärker war, als er eine immer größere Rückendeckung durch die "verfassungsmäßigen" Staatsorgane erhielt und sich die unterschwellige Demoralisierungs- und Entwaffnungsarbeit des Opportunismus in den Reihen der Arbeiterklasse zunutze machen konnte. Es ist auch vom praktischen Standpunkt interessant, mindestens zwei von den Direktiven zu zitieren, die das Exekutivkomitee in dieser Zeit ausgab. Ein Kommuniqué, das am 11. Oktober in den Parteizeitungen erschien, betonte die Notwendigkeit, den militärischen Schutzapparat zu sichern und zu stärken. Man hatte nicht allein mit einer Lage zu tun, in der sich die Angriffe des Feindes vervielfältigten; es wurden auch tendenziöse Gerüchte verbreitet, um im Proletariat und insbesondere in den Reihen der KPI-Militanten und -sympathisanten Panik zu erzeugen. Wir zitieren einen Auszug:

"FÜR DEN KAMPF GEGEN DIE FASCHISTISCHE OFFENSIVE

Die faschistischen Aktionen haben im ganzen Land zunehmend an Intensität gewonnen und sie richten sich immer zielstrebig gegen die Kräfte der kommunistischen Partei. Unsere Organisation ist auf den Widerstand und den Kampf unter den ungünstigsten Bedingungen bereits weitgehend vorbereitet. Um zum Schutze unserer Bewegung zu handeln und den Schlägen, die gegen sie gerichtet werden, mit denselben Mitteln wie der Gegner bzw. mit allen möglichen und geeigneten Mitteln zu entgegnen, erhalten die örtlichen Organe durch interne Kanäle ständig die angemessenen Anweisungen. Darüber hinaus ist ein direkter Eingriff der zentralen Parteistellen gesichert. (...)

Wenn reaktionäre Operationen entfesselt werden, sind die Genossen, welche örtlichen Parteiorganisationen vorstehen, verpflichtet, jedes Opfer zu bringen, um die internen Verbindungen aller Zweige der Parteiorganisation sicherzustellen. Sieht man von Fällen höherer Gewalt ab, so sind sie auch verpflichtet, solange auf ihrem Posten zubleiben, bis sie anderen Genossen, die dazu berechtigt sind, entsprechende Anweisungen erteilt haben. Zu die-

sem Zweck müssen sie jedes Risiko in Kauf nehmen, sie dürfen aber kein Risiko laufen, um ihre eigene Person zur Schau zu stellen oder Tätigkeiten auszuführen, die mit den obigen Erfordernissen nicht ausdrücklich verbunden sind.

In jenen Gebieten, die noch nicht von der reaktionären Offensive erreicht wurden oder in denen diese unterbrochen wurde, muß man alle Anstrengungen unternehmen, um gemäß den bereits bekannten und mehrmals wiederholten Instruktionen die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung eines illegalen Funktionierens unserer Organisation und ihrer Fähigkeit zum Gegenangriff zu treffen. Wo eine außerordentliche menschliche oder materielle Hilfe benötigt wird, muß man sich an die Zentralstelle wenden; dabei muß man aber bedenken, daß die Partei diese Aufgaben in der Regel mit ihren Kräften vor Ort erfüllen muß, da die Möglichkeiten der Zentralstellen begrenzt sind. (...)

Die Fahnen aller legalen Parteiorganisationen (Sektionen, Jugendverbände) sind abgeschafft. Allein die Verbände unserer Militärorganisationen können Fahnen einer geeigneten Art haben. Sie müssen aber auf jeden Fall mit militärischen Mitteln verhindern, daß sie in die Hände der Gegner fallen.

Sieht man von eventuellen Disziplinarmaßnahmen gewöhnlicher Natur ab, so wird darauf hingewiesen, daß offizielle Erklärungen, denen zufolge Parteiorganisationen aufgelöst werden, allein die Bedeutung haben können, daß die betreffenden Organisationen weiterhin illegal funktionieren."

Um der Gefahr einer organisatorischen wie politischen Verseuchung des Militärapparates vorzubeugen und zugleich gemeinsame Aktionen mit ernsthaft organisierten und geführten proletarischen Gruppen zu ermöglichen (Aktionen, die gerade deshalb nicht zu politischer Verwirrung führen oder für Kulissenmanöver, die den Bedürfnissen des Kampfes zuwiderlaufen, ausgenutzt werden können), forderte ein am 17. Oktober in den Parteizeitungen erschienenes Kommuniqué der zentralen Führung der kommunistischen Brigaden "alle Brigadenleiter und -mitglieder" zur strikten Einhaltung folgender Anordnungen auf:

"1. Durch die neue Lage, in der sich die proletarischen politischen Parteien befinden, werden die Richtlinien für die Beziehungen zwischen unseren militärischen Organisationen und den Mitgliedern anderer politischer Parteien nicht im geringsten geändert. Mitglieder anderer politischer Parteien (Erwachsene oder Jugendliche) werden in den Brigaden nicht zugelassen. Gewerkschaftliche und anarchistische Organisationen werden bei Anwendung dieser Norm nicht als Parteien angesehen. Syndikalisten und Anarchisten können daher in die Brigaden aufgenommen werden, wenn sie sich verpflichten, gegenüber der Militärorganisation zu jedem Zeitpunkt strikteste Disziplin einzuhalten.

2. Auf dem Boden der Aktion sind Vereinbarungen mit anderen subversiven proletarischen Gruppierungen, soweit sie ernsthaft organi-

siert, diszipliniert und geführt sind, zulässig. Die Vereinbarung muß aber als technische und praktische Aufgaben- und Arbeitsteilung verstanden werden und nicht als Zusammenwürfelung von Militanten und Leitungen und ebensowenig als Austausch von Kenntnissen oder Mitteln. Die Militanten unserer Brigaden, ob Genossen oder Sympathisanten, gehorchen einzig und allein unseren Militärführern, die gerne bereit sind, mit subversiven Proletariern zusammenzuarbeiten, die noch einer anderen Disziplin unterworfen sind.

3. Die vorhergehende Anordnung gilt auch gegenüber den sogenannten proletarischen Verteidigungskomitees. Mitglieder und Leiter unserer Brigaden sollen weder Einladungen zu Versammlungen und Tagungen annehmen, die von solchen Komitees einberufen werden, noch örtlich eigene Delegierte mit der Teilnahme an derartigen Komitees beauftragen. Über proletarische Bündnisse entscheiden allein die politischen Parteiorgane."

Den entarteten "Kommunisten" unserer Tage erscheint diese strenge Aufforderung wie eine Äußerung von Sektierertum und Dogmatismus. In Wirklichkeit wurde sie einerseits durch eine sehr realistische Einschätzung der leichtsinnigen, laschen und geradezu "familiären" Gewohnheiten, die in einem demokratischen Milieu, zumal in Italien, entstehen, andererseits durch eine präzise Auffassung der Aufgaben des revolutionären Kampfes diktiert. Und es ist eine Tatsache, daß nur eine Partei, die nicht bei der sozialistischen Tradition in die Schule ging, sondern unter ganz anderen, unter entgegengesetzten "Sitten" aufwuchs und über einen festen, wenn auch zwangsläufig noch embryonalen illegalen und militärischen Apparat verfügte, daß nur eine solche Partei der Welle von Verhaftungen, Prozessen und Verfolgungen, die zwischen Ende 1922 und Ende 1923 gegen sie (und gegen sie allein) losschlug, widerstehen konnte.

DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG VOM AUGUST-STREIK BIS ZUM "MARSCH AUF ROM"

Die Monate nach dem Generalstreik wurden durch eine "Rechtsschwenkung" aller bürgerlichen Parteien gekennzeichnet, von den Liberalen bis zu den Republikanern, von der Volkspartei, der Vorläuferin der heutigen Christdemokraten, bis zu den Radikal-Demokraten. Sympathieerklärungen für die Faschisten vermehrten sich, und zwar nicht allein seitens Giolittis und Salandras (die im Oktober sogar als mögliche Vorsitzende eines Koalitionskabinetts mit breiter faschistischer Beteiligung in Betracht kommen sollten), sondern auch seitens Nittis, jenes selben Nitti, in dem die Sozialisten sehr lange eine Garantie für den Schutz der ... Arbeiterrechte zu sehen glaubten. Die Volkspartei einerseits, Liberale und Republikaner andererseits begannen in dieser Periode auf Provinz-, vor allem aber auf Kommunalebene Koalitionen mit den Faschisten zu bilden. Diese Koalitionen, welche die nach dem sogenannten Marsch auf Rom entstandene Regierungs-

konstellation vorwegnahmen, beweisen nicht nur, daß jene politischen Kreise, die später als Bannerträger des demokratischen Antifaschismus hochstilisiert werden sollten, gegen den Aufstieg des Faschismus absolut keinen Widerstand geleistet haben, sondern auch, daß sie mit den Bestrebungen und dem Programm der "Fasci" vollkommen *solidarisch* waren.

Man muß darauf hinweisen, daß die kommunistische Partei seit August die Bildung einer linken Koalitionsregierung aus rechten Sozialisten und bürgerlichen Parteien für nunmehr entfernte Perspektive hielt, da die Bourgeoisie inzwischen nicht mehr glaubte, dem Proletariat wichtige Zugeständnisse machen zu müssen, um die revolutionäre Bewegung dadurch zurückzuhalten. Was die somit erwartete faschistische Lösung angeht, so hielt es die Partei für *"viel wahrscheinlicher"*, daß sie sich durch einen *"kampflosen Kompromiß zwischen dem Faschismus und den Staatskräften"* als durch *"den Ausbruch eines bewaffneten Zusammenstoßes"* (10) durchsetzen würde. Und die Ereignisse von Ende Oktober sollten diese Prognose völlig bestätigen.

Wenn man also nicht sagen kann, die KP hätte eine Lösung wie den "Marsch auf Rom" nicht in Betracht gezogen - auf solche Vorwürfe werden wir noch zurückkommen -, so machte eine solche Perspektive, bzw. die ganze Entwicklung in Richtung auf eine faschistische "Machtergreifung" die Strategie und Taktik einer unabhängigen Aktion nur noch zwingender.

Zwischen dem 1. - 5. Oktober sollte die Sozialistische Partei auf ihrem Kongreß von Rom die Turatianer und im allgemeinen die Reformisten ausschließen, die sie praktisch zu dieser Maßnahme zwangen, denn sie waren entschlossen, die letzte Maske abzuwerfen und sich als das zu zeigen, was sie wirklich waren. Die Rechten organisierten sich in der PSU, der Sozialistischen Einheitspartei, während die PSI zum x-ten Mal beschloß, der III. Internationale beizutreten. Dieser Beschluß war keinen Pfifferling wert, doch hat die Internationale in ihrer Naivität ihn nicht als einen neuen Betrug entlarvt, sondern für bare Münze gehalten. Kaum war Serrati aber mit seiner Delegation zum IV. Weltkongreß nach Moskau abgefahren, und schon wehrte sich die neue sozialistische Führung mit Händen und Füßen gegen den "Ausverkauf der PSI". Als Mindestbedingung forderte sie das Recht, in völliger Unabhängigkeit über ihr eigenes Schicksal *selbst* zu entscheiden - und tatsächlich wird die Mehrheit auf dem folgenden Parteitag vom 15. - 17. April 1923 die von Moskau gestellten "Bedingungen" als "unannehmbar" zurückweisen (11).

Es handelte sich um das klassische, maximalistische bzw. zentristische Manöver zur Rettung der Sozialdemokratie, ein Manöver, das so alt war wie der erste Weltkrieg und die erste Nachkriegszeit, und wofür die deutschen "Unabhängigen" das beste Beispiel geliefert hatten. Man hätte also dieses Manöver voraussehen und als solches bekämpfen müssen, wie es die KPI forderte, anstatt es zu begünstigen, wie es die Internationale *trotzdem* in der il-

lusorischen Hoffnung tat, dadurch nützliche Kräfte für den zunehmend schwierigen und blutigen internationalen Kampf des Proletariats gewinnen zu können.

Während sich die sozialdemokratischen Rechten der Bourgeoisie als eventuelle Regierungspartei (und zwar selbst in einer Koalition mit den Faschisten) anboten, sicherte der Zentrismus um Serrati ihnen den Weg des Rückzuges.

Die Beharrlichkeit, mit der die KI das Trugbild einer Verschmelzung der von den klassischen Reformisten gesüberten PSI mit der KPI verfolgte, war einerseits, wie wir bereits gezeigt haben (12), das Ergebnis einer falschen Einschätzung der "revolutionären" Fähigkeiten des Maximalismus. Sie stellte aber andererseits eine Abweichung von den deutlichen prinzipiellen Positionen des II. Weltkongresses über die Natur und den Bildungsprozeß der kommunistischen Parteien dar. Unter den in Italien herrschenden Umständen bedeutete sie in der Praxis außerdem den Beginn einer Zerstörung der von der KPI seit Livorno geleisteten Arbeit. Die Folgen waren verheerend, sowohl für die Fähigkeit der Partei, die Führung der Massen im Widerstand gegen den Faschismus zu übernehmen (ein freilich noch langfristiges Ziel), wie auch für ihre Fähigkeit, *mindestens* die Vorhut des Proletariats im Hinblick auf die bevorstehenden, aber entscheidenden Kämpfe zu organisieren.

Bereits auf der Tagung des Zentralkomitees der KPI vom 10.-11. September beklagte sich Terracini darüber, daß die Internationale seit einem Jahr *"unsere Partei als etwas Vorübergehendes und Künstliches einzuschätzen"* pflegte und sich ununterbrochen zum Ziel setzte, *"die sozialistische Partei, auch um den Preis von Verzichtleistungen und Transaktionen wieder in den Schoß der Internationalen zu ziehen"*. Zu diesem Zweck zögerte Moskau nicht davor, den Flügel der "Terzini", der "Drittinternationalisten" in der PSI, finanziell und politisch zu unterstützen, der KPI zum Trotz und auch ohne sie davon in Kenntnis zu setzen. Welche Folgen hatte nun die Entscheidung, die Maximalisten en bloc aufzunehmen, die ihrerseits übrigens keineswegs die Absicht hatten, sich en bloc schlucken zu lassen? Sie stellte die Autorität der KPI in den Augen der großen Massen in Frage; sie lähmte die Aktion ihrer Führer; sie untergrub die straffe Disziplin ihrer Militanten, die sich plötzlich mit der Umkehrung von Positionen konfrontiert sahen, die lange und hartnäckig verteidigt worden waren; sie erzeugte die Gefahr, die mutmaßliche Gewinnung von *"vielleicht zwanzig tausend neuen Genossen"* (bei der Fusion, die 1924 schließlich stattfand, waren es im Endeffekt doch nur weniger als dreitausend) *"mit dem Verlust einer unabsehbaren Zahl von Genossen"* bezahlen zu müssen, *"die heute in unseren Reihen kämpfen, die aber niemals eine Vereinigung mit Leuten akzeptieren werden, die im Kampf gegen die Reaktion und in der Verteidigung des Proletariats bis heute ein schändliches Spektakel dargeboten haben"* (Terracini).

Seit den ersten Tagen des Oktober, also während des entscheidenden Monats von 1922, wurde die

Führung der KPI dann fast vollständig von Diskussionen und Gegendiskussionen über das Vereinigungsprojekt in Anspruch genommen. Dieses Projekt wurde von einem Delegierten der KI zu dem Zeitpunkt nach Italien überbracht, da sämtliche Kräfte der Partei an der Basis wie in der Führung sich konsequent und mit klaren Zielvorstellungen auf die Verteidigung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen wie auf die Vorbereitung eines Gegenangriffs hätten konzentrieren müssen. War nun dieser Gegenangriff trotz allem langfristig gesehen *durchaus möglich*, so war eine Aussöhnung von Kommunismus und Maximalismus auf jeden Fall *unmöglich*. Und doch forderte man von der KPI, sie solle alles opfern - programmatische Klarheit, organisatorische Disziplin, Einheitlichkeit und Festigkeit der praktischen Richtlinien -, um gerade dieses Ziel zu erreichen.

Die Sozialisten waren also trotz ihrer Parteisplaltung strikt nach den "Leitsätzen über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale" vom 11. Weltkongreß zu behandeln, und unsere Warnung, jede Abweichung davon würde *"Gefahren für die organisatorische Struktur und die politische Führung der Partei, aber auch für den revolutionären Kampf des italienischen Proletariats"* bringen (Erklärung des Zentralkomitees auf der Tagung vom 10.-11. September 1922), war nur allzu berechtigt.

Die Partei konnte sich aufgrund der ihr eigenen Festigkeit den Beschlüssen der KI vollkommen diszipliniert fügen, und das war auch ihre strikte Pflicht. Dennoch hat die Internationale, und zwar gegen die Absichten der Anhänger einer "Wiedervereinigung", durch diese Politik die *objektiven* Grundlagen für die Disziplin der Militanten und für die Autorität der Führer gerade in einer Partei untergraben, die angesichts der geschichtlichen Umstände diese Disziplin und Autorität mehr denn je und mehr als irgendeine andere brauchte.

o o o

Der Faschismus hatte im Laufe dieser Zeit ein leichtes Spiel. Man darf sich durch die Heldenmythen und Kampfllegenden, die er nach seinem Sieg fabriziert hat, nicht blenden lassen. Zwar haben die schwarzen Banden zwischen September und Oktober die "Einnahme" der Großstädte des Nordens, von Udine bis Trient und Bozen, vervollständigt, es handelte sich dabei aber um friedliche Eroberungen, so etwas wie die Schlüsselübergabe durch die verfassungsmäßigen Regierungen. Zwar haben die Faschisten andererseits ab Mitte September ihren Militärapparat neu organisiert und zentralisiert, zunächst einem Dreier-, dann einem Viererkommando unterstellt, und sie haben auch im Laufe des Oktober ihre "viereckigen Legionen" in der Umgebung von Rom massiert, wobei sie nunmehr davon redeten, auf die Hauptstadt zu "marschieren". Dieses Aufgebot an Männern und Waffen hatte aber eher den Charakter einer Parade. Es diente einerseits als Druckmittel für die parlamentarischen und außerparlamentarischen Verhandlungen mit Hinblick auf die

Bildung einer Regierung der großen Koalition. Andererseits stellte es ein Ablaßventil für die unbändigen und ungedulden "Brigadisten aus Prinzip und um jeden Preis" dar, die darauf brannten, sich zu raufen, und die "Kompromisse" und "Geschäfte" des Duce mit Ärger verfolgten. Ähnliche "extremistische" Auflehnungen hatte es ein Jahr zuvor schon gegeben, und es sollte sie wieder geben; auch Hitler wird seine Röhm's und Strassers zu "disziplinieren" haben, was er "im großen Stil" machen wird, während Mussolini, da er keine andere Möglichkeit hatte, seine Säuberungen mit dem Besen und nicht mit dem Staubsauger durchführen mußte.

Unmittelbar nach dem Generalstreik hatte der Duce einen seiner treuesten Anhänger erklären lassen: Entweder wird der Staat den Faschismus aufnehmen, oder der Faschismus den Staat. Die Alternative war aber nur für den Zuschauerraum bestimmt, denn die Marschroute lag allein in der ersten Lösung, die ein anderer ergebener Diener suggestiv zum Ausdruck brachte: *"Wir sind die einzige Kraft, die imstande ist, die gegen den Staat gerichteten Kräfte in den Bereich der liberalen Einrichtungen zu integrieren"*, denn *"unser Kollaborationismus"* (auf neudeutsch Sozialpartnerschaft) *"bringt alle Vorteile, aber keine der Gefahren der sozialistischen Kollaboration"* (Interview von Grandi mit "Popolo d'Italia", 10. August 1922).

Im September hängte Mussolini die letzten und verblaßten Überbleibsel seiner republikanischen Nostalgie an den Nagel und erklärte: *"Man muß den Mut haben, Monarchist zu sein"*. Es gab sich Mühe, die Kirche seiner guten Absichten zu versichern, und in der frenetischen Suche nach einer Regierungsformel im Laufe der Monate September und Oktober war er pausenlos darum bemüht, Trümpfe zu sammeln. Wie ein Historiker schrieb, *"liegt für ihn die Ideallösung darin, daß alles so geschieht, ALS HÄTTE der Marsch auf Rom, ohne zu Ende durchgeführt zu werden, dennoch stattgefunden"* (Angelo Tasca, "Nascita del fascismo", Bari 1972, II, S. 425).

Es stimmt zwar, daß die faschistische Partei PNF am 24. Oktober zu einem Kongreß in Neapel zusammentrat und bei dieser Gelegenheit Pläne für die "militärische Eroberung" der Hauptstadt festlegte. Wurde aber mit solchen Beschlüssen geprahlt und gedroht, und erklärte Mussolini am selben Ort, daß *"die Faschisten nicht vorhaben, durch den Dienstboteneingang an die Regierung zu gelangen"*, so wiederholte er zugleich das verfolgte Ziel: *"ein Kabinett, zu dem mindestens sechs faschistische Minister in den wichtigsten Ressorts gehören"*, anstelle der fünf Ministerposten, die ihm Giolitti, bzw. Salandra angeboten hatten. Das faschistische Schiff verfolgt denselben Kurs, auf den alle parlamentarischen Parteien zusteuern. Als schließlich alle Möglichkeiten einer klassisch-liberalen Lösung für die Regierungskrise erfolglos durchgespielt waren, machte Salandra selbst, der entschlossenste Vertreter der liberalen Rechten, am 28. Oktober dem König den Vorschlag, Mussolini zum Regierungschef zu ernennen (13). Mussolini kam am 29. Oktober in

Rom an - *im Schlafwagen*. Er bildete seine erste Regierung mit Vertretern aller Parteien, ausgenommen die Sozialisten und selbstverständlich die Kommunisten. Fünf Ministerposten gingen an die Faschisten, zwei an die Volkspartei, drei an Liberaldemokraten der verschiedenen Tendenzen, einer an die Konservativen und einer an die Nationalisten. Einige Tage später räumte das Parlament der Regierung uneingeschränkte Vollmachten für die Dauer eines ganzen Jahres ein. Erst *nachdem* Mussolini die offizielle Einladung nach Rom erhalten und den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen hatte, erhielten einige Kolonnen der faschistischen Brigaden den Befehl, am 30.-31. Oktober nach der Hauptstadt zu kommen, *mit dem Zug*, friedlich, legal, artig "defilierend". Kein einziger Gewehr-, geschweige denn Kanonschuß. War es also übertrieben, wenn wir die "faschistische Revolution", den "Marsch auf Rom", als eine *Komödie* bezeichneten?

Die Aufforderungen der KPI an die Gewerkschaften, den landesweiten Generalstreik auszuführen, war von der CGL am 28. Oktober abgelehnt worden. Diese "Antifaschisten" haben vielmehr am selben Tag eine ekelhafte Erklärung abgegeben. Dort warnten sie *"die Arbeiter vor den Spekulationen und vor der Aufwiegelung, die durch Parteien oder politische Gruppierungen betrieben werden, die das Proletariat in eine Auseinandersetzung einbeziehen möchten, der es sich vollkommen fernhalten muß, um seine eigene Unabhängigkeit nicht zu gefährden."* Soweit die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsböden zur Übernahme der Regierung durch die Faschisten. Wir glauben, daß sich ein Kommentar hier erübrigt (14).

In ihrem Manifest über *"die Aufgaben des Proletariats"*, das am 29. Oktober vor Mussolinis Ankunft in Rom erschien, betonte die KPI ihre Position: *"Gegen die heuchlerische Einladung zu einer unmöglichen sozialen Befriedung! Gegen jedes linke oder rechte Programm der bankrotten Bourgeoisie! Für die Reorganisation der proletarischen Kraft in der AA, um zur Gewerkschaftseinheit zu kommen und die ganzen leidenden Massen hinter sich zusammenzuschließen! Für die unabhängige Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Regierungskrise und für den Kampf um die revolutionäre Arbeiterregierung!"*

Die KPI war sich dessen bewußt, daß sie in ihrem Abstand und in ihrer Opposition zu den innerparteilichen und parlamentarischen Manövern, die sich hinter dem Schreckbild des "Staatsstreiches" und des "Marsches auf Rom" verbargen, völlig *allein* war. Und vor allem wegen der Haltung der anderen Arbeiterparteien verbreitete sie weder in ihren eigenen Reihen noch im Proletariat die Illusion, *"auf den Lauf der Ereignisse einen eigenen Einfluß nehmen zu können"*. Während sie also verfügte, daß ihre Kräfte keine Initiativen ergreifen sollten, die zwangsläufig zum Scheitern verurteilt wären, bestimmte sie ebenso energisch, daß man auf *"jeden Angriff und jede Provokation gegen das Proletariat und seine Organisationen"* prompt antworten mußte. Und in der Praxis war es die KPI, die

fast die ganze Last, sei es der Zusammenstöße in der Periode vor der definitiven Einrichtung der neuen Regierung, sei es der nachfolgenden Polizeioffensive zu tragen hatte.

Wie deutete die KPI den Machtanstieg der Faschisten? Wir werden einen Artikel zitieren, der knapp nach dem "verhängnisvollen" Marsch auf Rom in "Rassegna Comunista" (zweiter Jahrgang, Nr. 30, 31. Oktober 1922) veröffentlicht wurde. Die vollkommene Übereinstimmung mit allen bisherigen Erklärungen der Partei wird der Leser selbst feststellen können. Die faktische Entwicklung selbst, deren grundlegendes Schema sich im übrigen elf Jahre später bei der Machtübernahme durch Hitler in fast allen Zügen wiederholen sollte, bestätigen die Richtigkeit der kommunistischen Interpretation der Ereignisse.

"Wir bestreiten, daß das Geschehene auch nur im geringsten einen revolutionären Charakter gehabt hat oder auch nur entfernt den Eindruck eines Staatsstreiches erwecken kann."

Eine Revolution bringt einen Wechsel des Regimes. Das faschistische Heer wurde mobilisiert, es handelte, marschierte, siegte - und festigte sehr stark das monarchische Regime und dessen Obliegenheiten."

Ein Staatsstreich stürzt eine Führungsschicht und ändert die grundlegenden Gesetze eines Staates - bis heute hat der faschistische Sieg ein Kabinett erneuert ... Der ganze bürokratische Apparat des italienischen Staates wurde aber nicht angetastet. Die Verwaltung funktioniert unverändert weiter. Die neuen Regierungsführer äußern ihre feste Absicht, das Gesetz anzuwenden und die Verfassung zu schützen. Die ersten Beschlüsse des Ministerrates lassen keinen tiefgreifenden Wechsel in der Innen- und Außenpolitik erkennen."

Wie sollen wir dann die Ereignisse, die das Leben in Italien erschüttert haben, kennzeichnen? Wir waren ganz einfach Zeuge DER LEGALISIERUNG EINES FAKTISCHEN ZUSTANDES, DER BEREITS ZUM BESTANDTEIL DES REGIMES GEWORDEN WAR, SICH GEFESTIGT HATTE UND VON ALLEN GRUPPEN DER ITALIENISCHEN BOURGEOISIE AKZEPTIERT WURDE. Diese hatte sich nach Kriegsende zunächst mit demokratischem Flittergold geschmückt, um ihren Widerstand gegen die Angriffe des Proletariats in die Wege zu leiten: Ist der konservative Liberalismus das Regime der kapitalistischen Stärkeperioden, so die Demokratie das Regime des kapitalistischen Widerstandes. Im Laufe von vier Jahren ist es den bürgerlichen Führungsschichten durch geschickte Manöver gelungen, den wiederholten Vorsturm der Arbeiter jeweils einzudämmen. Es ist ihnen ebenso gelungen, die Arbeiter an einer äußersten Grenze zurückzuhalten, an der Grenze des ständig in Aussicht gestellten und niemals verwirklichten Kompromisses mit der Sozialdemokratie. Im Laufe dieser Zeit haben sie ihre eigene Offensive organisiert. Als diese herangereift war, begann die umgekehrte Erscheinung: Die wiederholten Angriffe des Kapitalismus wurden durch eine Teilverteidigung des Proletariats jeweils zurückgehalten. Sie gipfelten im jetzigen An-

griff, der die bürgerliche Klasse in ihre Machtstellung der Vorkriegszeit zurückbringt.

Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Gruppen betrafen nicht die Notwendigkeit, dieses Ergebnis zu erzielen, sondern vielmehr die Frage, wie es zu erreichen sei. Einige bevorzugten noch die Fortsetzung des bisher andauernden Betrugs: die Regierung ist formal eine linke Regierung, begünstigt und schützt aber zugleich die anti-proletarischen Aktionen, für die eine nicht-staatliche Armee verpflichtet wird. Andere wollten die Bildung einer strikt reaktionären Regierung, welche die Funktionen des Zwangs und des Terrors für die eigenen verfassungsmäßigen Organe beansprucht. Die jetzigen Sieger schließlich vertraten das Ziel eines offiziellen und ausdrücklichen Bündnisses zwischen dem Staat und der bisher illegalen Organisation, der, wenn auch nach einer Umbildung, weiterhin die Aufgabe des antiproletarischen Kampfes zufallen wird".

Dieser These werden die Demokraten, auch jene im "sozialistischen" oder "kommunistischen" Mäntelchen, entgegen, daß der Faschismus rund zwei Jahre später einen weiteren und entscheidenden Schritt vorangehen wird, um schließlich die Verbündeten von 1922, jene bürgerlichen Parteien und Parteicliquen, die in der ersten Mussolini-Regierung zusammenwirkten, mit Gewalt zu beseitigen, die Verfassung zu ändern und alle demokratischen Rechte und Garantien abzuschaffen. Das stimmt. Er wird es tun, weil die Tatsachen bewiesen, daß die Aufgabe, die Bourgeoisie im Hinblick auf erneute soziale Gefahren zu einem einzigen Block zu vereinen, nicht zu verwirklichen war, solange der Pluralismus, selbst wenn er mehr Schein als Wirklichkeit war, herrschte. Aber auch dann wird er die überwältigende Mehrheit der herrschenden Klassen auf seiner Seite haben: Einzige Ausnahme bildeten jene Gruppen und Individuen, deren bürgerliche Existenz unter der Planieraupe des Großkapitals und seiner Überlebenszwänge verschwinden mußte, denen in der neuen Verfassung der bürgerlichen Regierung keine wirkliche Rolle mehr verblieb. So wird es nicht einmal jetzt einen Bruch mit der Vergangenheit geben und selbstverständlich um so weniger einen Bruch in der Kontinuität einer Klassenherrschaft.

DIE EINSCHÄTZUNGEN DES FASCHISMUS AUF DEM IV. KONGRESS DER KI. RADEK UND BORDIGA

In denselben Tagen, da in Italien für die "Krise des Regimes" eine Lösung gefunden wurde, tagte in Moskau der IV. Kongreß der KI. In der 11. und 12. Sitzung, also am 15.-16. November 1922, hielten zunächst Karl Radek und dann Amadeo Bordiga ihre einander entgegengesetzten, aber jeweils grundlegenden Referate über die "Offensive des Kapitals" und insbesondere den Faschismus. Wie alle großen Fragen der Taktik - so die Einheitsfront, die Arbeiterregierung usw. - führte auch die In-

terpretation des Faschismus, bzw. die Frage, wie man ihm entgegentreten und ihn bekämpfen müsse, zu einer scharfen und - bezieht man die logischen Konsequenzen mit ein - unversöhnlichen Auseinandersetzung zwischen unserer Strömung auf der einen Seite und auf der anderen hauptsächlich den bei dieser Gelegenheit von Radek verkörperten "Rechten" in der Internationalen (15).

Radek geht von der naheliegenden und banalen "soziologischen" Feststellung aus, daß die faschistische Bewegung durch die Krise der Mittelschichten der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere der Kleinbourgeoisie, entstanden war. Welche Schlußfolgerung zieht er aber daraus? "Die Faschisten stellen das Kleinbürgertum dar, das, gestützt durch die Bourgeoisie, zur Macht kommt". Nach Radeks Auffassung liegt in der Kleinbourgeoisie der Ursprung der faschistischen Regierung in Italien und gegebenenfalls in anderen Ländern. In der Kleinbourgeoisie liegt auch das innere Wesen dieser Regierungen, deren Scheitern somit einprogrammiert ist, da die Kleinbourgeoisie, die zur Macht gekommen ist, "genötigt sein wird, nicht das Programm des Kleinbürgertums, sondern des Kapitalismus durchzuführen". Und was ergibt sich daraus? "Und darum ist diese grelle Konterrevolution die schwächste der konterrevolutionären Mächte Europas".

Wird aber die faschistische Macht einerseits zur Achillesferse der bürgerlichen Ordnung in Europa heruntergeputzt, so wird sie andererseits dennoch zum wichtigsten Anlaß genommen, um die Kommunistischen Parteien auf die Anwendung der Losungen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung in ihrer breitesten Auffassung zu trimmen. Ein Widerspruch? In Radeks Auffassung keineswegs, denn es geht schließlich darum, daß man sich der vom Ausgang ihres Kampfes enttäuschten und um ihren Sieg betrogenen Kleinbourgeoisie anbietet, um sie zu gewinnen. Es ist leicht ersichtlich, daß Radek auf dem IV. Kongreß Positionen vertritt, die seine Haltung im Laufe der Ruhr-Krise von 1923 - Schlageterrede, Hofierung des kleinbürgerlichen Nationalismus, gemeinsamer Auftritt mit den Nazis usw. - vorwegnehmen.

Für Bordiga bedeutet der Faschismus im Gegenteil eine Mobilisierung der Kleinbourgeoisie für und durch das Großkapital. Sein globales Vorhaben ist die Vereinigung aller "Abteilungen" der bürgerlichen Klasse zum Zweck der Offensive gegen das Proletariat und der äußersten Zusammenballung der eigenen Kräfte, um die Krise zu überwinden. Sein Aufstieg stellt keine Schwächeerscheinung dar, sondern zeichnet vielmehr den Gipfel eines Kampfes, zu dessen Erfolg sämtliche bürgerlichen und opportunistischen Kräfte der Demokratie beigetragen haben. Die Antwort der kommunistischen Weltpartei kann einzig und allein auf dem Boden des erbittertsten Klassenkrieges liegen. Dabei muß sie selbstverständlich die Spannungen innerhalb des gegnerischen Lagers ausnutzen, aber keineswegs dadurch, daß sie ihre eigenen Positionen abschwächt oder gar aufgibt, sondern im Gegenteil noch schärfer hervortreten läßt.

Radeks Position kennzeichnet sich einerseits durch die *Überschätzung* der Bedeutung der inneren Krise der Bourgeoisie, andererseits durch die *Unterschätzung* der revolutionären Fähigkeit des Proletariats, was zu seiner Entwaffnung in programmatischer wie organisatorischer Sicht führt.

Bordiga geht im Gegenteil davon aus, daß das Proletariat auf *seinem eigenen Boden*, auf dem Boden der organisierten und geballten Gewalt, geschlagen wurde. Und die immense revolutionäre Fähigkeit des Proletariats hängt aufs engste mit der Fähigkeit der Klassenführung, der Partei, zusammen, die Herausforderung des Feindes anzunehmen. Hier wird nicht davon ausgegangen, daß die Macht dieses Feindes an den inneren Widersprüchen der Kleinbourgeoisie zerbröckelt. Die allgemeine Entwicklungslinie, die hier aufgezeigt wird, ist die einer *wachsenden* Zentralisierung der gegnerischen Klasse für die Verteidigung der *allgemeinen* Interessen des Kapitals. Auf den darin

implizierten heftigen Zusammenstoß muß das Proletariat durch eine *erhöhte* politische Zentralisierung seiner eigenen Kräfte antworten. Es kann sich dieser objektiv gestellten Aufgabe nicht entziehen, und sie zu erkennen, ist kein Grund für Schwäche- und Unterlegenheitsgefühle, sondern ein Element der Stärke und Überlegenheit gegenüber dem Feind.

In dem einen Fall marschiert man in Richtung auf eine Einheitsfront als Parteienkartell mit sozialdemokratischen Parteien und - über das später zu betrachtende Experiment eines Gegenparlaments in Italien - letztendlich geradewegs in Richtung auf die Volksfronten. Im anderen Fall marschiert man in Richtung auf die Liquidierung jeder demokratisch-reformistischen Illusion und auf die Bildung einer *proletarischen* Front unter Führung der Partei.

Wir drucken Bordigas Referat, das zugleich als Rekapitulation dient, im folgenden vollständig ab (16).

(...) Ich muß mich, nach dem, was Gen. Radek gestern hier in seiner Rede über das Verhalten der Kommunistischen Partei zum Faschismus gesagt hat, auch mit einer anderen Seite dieser Frage befassen.

Unser Gen. Radek hat das Verhalten unserer Partei zur Fascistenfrage, die heute die herrschende politische Frage in Italien ist, kritisiert. Er hat unseren Standpunkt — unseren angeblichen Standpunkt — kritisiert, der darin bestehe, daß wir eine kleine Partei haben wollten und sämtliche Fragen derart beurteilen, daß wir uns auf das Gebiet der Organisation der Partei und ihrer unmittelbaren Rolle beschränken, ohne unser Augenmerk auf die großen politischen Fragen zu richten.

In Anbetracht der Kürze der Zeit werde ich mich bemühen, nicht allzu weitschweifig zu sein. Bei der Erörterung der italienischen Frage und unserer Beziehungen zur Sozialistischen Partei werden wir auch die Frage behandeln müssen, wie wir in der in Italien durch den Faschismus geschaffenen neuen Situation vorzugehen haben.

Ich gehe jetzt direkt zu meinen Ausführungen über.

Untersuchen wir vor allem den Ursprung der Fascistenbewegung.

Was sozusagen den unmittelbaren und äußeren Ursprung der Fascistenbewegung anbelangt, reicht dieser in die Jahre 1914/15 zurück, in jene Periode, die dem Eingreifen Italiens in den Weltkrieg vorangegangen ist. Ihre ersten Anfänge sind jene Gruppen, die diese Intervention unterstützt haben. In politischer Hinsicht bestanden diese Gruppen aus Vertretern verschiedener Tendenzen.

Es gab eine Rechtsgruppe mit Salandra; die Großindustriellen, die am Krieg interessiert waren und die, bevor sie den Krieg für die Entente befürworteten, sogar den Krieg gegen die Entente unterstützt hätten.

Andererseits gab es auch Tendenzen der linken Bourgeoisie: die italienischen Radikalen, d. h. die linksseitigen Demokraten, die Republikaner, die aus Tradition für die Befreiung Triests und Trients waren. An dritter Stelle enthielt die Interventionistenbewegung gewisse Elemente der Proletarierbewegung: revolutionäre Syndikalisten und Anarchisten. Zu diesen Gruppen gehörte namentlich — es ist wohl ein persönlicher Fall, der aber von besonderer Bedeutung ist — der Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei: Mussolini, der Leiter des „Avanti“!

Man kann ungefähr sagen, daß die mittlere Gruppe sich an der Fascistenbewegung nicht beteiligt und sich in den Rahmen der traditionellen hürgerlichen Politik eingefügt hat.

In der Fascistenbewegung verblieben die Gruppen der äußersten Rechten und jene der äußersten Linken: die ex-anarchistischen, die ex-syndikalistischen und die ex-syndikalistisch-revolutionären Elemente.

Diese politischen Gruppen, die im Mai 1915 dadurch, daß sie entgegen dem Willen der Mehrheit des Landes und selbst des Parlaments, das dem plötzlichen Handstreich nicht zu widerstehen vermochte, dem Lande den Krieg aufdrängten, einen großen Sieg errungen hatten, sahen nach Kriegsschluß, wie sich ihr Einfluß verringerte. Schon während des Krieges konnten sie diese Tatsache konstatieren.

Sie hatten den Krieg als ein sehr leichtes Unternehmen hingestellt; als man jedoch sah, daß der Krieg sich in die Länge zog, büßten diese Gruppen ihre Volkstümlichkeit, die sie ja eigentlich niemals recht besessen hatten, vollends ein.

Unmittelbar nach dem Krieg sank der Einfluß dieser Gruppen auf ein Minimum.

Während und nach der Demobilisierungsperiode gegen Ende des Jahres 1918, während des Jahres 1919 und in der ersten Hälfte 1920 lag diese politische Tendenz inmitten der durch die Folgen des Krieges hervorgerufenen allgemeinen Unzufriedenheit vollständig am Boden.

Dennoch läßt sich der politische und organische Zusammenhang dieser damals schon fast erloschen scheinenden Bewegung mit der mächtigen Bewegung, die sich heute vor unseren Augen entrollt, feststellen.

Die „fasci di combattimento“ haben niemals aufgehört zu existieren; der Führer der fascistischen Bewegung war stets Mussolini, ihr Blatt ist „Il Popolo d'Italia“.

Bei den politischen Wahlen, Ende Oktober 1919, wurden die Fascisten in Mailand, wo sie ihr Tageblatt hatten und wo sich ihr politischer Führer befand, vollständig geschlagen. Sie erhielten eine verschwindend kleine Stimmenzahl: trotzdem aber setzten sie ihre Arbeit fort.

Die revolutionäre sozialistische Richtung des Proletariats hatte dank der revolutionären Begeisterung, die sich der Massen bemächtigt hatte — die Gründe brauche ich hier wohl nicht ausführlich auseinanderzusetzen —, in der Nachkriegsperiode eine bedeutende Verstärkung erlangt. Dennoch verstand sie es nicht, sich diese günstige Situation zunutze zu machen.

Diese Tendenz verkümmerte schließlich, weil all diese der Erstarbung einer revolutionären Organisation günstigen objektiven und psychologischen Verhältnisse keine Partei vorfanden, die imstande gewesen wäre, auf ihnen eine stabile Organisation aufzubauen. Ich behaupte nicht, daß die Sozialistische Partei — wie Gen. Sinowjew dieser Tage sagte — in Italien die Revolution hätte machen können, sie hätte es jedoch zumindest fertig bringen müssen, den revolutionären Kräften der Arbeitermasse eine feste Organisation zu geben. Sie war aber dieser Aufgabe nicht gewachsen.

Wir haben also die Abnahme der Popularität, deren sich die immer kriegsfeindliche sozialistische Richtung in Italien erfreut hatte, mitansehen müssen.

In dem Maße, wie die sozialistische Bewegung in der Krise des sozialen Lebens Italiens einen Irrtum nach dem anderen beging, begann die entgegengesetzte Bewegung — der Fascismus — zu erstarken.

Der Fascismus verstand es ganz besonders, die Krise auszunutzen, die sich in der wirtschaftlichen Lage geltend machte und deren Einfluß auf die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats fühlbar zu werden begann.

Im schwierigsten Augenblick fand die Fascistenbewegung eine Stütze in der Fiumaner Expedition d'Annunzios. Aus der Fiumaner Expedition schöpfte der Fascismus eine gewisse moralische Kraft, und dort entstand auch, obgleich die Bewegung d'Annunzios und der Fascismus zwei verschiedene Dinge waren, seine Organisation und seine bewaffnete Macht.

Wir haben über das Verhalten der sozialistischen Proletarierbewegung gesprochen; die Internationale hat an ihren Fehlern wiederholt Kritik geübt.

Die Folge dieser Fehler war ein völliger Stimmungsumschwung bei der Bourgeoisie und den übrigen Klassen. Das Proletariat war ent-

zweit, war demoralisiert. Die Stimmung der Arbeiterklasse, die den Sieg aus ihren Händen gleiten sah, erfuhr eine bedeutende Änderung. Man kann sagen, daß die italienische Bourgeoisie im Jahre 1919 und in der ersten Hälfte 1920 sich so ziemlich damit abgefunden hatte, den Sieg der Revolution mitansehen zu müssen. Die Mittelklasse und die Kleinbourgeoisie waren geneigt, eine passive Rolle zu spielen, und zwar nicht im Gefolge der Großbourgeoisie, sondern im Gefolge des Proletariats, das im Begriffe war, den Sieg zu erringen.

Diese Stimmung hat nun eine gründliche Änderung erfahren. Statt Zeugen des Sieges des Proletariats zu sein, sehen wir im Gegenteil, wie die Bourgeoisie sich zur Verteidigung sammelt.

Als die Mittelklasse sah, daß die Sozialistische Partei es nicht verstand, sich so zu organisieren, daß sie die Oberhand gewinnen konnte, gab sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck; sie verlor allmählich ihr Vertrauen, das sie in die Bestimmung des Proletariats gesetzt hatte, und wandte sich der entgegengesetzten Seite zu.

In diesem Augenblick setzte die kapitalistische Offensive der Bourgeoisie ein, die sich hauptsächlich die Stimmung der Mittelklasse zunutze machte. Der Fascismus stellte dank seiner sehr verschiedenen artigen Zusammensetzung die Lösung dieses Problems dar; dadurch war er sogar in der Lage, die Offensive der Bourgeoisie und des Kapitalismus einzudämmen.

Das italienische Beispiel ist ein klassisches Beispiel für die Offensive des Kapitals. Diese Offensive bildet, wie Gen. Radek gestern von dieser Tribüne herab sagte, eine komplizierte Erscheinung, die man nicht nur hinsichtlich der Lohnherabsetzungen oder der Verlängerung der Arbeitszeit, sondern auch auf dem allgemeinen Gebiet der politischen und militärischen Aktion der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse einer Prüfung unterziehen müsse.

In Italien haben wir in der Entwicklungsperiode des Fascismus alle Erscheinungsformen der kapitalistischen Offensive erlebt.

Vom ersten Augenblick ihres Bestehens an hat unsere Kommunistische Partei die Lage kritisch erörtert und dem italienischen Proletariat seine Aufgabe in der einheitlichen Selbstverteidigung gegen die bürgerliche Offensive gewiesen; sie entwarf einen einheitlichen Plan, auf Grund dessen das Proletariat gegen diese Offensive hätte aufmarschieren müssen.

Wenn wir die kapitalistische Offensive als Ganzes betrachten wollen, müssen wir die Lage in ihren allgemeinen Linien, und zwar einerseits auf dem Gebiete der Industrie, andererseits auf dem Gebiete der Landwirtschaft untersuchen.

In der Industrie nutzt die kapitalistische Offensive vor allem die wirtschaftlichen Erscheinungen unmittelbar aus.

Die Krise beginnt und die Arbeitslosigkeit macht sich geltend. Ein Teil der Arbeiter muß entlassen werden und die Arbeitgeber haben leichtes Spiel, denn sie können aus den Betrieben jene Arbeiter, die an der Spitze der Gewerkschaften stehen, sie können die Extremisten davonjagen. Die industrielle Krise bildet für die Arbeitgeber den Ausgangspunkt, der es ihnen ermöglicht, die Herabsetzung der Löhne und die Revision der disziplinarischen und moralischen Zugeständnisse zu fordern, die sie vorher den Arbeitern ihrer Betriebe machen mußten.

Am Anfang dieser Krise entsteht in Italien der Allgemeine Industrierverband, der Klassenverband der Arbeitgeber, der diesen Kampf leitet und die Aktion jedes einzelnen Industriezweiges seiner

*gemeint ist: Entschlossenheit

In der Landwirtschaft gab es keine mit großer Arbeitslosigkeit verbundene Krise, die den Grundbesitzern auf dem Gebiete der einfachen Gewerkschaftskämpfe eine siegreiche Gegenoffensive ermöglicht hätte.

Hier begann der Faschismus sich dadurch zu entwickeln und die Methode der physischen Gewalt, der bewaffneten Gewalt in Anwendung zu bringen, daß er sich auf die Klasse der ländlichen Grundbesitzer stützte und die in der mittleren Schicht der landwirtschaftlichen Klassen durch die organisatorischen Fehler der Sozialistischen Partei und der reformistischen Organisatoren hervorgerufene Unzufriedenheit ausnutzte. Der Faschismus stützte sich auch auf die allgemeine Situation, auf die von Tag zu Tag zunehmende Unzufriedenheit sämtlicher kleinbürgerlicher Schichten, der kleinen Kaufleute, der Kleingrundbesitzer, der ausgeschiedenen Soldaten, der ehemaligen Offiziere, die nach der Stellung, die sie während des Krieges innegehabt hatten, durch ihre jetzige Situation enttäuscht waren.

Man nutzte all diese Elemente aus; und indem man sie organisierte und in Formationen einreichte, konnte man die Bewegung zur Zerstörung der Macht der roten Organisationen auf dem italienischen flachen Lande in Angriff nehmen.

Die Methode, deren sich der Faschismus bediente, ist höchst charakteristisch; der Faschismus sammelte sämtliche demobilisierten Elemente, die in der Gesellschaft nach dem Kriege ihren Platz nicht finden konnten, und machte sich ihre militärischen Erfahrungen zunutze.

Er begann mit der Bildung seiner militärischen Formationen nicht in den großen Industriestädten, sondern in jenen Städten, die wir als Hauptstädte der italienischen landwirtschaftlichen Bezirke betrachten können, wie zum Beispiel Bologna und Florenz; er stützt sich hierbei auf die staatlichen Behörden, worauf wir noch zurückkommen. Die Fascisten verfügen über Waffen und Transportmittel, erfreuen sich der Straflosigkeit vor dem Gesetze und genießen die Vorteile dieser günstigen Verhältnisse auch dort, wo sie die Zahl ihrer revolutionären Gegner noch nicht erreichen. Sie organisieren zunächst die „Spedizione primitive“ genannten Expeditionen. Sie gehen hierbei folgendermaßen vor:

Sie überfluten ein bestimmtes kleines Gebiet, zerstören die Zentralstellen der proletarischen Organisationen, zwingen die Munizipalräte gewaltsam zum Rücktritt, verwunden oder töten im Notfalle die gegnerischen Führer oder zwingen sie im besten Falle, das Gebiet zu verlassen. Die Arbeiter der betreffenden Ortschaften sind außerstande, diesen bewaffneten und von der Polizei unterstützten, aus allen Teilen des Landes zusammengezogenen Truppen Widerstand entgegenzusetzen. Die fascistische Ortsgruppe, die vorher gegen die proletarischen Kräfte keinen örtlichen Kampf wagen konnte, konnte jetzt die Oberhand gewinnen, weil die Bauern und Arbeiter terrorisiert waren und wußten, daß, wenn sie es wagen würden, gegen diese Gruppe irgendeine Aktion zu unternehmen, die Fascisten ihre Expedition mit noch größeren Kräften wiederholen könnten, denen man keinesfalls Widerstand entgegenzusetzen könnte.

So erobert der Faschismus eine herrschende Stellung in der italienischen Politik und marschiiert hierbei sozusagen gebietsweise auf, nach einem Plan, der sich auf der Landkarte sehr gut verfolgen läßt.

* soll heißen: "spedizione punitiva",
d.h. Strafexpeditionen

Führung unterwirft.

In den Großstädten kann der Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht mit der sofortigen Anwendung der Gewalt einsetzen. Die städtischen Arbeiter bilden im allgemeinen große Gruppen; sie können sich mit einer gewissen Leichtigkeit in großen Massen versammeln und einen ernstlichen Widerstand leisten. Vor allem zwang man daher dem Proletariat gewerkschaftliche Kämpfe auf, die zu ungünstigen Ergebnissen führten, weil die wirtschaftliche Krise sich im akutesten Zustande befand. Die Arbeitslosigkeit nahm ununterbrochen zu. Die einzige Möglichkeit, die sich in der Industrie entrollenden wirtschaftlichen Kämpfe siegreich zu bestehen, hätte in der Übertragung der Tätigkeit vom Gebiete der Gewerkschaftsbewegung auf das revolutionäre Gebiet, in der Diktatur einer wahrhaft kommunistischen politischen Partei bestanden; die italienische Sozialistische Partei war aber keine solche Partei.

Sie hat es nicht verstanden, im entscheidenden Sturm die Aktion des italienischen Proletariats auf das revolutionäre Gebiet zu verlegen. Die Periode der großen Erfolge der italienischen Gewerkschaftsorganisation im Kampfe um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse machte jener neuen Periode Platz, in der die Streiks zu Defensivstreiks der Arbeiterklasse wurden; die Gewerkschaften erlitten eine Niederlage nach der anderen.

Da in Italien in der revolutionären Bewegung den landwirtschaftlichen Klassen, besonders den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern und auch jenen Schichten, die nicht vollständig proletarisiert sind, eine große Bedeutung zukommt, sahen sich die herrschenden Klassen genötigt, sich gegen den Einfluß, den die roten Organisationen auf dem flachen Lande erlangt hatten, eines Kampfmittels zu bedienen.

Die Lage, die wir in einem großen Teile Italiens, in dem von landwirtschaftlichen Standpunkt aus wichtigsten Teil, in der Po-Ebene, vor uns hatten, sah einer örtlichen Diktatur des Proletariats oder wenigstens der Landarbeiter verzweifelt ähnlich. Dort hat die Sozialistische Partei Ende 1920 viele Gemeinden erobert, die dann eine lokale Steuerpolitik gegen die landwirtschaftliche und die mittlere Bourgeoisie betrieben. Wir hatten dort blühende Gewerkschaftsorganisationen, bedeutende Genossenschaften und zahlreiche Sektionen der Sozialistischen Partei. Und selbst dort, wo sich die Bewegung in der Hand der Reformisten befand, nahm die Arbeiterklasse des flachen Landes eine revolutionäre Haltung ein. Man zwang die Arbeitgeber, einen Steuerbeitrag, einen gewissen Betrag an die Organisation zu zahlen, der gewissermaßen eine Garantie für die Unterwerfung der Arbeitgeber unter den ihnen im gewerkschaftlichen Kampfe aufgezwungenen Vertrag darstellte.

Es entstand eine Lage, in der die landwirtschaftliche Bourgeoisie auf dem flachen Lande nicht mehr leben konnte und gezwungen war, sich in die Städte zurückzuziehen.

Die italienischen Sozialisten begingen gewisse Fehler, und zwar hauptsächlich in der Frage der Aneignung des Bodens und der Tendenz der Kleinpächter, nach dem Krieg Land anzukaufen, um zu Kleinbesitzern zu werden.

Die reformistischen Organisationen zwangen diese Kleinpächter, sozusagen Sklaven der Landarbeiterbewegung zu bleiben; unter solchen Verhältnissen land dort die fascistische Bewegung eine bedeutende Stütze.

* gemeint ist: Verlagerung

gesprochen dem Proletariat angehört, Interessen hatten, die jenen der Sozialisten entgegengesetzt waren.

Der Fascismus war eine Bewegung, die sämtliche Mittel der brutalsten und wildesten Gewalt ausnutzen mußte. Er verstand es jedoch, diese Mittel mit der Anwendung der zynischsten Demagogie zu paaren. Der Fascismus versuchte, mit den Bauern und sogar mit den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern Klassenorganisationen zu bilden. In gewissem Sinne trat er sogar gegen die Gutsbesitzer auf. Wir hatten Beispiele von gewerkschaftlichen Kämpfen unter fascistischer Leitung, die sehr viel Ähnlichkeit mit den früheren Methoden der roten Organisationen aufwiesen.

Wir können diese Bewegung, die durch Zwang und Terror eine fascistische Gewerkschaftsbewegung macht, keinesfalls als eine Form des Kampfes gegen die Arbeitgeber betrachten, wir können aber andererseits auch nicht den Schluß ziehen, daß der Fascismus eine Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber im eigentlichen Sinne darstelle. Tatsache ist, daß der Fascismus eine große einheitliche Bewegung der herrschenden Klasse ist, die imstande ist, sämtliche Mittel, sämtliche partiiellen und lokalen Interessen gewisser Gruppen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitgeber in ihren Dienst zu stellen, sie anzuzuwenden und auszunutzen.

Das Proletariat hat es nicht verstanden, sich zu einer einheitlichen Organisation zum gemeinsamen Kampf um die Eroberung der Macht zusammenzuschließen und diesem Zwecke die unmittelbaren Interessen der kleinen Gruppen zu opfern. Es verstand nicht, dieses Problem in einem günstigen Augenblick zu lösen.

Die italienische Bourgeoisie nützte diesen Umstand aus, um dies ihrerseits zu versuchen. Es ist dies ein ungeheures Problem. Die herrschende Klasse schuf eine Organisation zur Verteidigung der in ihrer Hand befindlichen Macht und sie verfolgte hierbei einen einheitlichen Plan der antiproletarischen, kapitalistischen Offensive.

Der Fascismus schuf eine Gewerkschaftsbewegung. In welchem Sinne? Um den Klassenkampf zu führen? Niemals! Der Fascismus schuf seine Gewerkschaftsbewegung unter der Losung: Alle wirtschaftlichen Interessen haben das Recht, eine Gewerkschaft zu bilden; es können sich Vereine bilden unter den Arbeitern, den Bauern, den Kaufleuten, den Kapitalisten, den Großgrundbesitzern usw. Sie alle können sich auf Grund desselben Prinzips organisieren. Die gewerkschaftliche Aktion sämtlicher Organisationen muß sich aber den nationalen Interessen, der nationalen Produktion, dem nationalen Ruhm usw. unterordnen.

Das ist eine Arbeitsgemeinschaft der Klassen und kein Klassenkampf. Sämtliche Interessen werden in eine angebliche nationale Einheit zusammengeschweißt. Wir wissen, was diese nationale Einheit bedeutet: die unbedingte gegenrevolutionäre Konservierung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen. Die Gründung des Fascismus kann unserer Ansicht nach drei Hauptfaktoren zugeschrieben werden: dem Staat, der Großbourgeoisie und den Mittelklassen.

Der erste dieser Faktoren ist der Staat. Der Staatsapparat hat in Italien bei der Gründung des Fascismus eine wichtige Rolle gespielt. Die Nachrichten über die aufeinanderfolgenden Krisen der bürgerlichen

Sein Ausgangspunkt ist Bologna, wo sich im September und Oktober 1920 die sozialistische Administration eingerichtet und bei dieser Gelegenheit eine große Mobilisierung der roten Streitkräfte durchgeführt hatte.

Es ereignen sich Zwischenfälle; die Sitzungen werden durch Provokationen von außen gestört. Auf die Bänke der bürgerlichen Minderheit wird, vielleicht mit Hilfe von Lockspitzeln, geschossen.

Diese Tatsache führt zum ersten fascistischen Überfall. Die entfesselte Reaktion unternimmt Zerstörungen und Brandstiftungen, sowie Gewalttätigkeiten gegen die Führer des Proletariats. Mit Hilfe der Staatsmacht bemächtigen sich die Fascisten der Stadt.

Mit diesen Ereignissen setzt der Terror am historischen 21. November 1920 ein, und nachher gelingt es dem Bologner Munizipalrat nicht wieder, die Macht zu ergreifen.

Von Bologna ausgehend, verfolgte der Fascismus einen Weg, den wir hier nicht in allen Einzelheiten beschreiben können; wir sagen nur, daß er zwei geographische Richtungen einschlug: einerseits zum nordwestlichen industriellen Dreieck: Mailand, Turin und Genua, und andererseits nach Toscana und dem Zentrum Italiens, um die Hauptstadt umzingeln und bedrohen zu können. Es war von vornherein klar, daß in Südtalien aus denselben Gründen, die auch die Entstehung einer sozialistischen Bewegung unmöglich gemacht hatten, keine fascistische Bewegung entstehen konnte.

Der Fascismus stellt so wenig eine Bewegung des rückständigen Teiles der Bourgeoisie dar, daß er zuerst nicht in Südtalien, sondern gerade dort auftauchte, wo die proletarische Bewegung am meisten entwickelt und der Klassenkampf am deutlichsten in Erscheinung getreten war.

Wie sollen wir uns nach diesen Angaben die fascistische Bewegung erklären? Ist sie eine rein agrarische Bewegung? Das wollten wir am allerwenigsten sagen, als wir die Behauptung aufstellten, daß die Bewegung hauptsächlich auf dem flachen Lande entstanden war; man kann den Fascismus nicht als unabhängige Bewegung eines einzigen Teiles der Bourgeoisie, als die Organisation der agrarischen Interessen im Gegensatz zu jenen der industriekapitalistischen hinstellen. Der Fascismus hat übrigens seine politische und gleichzeitig militärische Organisation selbst in jenen Provinzen, wo er seine Aktionen auf das flache Land beschränkte, in den großen Städten geschaffen.

Wir sahen, daß in der Kammer, als der Fascismus nach seiner Beteiligung an den Wahlen 1921 eine parlamentarische Fraktion erlangt hatte, sich unabhängig vom Fascismus eine Agrarpartei bildete. Im Verlaufe der weiteren Ereignisse sahen wir, daß die industriellen Arbeitgeber den Fascismus unterstützten.

Entscheidend für die neue Situation war in allerletzter Zeit eine Deklaration des Allgemeinen Industrieverbandes, der sich dafür aussprach, daß Mussolini mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werde.

Eine noch interessantere Erscheinung in dieser Hinsicht ist jedoch das Phänomen der fascistischen Gewerkschaftsbewegung.

Wie bereits gesagt, verstanden es die Fascisten, sich die Tatsache zunutze zu machen, daß die Sozialisten niemals eine Agrarpolitik hatten und daß gewisse Elemente auf dem flachen Lande, die nicht aus-

Regierung Italiens ließen den Glauben aufkommen, daß die italienische Bourgeoisie einen derart unbeständigen Staatsapparat habe, daß zu dessen Sturz ein einziger Handstreich genügen würde.

Das stimmt keinesfalls. Die Bourgeoisie konnte die Fascistenorganisation gerade in dem Maße aufbauen, wie sich ihr Staatsapparat befestigte.

Während der unmittelbar auf den Krieg folgenden Periode macht der Staatsapparat eine Krise durch. Die offenkundige Ursache dieser Krise ist die Demobilisierung; sämtliche Elemente, die bis dahin am Krieg beteiligt waren, werden jetzt auf einmal auf den Arbeitsmarkt geworfen, und in diesem kritischen Augenblick soll sich die Staatsmaschine, die bis dahin mit der Herbeischaffung aller Hilfsmittel gegen den äußeren Feind beschäftigt war, in einen Apparat der Verteidigung der Bourgeoisie ein ungeheures Problem. Sie konnte dieses Problem weder vom technischen, noch vom militärischen Standpunkte aus durch einen offenen Kampf gegen das Proletariat lösen: sie mußte es vom politischen Standpunkt aus tun.

In dieser Periode entstehen die ersten linken Regierungen nach dem Krieg; in dieser Periode kommt die politische Richtung Nittis und Giolittis zur Herrschaft.

Gerade diese Politik hat es dem Fascismus ermöglicht, seinen späteren Sieg zu sichern.

Man mußte vorerst dem Proletariat Zugeständnisse machen; in dem Augenblick, da der Staatsapparat der Konsolidierung bedurfte, tauchte der Fascismus auf; es ist pure Demagogie, wenn er an diesen Regierungen Kritik übt und sie der Feigheit den Revolutionären gegenüber bezichtigt.

In Wirklichkeit haben die Fascisten die Möglichkeit ihres Sieges den Zugeständnissen der demokratischen Politik der ersten Minister der Nachkriegszeit zu verdanken.

Nitti und Giolitti haben der Arbeiterklasse Zugeständnisse gemacht. Gewisse Forderungen der Sozialistischen Partei — die Demobilisierung, das politische Regime, die Amnestie für die Fahnenflüchtigen — wurden erfüllt. Man machte diese verschiedenen Konzessionen, um zur Wiederherstellung des Staatsapparates auf solider Grundlage Zeit zu gewinnen. Nitti war es, der die „Guardia Regia“, d. h. die „Königliche Garde“ schuf, eine Organisation, die nicht gerade polizeilicher Natur war, sondern einen ganz neuen militärischen Charakter trug. Einer der großen Fehler der Reform-Sozialisten war es, daß sie dieses Problem, das sie sogar auf verfassungsmäßiger Grundlage, durch Protest gegen die Tatsache, daß der Staat eine zweite Armee bildet, hätten behandeln können, nicht als grundlegend betrachteten. Die Sozialisten begriffen nicht die Wichtigkeit dieser Frage und betrachteten Nitti als einen Mann, mit dem man in einer Linksregierung zusammenarbeiten könnte. Es ist dies wieder ein Beweis dafür, wie unfähig diese Partei ist, Verständnis für den Werdegang der italienischen Politik aufzubringen.

Giolitti vervollständigte das Werk Nittis. Im Ministerium Giolittis unterstützte Kriegsminister Bonomi die ersten Versuche des Fascismus; er stellte sich der im Entstehen begriffenen Bewegung und den de-

mobilisierten Offizieren, die sogar nach ihrer Rückkehr ins bürgerliche Leben den größten Teil ihrer Gagen weiterbezogen, zur Verfügung.

Er stellte den Staatsapparat im höchsten Maße dem Fascismus zur Verfügung. Man gewährte den Fascisten alle zur Bildung einer Armee nötigen Mittel.

Diese Regierung begreift im Augenblick der Besetzung der Betriebe sehr wohl, daß das bewaffnete Proletariat sich der Fabriken bemächtigt, daß das landwirtschaftliche Proletariat in seinem revolutionären Schwung darauf lossteuert, sich des Bodens zu bemächtigen, daß es aber ein ungeheurer Fehler wäre, jetzt, bevor die Organisierung der konterrevolutionären Kräfte durchgeführt ist, den Kampf aufzunehmen.

Diese Regierung, die die Organisierung der reaktionären Kräfte vorbereitet hatte, die eines Tages die proletarische Bewegung zerstreuen sollten, konnte sich auf die Manöver der verräterischen Führer des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes stützen, die damals Mitglieder der Sozialistischen Partei waren. Durch das Zugeständnis des Gesetzes über die Arbeiterkontrolle, das niemals durchgeführt oder auch nur votiert wurde, gelang es der Regierung, in der kritischen Situation den bürgerlichen Staat zu retten.

Das Proletariat hatte sich der Betriebe und des Grund und Bodens bemächtigt, die Sozialistische Partei bewies aber wieder einmal, daß sie unfähig war, das Problem der Einheit der Aktion der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterklasse zu lösen. Dieser Fehler wird es der Bourgeoisie morgen ermöglichen, die gegenrevolutionäre Einheit zu verwirklichen, und diese Einheit wird sie in die Lage versetzen, einerseits die Arbeiter der Betriebe, andererseits die Arbeiter des flachen Landes zu besiegen.

Wie wir sehen, hat der Staat in der Entwicklung der fascistischen Bewegung eine Rolle von größter Wichtigkeit gespielt.

Nach den Ministerien Nitti, Giolitti und Bonomi kam ein Ministerium Facta. Diese Regierung dient zur Maskierung der vollständigen Aktionsfreiheit des Fascismus in seinem territorialen Vormarsch. Zur Zeit des Auguststreiks 1922 entwickelten sich zwischen den Arbeitern und den Fascisten, die von der Regierung offen unterstützt wurden, ernste Kämpfe. Wir können das Beispiel von Barri anführen. Eine ganze Woche Kampf genügte nicht, die Arbeiter von Barri, die sich in ihre Wohnungen in der Altstadt zurückgezogen hatten und sich mit der Waffe in der Hand verteidigten, zu besiegen, obwohl die ganze Macht der Fascisten aufgeboten war. Die Fascisten mußten sich zurückziehen, wobei ihrer mehrere auf dem Schlachtfelde blieben. Was tat jedoch die Regierung Facta? In der Nacht ließ man die Altstadt durch Tausende von Soldaten, Hunderte von Carabinieri und Soldaten der „Guardia Regia“ umzingeln; man ließ zum Sturm aufmarschieren. Vom Hafen her nahm ein Torpedoboot die Häuser aufs Korn. Maschinengewehre, Panzerautos, Geschütze fahren auf. Die im Schlafe überrumpelten Arbeiter wurden geschlagen, die Arbeiterkammer genommen. Genau so verfuhr der Staat überall. Überall, wo man merkte, daß der Fascismus vor den Arbeitern den Rückzug antreten mußte, griff die Staatsmacht ein; man schoß auf die widerstehenden Arbeiter, man verhaftete und verurteilte die Arbeiter, deren einzige Schuld die Selbstverteidigung

* hier und im folgenden heißt es: Bari

* gemeint ist: die keine Polizei im herkömmlichen Sinne war

war, während Fascisten, die zweifellos gemeine Verbrechen begangen hatten, von den Behörden systematisch freigesprochen wurden.

Der erste Faktor ist also der Staat.

Der zweite Faktor des Fascismus ist, wie ich bereits gesagt habe, die Großbourgeoisie. Die Großkapitalisten der Industrie, des Bankwesens, des Handels, sowie die Großgrundbesitzer haben ein natürliches Interesse daran, daß eine Kampforganisation gegründet werde, die ihre Offensive gegen die Werktätigen unterstützt.

Aber der dritte Faktor spielt in der Bildung der Fascistenmacht gleichfalls eine sehr wichtige Rolle.

Um neben dem Staat eine illegale reaktionäre Organisation zu schaffen, mußte man andere Elemente anwerben, als jene, die die hohe herrschende Klasse unter ihren sozialen Elementen aufweisen konnte. Man erhielt sie dadurch, daß man sich an jene Schichten der Mittelklasse wandte, die wir erwähnt haben, indem man ihre Interessen vertrat, um sie zu umgarnen. Das ist es, was der Fascismus versuchte und was ihm, das muß man anerkennen, auch gelungen ist. Er hat in den Schichten, die dem Proletariat am nächsten stehen, Anhänger angeworben; dergleichen unter den Unzufriedenen des Krieges, unter all jenen Kleinbürgern, Halbbürgern, Kautleuten und Händlern und vor allem unter jenen intellektuellen Elementen der bürgerlichen Jugend, die, indem sie Anhänger des Fascismus sind, die Energie widerfinden, sich moralisch zu heben und sich in die Toga der Bekämpfung der Proletarierbewegung zu hüllen, wobei sie dann zum exaltierten Patriotismus und italienischen Imperialismus gelangen. Diese Elemente brachten dem Fascismus eine bedeutende Anzahl von Anhängern und machten es ihm möglich, sich militärisch zu organisieren.

Das sind die drei Faktoren, die es unseren Gegnern gestatteten, uns diese Bewegung gegenüberzustellen, die an Roheit und Wildheit ihresgleichen sucht, der man aber zugestehen muß, daß sie eine solide Organisation ist und Führer von großer politischer Gewandtheit hat. Die Sozialistische Partei hat niemals die Bedeutung der auftauchenden Gegenbewegungen begreifen können. Der „Avanti“ hat von dem, was die Bourgeoisie unter Ausnutzung der verhängnisvollen Fehler der proletarischen Führer vorbereitete, nichts verstanden. Er wollte Mussolini nicht erwähnen, da er befürchtete, durch ein zu starkes Hervorheben Reklame für ihn zu machen.

Wir sehen also, daß der Fascismus keine neue politische Doktrin darstellt. Der Fascismus hat aber eine große politische und militärische Organisation, eine bedeutende Presse, die mit viel journalistischem Geschick und viel Eklektizismus gehandhabt wird. Aber er hat keine Ideen, kein Programm und jetzt, wo er an das Staatsruder gelangt ist, ist er konkreten Problemen gegenübergestellt und benötigt sich der Organisation der italienischen Volkswirtschaft zu widmen. Sobald er von seiner negativen Arbeit zur positiven Arbeit übergehen wird, wird er ungeachtet seines organisatorischen Talentes Schwächer aufweisen.

Wir haben die historischen Faktoren und die soziale Realität betrachtet, aus denen die fascistische Bewegung entstanden ist. Wir müssen uns jetzt mit der Ideologie befassen, die der Fascismus ange-

nommen hat, sowie mit dem Programm, mit dessen Hilfe er die verschiedenen ihm folgenden Elemente für sich gewonnen hat.

Unsere Kritik veranlaßt uns zu dem Schluß, daß der Fascismus hinsichtlich der Ideologie und des traditionellen Programms der bürgerlichen Politik nichts Neues gebracht hat. Seine Überlegenheit und seine Eigenart bestehen alles in allem in seiner Organisation, seiner Disziplin und seiner Hierarchie. Außer diesem außerordentlichen und militärischen Äußern, bleibt ihm nichts als eine Lage voller Schwierigkeiten, die zu überwinden er unfähig ist: die ökonomische Krise, die stets die Ursachen der Revolution erneuert wird, während es dem Fascismus unmöglich sein wird, den sozialen Apparat der Bourgeoisie zu reorganisieren. Der Fascismus, der es nicht versteht, wird, die ökonomische Anarchie des kapitalistischen Systems zu überwinden, hat eine andere historische Aufgabe, die wir als den Kampf gegen die politische Anarchie, gegen die Anarchie der Organisation der bürgerlichen Klasse als politischer Partei bezeichnen können. Die Schichten der herrschenden Klasse Italiens haben traditionelle politische und parlamentarische Gruppierungen gebildet, die sich nicht auf fest organisierte Parteien stützen und die gegeneinander kämpfen und in ihren besonderen und lokalen Interessen einen Konkurrenzkampf führen, der unter den professionellen Politikern in den Couloirs des Parlaments zu allerlei Manövern führt. Die konterrevolutionäre Offensive der Bourgeoisie machte es notwendig, im sozialen Kampf und in der Regierungspolitik die Kräfte der herrschenden Klasse zu vereinen. Der Fascismus ist die Verwirklichung dieser Notwendigkeit. Indem er sich über alle traditionellen bürgerlichen Parteien stellt, beraubt er sie allmählich ihres Inhalts; er ersetzt sie in ihrer Tätigkeit und dank den Mißgriffen der Proletarierbewegung gelingt es ihm, die politische Macht und das Menschenmaterial der Mittelklassen für seinen Plan zu verwerten. Aber es wird ihm unmöglich sein, sich eine Ideologie und ein konkretes Programm sozialer und staatlicher administrativer Reformen zu bilden, die die traditionelle bürgerliche Politik, die schon tausendmal bankrott gemacht hat, übertreffen.

Der kritische Teil der angeblichen Doktrin der Fascisten hat keinen großen Wert. Sie gibt sich einen antisozialistischen und zugleich einen antidemokratischen Anstrich. Was den Antisozialismus anbelangt, so liegt es klar auf der Hand, daß der Fascismus eine Bewegung der antisozialistischen Mächte ist und daß es ihm ansteht, sich gegen alle sozialistischen oder halbsozialistischen wirtschaftlichen Formen zu erklären, ohne daß es ihm dabei gelingt, etwas Neues zu bieten, um das System des Privatbesitzes zu unterstützen, es sei denn, daß er sich mit dem Gemeinplatz des verfehlten Kommunismus in Rußland begnügt. Die Demokratie muß aber durch einen fascistischen Staat ersetzt werden, weil sie es nicht verstanden hat, die revolutionären und antisozialen Tendenzen zu bekämpfen. Doch das ist bloß eine hohle Phrase.

Der Fascismus ist nicht eine Tendenz der bürgerlichen Rechten, die sich auf die Aristokratie, die Geistlichkeit, die hohen Zivil- und Militärbesamten stützt und die Demokratie der bürgerlichen Regierung und der konstitutionellen Monarchie durch die despotische Monarchie ersetzen will. Der Fascismus verkörpert den gegenrevolutionären Kampf aller verbündeten bürgerlichen Elemente, und darum ist es für ihn keines-

wegs unbedingt notwendig, die demokratischen Institutionen zu zerstören. Von unserem marxistischen Gesichtspunkte aus braucht dieser Umstand keineswegs als paradox angesehen zu werden, denn wir wissen, daß das demokratische System nur eine Zusammenfassung lügnerischer Garantien darstellt, hinter denen sich der Kampf der herrschenden Klasse gegen das Proletariat verbirgt.

Der Fascismus vereinigt gleichzeitig die reaktionäre Gewalt und das demagogische Geschick, womit die bürgerliche Linke es stets verstanden hat, das Proletariat zu betrügen und die Überlegenheit der großen kapitalistischen Interessen allen sozialen und politischen Bedürfnissen der Mittelklassen gegenüber zu beweisen. Wenn die Fascisten von einer sogenannten Kritik der liberalen Demokratie dazu übergehen, uns ihre positiven, ideologischen Anschauungen zu enthüllen, indem sie einen überspannten Patriotismus predigen und von einer historischen Mission des Volkes faseln, so dichten sie einen historischen Mythos, der keine ernste Grundlage hat, sobald man die wahre soziale Kritik anwendet, die das Land der Scheinsiege, Italien genannt, entlarvt. Was den Einfluß auf die Massen betrifft, so haben wir hier eine Nachahmung der klassischen Haltung der bürgerlichen Demokratie vor uns: wenn man behauptet, daß alle Interessen sich dem überlegenen nationalen Interesse unterordnen müssen, so bedeutet das, daß man im Prinzip ein Zusammenarbeiten aller Klassen unterstützt, während man in der Praxis nur die konservativen bürgerlichen Institutionen gegen die revolutionären Selbstbefreiungsversuche des Proletariats unterstützt. Dasselbe hat die liberale bürgerliche Demokratie immer getan.

Das Neue im Fascismus besteht darin, daß er die bürgerliche Regierungspartei organisiert. Die politischen Ereignisse auf der Tribüne des italienischen Parlaments haben den Glauben erweckt, daß der bürgerliche Staatsapparat in eine derartige Krise geraten ist, daß ein Stoß von außen genügen würde, um ihn zu zerbrechen. In Wahrheit handelte es sich bloß um eine Krise der bürgerlichen Regierungsmethoden, die entstanden war infolge der Ohnmacht der Gruppierungen und der traditionellen Leiter der italienischen Politik, die es nicht vermochten, den Kampf gegen die Revolutionäre während einer scharfen Krise zu führen.

Der Fascismus schuf ein Organ, das befähigt war, die Rolle des Hauptes der Staatsmaschine in diesem Lande zu übernehmen.

Als aber die Fascisten neben ihrem praktischen Kampf gegen die Proletarier ein positives und konkretes Programm der sozialen Organisation und Administration des Staates aufstellten, haben sie im Grunde nur die banalen Thesen der Demokratie und der Sozialdemokratie wiederholt. Sie haben keineswegs ein eigenes, geschlossenes System von Vorschlägen und Projekten geschaffen.

So haben sie z. B. immer behauptet, daß im fascistischen Programm eine Einschränkung des bürokratischen Staatsapparates enthalten sei, die von oben her mit der Einschränkung der Zahl der Ministerien begonnen und auf allen Gebieten der Administration fortgesetzt werden soll. Wenn es nun auch wahr ist, daß Mussolini auf den Salonwagen des Ministerpräsidenten verzichtet hat, so hat er andererseits die Zahl der Minister und Staatsuntersekretäre erhöht, um hier seine Prätorianer unterbringen zu können.

Genau so wie der Fascismus sich nach verschiedenen republikanischen oder rätselhaften Gesten angesichts des Problems: Monarchie oder Republik? zum reinen loyalen Monarchismus entschlossen hat, so hat er auch, nach vielem Geschrei über die parlamentarische Korruption, völlig die Praxis des Parlamentarismus übernommen.

Er zeigte so wenig Neigung, sich die Tendenzen der reinen Reaktion anzuzeigen, daß er dem Syndikalismus den weitesten Spielraum ließ. Auf dem Kongreß zu Rom im Jahre 1921, wo der Fascismus fast lächerliche Versuche machte, seine Doktrin zu fixieren, unternahm man den Versuch, den fascistischen Syndikalismus als die Vorherrschaft der Bewegung der intellektuellen Arbeiterkategorien zu bezeichnen. Aber diese angeblich theoretische Richtung ist durch die häßliche Wirklichkeit schon längst widerlegt worden. Dem Fascismus, der seine Gewerkschaftsorganisationen auf die materielle Gewalt und das Monopol der Arbeitsmöglichkeiten gründete, das ihm von den Arbeitgebern überlassen wurde, um dadurch die roten Organisationen zu brechen, ist es doch nicht gelungen, sich auch auf jene Kategorien zu erstrecken, wo die technische Spezialisierung der Arbeit, die für den Arbeiter vorteilhaft ist, größer ist. Er hat nur unter den landwirtschaftlichen Arbeitern und gewissen weniger qualifizierten Kategorien der städtischen Arbeiterschaft Erfolg gehabt, z. B. unter den Hafenarbeitern, ohne daß es ihm aber gelungen wäre, den fortgeschrittensten und intelligentesten Teil des Proletariats zu erobern. Er hat nicht einmal der Bewegung der Angestellten und Gewerbetreibenden auf gewerkschaftlichem Gebiet einen neuen Schwung gegeben. Der Syndikalismus der Fascisten beruht auf keiner ernstlichen Theorie. Die Ideologie und das Programm der Fascisten enthalten ein wirres Gemisch von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen und Forderungen, und die systematische Anwendung von Gewalt gegenüber dem Proletariat verhindert keineswegs, daß man aus den sozialdemokratischen Quellen des Opportunismus schöpft.

Einen Beweis dafür gibt die Stellungnahme der italienischen Reformisten, deren Politik eine Zeitlang von antifascistischen Prinzipien und von der Illusion, eine bürgerlich-proletarische Koalitionsregierung gegen die Fascisten bilden zu können, beherrscht zu sein schien, und die sich jetzt den stiegrichen Fascisten anschließen. Diese Annäherung ist keineswegs paradox, sie kam durch eine ganze Reihe von Umständen zuwege und viele Dinge ließen sie voraussehen. Unter anderem auch die d'Annunzio-Bewegung, die einerseits mit dem Fascismus in Verbindung steht und andererseits den Versuch machte, sich auf Grund eines jener Fiumaner Konstitution entflammenden Programms, das angeblich auf proletarischer, oder sogar sozialistischer Grundlage ruhte, den Proletarierorganisationen anzuschließen.

Ich müßte noch einige Dinge erwähnen, die ich hinsichtlich des fascistischen Phänomens für sehr wichtig halte; doch fehlt es mir an der Zeit hierzu, aber die übrigen italienischen Genossen werden meine Rede ergänzen können, wenn sie an den Debatten teilnehmen. Ich wollte alles unerwähnt lassen, was die sentimentale Seite der Frage und die Leiden anbelangt, die die italienischen Arbeiter und Kommunisten zu erdulden hatten, weil mir das nicht das Wesentliche der Frage zu sein schien.

* gemeint ist die faschistische Gewerkschaftsbewegung.

Ich muß mich noch mit den *letzten Ereignissen* befassen, die in Italien vorgefallen sind und über die der Kongreß genaue Informationen erwartet.

Die letzten Ereignisse.

Unsere Delegation hat Italien vor den letzten Ereignissen verlassen und war bis jetzt ziemlich schlecht über sie informiert.

Gestern Abend ist ein Delegierter unseres Zentralkomitees angelangt und hat uns über diese Ereignisse berichtet. Ich bürge Ihnen für die genaue Wiedergabe der Tatsachen, die man uns über die letzten Ereignisse in Italien mitgeteilt hat, und werde sie Ihnen wiederholen.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, hat die Regierung Facta den Fascisten bei der Durchführung ihrer Politik den allerweitesten Spielraum gelassen. Ich gebe dafür nur ein Beispiel. Der Umstand, daß es in den aufeinander folgenden Ministerien eine starke Vertretung der italienischen katholisch-bürokratischen Volkspartei gab, hat die Fascisten nicht gehindert, den Kampf gegen die Organisationen, die Personen und die Institutionen dieser Partei fortzusetzen. Die bestehende Regierung war nur eine Scheinregierung, deren einzige Tätigkeit darin bestand, den auf die Macht gerichteten Vormarsch der Fascisten, den wir als rein territorial und geographisch bezeichnet haben, zu unterstützen.

In Wirklichkeit bereitete die Regierung den Boden zum fascistischen Umsturz vor. Unterdessen entwickelten sich aber die Dinge. Es entstand eine neue ministerielle Krise. Man forderte die Abdankung Factas. Die letzten Wahlen hatten hinsichtlich der verschiedenen Parteien eine derartige Zusammensetzung des Kabinetts ergeben, daß es unmöglich war, sich nach den alten Methoden der traditionellen bürgerlichen Parteien eine ständige Majorität zu sichern. Man pflegte immer zu sagen, daß in Italien die „riesige liberale Partei“ an der Macht sei. Das war aber keine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes — als Partei hat sie niemals bestanden; sie war nicht zu einer Organisation ausgebildet. Sie stellte nur einen Mischmasch von persönlichen Cliques dieser oder jener Politiker aus dem Norden oder Süden vor; ferner von Cliques der industriellen oder ländlichen Bourgeoisie in den Händen von Berufspolitikern. Das Ensemble dieser Parlamentarier bildete in der Tat den Kern jeder parlamentarischen Kombination.

Nun aber war für den Faschismus der Augenblick gekommen, diese Lage zu ändern, wenn er nicht einer schweren inneren Krise verfallen wollte. Es handelte sich auch um eine Organisationsfrage. Man mußte die Bedürfnisse der Fascistenbewegung befriedigen und die Kosten dieser Organisation bezahlen. Diese materiellen Mittel sind im großen Maßstabe von den herrschenden Klassen und, wie es scheint, auch von den ausländischen Regierungen vorgestreckt worden. Frankreich hat der Gruppe Mussolinis Geld gegeben. In einer geheimen Sitzung des französischen Kabinetts ist über ein Budget beraten worden, das bedeutende, im Jahre 1915 an Mussolini verabfolgte Summen umfaßt. In Dokumenten dieser Art hat die Sozialistische Partei Einsicht genommen; sie wollte aber damals die Sache nicht weiter verfolgen, denn sie behauptete, daß Mussolini ein geschlagener Mann sei. Andererseits hat die italienische Regierung den Fascisten immer die Aufgabe erleichtert, so daß diese z. B. in ganzen Banden unentgeltlich die Eisenbahnen benutzen durften. Dessenungeachtet, wurde die Lage infolge der ungeheueren, durch die Fascistenbewegung verursachten Ausgaben eine schwierige, wenn sie nicht direkt die Macht ergreifen wollten. Sie

konnten auf keine neuen Wahlen warten, trotzdem der Erfolg sicher war. Die Fascisten besitzen bereits eine starke politische Organisation. Sie zählen schon 300 000 Mann; sie selbst behaupten, daß ihrer mehr seien. Sie hätten sogar mittels der „Demokratie“ siegen können. Doch Eile tat not.

Am 24. Oktober fand in Neapel die Sitzung des Nationalrates der Fascisten statt. Jetzt wird behauptet, daß dieses Ereignis, wofür in der ganzen bürgerlichen Presse Reklame gemacht worden ist, nur ein Manöver gewesen sei, um die Aufmerksamkeit vom Staatsstreich abzulenken. In einem gewissen Augenblick sagte man den Teilnehmern des Kongresses: brechen wir die Debatten ab, es gibt Besseres zu tun. Jeder gehe wieder an seinen Platz. Es begann eine fascistische Mobilisation. Das war am 26. Oktober. In der Hauptstadt herrschte noch völlige Ruhe.

Facta hatte erklärt, daß er nicht abdanken wolle, ehe er nicht noch einmal das Kabinetts zusammenberufen habe, um den üblichen Vorgang zu beobachten. Doch ungeachtet dieser Erklärung reichte er beim König seine Abdankung ein.

Man begann über die Bildung eines neuen Ministeriums zu unterhandeln. Die Fascisten marschierten nach Rom, dem Zentrum ihrer Tätigkeit. Sie waren besonders in Mittel-Italien, in Toscana, tätig. Man ließ sie gewähren.

Salandra wurde mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Doch infolge der Haltung der Fascisten lehnte er es ab, die Regierung zu übernehmen.

Es ist anzunehmen, daß die Fascisten, wenn man sie nicht durch die Ernennung Mussolinis befriedigt hätte, sich sogar gegen den Willen ihrer Führer wie Räuber aufgeführt und in den Städten und auf dem Lande alles geplündert und zerstört hätten.

Es bestand eine gewisse Erregung der öffentlichen Meinung. Die Regierung Facta erklärte: wir verhängen den Belagerungszustand. Man erklärte den Belagerungszustand und erwartete einen großen Zusammenstoß der Staatsmacht mit den Kräften der Fascisten. Die öffentliche Meinung wartete darauf einen ganzen Tag lang, unsere Genossen verhielten sich zu dieser Möglichkeit sehr skeptisch.

Nirgends, wo die Fascisten vorüberkamen, stießen sie auf ernstlichen Widerstand. Und dennoch gab es in der Armee gewisse Kreise, die gegen die Fascisten gestimmt waren; die Soldaten waren bereit gegen die Fascisten loszugehen, während die Mehrzahl der Offiziere für sie war.

Der König weigerte sich, die Verhängung des Belagerungszustandes zu unterschreiben. Das bedeutete die Annahme der Bedingungen der Fascisten, die im „Popolo d'Italia“ geschrieben: Es genügt, Mussolini zu bitten ein neues Ministerium zu bilden, und man hat damit noch eine legale Lösung gefunden; ist das nicht der Fall, so marschieren wir auf Rom und bemächtigen uns seiner.

Einige Stunden, nachdem der Belagerungszustand aufgehoben worden war, erfuhr man, daß Mussolini sich nach Rom begeben. Man hatte schon eine militärische Verteidigung vorbereitet, man hatte Truppen zusammenggezogen und die Stadt mit spanischen Reitern umgeben. Aber die Vereinbarung war schon getroffen worden und am 31. Oktober zogen die Fascisten siegreich in Rom ein.

Mussolini bildete das neue Ministerium, dessen Zusammensetzung bekannt ist.

Die Fascistenpartei, die im Parlament nur 35 Sitze besaß, hatte in der Regierung die absolute Majorität.

Mussolini behielt sich nicht nur den Präsidentenstuhl im Ministerium vor, sondern auch die Portefeuilles des Innern und des Äußeren. In die übrigen wichtigen Portefeuilles teilten sich die Mitglieder der Fascistenpartei.

In den anderen Ministerien machten sich die Fascisten ziemlich breit.

Da es aber mit den traditionellen Parteien noch zu keinem völligen Bruch gekommen war, gab es in der Regierung auch zwei Vertreter der sozialen Demokratie, das heißt der linken bürgerlichen Elemente, sowie auch der Rechts-Liberalen und einen Anhänger von Ciclitti.

Die Repräsentanten des königlichen Monarchismus waren im Kriegsministerium der General Diaz und im Marineministerium Admiral Thoan Revel.

Die Volkspartei, die im Kabinett eine sehr große Bedeutung besitzt, zeigte sich im Kompromiß mit Mussolini sehr geschickt. Unter dem Vorwande, daß die offiziellen Parteigänger sich nicht in Rom versammeln könnten, wurde die Verantwortung für die Annahme der Vorschläge Mussolinis einer offiziellen Versammlung einiger Parlamentarier überlassen. Dennoch gelang es, Mussolini zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen, und die Presse der Volkspartei konnte erklären, daß die neue Regierung keine großen Veränderungen im Wahlsystem der Volksvertretung gebracht habe.

Das Kompromiß erstreckte sich bis auf die Sozialdemokraten. Einen Augenblick lang war man überzeugt, daß der Reform-Sozialist Baldesi an der Regierung teilnehmen würde. Mussolini war geschickt genug, durch einen seiner Leutnants seine Meinung einzuholen; nachdem Baldesi erklärt hatte, daß er glücklich sein würde, diese Stellung einzunehmen, erklärte Mussolini, daß dieser Schritt lediglich von einem seiner Freunde auf dessen persönliche Verantwortung hin unternommen worden sei. So kam es, daß Baldesi dem Ministerkabinett nicht beitrug.

Mussolini hat aus dem Grunde keinen Vertreter des reformistischen allgemeinen Gewerkschaftsverbandes aufgenommen, weil die rechten Elemente des Kabinetts sich dem widersetzt haben. Aber Mussolini ist der Meinung, daß man schließlich doch eine Vertretung dieser Organisation in seiner „großen nationalen Koalition“ haben müsse, jetzt, wo sie von jeder revolutionären politischen Partei unabhängig geworden ist.

Wir erblicken in diesen Ereignissen ein Kompromiß zwischen den traditionellen politischen Cliquen und den verschiedenen Schichten der herrschenden Klasse, den Grundbesitzern, Bank- und Industriekapitalisten, die dem neuen Regime zuneigen, das durch eine Bewegung hervorgebracht wurde, die sich die Unterstützung der Kleinbourgeoisie gesichert hat.

Unserer Meinung nach ist der Faschismus ein Mittel, sich durch alle den herrschenden Klassen zur Verfügung stehenden Mittel, die Macht zu sichern, wobei sie sich sogar die Lehren der ersten Proletarierrevolution — der russischen Revolution — zunutze machten. Sobald es sich um eine ökonomische Krise handelt, genügt der Staat nicht, um die Macht aufrechtzuerhalten. Es bedarf einer einheitlichen Partei, einer einheitlichen gegenrevolutionären Organisation. Die Fascistenpartei ist infolge ihrer Berührung mit der gesamten Bourgeoisie in gewisser Hinsicht dasselbe, was in Rußland die Kommunistische Partei infolge ihrer

Beziehungen zum Proletariat ist, nämlich ein leitendes und kontrollierendes Organ des gesamten Staatsapparates, das gut organisiert und diszipliniert ist. Die Fascistenpartei in Italien hat mit ihren politischen Kommissaren fast alle bedeutenden Posten in den Ressorts des Staatsapparats besetzt. Sie ist das leitende bürgerliche Organ des Staates in der Periode des Niederganges des Imperialismus. Das ist, meiner Meinung nach, eine ausreichende geschichtliche Erklärung des Faschismus und der letzten Ereignisse in Italien.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung beweisen, daß diese nicht beabsichtigt, die Grundlagen der traditionellen Institutionen in Italien zu ändern.

Ich behaupte selbstverständlich nicht, daß die Lage für die proletarische und sozialistische Bewegung günstig sei, wenn ich auch voraussetze, daß der Faschismus liberal und demokratisch sein wird. Die Regelungen der Demokratie haben dem Proletariat niemals etwas anderes als Erklärungen und Versprechungen gegeben. Z. B. hat die Regierung Mussolinis die Versicherung abgegeben, daß sie die Pressefreiheit respektieren werde. Aber sie hat nicht unterlassen hinzuzufügen, daß die Presse sich der Freiheit auch würdig erweisen müsse. Was soll das heißen? Das soll heißen, daß die Regierung zwar die Pressefreiheit zu respektieren vorgibt, daß sie aber ihre faschistisch-militärischen Organisationen, die gegen die kommunistischen Organe losgehen, gewähren lassen wird, wenn es ihr beliebt sollte, sie so zu unterdrücken, wie es schon einmal der Fall war. Man muß übrigens zugeben, daß die faschistische Regierung gewissen bürgerlichen Liberalen Zugeständnisse macht und daß man nicht allzu große Hoffnung auf die Versicherung der Regierung Mussolinis setzen darf, nach der dieser seine militärische Organisation in einen Sportverein oder etwas ähnliches umzuwandeln gedenkt; es nehmen sah, weil sie sich dem von Mussolini erlassenen Demobilisierungsbefehl widersetzt hatten.

Welchen Einfluß hatten nun diese Ereignisse auf das Proletariat? Dieses hat sich in einer derartigen Lage befunden, daß es im Kampf keine wichtige Rolle spielen konnte und sich fast passiv verhalten mußte.

Was die Kommunistische Partei anbelangt, so hat sie es stets wohl begriffen, daß der Sieg des Faschismus eine Niederlage der revolutionären Bewegung sein würde. Das Problem besteht hauptsächlich darin, zu wissen, ob die Taktik der Kommunistischen Partei imstande gewesen war, das Maximum der Ergebnisse bei der Verteidigung des italienischen Proletariats und in der Verteidigungsstellung zu erreichen, denn wir bezweifelten nie, daß sie gegenwärtig nicht imstande sei, eine Offensive gegen die faschistische Reaktion einzuleiten. Wenn an Stelle des Kompromisses zwischen der Bourgeoisie und dem Faschismus ein militärischer Konflikt, ein Bürgerkrieg entstanden wäre, so hätte das Proletariat vielleicht eine gewisse Rolle spielen, die Einheitsfront für den Generalstreik herstellen und einen Erfolg erringen können. Aber wie die Lage nun einmal war, hat das Proletariat an den Aktionen nicht teilgenommen. War auch die Bedeutung der sich entwickelnden Ereignisse ungeheuer, so muß man doch in Betracht ziehen, daß der Wechsel auf der politischen Bühne weniger brüsk war, als es den Anschein hat, da die Umstände sich noch vor dem endgültigen Losschlagen des Faschismus tagtäglich zugespitzt hatten. Als einziges Bei-

spiel des Kampfes gegen Staatsmacht und Faschismus mag der Konflikt von Cremona gelten, bei dem sechs Personen getötet wurden. Das Proletariat hat nur in Rom gekämpft. Die revolutionären Arbeitertruppen hatten einen Zusammenstoß mit den Fascistentruppen. Es hat Verwundete gegeben. Am nächsten Tage hat die „Guardia Regia“ die Arbeiterverteile besetzt, sie aller Verteidigungsmittel beraubt und die heranziehenden Fascisten schossen die Arbeiter kaltblütig nieder. Das ist die blutigste Episode, die es während dieser Kämpfe in Italien gegeben hat. Die Allgemeine Arbeitsföderation hat die Kommunistische Partei, als sie den Generalstreik vorschlug, entworfen, und forderte das Proletariat auf, den von den revolutionären Gruppen gegebenen gefährlichen Weisungen nicht zu folgen. Man hat sogar die Nachricht verbreitet, daß die Kommunistische Partei sich aufgelöst habe; das geschah in einem Augenblick, wo es unserer Presse unmöglich war, zu erscheinen.

In Rom war das für unsere Partei blutigste Ereignis die Besitzergreifung der Redaktion des „Comunista“. Am 31. Oktober wurde das Lokal der Druckerei in einem Augenblick besetzt, wo die Zeitung gerade erscheinen sollte und 100 000 Fascisten die Stadt besetzt hielten. Allen Redakteuren war es gelungen durch Nebenausgänge zu entkommen, mit Ausnahme des Gen. Togliatti, unseres Chefredakteurs. Er war in seinem Büro. Die Fascisten kamen herein und bemächtigten sich seiner. Die Haltung unseres Genossen war geradezu heldenhaft. Kühn erklärt er, daß er der Chefredakteur des „Comunista“ sei. Schon wurde er an die Wand gestellt, um erschossen zu werden, während die Fascisten die Menge zurücktrieben, um die Exekution vorzunehmen. Unser Genosse entging ihr nur dadurch, daß die Fascisten auf die Nachricht hin, die übrigen Redakteure seien über die Dächer entflohen, sich aufmachten, um sie zu fangen. Das hat unser Genosse nicht gehindert, einige Tage später, auf dem Meeting in Turin anlässlich der Jahresfeier der russischen Revolution eine Rede zu halten (Beifall).

Aber die eben von mir berichtete Tatsache steht ganz vereinzelt da. Die Organisation unserer Partei befindet sich in ziemlich gutem Zustande. Daß der „Comunista“ nicht erscheint, geschieht nicht infolge eines Regierungsbeschlusses, sondern weil die Druckerei ihn nicht herstellen will. Wir haben ihn dann auf illegale Weise in einer anderen Druckerei herausgegeben. Die Schwierigkeiten der Veröffentlichung waren nicht technischer, sondern nur ökonomischer Art.

In Turin wurde das Gebäude des „Ordine Nuovo“, besetzt und die dort zur Verteidigung befindlichen Waffen beschlagnahmt. Aber wir drucken die Zeitung an einem andern Orte.

In Triest hat die Polizei gleichfalls von der Druckerei unserer Zeitung Besitz ergriffen, aber wir lassen auch dieses Organ illegal erscheinen. Unsere Partei besitzt noch die Möglichkeit, legal zu arbeiten, und unsere Lage ist nicht allzu trübselig. Aber man kann nicht wissen, wie die weitere Entwicklung der Dinge sein wird, und deshalb bin ich genötigt, mich über die zukünftige Lage unserer Partei und unserer Arbeit zurückhaltend zu äußern.

Der soeben eingetretene Genosse ist ein leitender Arbeiter aus einer wichtigen lokalen Organisation unserer Partei und er vertritt die interessante Auffassung, die auch von vielen anderen Kämpfern vertreten wird, daß man von nun ab besser als früher wird arbeiten können. Ich will diese Ansicht nicht für eine feststehende Wahrheit halten. Aber der Genosse, der das sagt, ist ein Kämpfer, der wirklich unter

den Massen arbeitet, und seine Meinung ist von hohem Wert.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß die gegnerische Presse die falsche Nachricht über die Auflösung unserer Partei verbreitet hat. Wir haben ein Dementi veröffentlicht und die Wahrheit festgestellt. Unsere zentralen politischen Organe, unsere illegale militärische Zentrale, unsere Gewerkschaftszentrale sind in voller Arbeit begriffen und die Verbindungen mit der Provinz sind fast überall wiederhergestellt. Die in Italien gebliebenen Genossen haben keinen Augenblick den Kopf verloren und sind eben dabei alles zu tun, was nötig ist. Der „Avanti“ ist durch die Fascisten zerstört worden und es wird einiger Tage bedürfen, um die Herausgabe der Zeitung wieder zu ermöglichen. Man hat das Gebäude der Zentrale der Sozialistischen Partei in Rom zerstört und alle Geheimpapiere bis auf das letzte Blatt verbrannt.

Über die Stellung der Maximalisten-Partei zu der Polemik zwischen der Kommunistischen Partei und der CGL, besitzen wir weder ein Manifest, noch eine Deklaration.

Was die Reformisten anbelangt, so geht es aus der Sprache ihrer Blätter, die noch erscheinen, klar hervor, daß sie sich mit der neuen Regierung vereinigen werden.

Hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage ist der Gen. Repossi von unserem Gewerkschaftskomitee der Meinung, daß man die Arbeit werde fortsetzen können.

Das sind die von uns erhaltenen Informationen, die vom 6. November datieren.

Meine Rede dauert schon lange, und ich werde die Frage der Stellungnahme unserer Partei während der ganzen Entwicklungsperiode des Faschismus nicht berühren, indem ich es mir vorbehalte, das bei anderen Punkten der Geschäftsordnung des Kongresses zu tun. Wir wollen uns nur die Frage stellen, welches die Aussichten für die Zukunft sind. Wir haben behauptet, daß der Faschismus mit der durch die Politik der Regierung provozierten Unzufriedenheit wird rechnen müssen.

Dennoch wissen wir sehr wohl, daß, wenn man neben dem Staat eine militärische Organisation zur Hand hat, es leichter ist, die Unzufriedenheit und die ungünstigen ökonomischen Verhältnisse zu bewältigen.

Während der Diktatur des Proletariats ist das in einem viel weiteren Sinne wahr, weil die historische Entwicklung zu unseren Gunsten spricht. Die Fascisten sind ausgezeichnet organisiert und haben feste Aussichten. Unter diesen Umständen läßt es sich voraussehen, daß die Position der Fascistenregierung durchaus nicht unsicher sein wird. Sie haben gesehen, daß ich die Verhältnisse, unter denen unsere Partei gekämpft hat, keineswegs übertrieben habe. Wir wollen hier keine Gefühlsfrage daraus machen.

Die Kommunistische Partei Italiens hat vielleicht Fehler begangen; man kann sie kritisieren, aber ich glaube, daß im gegenwärtigen Augenblick die Haltung der Genossen davon zeugt, daß wir eine wirkliche Arbeit, die die Bildung einer revolutionären Partei des Proletariats geleistet haben, die die Grundlage der Erhebung der Arbeiterklasse Italiens bilden wird.

Die italienischen Kommunisten haben das Recht, Anerkennung zu verlangen. Wenn man auch ihre Haltung nicht immer gebilligt hat, so fühlen sie doch, daß sie sich gegenüber der Revolution und der Kommunistischen Internationale nichts vorzuwerfen haben.

DIE PLURALISTISCHEN JAHRE UND DIE ENTWICKLUNG ZUR TOTALITÄREN HERRSCHAFT

Der Faschismus war seit zwei Wochen an der Macht. Er konnte zufrieden auf die Unterstützung zurückblicken, die er auf der letzten Strecke vor dem Ziel von allen Flügeln der Bourgeoisie und von ihren opportunistischen Lakaien erhalten hatte. Das Proletariat seinerseits hatte den Vorsturm des Gegners nicht aufhalten können (und die KP hatte keine Illusionen darüber gehabt oder verbreitet), es war aber, wie der Faschismus feststellen mußte, bei weitem noch nicht erledigt. Der "Marsch auf Rom" hatte in einem wagon-lit bequem vollzogen werden können; der "Marsch auf das Proletariat" sollte noch harte Angriffe verlangen und allein bei den Arbeitern, wenn auch in spärlichen Gruppen, waren die wenigen Kolonnen aus Schwarzhemden, die Kurs auf die Hauptstadt genommen hatten, auf Widerstand getroffen.

An der Macht installiert, mobilisierte der Faschismus alle Abwehrkräfte der herrschenden Ordnung, vor allem die Staatskräfte, in der Hoffnung, den wahren Gegner im Laufe weniger Tage oder Monate beugen zu können.

Es war eine wahre Racheorgie. Die Redaktionen der kommunistischen Zeitungen - "Il Comunista" in Rom und "L'Ordine Nuovo" in Turin - wurden gestürmt, allein "Il Lavoratore" von Triest konnte am 7. Dezember wieder erscheinen; unzählige Parteilokale, Arbeiterzirkel und Arbeitskammern wurden angegriffen und zerstört; vom 18. bis zum 21. Dezember: Gemetzel in Turin mit 11 Toten, zahllosen Verwundeten, Brandstiftungen, Verwüstungen; bei den Kommunalwahlen in Mailand: Verhaftung von 700 Arbeitern, in der Mehrzahl Kommunisten; am 23. Dezember: "Amnestie" für alle... "mit nationaler Zielsetzung" begangenen Straftaten.

"Die alten Gewaltmethoden der faschistischen Aktion werden eben durch die Anwendung des Polizeiapparates vervollständigt" - schrieb Amadeo Bordiga am 8. Januar 1923, kaum aus Moskau zurückgekehrt, an das Exekutivkomitee der KI - "Die Regierung hat die Reform eingeführt, die Königlichen Garden, einschließlich der Agenten in Zivil, und die Carabinieri zu einer einzigen Truppe zusammenzufassen. Gleichzeitig werden die bewaffneten faschistischen Brigaden in eine nationale faschistische Miliz verwandelt, die vom Staat bewaffnet und subventioniert wird und dem Vorsitzenden des Ministerrates direkt unterstellt ist. Dieser Apparat führt den Kampf gegen die proletarische Bewegung durch. Allen legalen Formen der proletarischen Bewegung ist es unmöglich, Widerstand zu leisten, und sie überleben nur in dem Maße, in dem sie jeden Verzicht in Kauf nehmen. Gegen die politische Organisation der Partei und ihre illegale Tätigkeit erreicht die faschistische Polizei nur etwas mehr als die alte Polizei. Ihre Aktion leidet unter einer Welle von Unzufriedenheit, die sich im Aufruhr der ent-

lassenen Königlichen Garden Luft machte und unter verschiedenen Beamten grassiert (17). Denn mit ihren Initiativen verdrängen die Faschisten diese Beamten, und sie mischen sich auf eine manchmal ziemlich lächerliche, wenn auch oft brutale und gewaltsame Art in ihre Arbeit ein. Der Faschismus bildet sich ein, durch überenergische Methoden auch die gewöhnliche Kriminalität erfolgreich unterdrücken zu können (...). Man muß zugeben, daß die Regierung, bzw. Mussolini im Namen der Regierung, die Probleme überwindet, ohne sich im geringsten um die Prozedur und Tradition zu kümmern. Das wird sie vor tödlichen Fehlern nicht schützen; zur Zeit bemühen sie sich aber, diesen 'revolutionären' Kurs und Ton einzuhalten, denn sie möchten als 'Bürgerschreck' erscheinen. Zum Beispiel die 'Amnestie'. Es ist äußerst einfach: Jedes im Laufe der politischen Kämpfe und des Bürgerkrieges begangene Verbrechen wird unter den Tisch gekehrt, wenn damit ein nationales Ziel verfolgt wurde. Infolge dieses neuen Rechtsgrundsatzes öffneten sich sofort die Tore der Gefängnisse für jene wenigen Faschisten, die so weit gegangen waren, daß die bürgerlichen Richter sie verurteilt hatten. Die Arbeiter bleiben in Haft und werden aus den geringsten Anlässen zu zig Jahren verurteilt." Obwohl, wie im Bericht zu lesen ist, "die Gefühle der Arbeiterklasse noch wach sind und unsere Partei als Organisationsapparat aushält", (wobei) "die Zentrale in enger Verbindung mit dem ganzen Land steht", wird doch nicht verschwiegen, daß "der Arbeitsmangel, der faschistische Terror und die polizeilichen Verfolgungen" eine ernste Gefahr für die nach wie vor starke Widerstandsfähigkeit der Basis-militanten, aber auch einiger Sektionsleiter darstellen: "Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das Leben für die Arbeiter in Italien im echten Sinne des Wortes unmöglich wird, es sei denn, sie sind bereit, unerträgliche ökonomische und politische Opfer auf sich zu nehmen".

Die Arbeiter krepieren; die Bourgeoisie ergötzt sich. Die Erbschaftssteuer wird abgeschafft, die Steuer auf Luxusgüter wird abgeschafft, der Ausschuß für die Überprüfung der Kriegslieferungsverträge wird aufgelöst, die Namenspflicht für Wertpapiere wird abgeschafft, der Einfuhrzoll für Getreide wird erhöht, die Löhne in den Staatsbetrieben werden gesenkt, der Kündigungsschutz in der Landwirtschaft wird aufgehoben, die Belegschaft der Eisenbahn, die sich in der Vergangenheit durch ihre Kampfkraft und vor allem durch die Anwesenheit der Kommunisten in ihren Reihen ausgezeichnet hatte, wird von 226 auf 190 Tausend abgebaut, die Strafen für Beleidigung des Klerus und der Religion werden erhöht usw. Aber bedeuten diese vom klassischen "Liberalismus" geprägten Maßnahmen, daß der Faschismus den Weg des parlamentarischen Pluralismus einhalten wird, um ihn lediglich durch eine Stärkung des überkommenen Unterdrückungsapparats zu vervollständigen? Sicherlich nicht. Unsere Interpretation des Faschismus läßt im Gegenteil voraussehen, daß die Zügel der totalitären Zentralisation immer straffer gezogen werden müssen, aber selbstverständlich um die herrschende Ordnung

zu retten und keineswegs um sie umzuwälzen. Kurz vor einer neuen Welle der polizeilichen Verfolgung gegen die Kommunistische Partei zeigte der Artikel "Moskau und Rom", erschienen am 17. Januar in "Il Lavoratore", diesen unvermeidlichen Kurs sehr deutlich auf:

"Die Presse beschäftigte sich mit einem Artikel des Vorsitzenden Mussolini aus der faschistischen Zeitschrift 'Gerarchia', der in knappen Zeilen den Ansatz eines Vergleiches zwischen 'Rom und Moskau' enthält.

Das Oberhaupt der faschistischen Regierung, das sich ja nach wie vor als Führer seiner Partei versteht und es auch ist, versucht mit kurzen Hinweisen, die Beziehungen zwischen Faschismus und Staat theoretisch anzugehen. Er kann nicht systematisch vorgehen. Ihm fehlen nicht so sehr die Lust und die Zeit dazu, sondern, wie uns scheint, das Material selbst. Die Führer des russischen Staates haben uns hingegen ganze Bände über die Fragen des Kommunismus geliefert.

Es kommt aber nicht darauf an, Bolschewismus und Faschismus historisch miteinander zu vergleichen und einander entgegenzustellen, als könne man die weltgeschichtliche Bedeutung von Männern und Ländern in der modernen Welt mit demselben Maßstab messen, denn man würde in diesem Fall die Größenordnungen plump durcheinanderwerfen. Wenn man versuchen will, einen Vergleich zu ziehen, dann muß man die Frage folgendermaßen stellen: Der Bolschewismus liefert ein Beispiel für die Politik, die das Proletariat tendenziell in allen Ländern durchführen wird. Kann man vom Faschismus als Methode der bürgerlichen Klasse dasselbe sagen?

Zunächst müssen wir aber feststellen, daß der faschistische Führer nicht von den Kriterien einer etwaigen politisch-historischen Ideologie des Faschismus ausgehen konnte. Als neuartiges Gebilde ist eine solche Ideologie für uns ohnehin nicht vorhanden. Seinen Ausgangspunkt netlehnte er vielmehr der für die kommunistische Kritik kennzeichnenden Fragestellung: Welche Verhältnisse bestehen zwischen einer Partei, die die Macht übernommen hat, und der "Staatsmaschine"? Selbst die Ausdrucksweise gehört uns.

So stellte Mussolini die Frage, um dann auf einen unbestreitbar exakten Unterschied zwischen der Aufgabe des Faschismus und jener des Bolschewismus hinzuweisen. Letzterer hat die alte Staatsmaschine zerstört, während sich der Faschismus statt dessen anschickt, sie Stück für Stück zu reparieren.

Wir können diese Unterscheidung ohne weiteres akzeptieren. Wir müssen aber die Kennzeichnung der faschistischen Machtübernahme als einer REVOLUTION zurückweisen. Wodurch kennzeichnet sich eine politische Revolution? Die Übernahme der Führung der Staatsmaschine durch eine andere Partei ist kein ausreichendes Kennzeichen. Wie es im untersuchten Artikel gesagt wird, erfolgte diese Übernahme im betreffenden Fall nicht einmal PLÖTZLICH UND GEWALTSAM. Sie war nicht plötzlich, denn sie war im Gegenteil das Ergebnis einer

langen Periode der fortschreitenden Beeinflussung der Regierungsmaschine von außen. Sie war nicht gewaltsam, weil die abgesetzten Parteien und Klüngel diese Regierungsmaschine, die sich in ihrer Hand befand, nicht benutzten, um Widerstand zu leisten; sie sind im Gegenteil mit ihrem Nachfolger offen übereingekommen. Eine Revolution erkennt man aber an diesen zwei sichtbaren Merkmalen: einem offenen Zusammenstoß von politischen Kräften und der Zerstörung der Staatsmaschine durch den Sieger, der sie erobert hat. Diese Zerstörung äußert sich in einem Wechsel der ganzen Staatsordnung, der in den Formen der politischen Vertretung besonders sichtbar zutage tritt. Nun weiß man sehr wohl, daß der Faschismus weder das Parlament noch das formal-demokratische Gesetz abgeschafft hat, und man könnte sogar hinzufügen, daß er sie nicht abschaffen wollte, denn diese literarische Redewendung ändert nicht den Sinn der konkreten Tatsachen. Keine der beiden Merkmale, die von einer Revolution verlangt werden - bewaffneter Zusammenstoß und plötzlicher Wandel der Institutionen - ist beim Machtanstieg des Faschismus anzutreffen. Außerdem kann es nur auf der Grundlage eines ökonomischen und sozialen Klassenkampfes eine Revolution geben; und schon allein die Tatsache, daß man die Staatsmaschine zerstören will, schließt die Möglichkeit ihrer friedlichen Eroberung durch die revolutionäre Partei aus. Diese zwei Erklärungen runden unsere Auffassung von diesem Phänomen ab, wir brauchen hier aber nicht auf sie zurückzukommen.

Wenn der Faschismus zugibt, daß er nicht die Rolle des Zerstörers der Staatsmaschine spielt, so verzichtet er implizit darauf, sich revolutionär zu nennen. Und wenn er mit dieser Bezeichnung prunkt, so entspringt dies also nicht einem kritischen Bewußtsein der eigenen Aufgabe, sondern der Notwendigkeit, die gängige Demagogie zu verwenden.

Der Führer der faschistischen Regierung erklärt, oder besser gesteht nicht nur ein, daß die Staatsmaschine nicht zerschlagen werden wird. Er macht zugleich ein weiteres, wertvolles Eingeständnis: Die MASCHINE IST ABGENUTZT. Die alte bürokratische Staatsmaschine lief von alleine schlecht, während die Regierungen kinematographisch aufeinanderfolgten. Sie wurde also nicht durch die Politik der verschiedenen Regierungen der letzten Jahre ruiniert. Der Grund für diese Entwicklung reicht tiefer und ist gravierender. Wird die faschistische Regierungsmethode diese Entwicklung abbrechen? Daran glauben wir nicht. Die Maschine wird weiter einrosten. Und wir sind überzeugt, daß die Geschichte in der Zukunft, wenn dieser Prozeß an einem äußersten Punkt angelangt sein wird, eine einzige Lösung bieten wird, nämlich den Eingriff einer wirklichen Revolution, die vor unerbittlichen Zerstörungsaufgaben nicht haltmacht.

Worin liegt aber diese neue faschistische Methode zur Leitung der Maschine? Wir geben bereitwillig zu, daß die faschistische Regierung im Vergleich zu den früheren das Steuerrad mit größerer Willenskraft, Entschlossenheit und Stärke in der Hand hält. Das alles reicht aber

nicht aus. Das Problem, die italienische Gesellschaft zu regieren und zu ordnen, beschränkt sich nicht auf die Führung der Staatsmaschine. Aber auch für die Lösung dieses Teilproblems benötigt man andere Mittel, die man in den theoretischen Darlegungen des Faschismus vergeblich suchen würde. Hierauf zu entgegnen, die faschistische Bewegung schaffe keine Theorien, sondern Tatsachen, ist zwar billig, zeugt aber nur von Hilflosigkeit. Sicherlich sind Bewegungen, die sich den Luxus einer vollständigen und feinen theoretischen Grundlage leisteten, oft gescheitert. Keine politische Bewegung hat jedoch eine bleibende Spur in der Geschichte hinterlassen, wenn sie nicht über klare und feste Prinzipien verfügt hat und wenn sie nicht in der Lage gewesen ist, das theoretische Bewußtsein ihrer Mission zum Ausdruck zu bringen. Diese These muß man betonen. Denn um sich auf der stürmischen Szene der zeitgenössischen Weltpolitik als Bahnbrecher eines neuen Zeitalters darzustellen, muß man schon wesentlich mehr als nur Agnostizismus und Empirie mitbringen. Nun, nicht einmal wenn er seine Regierungsmethode skizziert, liefert der faschistische Führer den Keim einer neuen Wissenschaft. Von wem hat er die Formeln übernommen: SCHRITTWEISE, STÜCKWEISE FORTSCHRITTEN - LOGISCHE(R), SICHERE(R), REGELMÄSSIGE(R) PROZESS BZW. ENTWICKLUNG - 'NULLA DIES SINE LINEA'? Die Antwort liegt auf der Hand. Vom theoretischen Rüstzeug des Reformismus und der sozialen Demokratie.

Angeblich sollte die faschistische Bewegung den revolutionären Marxismus und die sozialistisch gefärbte Demokratie zerschlagen. Sie betrachtet aber das historische und politische Problem in dem Rahmen, in dem es der revolutionäre Marxismus gestellt hat. Und sie träumt davon, es mit den Methoden zu lösen, welche die Sozialdemokratie seit so langer Zeit lieb gewonnen hat. Diese Bilanz ist einfach und genau.

Denselben Gegensatz, der zwischen dem konservativen, mit dem Kapitel zusammenarbeitenden Reformismus und dem die heutige Gesellschaft umwälzenden Kommunismus besteht, finden wir hier zwischen Rom und Moskau wieder.

Seit langem behaupten wir, daß sich Faschismus und Reformismus berühren. Diese kritischen Urteile klangen zunächst paradox, die Sache wird aber im Bereich der Politik immer deutlicher. Wir schreiben dem Faschismus allerdings zu, die Regierungspolitik um etwas Neues bereichert zu haben, das weder in den Programmen der reformistischen bürgerlichen Linken noch in denjenigen der traditionellen rechten Parteien zu finden ist. Der Faschismus ist nicht in der Lage, diese Aufgabe theoretisch darzulegen. Und selbst wenn er dazu imstande wäre, würde es sich für ihn nicht lohnen, aus ihr sein Banner zu machen. Es ist übrigens symptomatisch, daß der Faschismus im Gegensatz zu Liberalismus, Demokratie und Reformismus keine neuartige Theorie erzeugt, um sein wahres Wesen zu verbergen. UNSERER Auffassung nach liegt dies darin begründet, daß der Faschismus diese herkömm-

lichen Bewegungen gerade nicht ersetzt, sondern in einem bestimmten Sinne in sich auflöst, um sie durch eine Synthese ihrer alten Methoden fortzusetzen und zu vervollständigen.

Was ist also das Neue, das in einer allgemeinen Interpretation des Faschismus erkennbar ist.

Der Verfasser hat versucht, es in dem Referat über den Faschismus auf dem IV. kommunistischen Weltkongreß herauszuarbeiten und gerade durch eine Analogie zwischen faschistischer und kommunistischer Methode klarzustellen. Dabei kann sich diese Ähnlichkeit in eine Gegensätzlichkeit verwandeln, wenn, wie es leicht möglich ist, die Bourgeoisie, bedroht durch eine revolutionäre Krise, auch in anderen Ländern durch ihre Regierungspolitik die Erfahrungen und Entwicklungen wiederholt, die in Italien zum Faschismus führten.

Die Partei, die in Rußland die Staatsmaschine führt, repräsentiert eine Klasse ALS GANZES, sie repräsentiert die KLASSENEINHEIT des Proletariats. Die kommunistische Partei löst die Frage der revolutionären Macht dadurch, daß sie als zentralisierte Partei der Arbeiterklasse die Aktionseinheit aller Gruppen des Proletariats und sogar des Halbproletariats verwirklicht. Innerhalb dieser Klassen gibt es Sparten, deren berufliche, soziale und lokale Interessen nicht miteinander übereinstimmen. Die Bestrebungen, die aus diesen jeweiligen Interessen hervorgehen, müssen vereint und auf ein einziges Ziel gerichtet werden. Die Klassenpartei löst diese Aufgabe, indem sie die zweitrangigen und widerstreitenden Einzelorderungen zugunsten des ALLGEMEINEN Interesses und des ENDERFOLGES zurückdrängt. In diesem Sinne also führt die Partei die Staatsmaschine und damit entfaltet sie bis aufs äußerste die Klassenkraft des Proletariats im Kampf gegen innere und äußere Feinde. Hier liegt in der Theorie die politische Rolle der kommunistischen Partei, die in Rußland eine erste praktische Verwirklichung erfährt.

Nun erfüllt die faschistische Organisation gegenüber der Bourgeoisie und den verschiedenen halbbürgerlichen Schichten eine durchaus analoge Aufgabe. Zwischen diesen Schichten wie zwischen den verschiedenen Flügeln der Bourgeoisie gibt es unzählige Interessenkonflikte, und dadurch wird eine erfolgreiche Abwehr der proletarischen Revolution ernsthaft gefährdet. Der Faschismus tritt mit seiner einheitlich organisierten Regierungspartei auf, um die konterrevolutionäre Widerstandskraft maximal zu steigern. Und wenn sie sich an die Spitze des Staates gestellt hat, ersetzt die faschistische Partei die alten Politikantengruppen durch den einheitlichen Zusammenschluß jener sozialen Kräfte, die in der chaotischen Desorganisation der bürgerlichen Politik hinter ihnen gestanden haben.

Wir werden hier nicht wieder die verschiedenen Tatsachen aufzählen, die für diese Erklärung des Faschismus sprechen. Man denke allein an gewisse Praktiken, welche die faschistische Regierungspartei zur Entrüstung des "mündigen Bürgers" in ihre Politik aufgenommen hat und deren Analogie zu dem, was die kommunistische

Partei in Rußland tut, auf der Hand liegt. So hat der Faschismus für alle Schlüsselpositionen des Staatsapparates Parteibeauftragte ernannt, er läßt die Fragen des Staates durch Parteigremien entscheiden, wobei die getroffenen Entscheidungen dann durch eine koordinierte und disziplinierte Kampagne der faschistischen Amtsträger in den Staatsorganen durchgesetzt werden usw.

Einer solchen Interpretation zufolge ist der Faschismus also die einheitliche, über eine zentralisierte und stark disziplinierte Organisation verfügende Partei der Bourgeoisie und ihrer Trabantenklassen: Der demokratisch-bürgerliche Staat, ergänzt durch eine Bürgerorganisation. Und nicht minder als der Staat aller Bürger wird auch eine Massenpartei dem Schutz der Interessen einiger weniger ausgezeichnet dienen. Um diese Partei den tatsächlichen Schwankungen aller alten bürgerlichen Parteien und halben Parteien zu entziehen, werden die Methoden der reaktionären Gewalt mit der demokratischen Demagogie widerspruchlos kombiniert. Die Übereinstimmung mit dem Reformismus ist deutlich. Die Kommunisten bekämpfen den Reformismus als einen Agenten der bürgerlichen Sache in den Reihen der proletarischen Klasse. Der Faschismus seinerseits erklärt, ihn als einen Agenten der revolutionären Sache in den bürgerlichen Institutionen zu bekämpfen. Da aber der Reformismus voll und ganz der ersten Einschätzung entspricht, wird er schließlich in der faschistischen Synthese aller konterrevolutionären Abwehrmittel der Bourgeoisie aufgehen. Und er wird dazu nicht wenige Ideen und Instrumente beigesteuert haben, wie z.B. den Gedanken, die abgenutzte Maschine schrittweise zu reparieren - wodurch mit der geduldigen Wartehaltung der Massen spekuliert wird -, oder auch die Praxis eines korporativen Syndikalismus, der weder für die Revolution noch für den Kampf gegen die Arbeitgeber zu gebrauchen ist.

Was den NATIONALEN Gedanken angeht, so wird er dem Ganzen keine neue Doktrin, sondern nur einen verschwommenen MYTHOS liefern können. Anders als bei der eigentlichen "nationalistischen" Denkschule wird er hier nicht theoretisch ausgearbeitet, sondern so gewürzt, daß er jeweils den Imperialismus des fetten Kapitalisten und den Wunsch des reformistischen Kleinbürgers nach Klassenzusammenarbeit zum Ausdruck bringt.

Dieser Interpretation zufolge besteht also eine Analogie zwischen Rom und Moskau. Im Gespräch mit einem bolschewistischen Führer sagte ich, daß ich nicht von einem baldigen Sturz des Faschismus ausgehe. Ich begründete meine Prognose damit, daß der Sowjetstaat dank einer zentralisierten Partei und einer geballten Militärmacht die ungeheuren Schwierigkeiten einer traurigen ökonomischen Lage überwunden hatte. Der Genosse entgegnete natürlich, daß die gesellschaftliche und geschichtliche Lage der Kommunisten Vorteile hat, auf die wir gleich zurückkommen werden. Ich habe darauf die Bemerkung gemacht, daß die kommunistische Partei den Staatsapparat brechen und daher die Sabotage dieses ganzen Apparates be-

siegen mußte, während der Faschismus im wesentlichen die Solidarität dieser herkömmlichen Maschine (Armee, Polizei, Justiz, hohes Beamtenum usw.) genießt. In der Tatsache, daß die Staatsmaschine nicht zerschlagen wird, liegt ein Vorteil, der freilich der objektiven historischen Lage und nicht den Berechnungen des faschistischen Duce zu verdanken ist.

Hier tritt der Unterschied ergänzend an die Stelle der von uns skizzierten Analogie der Methoden. Zwei Parteien haben den Staat in ihre Gewalt gebracht; die eine, die bolschewistische, um den Apparat zu zertrümmern, die andere, die faschistische, um ihn zu reparieren. Wie sehen die Perspektiven aus?

Mussolini betrachtet sie in seinem kurzen Artikel natürlich voll und ganz zu seinen Gunsten. Er argumentiert dabei restlos wie ... Turati. Moskau habe die wirklichen Möglichkeiten überspannen wollen und werde im Rückzug auf die Vergangenheit untergehen. Rom schreite langsam aber sicher voran. Mussolini entwirft das Bild vom Pendel, das zurückschlägt, darauf wollen wir aber nicht eingehen, denn selbst DRESCHER VON BILDEREICHEN PHRASEN könnten dem nur das Bild eines unbeweglichen Gehänges, das nicht einmal die Fähigkeit zu oszillieren hat, entgegenstellen. Den vermeintlichen Vorteil hat er in Wirklichkeit nicht.

Die kommunistische Partei hat in Rußland die politischen Kräfte vereint und zentral diszipliniert. Sie wird mit der ungeheuren, aber keineswegs undurchführbaren Aufgabe konfrontiert, die ökonomischen Kräfte zentral zu organisieren. Sie hat Interessen, die sich in Nebensachen voneinander unterscheiden, zusammengefaßt, und die Logik dieses Weges führt sie weiter zu einer Verwaltung kollektiver Interessen. Niederlagen und Rückzüge sind im Laufe dieser Entwicklung keineswegs ausgeschlossen, denn es handelt sich um ein Problem, das sich seinem Wesen nach im WELTMASSTAB stellt. Die revolutionären Anstrengungen in Rußland können aus jeder Umwälzung der Situation in den anderen Ländern jedoch NUR GEWINNEN, denn dadurch dehnt sich der Umkreis für den Aufbau einer kollektiven Wirtschaft historisch und geographisch aus und die erschütterte private, kapitalistische Wirtschaft weicht zurück.

Die faschistische Bewegung hat ihrerseits in Italien durch eine politische Einheitspartei die Interessen und Appetite der bürgerlichen Gruppen einer Disziplin unterworfen, was sich morgen vielleicht in anderen Ländern wiederholen wird. Doch kehrt sich die Logik ihrer Entwicklungslinie um. Sie scheitert an der geschichtlichen Zielrichtung des Faschismus, an derselben Zielrichtung, die ihn daran hinderte, die Staatsmaschine zu zerschlagen. Die Einheitsorganisation der Partei, die auf den Staat übertragen wird, dient der Verteidigung der freien Wirtschaft, des dezentralisierten Wirtschaftslebens, mit einem Wort dem Schutz des Kapitalismus, d.h. der Anarchie der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens. Auf ökonomischer Ebene ist der Faschismus dezentralisierend und liberal.

Die Interessengegensätze, die der Faschismus dank einer beachtenswerten Anstrengung der herrschenden Klassen durch seinen Sieg erfolgreich zum Schweigen gebracht hat, werden nicht überwunden werden können, sondern mehr denn je gefördert. Hier liegt der innere Widerspruch der faschistischen Unternehmung, so gewaltig ihre Tragweite auch sein mag.

"Faschistische" Siege im Ausland schaffen dabei keine Abhilfe, denn der Faschismus führt nicht zum internationalen Interessenausgleich, sondern zum Interessenzusammenstoß und zum Kriege.

Aus diesen knapp geschilderten Gründen hat Moskau, das die alte Staatsmaschine zu brechen wagte, der Geschichte neue Bahnen geöffnet. Roms Versuch, die Maschine zu erneuern, wird hingegen nur darauf hinauslaufen, die Niederlage des reaktionären Terrors und der reformistischen Illusion zu synchronisieren.

Auch Rom ist eine starke Diktatur, auch Rom führte eine harte Sprache gegen die liberalen und reformistischen Schwächen und hatte dabei keine Hemmungen, alle Waffen des politischen Kampfes zu benutzen. Aber die Wirtschaftsform, die Rom verteidigt, ist der Inbegriff der freien Wirtschaft, und die politische Methode, die es anwendet, ist der echte Reformismus. Deshalb wird diese Diktatur niedergehen, ohne eine neue Ordnung ins Leben gerufen zu haben.

Uns scheint, daß der grundlegende Widerspruch zwischen der Freiheit der kapitalistischen Wirtschaftskräfte und der zentralistischen Organisation der politischen Tätigkeit der Bourgeoisie sich durch Zusammenstöße und Konflikte in der faschistischen Partei selbst zu äußern beginnt. Wie man gesehen hat, denken wir jedoch nicht, daß sich die Entwicklung sehr rasch vollziehen wird.

Auf jeden Fall ist es Moskau, das überleben wird (18)."

ooo

Am 3. Februar, einen halben Monat nach Erscheinen dieses Artikels, wurde Amadeo Bordiga in Rom festgenommen. Im Laufe einer landesweiten Polizeiaktion, die binnen weniger Monate zur Verhaftung von mehr als zweitausend Militanten von der Führung bis zur Basis der Partei führte. Das Exekutivkomitee wurde somit enthauptet, wodurch sich der KI die Gelegenheit bot, dieses Organ, das sich trotz seiner festen Disziplin als besonders unbeugsam erwiesen hatte, mit geschmeidigeren Männern zu besetzen.

Die Anklage lautete auf Angriff gegen die Staatssicherheit und Verschwörung. Es ist aber charakteristisch für die erste Phase des faschistischen Regimes, daß der Prozeß, der in eine glänzende Tribüne für die Propaganda der Ziele und Wege des revolutionären Kommunismus umgewandelt wurde, mit der Freisprechung aller Angeklagten zu Ende ging (19).

Das nachfolgende Kapitel, das Kapitel des Einparteiensystems und des Totalitarismus, wird in der Praxis Mitte 1924 mit der Matteotti-Krise eingeleitet werden, aber erst Ende 1926 vollendete Gestalt annehmen - die Entwicklung war, wie man sieht, keineswegs einfach und geradlinig.

DIE "MATTEOTTI-KRISE", GRAMSCI UND DIE "NEUE KPI"

Erwähnt man die "Matteotti-Krise", so muß man für den deutschen Leser, vor allem wenn er noch jung ist, einige knappe Informationen hinzufügen.

Der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti hatte in einer Parlamentsrede die Beeinträchtigung der Parlamentswahlen vom Frühjahr 1924 durch faschistische Einschüterungen und Umtriebe angeprangert und sich dadurch bei Mussolini besonders unbeliebt gemacht. Kurz darauf, am 10. Juni, wurde er entführt. Dieses Ereignis; das Dunkel, in dem das Schicksal des Opfers lange umhüllt blieb, bevor am 16. August seine Leiche furchtbar entstellt aufgefunden wurde; der inzwischen immer zwingendere Verdacht, daß die Regierung und der Duce persönlich die Finger im Spiel hatten, obwohl sie natürlich alles entschieden leugneten ("Nur ein Feind, der von langer Hand etwas Diabolisches gegen mich durchgeplant hat, konnte diese Straftat begehen", hatte Mussolini noch am 13. August erklärt); dies alles hatte selbst unter den Faschisten und erst recht in der Bevölkerung, vor allem unter den Arbeitern, aber auch in der Bauernschaft und im allgemeinen in der Kleinbourgeoisie eine besondere Lage hervorgerufen. Wie Antonio Gramsci im folgenden November, freilich etwas spät, zugeben sollte, hätte in dieser Lage "eine UNVERZÜGLICHE (Herv. IKP) Intervention einer revolutionären Kraft das Schicksal (des Regimes) in ernste Gefahr gebracht".

Und tatsächlich hatte es im Laufe des Monats Juni mehrere Tage lang so ausgesehen, als hinge das Leben der faschistischen Partei und ihrer Regierung an einem dünnen Faden. Doch wenn der Sturm vorüberzog und die Regierung aus ihm sogar gestärkt hervortrat, so liegt der Grund hierfür - im Gegensatz zu dem, was Gramsci, um die Taktik der unter seiner Führung stehenden KPI zu rechtfertigen, meinte - keineswegs darin, daß "die Mehrheit der Massen entweder unfähig war, sich zu bewegen, oder sich unter dem Einfluß der Demokraten und Sozialdemokraten auf Zwischenlösungen orientierte". Der Grund liegt vielmehr darin, daß die revolutionäre Partei auf ihre Rolle, die Massen zu orientieren und zu führen verzichtet hat und sich den bürgerlichen und opportunistischen Parteien gerade dann anhängte, als sie sich von ihnen unbedingt hätte vollständig abgrenzen müssen.

Die Linke in der KPI hatte "das Alibi" der "demokratischen Orientierung" der großen Massen zurückgewiesen, sie hatte gefordert, daß die Partei "eine feste Linie des selbständigen Auftritts verfolgt, die herkömmlichen Blöcke vermeidet und entschlossen die Liquidierung nicht allein des Faschismus, sondern auch der Oppositionen im Visier behält". Denn man müsse klar davon ausgehen, daß diese Oppositionen nicht "im Ernst gegen den Faschismus" vorgehen würden, im Gegenteil, "ihnen wird es nur ernst sein, wenn sie den Schutz der bürgerlichen Ordnung verfolgen", und sie würden sich dann mit den

faschistischen Kräften "gegen jede revolutionäre Klassenaktion" verbünden. Die Linke hatte die Partei beschworen, diesen Weg, den einzigen, um die Massen zu erobern, einzuhalten, denn, wie sie erklärt hatte: *"Es gibt nicht das Dilemma: entweder macht ihr die Revolution, oder ihr macht einen Block. Das ist eine alte maximalistische Schablone. Der herkömmliche Block aus verschiedenen Parteien ist ein Alibi, hinter dem sich die Beschränktheit und das Unvermögen ihrer Führer verbergen. Es gibt einen dritten Weg, nämlich die Massen auf Kampfstellungen zu bringen, die einen Fortschritt bedeuten können und nicht zwangsläufig den Endsieg beinhalten"* (20).

Statt dessen begab sich die neue Führungszentrale um Gramsci ins Fahrwasser der Oppositionen, der Liberalen mehrerer Schattierungen, Katholiken verschiedener Tendenz, Sozialdemokraten, Maximalisten usw. Diese machten aus dem "Fall Matteotti" eine "moralische" Frage und verließen am 14. Juni das Parlament. Sie zogen sich ins "Aventin" zurück - in Anlehnung an die Plebejerverweigerung aus dem alten Rom ging die Episode unter dem Namen dieses römischen Hügels in die neuere Geschichte ein - und bildeten ein "Komitee der 16", um die Maßnahmen, die - selbstverständlich völlig gesetzestreu und um die Ehrverletzung des Parlaments wiedergutzumachen - gegen den Faschismus zu ergreifen wären, gegen denselben Faschismus, den sie bis jetzt entweder direkt unterstützt oder durch ihre Unbeweglichkeit friedlich an die Macht gelassen hatten.

Diesem Komitee schlug nun die KPI unter der Führung Gramscis sofort und später noch einmal die Auslösung eines Generalstreiks unter dem Ruf: *"Weg mit der Mörderregierung; Entwaffnung der Weißen Garden; Arbeiter- und Bauernregierung!"* vor. Doch die Ablehnung dieses Vorschlags seitens der demokratischen Opposition - die übrigens von vornherein voraussehen war - reichte nicht aus, um die neue Führung zu überzeugen, daß sie dringlichst einen eigenen Weg einzuschlagen hatte. Erst am 18.6. verließ sie endlich das "Aventin" und auch dabei konnte sie es nicht unterlassen, an die Maximalisten und Reformisten einen nicht minder leeren und natürlich sofort abgelehnten Appell für eine gemeinsame Aktion, in der die "Einheit der Arbeiterklasse" zum Ausdruck käme, zu richten.

Als die CGL später, am 27. Juni, beschloß, die Arbeiter dazu aufzurufen, die Arbeit für 10 Minuten (!) niederzulegen, hat die KPI zwar einen Aufruf zum Generalstreik am selben Tag erlassen, doch mit dem Ergebnis, daß sie sich allein gegen die Front, sei es der Reformisten, sei es der Faschisten, befand. Und auf jeden Fall befand sie sich inzwischen in einer enormen Verspätung gegenüber einer Situation der sozialen Gärung, die sofort und durch ein Crescendo unmißverständlich klassenmäßiger Initiativen auszunutzen gewesen wäre. Doch damit nicht genug, verband sie den Streikaufruf mit einem Vorschlag an die demokratischen Oppositionen, *"dem Aventin den Charakter eines wirklichen Parlaments zu verleihen"*. Der Vorschlag, der dadurch, daß er nunmehr "von außen" an das Aventin gerichtet wurde, nicht

weniger falsch war, erhielt sofort die zu erwartende Abfuhr, was die KPI freilich nicht daran hinderte, ihn am 20. Oktober in einer anderen Form wieder zu unterbreiten, um erneut abgewiesen zu werden.

Diese schwankende Linie, die aber vorwiegend auf die Bildung eines mehr oder weniger breiten Blocks ausgerichtet war, kommt in einer Aussage von Gramsci in "Lo Stato Operaio" v. 3. Juli sehr plastisch zum Ausdruck: *"Das revolutionäre Proletariat ist bereit, an der Seite derjenigen zu intervenieren, die wirklich gegen den Faschismus zu kämpfen vorhaben"* (das Pech lag eben darin, daß diese ernsthafte Absicht bei keiner Partei vorhanden war). *"Es kann aber auf seine Autonomie nicht verzichten und ebensowenig auf die Möglichkeit, AUCH ALLEIN den Kampf aufzunehmen"* (einerseits Nachtrablertum, andererseits Abenteuertum!).

Diese Linie wird verständlich, wenn man sich die Einschätzung der historischen Lage vor Augen führt, die Gramsci in einer Reihe von Beiträgen jener Periode und vor allem am 24. August vor dem Zentralkomitee (21) lieferte. In Gramscis Auffassung, die in vollkommener Übereinstimmung mit den Ursprüngen der neuen Führungsgruppe, d.h. mit den Ideen der ehemaligen Gruppe "Ordine Nuovo" von Turin (22) steht, handelt es sich im wesentlichen um eine *"Krise des Mittelstands"*, und die Lage wird als eine *"Demokratiewelle"* gekennzeichnet, wobei aber nur das Proletariat *"in der Lage ist, ein demokratisches Regime mit Inhalt zu füllen"*. So *"kann die Kleinbourgeoisie nur in einem Bündnis mit der Arbeiterklasse den Staat erobern"*, aber die Arbeiterklasse kann ihrerseits den Staat auch nur unter der Bedingung erobern, daß sie *"die Fabrik erobert (...), die Kapitalisten bei der Leitung der Produktivkräfte des Landes übertrifft"*. Es sei daher dringend notwendig, *"in den Betrieben eine breite Bewegung ins Leben zu rufen, die schließlich zu einer Organisation von städtischen proletarischen Komitees auswächst; diese Komitees, die von den Massen direkt zu wählen sind, sollen in der sich abzeichnenden sozialen Krise zu der obersten Leitung der allgemeinen Interessen des ganzen Volkes werden"*. Und dadurch soll die für die Partei grundlegende Aufgabe verwirklicht werden können: *"die Eroberung der Mehrheit der Werktätigen und die MOLEKULARE TRANSFORMATION der Grundlagen des demokratischen Staates"*.

Kommt in dieser Perspektive, die sogar die fata morgana eines bevorstehenden Sprungs auf die "Revolution" hin ausmalt, der "Druck von unten" zu Ehren, so werden andererseits die "Gipfelmanöver" mit Gruppen und Parteien der Kleinbourgeoisie nicht allein zugelassen, sondern geradezu zwingend, und zwar um so zwingender, je mehr die Perspektive vom Wunschdenken bestimmt wird. Von der demokratisch-parlamentarischen Kleinarbeit geht man zu einer Art ... revolutionären Gradualismus über ("molekulare Transformation"), um von hier aus wieder in die verfassungsmäßige Routine zurückzustürzen. Und der Vorwand ist der übliche - der "Durst nach Demokratie" der ach so hofierten "Massen". Es verwundert daher

nicht, wenn das Gramsci'sche Zentralkomitee am 15. Oktober beschlossen hat, den Parteien des Aventin den Vorschlag zu unterbreiten, etwas zu bilden, was es nunmehr mit einer neuen Formel "Gegenparlament" nannte. Dieser Vorschlag, erklärte die Linke später in ihren "Thesen von Lyon" (23), *"entfernte sich überhaupt von den Beschlüssen der Internationale, die nie Vorschläge an rein bürgerliche Parteien in Betracht gezogen haben; außerdem war es ein Vorschlag, der von dem Boden der kommunistischen Prinzipien und Politik sowie von dem der marxistischen Geschichtsauffassung wegführte. In der historischen Perspektive unseres Programms gibt es nur eine einzige Grundlage für einen Gegenstaat: Die Organe der ausschließlichen Vertretung der Arbeiterklasse, die Sowjets. Da hilft kein Erklärungsversuch der Zentrale über die ursprünglichen Zwecke und Absichten ihres Vorschlags: Abgesehen davon, daß solche Erklärungen auf jeden Fall äußerst geringen Widerhall gefunden hätten, bleibt die Tatsache, daß die Zentrale den Massen die Illusion eines parlamentarischen Gegenstaates, der sich dem traditionellen Staatsapparat entgegenstellt und ihn bekämpft, gegeben hat."*

Zu nachgiebig gegenüber den Oppositionen, ja so weit nachgiebig, daß sie sich nicht mehr klar abzugrenzen wußte, zugleich aber zu schwach, trotz ihrer hochtönenden Worte zu schwach, um die Grundlagen des faschistischen Regimes zu unterminieren - so hatte sich die KP der Arbeiterklasse und selbst den Bauern und Kleinbürgern bereits dargestellt, als sie dann später, zu spät, sich dazu entschloß, *allein* ins Parlament zurückzukehren, um die so gerühmte *Tribüne* für eine Klassenanklage gegen die Regierung auszunutzen. Und dazu hat sie sich nur *unter dem Druck der Linken* entschließen können, in deren Augen der *revolutionäre* Parlamentarismus, wenn überhaupt, dann gerade in solchen Situationen einen Sinn hatte.

Angesichts der klaren Beweise, welche die Opposition für ihre Rückgratlosigkeit geliefert hatte, fühlte sich Mussolini im August schon wieder sicher genug, um die volle Verantwortung für alles, was sich seit dem 10. Juni ereignet hatte, auf sich zu nehmen.

Die zwei folgenden Jahre markierten, wie bereits bemerkt, den allmählichen Übergang von der "liberalen" zur "totalitären" Phase des Faschismus. Stand das Kapital unter dem wachsenden Zwang, eine tatsächlich umfassende und einheitliche Disziplin der bürgerlichen Klasse durchzusetzen, so sträubten sich die bürgerlich-liberalen und reformistischen Parteien jedoch davor, die Vorschriften der Regierung diszipliniert zu befolgen, wie sie es nach dem Marsch auf Rom getan hatten.

Ende 1926 wurden alle Parteien aufgelöst, die Führer der Parteien der äußersten Linken, in der Praxis vor allem der KPI, wurden verhaftet und vor Gericht gestellt, die ökonomischen Organisationen der Arbeiterklasse endgültig abgeschafft. Es entstand der korporative Staat mit einer einzigen Partei. In diesem Staat werden nicht die Klassen, die es im Wortschatz des Faschismus nicht gibt, sondern die verschiedenen "Kategorien", bzw.

Berufsgruppen, sozialen Untergliederungen oder Korporationen *gemeinsam* vertreten - lauter Arbeitsgemeinschaften von Kapital und Arbeit, die harmonisch für das Wohl der allgemeinen Produktionstätigkeit zusammenwirken. Es war für das Kapital in Italien - wie rund sechs Jahre später in Deutschland - ein leicht errungener Sieg. Wie wir aber glauben gezeigt zu haben, gehen seine Ursachen bis auf die Preisgabe der klaren revolutionären Linie zurück, von der sich die kommunistische Partei bis 1923 hatte leiten lassen.

Sicherlich hätte sich die KPI damit rechtfertigen können, daß die Richtlinien der Internationale im Laufe der ganzen "Matteotti-Krise" noch weiter "rechts" gestanden hatten. Das Exekutivkomitee der KI hatte sich immer *gegen* den Bruch mit den Oppositionen ausgesprochen, es hatte von der Rückkehr ins Parlament abgeraten und war schließlich so weit gegangen, eine Politik zu befürworten, deren Achse die Losung "Es lebe die Freiheit!" bildete. Tatsache ist aber, daß die Jahre 1925 - 26 durch die *vollständige* Gleichschaltung der KPI unter Gramscis Führung mit der Politik des "Sozialismus in einem Land" und mit den daraus folgenden ultrarechten Manövern gekennzeichnet waren und daß sie darüber hinaus durch eine "anti-linke" Kampagne geprägt wurden, deren grobschlächtige Argumente und brutale Methoden dem stalinistischen Vorbild des Kampfes gegen Trotzki in nichts nachstanden.

Und findet man in den "theoretischen" Ansätzen des Jahres 1924 über die "molekulare Transformation der Grundlagen des Staates" übrigens schon den Keim von Togliattis national-reformistischer "neuer Partei", was soll man dann erst von den "Theorien" sagen, die Gramsci im Gefängnis ausgebrütet hat, von den "Theorien" einer "nationalen Revolution", die als "zweites Risorgimento" (24) verstanden wurde und in der das Proletariat eine "hegemonische" Rolle zu spielen und die aufgeklärten Teile der Bourgeoisie, Intellektuelle an der Spitze, hinter sich zu ziehen hätte, was im Grunde nichts anderes heißt, als daß es von ihnen ins Schlepptau genommen wird?

Was die Linke angeht, so wurde die Politik, die sie während der "Matteotti-Krise" befürwortet hat, je nachdem als "putschistisch" oder ... "passivistisch" verurteilt. Wir versuchten zu zeigen, daß sie weder das eine noch das andere war. Im Gegenteil, gerade dadurch unterschied sie sich von der Politik des "Zentrums", daß ihr revolutionäre Demagogie und Nachtrablertum gegenüber der angeblichen Orientierung der Massen, d.h. in Wirklichkeit gegenüber der tatsächlichen Orientierung jener Parteien, welche die Stimmungen und Wünsche der Massen zu äußern vermeinten, *gleichermaßen* fernstanden. Wie Amadeo Bordiga in einem Brief vom 2. November 1924 an die linken Genossen schrieb, *"kann man die eventuelle Ablösung des faschistischen Regimes, oder besser der faschistischen Regierung, durch eine bürgerlich-demokratische Regierung auf zweierlei Weise betrachten - als einen Schritt vorwärts, um die Möglichkeiten von Aktionen zur Emanzipation des Proletariats zu erweitern, oder als einen Schritt vorwärts, um die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu er-*

halten, für die die faschistische Methode, die gestern unverzichtbar war, jetzt für eine gewisse Periode Gefahren bringt. Die erste Betrachtungsweise ist sozialdemokratisch, die zweite kommunistisch. Die von den Oppositionen gewollte Demokratie ist nichts als ein Mittel, um die Waffe der Klassengewalt und der Klassenreaktion ungebrochen erhalten zu können.

Demzufolge muß unsere Partei den Faschismus und die Oppositionen parallel bekämpfen. Sie muß die doppelte Erfahrung des Proletariats mit der Politik der bürgerlichen Demokratie (einschließlich der dafür mitverantwortlichen Einheitssozialisten und Maximalisten) und des Faschismus progressiv in politische Haltungen und morgen schließlich in eine autonome revolutionäre Aktion umsetzen. Die Partei handelte falsch, als sie sich dem Oppositionskartell anschloß und es nicht aus Prinzipialgründen, sondern unter spitzfindigen Formalitätswänden verließ. Sie hätte statt dessen den Rückzug aufs Aventin als eine Geste der Standesverteidigung und Standesfurcht der Abgeordneten lächerlich machen müssen. Das Verlassen des Parlaments in den Tagen, in denen es möglich schien, die Losung des Generalstreiks auszugeben, kann hingegen gerechtfertigt werden. Man durfte aber auf keinen Fall, nachdem sich dies als unmöglich erwiesen hatte, unsere Haltung von derjenigen der Oppositionen abhängig machen. Nicht allein durch einige trockene Artikel, sondern mit Nachdruck hätte man die Auffassung bekräftigen müssen, daß es sich nicht um die Frage der Wiederherstellung der bürgerlichen Gerechtigkeit und Ordnung gegen den Faschismus handelte und ebensowenig um die berühmten Fragen eines bzw. einer über den Klassen und Parteien stehenden Anstandes, oder Normalität, sondern um eine revolutionäre Frage, um die Frage des proletarischen Kampfes gegen die bürgerliche Illegalität wie Legalität. In diesem Sinne hätte man erklären müssen, daß man niemals mit den Oppositionen marschieren würde, und man hätte ankündigen müssen, daß man ins Parlament gehen würde, um dort Agitation FÜR DIE VORBEREITUNG DER ANTIFASCHISTISCHEN KLASSENAKTION zu betreiben. Und jetzt müßte man seit der Wiedereröffnung des Parlaments dorthin gehen, ohne den Oppositionen oder auch nur den Sozialisten irgendeinen Vorschlag zu machen" (25).

Die "Matteotti-Krise" - liest man noch in den "Thesen von Lyon" - "war einer dieser Augenblicke, in denen sich die weitere Entwicklung entscheidet; der Fehler war folglich grundlegend und für die Beurteilung der Fähigkeit einer Führungsgruppe maßgebend; IHM IST ZU VERDANKEN, DASS SICH DIE ARBEITERKLASSE ZUERST DIE SCHWÄCHUNG DES FASCHISMUS UND DANN DAS AUFSEHENERREGENDE SCHEITERN DES 'AVENTIN' KAUM NUTZBAR MACHEN KONNTE."

Für die Niederlage rächte sich das Zentrum in den zwei folgenden Jahren durch eine Offensive gegen die ... Parteilinke.

Nicht der Faschismus hat die KPI als revolutionäre Kraft zerschlagen, sondern, noch bevor der internationale Stalinismus dieses Werk zu Ende führen konnte, der zum vermeintlichen

Sachwalter nationaler Interessen sich aufrichtende "Ordinovismus". Will man es an dem Namen einer Person festmachen, so war es entgegen der offiziellen Geschichtsschreibung Gramsci, der den Boden für den Sieg Stalins in Italien und auch über die KPI bereitet hat.

ANSTELLE EINES SCHLUSSWORTES

Die Kritiken, die schon damals an der italienischen Linken gemacht wurden, werden bis heute von "Rechten" und "Linken" papagaienhaft wiederholt, so z.B. von Herrn Pierre Frank, seines Amtes Führer und Historiker der sogenannten IV. Internationale, in seiner jüngsten "Geschichte der Kommunistischen Internationale" (26), einem Meisterwerk selbstzufriedener Banalität. Durch ihr Sektierertum und ihren Dogmatismus sei die Linke unfähig gewesen, die Eigenart des Faschismus zu erkennen. "Er - schreibt der trotzkistische Historiker in bezug auf Bordiga - sah keinen Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus, selbst nicht in den jeweiligen Repressionsmaßnahmen". So hätte die Linke - auch Herr Frank erhebt den Vorwurf - die phantastische Theorie des "Sozialfaschismus", d.h. die Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus in der sog. "dritten Periode" der stalinistischen Internationale, vorweggenommen.

Wir haben die praktische Aktion der KPI unter Führung der Linken im Klassenkampf gegen den Faschismus, aber auch ihren theoretischen Kampf zur Durchsetzung einer rigorosen marxistischen Einschätzung dieser Erscheinung dokumentiert. Die abgedruckten Dokumente dürften ausreichen, um eine wider besseres Wissen oder bestenfalls aus unheilbarer Oberflächlichkeit verbreitete Legende zu widerlegen. Die Linke wußte sehr wohl, daß Faschismus und Demokratie nicht dasselbe sind, und sie zeigte den Proletariern, wie man die eine und den anderen zu bekämpfen hat. Sie erkannte im Sieg des Faschismus "die größte Niederlage der Arbeiterklasse". Aber sie wußte ebensowohl, daß Faschismus und Demokratie zwei Regierungsmethoden ein und derselben Klasse (27) sind. Aus dem Unterschied zwischen beiden hat sie daher nicht - und hier liegt der Hase im Pfeffer - die Schlußfolgerung gezogen, man müsse, um den Faschismus zu zerschlagen, für die Demokratie Partei ergreifen. Und ebensowenig hat sie daher aus der Diagnose der schwerwiegenden Niederlage die Schlußfolgerung gezogen, die Demokratie stelle eine weniger unterdrückende, verheerende und diktatorische Regierungsmethode des Kapitals dar.

Die Linke - lautet ein anderer, seit damals nachgeplappertes Kritikpunkt - hätte in ihren "Thesen von Rom" die Bildung einer sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalition für viel wahrscheinlicher als eine faschistische Machteroberung gehalten, sie hätte "alles" auf die "sozialdemokratische Lösung" der Krise gesetzt. Der Vorwurf, "alles" auf diese Lösung gesetzt zu haben, ist geradezu lächerlich: Wie kann eine Partei, die wie die KPI als einzige die vordringenden faschistischen Kräfte auf dem Boden der Gewalt bekämpfte und zurückzudrängen

versuchte, sich ganz auf die "sozialdemokratische Lösung" der Krise ausgerichtet haben? Soweit was die Frage des Kampfes angeht. Was die Prognosen angeht, so haben wir gesehen, daß die Situation bis zum Schluß in der Schwebe zwischen beiden Lösungen blieb. Die Sozialdemokraten kamen nicht an die Regierung. Sie wurden zunächst von den Maximalisten zurückgehalten und schließlich trotz ihrer Bereitschaft von der Bourgeoisie abgelehnt, weil sie erwiesenermaßen nicht in der Lage waren, ihr glaubwürdige Garantien für die italienische Wiederholung einer Noske-Scheidemann-Regierung zu geben. Die KPI hatte aber keineswegs die Möglichkeit einer faschistischen Regierung mit Unterstützung des ganzen Spektrums der demokratischen Parteien und eventuell sogar der Sozialdemokraten ausgeschlossen. Diese Lösung setzte sich - ohne sozialdemokratische Beteiligung - durch. Dadurch hätte sich aber unsere vor allem seit dem August gemachte Voraussage einer Annäherung von Sozialdemokratie und Faschismus nicht bewahrt. Wieder einmal hätten wir uns als schlechte Propheten erwiesen. Persönliche Versuche einer solchen Koalition, zu der sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mehrmals bereit erklärten, hat es auf beiden Seiten gegeben, und sie scheiterten schließlich am verständlichen Widerstand der Faschisten. Außerdem sind viele Reformisten mit Leib und Seele zu den Faschisten übergelaufen. Wir wollen diese Punkte aber beiseite lassen, denn die entscheidende Frage ist eine andere: Der Faschismus hat (siehe "Moskau und Rom") als Versuch einer Synthese von harter und weicher Methode, von Zuckerbrot und Peitsche, von repressiver Unerbittlichkeit und reformistischer Flexibilität, die reformistischen Parteien und Politiker beseitigt, um aber ihr Programm von Sozialreformen zu übernehmen und weitgehend zu verwirklichen, ein Programm, das die alten opportunistischen Bonzen nur bruchstückhaft und zum Teil überhaupt nicht durchgesetzt hatten. Und gerade nur unter dieser Bedingung konnte der Faschismus in Italien wie in Deutschland eine wenn auch relativ kurze Stabilitätsperiode genießen. Die Klassenzusammenarbeit im Namen und im sogenannten höheren Interesse der Nation, diesen alten sozialdemokratischen Traum, versuchte der Faschismus zu verwirklichen. Und was kennzeichnet die Periode nach der militärischen Niederlage der faschistischen Staaten im imperialistischen Weltkrieg, d.h. die Periode nach dem Sturz des Faschismus, wenn nicht gerade eine Verbindung von reformistischem Demokratismus und faschistischem Totalitarismus?

Doch damit kommen wir auf einen weiteren Punkt, der nach wie vor an der Linken kritisiert wird. Auch ihn greift Herr Frank in seinem Machwerk auf: Die Linke hätte, unter anderem auf dem IV. Kongreß der KI, "sogar (!) einen 'liberalen' Faschismus vor Augen gehabt, der das Räderwerk der bürgerlichen Demokratie beibe-

halten würde." Das ist vollkommen richtig. Gerade dieser "liberale" Faschismus charakterisierte die Jahre 1923-24 bis zum Matteotti-Fall und stellte im übrigen eine logische Entwicklungsphase dar. Die Linke nahm aber nicht allein diesen faktischen Zustand zur Kenntnis. Ihre Einschätzung von der Aufgabe der faschistischen Partei, die politische Organisation der Bourgeoisie zu disziplinieren und zu zentralisieren, lieferte zugleich den Schlüssel für die Vorbereitung der KP auf die weitere Entwicklung der faschistischen Herrschaft. Empirisch heruntappend, war der Faschismus von einer Kompromißlösung mit den politischen Kräften der Vergangenheit ausgegangen, er mußte sich aber zwangsläufig als "die einheitliche, über eine zentralisierte und stark disziplinierte Organisation verfügende Partei der Bourgeoisie und ihrer Trabantenklassen" erweisen ("Moskau und Rom"). Hier lag seine Stärke, langfristig aber auch seine Schwäche, der innere Widerspruch zwischen politischer Zentralisierung und ökonomischer Dezentralisierung, der auf nationaler wie internationaler Ebene ausbrechen mußte. Hier lag aber auch die Gewißheit für die schließliche Niederlage des Faschismus unter einer kommunistischen Bewegung, die ihrem Programm treu geblieben wäre.

Wie wir entgegen einer anderen Legende gesehen haben, waren die Prognosen der italienischen Linke über die Lebenserwartung des Faschismus weit "pessimistischer" als die Wunschvorstellungen der Internationale. Aus diesem "Pessimismus" leitete die Linke aber keine jener verheerenden Folgen ab, denen die Internationale trotz ihres "Optimismus" schon damals zuneigte. Im Gegenteil, die daraus für die Partei und das Proletariat abgeleitete Linie stellte sich gegen jede Entwaffnung, gegen jeden Defätismus, gegen jede Abschwörung. Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg hatte sich die Frage gestellt, die herrschende Demokratie einschließlich ihrer reformistischen Wasserträger zu stürzen, um dadurch zugleich den Triumph des Faschismus zu verhindern. Nach dem Oktober 1922 sollte die Frage darin liegen, den Faschismus (mit seiner Mischung aus Konservatismus und Reformismus) zu schlagen, um zugleich die triumphierende Rückkehr der sich auf die Ergebnisse der faschistischen Herrschaft stützenden Demokratie zu verhindern.

Man hat den anderen Weg eingeschlagen, den Weg der Unterstützung der Demokratie. Er führte vom Standpunkt der proletarischen Revolution zum Desaster, das sich bis in unsere Tage hinein verlängert. Der "innere Widerspruch" brach im zweiten Weltkrieg aus. Daraus ging die bürgerliche Gesellschaft gestärkt und die "gerettete" Demokratie gepanzert hervor.

"Wir hatten DOPPELT UND DREIFACH recht". Und das ist keine Frage der Selbstgerechtigkeit, sondern des künftigen Sieges.

(Anmerkungen ab nächster Seite)

ANMERKUNGEN

- (1) Hierzu siehe "Thesen von Rom" in KP Nr. 13, Januar 1977
- (2) Bei Caporetto erlitt die italienische Armee im ersten Weltkrieg eine verheerende Niederlage
- (3) "Relazione del partito comunista d'Italia al IV congresso dell'Internazionale Comunista", Iskra, Mailand 1976. Der Bericht wurde 1922 vor der faschistischen Machteroberung geschrieben.
- (4) Einem Artikel von G. Palazzolo ("L'apparato illegale del PCd'I nel 1921-22 e la lotta contro il fascismo"), erschienen in der Nr. 29/1966 der "Rivista storica del socialismo", kann man folgende Einzelheiten über die Kämpfe entnehmen: Bari - Der Kampf mit der Polizei, der Sturm auf die Gefängnisse und die Carabinieri-Kaserne und die Barrikadenschlacht in der Altstadt endeten mit der Verhaftung von 20 Kommunisten, 11 Sozialisten, 3 Anarchisten, 1 Republikaner und ... 2 Faschisten.
Mailand - Der Bürgermeister telegraphierte, daß "die Aufrührer sich in den Häusern verbarrikadierten und den ausreichend vorhandenen Polizeikräften drei Stunden Widerstand leisteten, es gab echte Schlachten, Angriffe und Verhaftungen".
Genua - Erst die gepanzerten Polizeiwagen konnten Zugang zum Hafen verschaffen. Es wurden 164 Kommunisten, 44 Sozialisten, 3 Anarchisten, 31 "Unpolitische" und ... 5 Faschisten verhaftet.
Ancona - Die Zusammenstöße, geführt vom geheimen Aktionskomitee, blockierten die Stadt. Erst mit Hilfe der Polizei und der Armee konnten die Faschisten die Stadt betreten. Auch die Festungen auf den Hügeln wurden besetzt. Es wurden 34 Kommunisten verhaftet (dazu noch 23 unter polizeiliche Überwachung gestellt), 18 Anarchisten, 17 Sozialisten, 1 Anhänger der Volkspartei, kein Faschist.
Parma - hier erreichte der Widerstand gegen die Faschisten den Charakter eines echten Volksaufstands. Einzelheiten fehlen.
- (5) Der Aufruf der KPI ist am Ende des 3. Teiles dieser Arbeit (KP Nr. 24, S. 42) zu lesen. Dem dort ebenfalls abgedruckten Aufruf der Regierung Facta zum Frieden zwischen den Parteien antwortete die KPI ihrerseits mit der einfachen Bemerkung: "Zurück an den Absender". Wenn hinter den schleimigen Worten dieses Friedensaufrufs die Drohung einer Art von nationaler Mobilmachung gegen die Proletarier und die "Roten" im allgemeinen gestanden hätte, würde die KPI, wie sie am 8. August erklärte, ohne Zögern antworten: "Wird angenommen".
- (6) Vor allem die Jugendlichen hatten sich durch einen wunderbaren Kampfgeist ausgezeichnet. Selbst Historiker müssen feststellen: "Nur die kommunistische Organisation konnte den Zusammenstoß relativ gut bestehen. Ihr illegaler Apparat ging geschlagen, aber erhobenen Hauptes daraus hervor: Er hatte seine Feuer- taufe gehabt und überstanden. Durch ihn wurden in den vom Faschismus eroberten Regionen die Parteigliederungen wieder miteinander verknüpft und die Grundlagen für eine halbkonspirative Reorganisation geschaffen, wobei die Sektionen durch 'Gruppen' ersetzt und die Befehle über interne Wege übermittelt wurden" (Palazzolo, op. cit.).
- (7) Terzini = Drittinternationalisten, d.h. jener Flügel der Sozialistischen Partei, der für einen Anschluß an die III. Internationale war, sich freilich aber nicht von den Reformisten trennen wollte.
- (8) Siehe hierzu das Kapitel über die Frage der militärischen Organisation der Massen (KP Nr. 22, S. 50).
- (9) Siehe das Kapitel über die "Arditi del Popolo" (KP Nr. 23, S. 9-15).
- (10) So Amadeo Bordiga in einem Rückblick, der ein Jahr später, am 8. November 1923, mit dem Titel "Il Processo ai comunisti e gli altri" in "Lo Stato Operaio" erschien.
- (11) Schon unmittelbar nach der Spaltung der Maximalisten von den Reformisten wurde klar, daß die Mehrheit der neuen PSI sich einer Vereinigung mit der KPI in den Weg stellte und generell keinerlei Absicht hatte, sich der Autorität Moskaus zu unterwerfen. Die Linke, hinter deren Führung übrigens noch die absolute Mehrheit der Partei stand, hatte diese Entwicklung, die sich in den Monaten nach dem Marsch auf Rom zuspitzte, seit dem Oktober vorausgesehen. Anfang Januar schlossen sich die Vereinigungsgegner in ein "Komitee der sozialistischen Verteidigung" zusammen, dessen Inspirator Pietro Nenni war. Dieses Komitee eroberte nicht allein die Zeitung "Avanti!" und die Parlamentsfraktion, sondern sehr bald auch die Parteiführung, um somit den Boden für die Ergebnisse des außerordentlichen Parteitags der Sozialisten vom 15. - 17. April 1923 zu bereiten.
- (12) Siehe hierzu auch die Anmerkung 14 zum dritten Teil dieser Arbeit (KP Nr. 24, S. 44).
- (13) Unter den antifaschistischen Historikern ist es inzwischen Mode geworden, dem König Vittorio Emanuele III die Verantwortung für die "Abdankung" des "Rechtsstaates" vor dem sog. Gegenstaat der Gewalt und der Willkür in die Schuhe zu schieben. Man täuscht vor, vergessen zu haben, daß alle bekannten Führer der bürgerlichen Demokratie die offizielle Wachablösung mit vorbereitet haben und daß der König, als er Mussolini am Abend des 28. Oktober mit der Regierungsbildung beauftragte, nichts anderes tat, als einen Zustand der Dinge zu bestätigen, der bereits unumkehrbar war und den er mehr hingenommen als gewollt hat (wenn man unter solchen Umständen von Wollen überhaupt reden kann).
- (14) Ende September hat die CGL den alten Bündnispakt mit der sozialistischen Partei gekündigt. Dieser Pakt, ein

Werkzeug, dessen sich die Gewerkschaft immer sehr gut bedient hatte, um die maximalistischen Maulhelden zu erpressen, wurde ihr jetzt zu einem Ballast, denn sie war ja dabei, sich den verschiedenen Regierungsanwärtern anzudienen, bzw. deren Angebote zu akzeptieren, und mußte daher den Beweis für ihre "Unabhängigkeit" liefern. Es ist daran zu erinnern, daß D'Aragona, der CGL-Vorsitzende, eine faschistische Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung befürwortet hat, während Baldesi, der zweite Vorsitzende, im Juli wie im Dezember seine Bereitschaft zur Mitwirkung an einer faschistischen Regierung erklärte. Sieht man von solchen Einzelheiten ab, so sollte sich der ADGB 1933 nicht anders verhalten.

(15) Wir können hier nicht sehr ausführlich auf die verschiedenen Theorisierungen und politischen Schritte Radeks eingehen. Eine solche Untersuchung findet der Leser in der Einleitung unserer Broschüre "Communisme et fascisme". Wir zitieren Radeks Rede nach dem Protokoll des IV. Kongresses (S. 314). Hinweise auf die auf selber Linie stehende Position der KPD sind in den Anmerkungen zu den "Thesen von Lyon" (s.u.) zu finden.

(16) Wir drucken die Rede in der deutschen Fassung des Protokolls des IV. Kongresses ab (S. 330-350). Es handelt sich dabei verständlicherweise um eine Rohübersetzung für Protokollzwecke, von deren genereller Überarbeitung wir hier allerdings absehen müssen. Offensichtliche Mißverständnisse wurden am unteren Seitenrand vermerkt.

(17) Wir glauben zwar nicht, daß ein eingefleischter Demokrat die Lektüre dieser Schrift über sich ergehen lassen wird, es sei denn von Amts wegen oder aus Masochismus. Wie auch immer - an dieser Stelle wird er, der inzwischen Radeks zitierte Rede genüßlich durchgelesen haben wird, aufspringen: Wie recht hatte Radek gegen diese sektiererischen "Bordigisten". Und er wird in seiner linksdemokratischen Borniertheit wohl die Wiedereinstellung der entlassenen Schergen und die Nichteinmischung der Faschisten in die Amtsgeschäfte der "unabhängigen Behörden" fordern, um die Kleinbourgeoisie "zu gewinnen"... Gegenüber solchen linken Demokraten muß man Radek allerdings in Schutz nehmen. Er war nicht allein eine andere Schuhgröße. Er stand auch immerhin auf der *anderen* Seite der Barrikade, und Jahrzehnte der Entartung waren erforderlich, damit die demokratischen Aasgeier die Irrwege der Arbeiterbewegung bis auf die äußersten Konsequenzen unserer Tage führen konnten.

(18) Es handelt sich hier selbstverständlich nicht um eine Prognose im Sinne der späteren bucharinistisch-stalinistischen Lehre vom "Sozialismus in einem Land" (eine Lehre, die einige Zeilen davor im voraus ausdrücklich zurückgewiesen wird), sondern um einen allgemeinen Ausdruck der Überzeugung, daß das Proletariat und der Kommunismus siegen werden.

(19) Bordigas Rede vor Gericht ist auf deutsch im Sammelband "Freisprüche: Revolutionäre vor Gericht" (Suhrkamp Taschenbuch) zu finden.

(20) Rede von Bordiga in Neapel gem. "L'Unità" v. 15.10.1924. In dieser Rede wurden die von der Linken in den vorigen Monaten vorgebrachten Forderungen zusammengefaßt.

(21) Gramscis Rede erschien am 26. August 1924 in "L'Unità". Eine französische Übersetzung findet der Leser in "Communisme et fascisme".

(22) "L'Ordine Nuovo", aus dem der Begriff "Ordinismus" abgeleitet wurde, war, wie bereits angedeutet, eine Turiner Fraktion der sozialistischen Partei gewesen, die idealistische und ouvrieristische Auffassungen vertrat. Zu ihr gehörten u.a. Gramsci und Togliatti. Sie schloß sich der wahlboykottistischen Fraktion Bordigas an für die Gründung der KP in Livorno. Die Entartung der Komintern führte die ehemaligen "Ordinisten" zu einem Mischmasch aus ihren ursprünglichen Positionen und den rechten Auffassungen, die in der Komintern kursierten, was sich nicht zuletzt bei Gramsci, der im Laufe seines langen Moskauer Aufenthaltes entsprechend bearbeitet wurde, bemerkbar machte. Zum "Ordine Nuovo" siehe u.a. den längeren Aufsatz in unserer französischen Zeitschrift "Programme Communiste", Nr. 71 u. 72. Eine Kritik an Gramscis "Faschismustheorie" befindet sich im ersten Teil dieser Reihe (KP Nr. 22). Auf deutsch zur Kritik am "Ordine Nuovo": "Thesen von Lyon", "Grundlagen des revolutionären Kommunismus" und - in KP Nr. 19 u. 20 - die Schrift über den "linken Radikalismus".

(23) Eine deutsche Übersetzung der "Thesen von Lyon" erschien in KP Nr. 14. Der Leitartikel der "Unità" vom 11. November 1924 malte das Gegenparlament mit den Farben des "Wohlfahrtsausschusses" der französischen Revolution und womöglich der "Commune" aus: "Ein VERTRETUNGS- UND FÜHRUNGSORGAN ALLER antifaschistischen Strömungen, das das italienische Volk zur direkten Aktion aufruft". Die berühmten Arbeiter- und Bauernkomitees wären somit ein Sockel, auf dem sich dieses oberste legislative und exekutive Organ des Antifaschismus aufrichten würde.

(24) Risorgimento ist die Bezeichnung für die Periode der "Wiedergeburt" Italiens, sprich der Kriege und Kämpfe, die zur 1870 abgeschlossenen Bildung des italienischen Nationalstaates führten.

(25) Allein der Abgeordnete Repossi, ein Anhänger der Linke, sollte am 12. November ins Parlament gehen, um den früher erwähnten heftigen Anklageakt gegen die Regierung vorzulesen. Die Fraktion kehrte erst am 26. November ins Parlament zurück.

(26) Pierre Frank, "Histoire de l'Internationale Communiste", Paris 1979, S. 233 - 234.

(27) Wie bereits ausführlich dargelegt, ist es geradezu ein Unding, Mussolini etwa mit Kornilow zu vergleichen und der faschistischen Reaktion den geschichtlichen Charakter einer konservativen vorbürgerlichen oder außerbürgerlichen "Rechte" verleihen zu wollen. In seinen Ursprüngen und Absichten wie in seiner faktischen Entwicklung war der Faschismus im Gegenteil Ausdruck des Versuchs des Großkapitals, die Kleinbourgeoisie und möglichst auch einen Teil des Proletariats (d.h. des Lumpenproletariats und der Arbeiteraristokratie) zu seinem Schutz zu mobilisieren. Banaler, aber beredter Beweis: der Faschismus war und blieb eine Erscheinung Norditaliens (d.h. jener durch kapitalistischer Landwirtschaft und Großindustrie geprägten Gebiete der Halbinsel) und er eroberte den Süden erst mit enormer Verspätung und durch das Netz der aus der Verbindung von parlamentarischer Demokratie und ökonomischer Rückständigkeit entstandenen Klientelwirtschaft.

Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in Indochina

"Der Weltkapitalismus und die russische Bewegung des Jahres 1905 haben Asien endgültig wachgerüttelt. (...) Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Europas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist" (Lenin, 7. Mai 1913).

Nach den schrecklichen Niederlagen der 20er und 30er Jahre verließ die revolutionäre Bewegung des Proletariats die Bühne der Weltgeschichte, die sie nach langen Jahrzehnten erst demnächst wieder betreten wird. Das Erwachen der kolonialen und halbkolonialen Welt, das nach dem 2. Weltkrieg, von einem Brennpunkt in China ausgehend, in mannigfacher Form ganz Asien in seinen Bann schlug und wellenartig auf Nord- und Schwarzafrika und auf Lateinamerika übergriff, diese Bewegung von einer ungeheuren geschichtlichen Bedeutung konnte sich deshalb nicht mehr als Bestandteil der proletarischen Weltrevolution vollziehen.

Bevor wir in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift auf den nunmehr weitgehend abgeschlossenen "Zyklus der nationalen und antikolonialen Revolutionen" insgesamt eingehen und dessen Bilanz ziehen, veröffentlichen wir in dieser Ausgabe einen Aufsatz über diese bürgerlich-nationale Revolution in Vietnam und Kambodscha, dem ein kürzeres Kapitel über die Entwicklung in Laos und über die nachrevolutionären Kriege in Indochina (Vietnam gegen Kambodscha, China gegen Vietnam) folgen wird.

Nach der chinesischen stellte die vietnamesische Revolution wie kaum eine andere einen Bezugspunkt für all jene Gruppen dar, die in den westlichen Ländern - die bei lebendigen Leibe verfaulten, während die "Dritte Welt" wie ein Vulkan brodelte - aus den studentischen Unruhen hervorgingen oder an ihnen eine Wiederauferstehung feierten. Von diesen Revolutionen übernahmen sie ihren "Marxismus", der nichts anderes war, als das vom wirklichen Marxismus seit Beginn des Jahrhunderts entlarvte "kommunistische Mäntelchen", mit dem sich die nationalen bürgerlichen Parteien der Kolonialländer zu umhüllen versuchten. Nach dem Abschluß des Zyklus der antikolonialen Bewegung mußte sich das Mäntelchen an der Wirklichkeit zerfetzen. Selbst wenn sie sich z.B. mit "Internationalismus" schmücken, können nationale Revolutionen nicht zur "sozialistischen Verbrüderung" führen - sie führen zwangsläufig zur Zuspitzung nationaler Gegensätze und zur Einordnung in die imperialistische Weltordnung. Jene, die an dem Mäntelchen wie an Mutters Rock hingen,

wurden ungeschützt einer "traurigen" und "enttäuschenden" Wirklichkeit preisgegeben, die zu verstehen sie nicht imstande sind.

Faktisch verhält sich alles umgekehrt. Die politische Bewegung des "Onkel Ho" war (wie der Maoismus in China) weit trauriger und enttäuschender als der Mythos, den sich die westlichen "Linken" seinerzeit fabrizierten, während die Wirklichkeit, zu deren Entstehung sie trotz Kompromißertum und Zaghaftigkeit beitrug, alles andere als traurig und enttäuschend ist. Vom nationalen bürgerlichen Zyklus konnte man keine besondere Radikalität und Konsequenz erwarten. Er wurde von nationalen Bourgeoisien geführt, welche Gegner, zugleich aber soziale Komplizen des Imperialismus sind, in dem sie zwar den Henker, zugleich aber das soziale Vorbild erblicken. Doch selbst wenn er nicht all seine Aufgaben hat zu Ende führen können - man denke allein an die Agrarfrage -, ist dieser revolutionäre Zyklus vollendet. Vom neuen revolutionären Zyklus, der sich nunmehr in Asien eröffnen wird, kann man und muß man hingegen alles erwarten - er wird unter proletarischem, internationalem wie internationalistischem Vorzeichen stehen.

Wir möchten daher diese Arbeit über Indochina mit einer kurzen Schrift, mit der stichwortartigen Zusammenfassung einer Arbeitsversammlung der Partei vom 26. April 1953 in Genua, einleiten. Hier wie in vielen anderen Schriften der letzten 35 Jahre - Kampfschriften des Marxismus gegen den Indifferentismus wie gegen die ideologische und praktische Prostitution - wird die Welle der antikolonialen Bewegung nach dem 2. Weltkrieg in der internationalen Geschichte des Kapitalismus geortet - die unerhörte Tragweite und die Grenzen dieser Bewegung sind damit zugleich gegeben.

DIE VIELFACHEN REVOLUTIONEN

1. Die Position der Kommunistischen Linke wird nicht allein durch die Ablehnung eines eklektischen Taktierens der Partei deutlich gekennzeichnet. Sie hebt sich nicht minder von einer grob verflachenden Auffassung ab, die im Laufe des ganzen Kampfes immer wieder und überall einen einzigen Dualismus, nur zwei konventionellen Klassen handeln sieht. Die Strategie der modernen proletarischen Bewegung verfügt über genaue und feste Richtlinien, die für alle Hypothesen zukünftiger Aktionen

Geltung haben und mit den verschiedenen geographischen Gebieten der bewohnten Erde wie mit den jeweiligen historischen Zyklen in Zusammenhang zu bringen sind.

2. Das erste Gebiet ist das englische. Aus der Untersuchung des Kräftespiels in diesem klassischen Gebiet hat der Marxismus die Laufbahn der sozialistischen Revolution zum ersten Mal und unwiderruflich theoretisch abgeleitet. Seit 1688 hatte die bürgerliche Revolution die Feudalmacht beseitigt und die feudalen Produktionsformen rasch ausgemerzt; seit 1840 war es möglich, die marxistische Auffassung über die Verhältnisse zwischen drei wesentlichen Klassen auszuarbeiten: dem bürgerlichen Grundbesitz, dem Industrie-, Handels- und Finanzkapital und dem gegen die beiden anderen Klassen kämpfenden Proletariat.

3. Im westeuropäischen Gebiet (Frankreich, Deutschland, Italien und weitere kleinere Länder) erstreckte sich der bürgerliche Kampf gegen den Feudalismus von 1789 bis 1871. Soweit die Bourgeoisie mit Waffengewalt kämpfte, um die Feudalmacht umzustürzen, stand in den revolutionären Situationen im Laufe dieser Entwicklung das Bündnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf der Tagesordnung. Allerdings haben die Arbeiterparteien schon damals jede ideologische Verschmelzung mit den ökonomischen und politischen Apologien der bürgerlichen Gesellschaft zurückgewiesen.

4. Durch den Sieg der Nordstaaten über die Sklavenhalter des agrarischen Südens wurden 1866 in den USA unreine kapitalistische Formen beseitigt. Seitdem befinden sich die USA in derselben Lage wie Westeuropa seit 1871. In diesem gesamten euroamerikanischen Gebiet lehnen die radikalen Marxisten seit 1871 jedes Bündnis und jeden Block mit bürgerlichen Parteien - auf welchem Boden auch immer - ab.

5. Die Situation vor 1871 wie unter Punkt 3 dauerte in Rußland und in anderen osteuropäischen Ländern bis 1917. Hier stellte sich das Problem wie 1848 in Deutschland: der Kampf für zwei Revolutionen und also auch für die Aufgaben der kapitalistischen Revolution. Die Bedingung für einen direkten Übergang zur zweiten, zur proletarischen Revolution war die politische Revolution im Westen. Diese blieb aus; allein dem russischen Proletariat gelang es, die politische Macht zu erobern und sie einige Jahre zu behalten.

6. Die Ablösung der feudalen Produktionsweise durch die kapitalistischen Produktions- und Austauschverhältnisse

kann heute im europäischen Gebiet des Orients als abgeschlossen betrachtet werden. Im asiatischen Gebiet ist die Revolution gegen den Feudalismus und sogar gegen noch ältere Gesellschaftsordnungen hingegen voll im Gange und sie wird von einem revolutionären Block aus bürgerlichen, kleinbürgerlichen und werktätigen Klassen geführt.

7. In unserer inzwischen sehr ausführlichen Untersuchung haben wir gezeigt, daß die Versuche einer doppelten Revolution zu verschiedenen historischen Ergebnissen geführt haben: Teilsieg und vollständiger Sieg; militärische Niederlage begleitet von einem Sieg auf sozialökonomischen Gebiet und umgekehrt. Die Lehre aus den Halbrevolutionen und Konterrevolutionen ist dabei von grundlegender Bedeutung für das Proletariat. Führen wir zwei klassische Beispiele an. Deutschland nach 1848: doppelte militärische Niederlage (der Bourgeoisie und der Proletarier), sozialer Sieg der kapitalistischen Form und allmähliche Festigung der bürgerlichen Macht. Rußland nach 1917: doppelter militärischer Sieg (der Bourgeoisie und der Proletarier; Februar und Oktober), soziale Niederlage der sozialistischen Form, sozialer Sieg der kapitalistischen Form.

8. Rußland hat heute - zumindest im europäischen Teil - einen vollständig kapitalistischen Produktions- und Austauschmechanismus. Dessen soziale Funktion äußert sich politisch in einer Partei und Regierung, die alle möglichen Bündnisstrategien mit bürgerlichen Parteien und Staaten des westlichen Gebiets praktiziert hat. Das politische System Rußlands ist ein direkter Feind des Proletariats und ein Bündnis mit ihm ist ausgeschlossen, obwohl der Sieg der kapitalistischen Produktionsweise in Rußland ein unbestreitbar revolutionäres Ergebnis darstellt.

9. In den Ländern Asiens, in denen noch eine lokalbeschränkte, patriarchalische und feudale Agrarwirtschaft vorherrscht, trägt auch der politische Kampf der "vier Klassen", selbst wenn daraus unmittelbar nur nationale und bürgerliche Mächte hervorgehen, zum Sieg des internationalen kommunistischen Kampfes bei, sei es weil dadurch neue Gebiete für den Kampf um die weitergehenden sozialistischen Forderungen erschlossen werden, sei es infolge der Schläge, die diese Aufstände und Revolten dem euroamerikanischen Imperialismus versetzen.

(Aus "Sul filo del tempo", Mai 1953)

I. Die Bildung des vietnamesischen Nationalstaates

EINE GESELLSCHAFT IM ÜBERGANG ZUM KAPITALISMUS

Der östliche Saum des festländischen Südostasiens hebt sich durch seine natürliche Abriegelung durch Gebirge und seine stark von China geprägte Kultur deutlich von Hinterindien ab. Trotz der geschichtlichen Verbindung mit Kambodscha und Laos im französischen Kolonialreich und der mehr oder weniger starken Gemeinsamkeiten in einem "Indo-Chinesischen Kulturerteil", ergibt sich zu den stärker indobudhistisch beeinflussten Ländern für Vietnam eine klare Sonderstellung aufgrund seiner sino-konfuzianischen Traditionen - was sich übrigens schon im chinesischen Namen "Viet-Nam" gleich "Land des Südens" festmacht. Denn die Vietnamesen (Annamiten) waren lange Zeit ihrer Geschichte von Chinesen beherrscht: von 11 v. Chr. bis 939 und nochmal um 1400 standen die wichtigsten Siedlungsbereiche der Annamiten unter direkter Kontrolle, in der übrigen Zeit waren sie dem chinesischen Tributritual unterworfen.

Das heutige Vietnam entspricht etwa dem 1802 aus Annam und Tonking wiedervereinigten Reich des Kaisers Gia Long. Es hat eine Fläche von 332 566 km² mit einer Bevölkerung von rd. 48 Mio., und ist damit das volkreichste Land im festländischen SO-Asien.

Geographisch besteht Vietnam aus drei Landesteilen, die auch mit den historischen wie sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen weitgehend übereinstimmen. Den Norden bildet Tonking mit dem Delta des Roten Flusses, seinem Gebirgshinterland und der Hauptstadt Hanoi. Die Mitte nimmt das gebirgige, schmale Küstenland von Annam ein (d.h. "Befriedeter Süden") mit der einstigen Kaiserstadt Huế. Das weite südliche Tiefland mit seinem Mekongdelta und Saigon ist Cochinchina. In dieser Gestalt wurde das Land mit seinen beiden Schwerpunkträumen und der schmalen, langen Verbindung entlang der annamitischen Küste mit zwei Reissäcken verglichen, die nach chinesischer Art an einer langen Tragegestange hängen, ein Bild, das zugleich die Natur des kargen Küstensaumes und der beiden großen "Reisschüsseln" nachzeichnet, von denen Tonking dichtbesiedeltes und intensiv bestelltes Alt-siedlungsland, das Mekongdelta dagegen junges Kolonisationsland ist. Die Annamiten stießen in der kontinuierlichen Nord-Südbewegung ihrer Landnahme entlang der Küste vor und besiedelten vom 17. bis 19. Jahrhundert Cochinchina, dessen sumpfige, vorher nur zum Teil genutzte Niederungen sie vor allem den Khmer entrissen. Diese Siedlungsbewegung aus dem Norden ließ den permanenten Druck aus dem überfüllten Tonking in den potentiellen Nahrungsraum des Südens zu einem Leitmotiv in der Entwicklung

Vietnams werden, das auch die späteren politischen Ziele mit beeinflusst.

Die Konzentration der Vietnamesen beider Landesteile auf die Tiefebenen beruht vor allem auf ihrer Lebensform des Naßreisbaues und dem Fehlen der kulturellen und wirtschaftlichen Tradition von Gebirgsbauern. Diese Zusammenballung der Bevölkerung auf den Reisbauebene führte die ländliche Besiedelung zu ungewöhnlichen Dichten, bei weitgehender Entleerung der gebirgigeren Zonen. Die menschenarmen Bergländer - rd. zwei Drittel Vietnams - sind die Heimat ethnischer Minderheiten. Dazu kommen die eingewanderten Chinesen (Hoa), die mit rd. 860 000 in Süd-Vietnam, davon der größte Teil in Saigon-Cholon, sehr viel stärker waren als in Nord-Vietnam, wo trotz der Nachbarschaft zu China nur etwa 175 000 Hoa lebten. Insgesamt ergibt sich so für Vietnam eine charakteristische Besiedlungsstruktur: In Nord-Vietnam gehören zwar rd. 90%, in Süd-Vietnam über 80% der Bevölkerung dem kulturell ziemlich einheitlichen "Staatsvolk" der Vietnamesen an; sie leben aber auf kaum einem Drittel des Landes, eben jenen zwei Tieflandzonen mit den Deltas und den schmalen Küstenhöfen Annams. Kaum ein Vietnameser wohnt oberhalb der 100 m-Höhenlinie. Das bedeutet in Nord-Vietnam, daß etwa 97% seiner Bevölkerung auf einem Sechstel seiner Staatsfläche konzentriert ist, während das übrige, vom Gebirge eingenommene Land nur 3% der Einwohner beherbergt. Deshalb können die dicht besetzten Teile des Tonking-Deltas, trotz intensivster Landnutzung, ihre Bevölkerung kaum noch tragen, und es werden Dichten bis über 1260 EW/km² der landwirtschaftlichen Nutzfläche erreicht. In Süd-Vietnam fehlen solche Extreme; das Tiefland von Cochinchina, das nur ein Drittel der Fläche umfaßt, beherbergt aber auch dort die große Mehrheit der Bevölkerung.

Der Anteil der städtischen Siedlungen ist höher als in den meisten Ländern SO-Asiens. Dennoch hatte Süd-Vietnam 1967 noch 88%, Nord-Vietnam, das reichere Bodenschätze und ältere Industrialisierungsansätze aufweist, 70% agrarische Bevölkerung. Trotz langer Geschichte, besonders des Nordens, waren die Städte zur Zeit der französischen Eroberung, die seit 1858 schrittweise unter Napoleon III. betrieben wurde, relativ unbedeutend. Durch häufige politische Wechsel litten die Handels- und Verwaltungszentren unter mangelnder Stabilität. Erst die koloniale Entwicklung von Wirtschaft und Verkehr führte zum Wachstum und zur baulich französisch beeinflussten Stadtentwicklung. Hanoi, mit langer Tradition als chinesische Verwaltungs-, und vom 10. - 17. Jahrhundert als annamitische Hauptstadt, wurde weitgehend neu gebaut. Saigon, im 17. Jahrhundert gegründet, wurde überwiegend in der Kolonialzeit gestaltet.

Die Mehrheit der Vietnamesen bewohnte aber wei-

terhin ländliche Siedlungen aus durchweg kleinen, geschlossenen Dörfern. Hier bildeten sich aufgrund der eigentümlichen Bevölkerungsverteilung starke soziale Spannungen, die durch die imperialistischen Veränderungen noch verschärft wurden: im altbesiedelten Tonking durch die ungeheure Überbesetzung und die entsprechende Zersplitterung der Besitzverhältnisse, bei der jungen Erschließung des Mekong-Deltas durch die Bildung des Großgrundbesitzes mit Ausbeutung der Pächter. In Tonking war etwa ein Viertel des Landes im Großgrundbesitz, ein weiteres in dem der Gemeinden; die Pachtgaben der knapp das Existenzminimum erzielenden Kleinbauern lagen bei 40%.

Die anders gelagerte Sozialstruktur des Mekong-Deltas entstand mit dessen Melioration durch die französischen Behörden im 19. und 20. Jahrhundert. Diese überließen die eigentliche agrarische Erschließung dem berühmten "freien" wirtschaftlichen Kräftefeld, so daß einzelne Vietnamesen und Chinesen im Lande investierten, es mit Lohnarbeitern erschließen ließen, um es dann an kleine Bauern zu verpachten. Dabei entstanden z.T. riesige Besitzkomplexe. Die größeren Landbesitzer residierten durchweg in Saigon, von wo aus sie die Eintreibung der Pachten, kaum aber weitere Verbesserungen des Landes betrieben. Die Franzosen selbst besaßen dabei 1930 kaum mehr als 15% des kultivierten Reisbaulandes, das überwiegend vietnamesischen und chinesischen Grundbesitzern gehörte. Auch in der prä-kolonialen Periode lagen die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Vietnam kaum günstiger. Wie explosiv allerdings bis in die jüngste Zeit gerade die Agrarverhältnisse im Mekong-Delta blieben, zeigen folgende Angaben: 1967 bestanden hier noch ca. 1 Mio. Pachtbetriebe. Ihr politisches Gewicht wird deutlich, wenn man sie mit durchschnittlich 6 Familienangehörigen multipliziert; bei Hinzurechnung weiterer 2 Mio. Menschen aus Familien ohne Landbesitz, ergeben sich etwa 8 Mio., d.h. 80% der 10 Mio. Gesamtbewohner des Deltas, für die diese extreme Ausbeutung zur Grundfrage ihrer Existenz wurde. (1)

Während aber der Süden Vietnams über eine günstigere agrarische Produktivität verfügt, da bei geringeren ländlichen Bevölkerungsdichten eine größere landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung steht und traditionell Reisüberschuß erzielt werden kann, neben dem noch Handelsgewächse (besonders Kautschuk) mit hohen Produktionswerten ins Gewicht fallen, ergibt sich für den Norden eine ganz andere Situation. Eingeengt auf das Tonking-Delta, umfaßt die landwirtschaftliche Nutzfläche hier nur 13% des Landes. Sehr viel besser als der Süden ist dagegen das gebirgsreiche Nord-Vietnam mit mineralischen Rohstoffen ausgestattet. Seine Kohlevorräte werden auf 20 Mrd. t geschätzt und die Kohleproduktion betrug in den 30er Jahren bereits rd. 1,7 Mio. t. Sehr günstig ist auch die Ausstattung mit Eisenerzen (Vorräte rd. 20 Mio. t), weiter werden Zinn, Zink, Chrom, Kupfer, Wolfram, Blei, Gold,

Nickel, Kobalt, Mangan, Quecksilber und Bauxit gewonnen. Insgesamt ergibt sich damit eine günstige Basis für eine Eisen- und Stahl- wie NE-Industrie. Mächtige Lager von Phosphaten (etwa 1 Mrd. t) können zur Düngerproduktion genutzt werden. Bei dieser Begünstigung durch Bodenschätze und Energie und mit einer dichtgeballten und arbeitsamen Bevölkerung konnte Nord-Vietnam das stärkste Industriepotential SO-Asiens erreichen; es gehörte auch zu den wenigen Gebieten, die schon während der Kolonialzeit einen industriellen Ausbau erfuhren. Natürlich betrieben die Franzosen vor allem imperialistischen Raubbau an den Rohstoffen. Aber wichtig ist nur, daß Frankreich mit dem Eindringen in diesen alten Kulturbereich die traditionellen sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen immer stärker unterminieren mußte. Die vietnamesische Agrargesellschaft wurde zusehends den wirtschaftlichen Belangen Frankreichs dienstbar gemacht. Und hierbei lagen die Interessen neben der Plantagenwirtschaft - vor allem Kautschuk - besonders im Bergbaubereich. Hier investierten die französischen Kapitalisten, und schufen damit die neuen Klassen des Proletariats und der Kompradorenbourgeoisie. Letztere gingen dem "Herrenvolk" der Kolonialisten bei ihrer Ausraubung Vietnams zur Hand, erstere mußten im Schweiß ihres Angesichts die Schätze aus den Bergen hauen. 1928 gab es in Vietnam aber erst rd. 33 000 Industriearbeiter, vor allem eben in den Kohlegruben des Nordens, und dazu ein paar tausend Arbeiter der Baumwollspinnereien und Webereien, aber diese Zahl sollte mit dem forcierten Zustrom französischen Kapitals stetig steigen. Dennoch betrug bis zur Unabhängigkeit 1945 der Anteil des reinen Industrieproletariats an der Bevölkerung ganz Vietnams nie mehr als 2 - 3%, und die "demographische" Ballung dieses Proletariats blieb im wesentlichen auf den Norden, auf Tonking, beschränkt. Insgesamt war Vietnam also eine vom Imperialismus beherrschte Feudalgesellschaft, die aber mit der formalen Subsumption unter das internationale Kapital eine dauernde Verschärfung ihrer inneren Auflösungsprozesse erfuhr. Klar überwog bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges die traditionelle Wirtschaftsform der weitgehend autarken Dörfer, in denen Bauern das anbauten, was sie brauchten. Die agrarischen Überschüsse gelangten in Form von Zwangsabgaben an die parasitären Grundbesitzer, die sie höchstens für spekulative Handelsgeschäfte verwandten. Da trotz des Eindringens des französischen Imperialismus die überkommene Wirtschaftsform der Subsistenzwirtschaft und des dörflichen Handwerks vorherrschte und die ökonomisch herrschende Klasse ihr Rentierdasein pflegte, standen der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte starke gesellschaftliche Barrieren entgegen.

Anders als frühere Eroberungen der Chinesen, die an der Produktionsweise nichts Grundsätzliches ändern konnten, da sie keine höhere vertraten, riß zwar die französische Eroberung Vietnam in den Strudel des internationalen Kapitalismus, aber nur soweit, wie die Interessen Frankreichs nach agrarischen

(1) vgl. R.L.Sansom, The economics of Insurgency in the Mekong Delta of Vietnam, Camb./London, '70.

und mineralischen Rohstoffen zu befriedigen waren. Politisch stützten sich die Franzosen dabei gerade auf die traditionelle Klasse der Grundbesitzer, die andererseits durch die Franzosen erst ihr gesellschaftliches Überleben sichern konnten. Insoweit repräsentierten die Franzosen für Vietnam beides: zum einen die erste Berührung mit der kapitalistischen Produktionsweise und damit die Möglichkeit einer eigenen kapitalistischen Entwicklung, zum anderen aber gerade die entscheidende politische Barriere, um die überkommenen Schranken der eigenen Produktionsweise zu vernichten.

Zwar löste sich die "autarke" Arbeitsteilung der vietnamesischen Dörfer immer mehr auf. An ihre Stelle trat eine über den Markt vermittelte Arbeitsteilung, die zunehmend auch in Vietnam die Produktion von landwirtschaftlichen Waren dem Lande, die von gewerblichen Waren der Stadt zuwies. Aber die Entstehung dieser einfachen Warenproduktion, als Ursprung und Grundlage einer kapitalistischen Warenproduktion, wurde immer wieder durch den mangelnden agrarischen Überschuß an ihrer grundlegenden Expansion gehindert. So blieb das Marktprinzip für die Dörfer stets weitgehend "peripher". Sie produzierten in erster Linie Produkte und nicht Waren, d.h. Tauschwerte. Nur zu einem kleineren Teil wurden die bäuerlichen Erträge vermarktet. Eine Wirtschaftsentwicklung im Sinne einer ursprünglichen Akkumulation des Kapitals war noch stets daran gebunden, daß die selbstgenügsame bäuerliche Produktionseinheit aufgebrochen wurde. Erst wenn die Bauern sich entweder als Anbieter von landwirtschaftlichen und gewerblichen Waren, jeweils unter Zurückstellung der Herstellung von Produkten für den Eigenbedarf, also der Spezialisierung, öffneten, konnten sie als relevante Abnehmer der städtischen Waren auftreten. Diese neue Stufe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung war aber nur dann erreichbar, wenn den Städten ihre privilegierte Stellung im gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Austauschprozeß genommen wurde und sich neben ihnen ländliche Standorte der gewerblichen Warenproduktion und Märkte mit einem lokalen Einzugsbereich herausbilden konnten.

Wie gesagt, der französische Imperialismus brachte einerseits entscheidende Impulse für die Herausbildung einer verallgemeinerten Warenproduktion in Vietnam und damit für eine Stärkung der Voraussetzungen für eine kapitalistische Entwicklung. Die vietnamesische Gesellschaft wurde aber andererseits durch die Franzosen ständig gesellschaftlich konserviert. Beide Momente bedeuteten für das Land eine permanente Zuspitzung seiner inneren Widersprüche: Die Bauern wurden zwar zunehmend ihrer traditionellen Arbeitsweise beraubt, wie durch wachsende Pachtzahlungen schwer ausgebeutet. Sie wurden aber höchstens pauperisiert, kaum je proletarianisiert, denn die Grundbesitzer sahen keinen Sinn darin, ihre ausgepreßten Summen zu "investieren".

Daß sich andererseits unter solchen sozialen und politischen Verhältnissen Gärungsprozesse bilden müssen, ist nur allzu klar, beson-

ders wenn man es mit einem Volk wie den Vietnamesen zu tun hat, das stets stolz auf seinen hartnäckigen Widerstand gegen ausländische Invasoren war. Daß sich zudem unter den gebildeten Vietnamesen eine Vielzahl von leidenschaftlichen Patrioten formieren mußte, die danach trachteten, ihr Land vom Terror der fremden Herrenmenschen zu befreien, dem Land in seinem qualvollen Dilemma von verbauter Zukunft und bedrückender Vergangenheit den Weg nach vorn zurückzuerobern, ist ebenso klar.

Vor diesem bisher skizzierten Hintergrund gewinnen die wichtigsten sozialen Vertreter der gesellschaftlichen Stürme an Kontur: Zuerst die Franzosen als "Sendboten" des imperialistischen Kapitals, dann die einheimischen parasitären Grundbesitzer, zusammen mit der Handelsbourgeoisie, Alliierte dieser reaktionären Funktionäre des Kapitals; auf der anderen Seite die ausgebeuteten Bauern und als neue Klassen die Repräsentanten der kapitalistischen Möglichkeit, der revolutionäre Bourgeois als Citoyen - zusammen mit seinem Counterpart, dem Proletarier; beide allerdings zahlenmäßig äußerst schwach, aber als Realität zunehmend präsent, da durch die gesellschaftlichen Widersprüche dieser kolonialen "Übergangsgesellschaft" zum Kapitalismus ständig neu gebildet.

DIE WIRKLICHKEIT HINTER DEM MYTHOS VON VIETMINH: DIE SOZIALE BEWEGUNG IN DEN FANGARMEN DER BÜRGERLICHEN KOMPROMISSLER

Was die heutige Beurteilung der vietnamesischen Ereignisse nach dem 2. Weltkrieg offensichtlich so verwirrend macht, ist allein die Tatsache, daß ein maßgeblicher Teil dieser Patrioten formal als "Marxisten" usw. firmiert. Im Grunde heißt das aber nichts, denn mit diesem Abstraktum kann sich schließlich jeder schmücken. Es ist aber kein Zufall, daß die national-bürgerlichen Bewegungen des 20. Jahrhunderts gern mit diesem Anspruch hausieren gehen. Daß die Bourgeoisie noch stets mit allen hehren Idealen auf den Lippen ihre Klassenherrschaft errichtete und auch stets mit ihren Parolen diese ihre Diktatur kaschieren wollte, ist von der Geschichte schon immer bestätigt worden.

Daß die vietnamesischen Ideologen einer kapitalistischen Entwicklung zumindest äußerlich unter diesem "Markenzeichen" antraten, ist allein Produkt der tragischen Niederlage nicht nur des russischen, sondern vielmehr des internationalen Proletariats nach dem 1. Weltkrieg. Die revolutionäre Kraft des europäischen Proletariats, geschweige des amerikanischen, reichte bekanntlich nicht aus, um gegen "ihre" Bourgeoisie einen Sieg zu erringen, womit die russische Revolution auf ihre nationale Industrialisierungsaufgabe zurückgeworfen wurde. Aber ein Wahnsinn, sich vorzustellen, diese Aufgabe hätte in Rußland nur durch die beliebten Klischees von Kapitalisten, womöglich noch mit liberal-

demokratischen Sprüchen, erreicht werden können. Ganz im Gegenteil. Die Konterrevolution war zwingend, da nach der internationalen Niederlage des Proletariats allein das nationale Programm einer kapitalistischen Entwicklungsdiktatur auf der Tagesordnung stehen konnte. Und das russische Proletariat mußte mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden. Unter ihren Sturmzeichen, mit ihren Kampfparolen, unter scheinbarer Berufung auf ihre Zukunftsvision wurden die besten Revolutionäre massakriert und der Rest zur Fabrik wie zur Zwangsarbeit gezwungen. Dies alles allein aufgrund des Zwanges der rigorosesten Entwicklung der Produktivkräfte, denn stärkere Kapitalisten lagen schon auf der Lauer, um dem sich entwickelnden russischen Kapitalismus das Lebenslicht auszublases und ihrem Diktat unterzuordnen, es ganz einfach zu kolonialisieren.

In dem stalinistischen Funktionär des russischen Kapitals findet in der Tat die spezifisch bürgerliche Verdoppelung von Praktiker der Ausbeutung und Verkünder der Menschheitsbeglückung seine bizarrsten Resultate. Aus der Not, mit der proletarischen Revolution aufräumen zu müssen, machte er seine ihm eigene konterrevolutionäre Tugend. So konnte er seine Diktatur verbrämen, so konnte er seine Ideologie der Klassenharmonie und der Volksgemeinschaft rechtfertigen, so konnte er jeden Ansatz einer autonomen Arbeiterbewegung im Keim ersticken. Und als Nebenprodukt ergab sich ganz automatisch als glückliche Fügung, daß alle Angriffe gegen ihn zuerst die kommunistische Perspektive einer Revolution treffen mußten: Denn das einzige, was wirklich in diesen Ländern des Ostens klappen sollte, war die permanente Züchtung von radikalen Antikommunisten.

Mit dieser stalinistischen Konterrevolution war auch das Schicksal aller übrigen vorkapitalistischen Länder vorgezeichnet. Mit der Niederlage der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern des Westens waren sie alle auf den blutigen Weg der Verteidigung ihrer nationalen Akkumulation gegen einen raubgierigen und brutalen entwickelten Kapitalismus verwiesen. Die grandiose Perspektive einer grundlegenden Veränderung der Entwicklung aufgrund eines Siegs der Revolution gegen den Kapitalismus, die Marx wie die frühe III. Internationale aufzeigten, war damit unmöglich geworden. Was blieb, war die Demagogie. Denn wie sollte man einen Kapitalismus abschaffen, den es gar nicht gab; wie den antikolonialen Kampf als "sozialistisch" ausgeben, wenn man mit der Vernichtung der Kolonialherrschaft erst die wichtigste Schranke für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft aus dem Weg räumte; wie konnte man von Abschaffung der Lohnarbeit reden, wenn man die Produzenten erst noch von ihren Produktionsmitteln gewaltsam trennen mußte, um sie als Lohnarbeiter schufte zu lassen; wie konnte man von Abschaffung der Warenproduktion reden, wenn es die Warenproduktion als kapitalistische erst noch zu verallgemeinern galt; wie konnte man schließlich von Überwindung oder Be-

herrschaft des Wertgesetzes reden, wenn sich die quasi naturgesetzlichen Wirkungen dieses Wertgesetzes gerade erst mit der Entwicklung der Produktivkräfte einstellen konnten. Schutz der eigenen Produktivkräfte nach außen, also mögliche Autarkie, und absolute Konzentration auf produktive Arbeit, also Mehrwertproduktion, das sind die wichtigsten Kriterien einer jeden sich entwickelnden Kapitalakkumulation. Und natürlich sind die Bedingungen für ein sich entwickelndes und ein schon entwickeltes Kapital nicht ein und dieselben. Dies sind zwei völlig verschiedene Perioden der Akkumulation. Auch geschieht jedwede Kapitalentwicklung am Ende des 20. Jahrhunderts unter ganz anderen internationalen Rahmenbedingungen, als zu Beginn der Herausbildung des europäischen Kapitals. Was allerdings bleibt, ist die Notwendigkeit der Ausbeutung und der möglichsten Verschleierung dieser Tatsache durch die Funktionen des Kapitals.

Die vietnamesischen Patrioten wußten nur, daß es notwendig war, die koloniale Tyrannei zu brechen und mit ihr mit der eigenen feudalen Klasse aufzuräumen, um die Voraussetzungen für die eigene Produktivkraftentwicklung zu legen. Ihr wichtigster Vertreter Ho Tschü Min drückte das immer offen aus. Daß sein Lebensweg ihn in die Reihen der Stalinisten trieb, bestärkte ihn nur in diesem Willen, der ihm von den realen Bedingungen seines Landes vorgegeben war. Zu sagen, Ho sei kein realer Kapitalist gewesen, deshalb sei er kein bürgerlicher Revolutionär, ist einfach lächerlich. Praktisch nie waren reale Kapitalisten bei der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise die eigentlich treibende Kraft. Sie klebten stets viel zu sehr an ihren Geschäftsbüchern, um die dafür nötige langfristige Perspektive und Radikalität zu besitzen. Die exemplarische "große bürgerliche Revolution", nämlich die französische, wurde deshalb nicht zufällig vor allem von "Kleinbürgern" und "Intellektuellen" in Szene gesetzt. Diese scheuten sogar nicht einmal davor zurück, wenn nötig, die eigentlichen Bourgeois umzubringen, um damit den Sieg der bürgerlichen Revolution vor den Augen ihrer Mitstreiter, den Bauern, Handwerkern und Lohnabhängigen, zu rechtfertigen.

Daß Ho und seine Mannschaft nie proletarische Revolutionäre und Kommunisten, sondern im Vergleich z.B. zu den früheren französischen Kollegen höchst vorsichtige, ängstliche Taktierer, waren, zeigt ihr Verhalten in der Stunde der Unabhängigkeit. Und das ist auch kein Zufall, denn Unabhängigkeit ist angesichts der heutigen internationalen kapitalistischen Verflechtungen von Anfang an nichts als eine Farce. Allein hätte man nie eine Chance gegen das entwickelte Kapital. Und die Notwendigkeit eines stärkeren Bündnispartners bringt einen von vornherein in die leidige Zwangslage, sich seinerseits gegen eine allzu starke Vereinnahmung durch diesen "Bruder" zu schützen.

Fern von der Heimat organisierten die vietnamesischen Nationalisten mit Unterstützung der russischen Stalinisten ihre Bewegung. Im Februar 1930 schufen sie aus drei Vorläufern die "Kommunistische Partei Vietnams", die erst auf einen Ukas aus Moskau hin in "Kommunistische

Indochinas" umbenannt wurde. Zum Zeitpunkt der Gründung hatte sie 211 Mitglieder. Und obwohl klar war, daß eine nationale Bewegung allein unter der verelendeten Bauernschaft eine militante Basis gewinnen konnte, stand im Programm eine Landreform keineswegs im Vordergrund.

Daß die Zeit auch in Vietnam reif war, zeigten die ersten Arbeiterstreiks 1928/29 und 1930, die von Gewerkschaften mit rd. 10 000 Mitgliedern unter weitgehender Kontrolle der "KP" beherrscht wurden. Auch der Bauernverband der Stalinisten mit seinen rd. 70 000 Mitgliedern spielte eine Rolle bei den ebenfalls 1930 einsetzenden Bauernunruhen, die 1931 im Gebiet von Annam zur Gründung der ersten "Sowjets" in Indochina führten - der berühmten Xo Viet Nghe Tinh. Dies war die erste revolutionäre Massenerhebung in neuerer Zeit, die vor allem von den Bauern getragen wurde. Vorerst gelang es allerdings den Franzosen, sie im Blute zu vernichten.

Obwohl die vietnamesischen Bauern ihre Militanz bewiesen und obwohl es klar war, daß nur eine radikale Agrarreform diese Militanz der Bauern zu steigern vermochte, hatten Ho und seine Leute nichts eiligeres zu tun, als von Anfang an die radikalen Bestrebungen der Bauern zu unterdrücken. Vor allem hier erwiesen sie sich als typisch ängstlich taktierende Vertreter ihrer Klasse. Das Grundproblem jeder bürgerlichen Revolution - eben die soziale Frage der Landwirtschaft - wurde wegen seiner Brisanz zugunsten der zweiten Hauptaufgabe - die nationale Befreiung - vorerst weitgehend ausgeklammert. Und das hat auch seine zwingende Logik. Zwar kann die Bourgeoisie nur mit Hilfe der bäuerlichen Bataillone die starke gegnerische Front zerbrechen, aber für ihre Dreckarbeit fordern die Bauern ihren Preis. Sie wollen ihren ewig unerfüllten Traum einer eigenen Landwirtschaft realisieren, sie wollen die großen Güter ihrer Unterdrücker unter sich aufteilen, und fortan ein friedliches Leben der kleinen Landwirtschaft fristen.

Das ist aber nie das Programm des Bourgeois. Er setzt gegen diese bäuerliche Perspektive der kleinen Landwirtschaft sein Programm einer kapitalistischen Agrarordnung, in denen die Bauern bestenfalls als Landarbeiter einen Platz finden, zum großen Teil allerdings in die zu entwickelnde Industrie gepreßt werden müssen. Die Landwirtschaft der Bourgeoisie rechnet mit großen Dimensionen, denn hier sollen die Überschüsse erwirtschaftet werden, die Voraussetzung jeder Industrialisierung sind. So ist es für einen Bourgeois stets vordringlich, die aus der sozialen Not erzeugten radikalen Impulse der Bauern im Griff zu halten, sollen sie nicht ihm sein schönes Konzept verderben. Und daß bäuerliche Militanz nicht nur von Vorteil ist, zeigt das Beispiel der französischen Revolution. Sie erlangte sicher abgesehen von den armen Städtern vor allem durch die Radikalität der Bauern ihre beispiellose Militanz. Aber um der Revolution zu ihrem Sieg zu verhelfen, mußte die Bourgeoisie zusehen, wie die Bauern ihr Programm der privaten Landnahme in die Tat umsetzten und

auch später aufgrund ihres revolutionären Geistes nur schwer wieder von diesem vertrieben werden konnten. Die Wirkung war erstaunlich. Das Land mit der durchschlagendsten bürgerlichen Revolution fand nie die Dynamik im Industrialisierungsprozeß wie beispielsweise Deutschland, das bekanntlich nie eine siegreiche bürgerliche Revolution erlebt hatte. Bis zum Ende des 2. Weltkrieges krebste die französische Industrientwicklung mühsam vor sich hin, und sie hat bis heute ihren relativ starken Agraranteil nie völlig überwinden können.

Die Beziehungen zwischen Bauern und Bourgeoisie in einer bürgerlichen Revolution waren und sind also immer komplex und grundsätzlich widersprüchlich. Erst recht muß dies bei einer Bourgeoisie zum Tragen kommen, die wie die vietnamesische ganz im Schlepptau der russischen Stalinisten hing. Denn in Moskau saßen jetzt die Strategen der russischen Großmachtspolitik, für die soziale Bewegungen nur soweit in ihr Kalkül paßten, als sie die eigene nationale Position absichern halfen.

Während der 1. Kongreß der KP Indochinas im März 1935 in Macao in Ho's Abwesenheit die revolutionäre Lage in Vietnam für äußerst günstig befunden hatte, hielt sich Ho in Moskau auf. Dort deklarierten die Stalinisten bekanntlich auf dem 7. Weltkongreß ihre bis heute gültige Formel der Volksfront-Politik. In letzter Konsequenz bedeutete diese neue Linie für die vietnamesischen Nationalisten nichts anderes, als daß sie ein Bündnis mit ihren Todfeinden, der französischen Kolonialmacht, vertreten durch das Lager der Grundbesitzer, einzugehen gezwungen wurden. Das setzte andererseits voraus, daß man den neuen "Bündnispartner" vor den radikalen Ambitionen der Bauern schützen mußte, weswegen man ein Agrarprogramm in den Schubladen verschwinden ließ. Immerhin benötigten die Stalinisten jedoch ein volles Jahr, bis sie die Linie der Vietnamesen korrigierten und im Juli 1936 durch einen ZK-Beschluß auf eine "Antiimperialistische Volksfront" umschalteten. Nach dem Sieg der Volksfront in Frankreich nahm man auch rasch Verbindungen zum Kolonialherren auf.

Die anfangs noch starke Opposition gegen diesen Verrat an der nationalen Sache räumte man mit der beim russischen Vorbild gelernten rigorosen Härte aus. Dies war die Zeit der Eliminierung der "Trotzkisten", natürlich auch in Vietnam "Handlanger der Faschisten", die es zu vernichten galt. Endgültig wurde der Bruch zum "trotzkistischen" Flügel, der vor allem in Cochinchina stark war, als die Fraktion um Ho die Volksfrontlinie noch um einen entscheidenden Grad verschärfte: Nach dem Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges 1937 riefen diese "Helden" der vietnamesischen Revolution dazu auf, den Kampf gegen die "japanischen Faschisten" gegenüber dem Kampf gegen die Grundbesitzer als vorrangig zu erklären und sich sogar mit den Franzosen gegen die Japaner zu verbünden.

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Politik im Mai 1941 auf dem 8. Plenum des ZK, das Ho, der im Januar nach beinahe 30jähriger Abwesenheit nach Vietnam zurückgekommen war, präsidierte.

te. Jetzt wurde die Liga für die Unabhängigkeit Vietnams (Vietnam Doc Lap Dong Minh, abgekürzt Viet Minh) geschaffen mit dem Ziel, "alle Patrioten zu vereinigen, ohne Unterschied von Besitz, Alter, Geschlecht, Religion oder politische Anschauung, um gemeinsam an der Befreiung unseres Volkes zu arbeiten und zum Wohle unseres Vaterlandes." (1) Jetzt endlich nach 10 Jahren konnte Ho dank der Ausrottung des Widerstandes in den eigenen Reihen auch ein noch so vorsichtiges Agrarprogramm ad acta legen. Sogar die Floskel "Enteignung konterrevolutionärer Grundbesitzer zugunsten armer Bauern wurde gestrichen. Ho begründete das später so: "Die Partei änderte rechtzeitig ihre Taktik. In der Absicht, alle patriotischen Kräfte zu vereinen ... nahm die Partei vorläufig die Losung der Agrarrevolution zurück ... So suchten wir alle Kräfte im Kampf gegen die Imperialisten zu vereinigen ... (und) die patriotischen Grundbesitzer mit einzubeziehen..." (2).

Zugunsten der Mobilisierung der Bauern setzten die vietnamesischen Stalinisten also auf die einheimischen Grundbesitzer, und damit auf diejenigen, die nur durch die Präsenz der Kolonialisten - und später der Amerikaner - ihren unvermeidlichen Untergang aufhalten konnten. Erst im November 1940 waren Bauernaufstände durch das zeitweilige Zusammengehen von Japanern und Franzosen blutig niedergeschlagen worden. Sich an die Grundbesitzer binden und so den Bauern ihr "Zaumzeug" anlegen, bedeutete deshalb nichts anderes, als jede nationale Bewegung zu verraten, sicherlich nicht zuletzt aus Angst, man könnte die Kontrolle über die Bauern verlieren. Was blieb, war die entwürdigende Rolle des Bittstellers am Hofe der Kolonialisten.

Dieses traurige Schauspiel inszenierte Ho an der Wende des letzten imperialistischen Krieges. Die stärkeren kapitalistischen Länder hatten die Herausforderung durch die "Spätentwickler" pariert. Unter den Schalmeyenklängen der Roosevelt'schen Frohen Botschaft machten sich diese Helden der Demokratie wieder daran, die zeitweilig aus der Kontrolle geratenen Gebiete sich wieder untertan zu machen. Für Vietnam hatten sie sich folgendes ausgedacht: England vom Süden und China - natürlich damals noch Chian's - vom Norden sollten das Land besetzen und von den Japanern "befreien". Anschließend sollte es dem "rechtmäßigen Besitzer" Frankreich übereignet werden, der aufgrund mangelnder Transportkapazitäten seine imperialistischen Ambitionen noch nicht voll wieder aufnehmen konnte. Und der neue lange Held der Franzosen hatte schon am 8. Dezember 1943 in Algier von der "Notwendigkeit" für Frankreich gesprochen, sich wieder in Indochina festzusetzen. Selbst wollte man zwar keine "Kolonie" werden, aber andere wollte man sich doch weiterhin dienstbar halten.

Derweil appellierte der Vietminh unermüdlich an die vormals revolutionären Traditionen seines Herrn - als wenn das auch für diese Leute nichts als eine vergangene Episode gewesen wäre. Oder Ho setzte auf die Amerikaner, die ja jetzt die neuen Herren auch der asiatischen

Welt werden sollten.

Die u.a. aus je einem Drittel von Sozialisten und Stalinisten gebildete französische Regierung machte andererseits aus ihren Absichten keinen Hehl: Am 24. März 1945 gab sie ihr Indochina-Programm bekannt, in dem sie unmißverständlich die Bildung einer Föderation von fünf Ländern Indochinas forderte. Die französische Regierung wollte auf diese Weise die drei vietnamesischen "Länder" Tongking, Annam und Cochinchina für immer auseinanderhalten, ebenso wie Kambodscha und Laos.

Mit der Kapitulation Japans im August 1945 erreichte die soziale Bewegung andererseits ihren Siedepunkt. Am 16. August wurde ein "Nationalkomitee zur Befreiung Vietnams" gegründet, das die Parole aufstellte, "entschlossen zu sein, noch vor Eintreffen der Alliierten die Macht aus den Händen der japanischen Faschisten zu übernehmen." In der Nacht vom 19. auf den 20. August machte sich die angestaute Volkswut Luft.

Diese "August-Revolution" Vietnams wurde am 25. August mit der freiwilligen Abdankung des Kaisers Bao Dai - er blieb aber "oberster" Berater der neuen Regierung - zugunsten einer Demokratischen Republik Vietnam besiegelt. Das übrige war nur noch Formsache. Am 29. wurde Ho Präsident der Provisorischen Regierung und am 2. September fand in Hanoi die Proklamation der Unabhängigkeit Vietnams statt. Die Unabhängigkeitserklärung wurde von Ho selbst entworfen. Auch hier blieb er sich wieder treu, indem er sie mit den gleichen hübschen Formeln wie die amerikanische beginnen ließ. Er hoffte offensichtlich, so die entscheidende Weltmacht milder zu stimmen, nicht sehend, daß die jetzigen imperialistischen Statthalter kaum noch etwas mit ihren revolutionären Vorfahren zu tun hatten. Es ist die Tragik eines jeden revolutionären Bourgeois, mit den Praktiken seiner konterrevolutionären Kollegen Bekanntschaft zu machen. Zwar hatte Ho bei den Franzosen wahrlich schon genug Anschauungsunterricht erhalten - doch die oft lächerlich wirkende Bestrebung zum Kompromiß mit dem Imperialismus entspricht der Natur der aufstrebenden Bourgeoisie der Kolonialländer.

Gegenüber den Imperialisten hatte er nur Nettigkeiten und aufmerksame Gesten im Sinne. Nicht zuletzt aus diesem Grunde löste Ho am 11. November 1945 offiziell die KP auf - was andererseits natürlich nicht viel bedeutete, hatte man sie doch schon längst hinter den verschiedenen "Fronten" verschwinden lassen. Aber man wußte wohl, daß Imperialisten stets allergisch auf diese Bezeichnung reagieren und sich kaum die Mühe machen, diesen revolutionären Anspruch auf seinen wirklichen Inhalt hin abzuklopfen. Für einen Imperialisten ist diese Geisteshaltung nur konsequent. Er wittert bekanntlich in jeder Änderung des status quo die dunklen Kräfte der Finsternis, die seiner "lichtvollen" Botschaft den Lebensraum abschneiden wollen. Ob soziale Kämpfe im eigenen Land oder nationalbürgerliche Bewegungen, er sieht mit Recht nur den Angriff auf seine Profitmöglichkeiten. Und da man lieber nicht Klartext redet, bevorzugen der Imperialist und sein Ideologe noch stets die moralische Verzierung. Wenn sich der Gegner

1960, S. 41.

(2) Ho Chi Minh, Selctec Works, Vol. 4, Hanoi 1962, S. 43

(1) vgl. Nguyen Kien Giang, Les grands dates du parti de la classe ouvrière du Vietnam, Hanoi,

selbst zum "Teufel" ernannt, um so besser, sonst wird ihm die Propagandamaschine schon das richtige Etikett an den Rock kleben. Und mit diesem Kainsmal geschmückt, ist noch die größte Schandtats legitim, schließlich philosophiert ein eingefleischter Imperialist nicht über "Gewalt gegen Sachen" oder "Gewalt gegen Personen", er kennt nur die Gewalt als solche - denn für ihn sind alle Personen Sachen, nämlich Objekte seiner Ausbeutung.

So höflich und zuvorkommend Ho - den wir hier immer als Personifizierung einer sozialen Kraft nennen - sich gegenüber seinen reichen Verwandten benahm, so brutal konnte er mit denen verfahren, die nicht so wollten, wie er sich das dachte. Vor allem mit den "Trotzkisten" hatte man noch nicht endgültig aufgeräumt. Und weil es so bequem war, wurden gleich alle unbotmäßigen, sprich revoltierenden Arbeiter wie Bauern für vogelfrei erklärt. Dies ist auch wieder typisch für jede bürgerliche Revolution, nur mit dem kleinen Unterschied, daß man früher auch gegen "rechts" vorging. Für Ho gab es aber rechts vorerst nur "Freunde", der Feind stand für ihn links. Der anti-japanische Aufstand hatte die Bauern in Bewegung gesetzt, die in diesem Jahr unter einer besonders schweren Hungersnot litten. Jede Bauernbewegung ließ die Grundbesitzer erzittern, da diese wußten, daß ihr Boden sich in Gefahr befand und sie sich weder auf die Japaner noch auf die Franzosen stützen konnten, um die Angriffe der Bauern abzuwehren. Aber bei Onkel Ho waren sie gut aufgehoben. Gegen Angriffe von links hieß die klare Warnung: "All diejenigen, die die Bauern aufgehetzt haben, um Eigentum der Grundbesitzer zu besetzen, werden streng und unbarmherzig bestraft werden ... Wir haben noch nicht die kommunistische Revolution gemacht, welche das Agrarproblem lösen wird. Diese Regierung ist nur eine demokratische Regierung, weshalb eine solche Aufgabe nicht von ihr gelöst werden kann. Unsere Regierung, ich wiederhole, ist eine bürgerlich-demokratische Regierung, auch wenn die Kommunisten jetzt an der Macht sind."⁽¹⁾ Und das war kein leeres Gerede, sondern brutale Praxis. Die Bauern wurden zur Ruhe gezwungen, die "Rädelsführer" liquidiert - und zur allgemeinen Beruhigung gab es das Spektakel "freier" Wahlen am 6. Januar 1946. Ho tat also alles, um sich seinen Meistern in der Fremde würdig zu erweisen. Für Kolonialisten besteht die entscheidende Prüfung für mögliche einheimische Statthalter bekanntlich darin, ob sie so "Ordnung" im Lande halten können wie sie. Diesen entscheidenden Lackmuseum wollte Ho unter allen Umständen bestehen. Das zeigte sich besonders in Südvietnam, wo der Aufstand zwar auch äußerst militant ablief, aber die Stalinisten wegen ihrer geringeren Präsenz als im Norden nicht so einfach alle Aktionen der Arbeiter und Bauern im Keim ersticken konnten. Aber man tat, was man konnte. Über ihre Presse befahl der Vietminh die Auflösung aller Partisanenverbände, die gegen die Japaner gekämpft hatten. Alle Waffen sollten der Polizeitruppe der Stalinisten ausgehändigt werden. Die Gruppen, die man mit dieser Entscheidung treffen wollte, waren nicht so sehr die mili-

tanten religiösen Sekten, als besonders die Arbeiterräte, von denen einige bewaffnet waren. Sofort nachdem der Vietminh in enger Zusammenarbeit mit den übrigen nationalen und religiösen Kräften am 25. August auch in Saigon die Macht übernommen hatte, begann er mit seiner Jagd auf die "trotzkistische" Organisation "Der Kampf" (Tranh Dau), und Anfang 1946 wurde deren Chef Ta Thu Thau von ihnen ermordet - dies trotz der ständigen Versicherungen, den Vietminh und seine Regierung "kritisch" zu unterstützen; so lautet ja bekanntlich die opportunistische Formel bei den "Trotzkisten". Vor allem wollten die Stalinisten aber die kämpfenden Arbeiter ausschalten, denn nicht durch breitesten Kampf wollte der Vietminh Vietnam vom Imperialismus zurückerobern, sondern nur durch Verhandlungen. Und dafür brauchte er "Ruhe und Ordnung" im Lande. Die Bevölkerung Saigons wurde deshalb aufgerufen, sich in die ländliche Umgebung zu verteilen, Zusammenstöße zu vermeiden und "Ruhe zu bewahren". Und so war es kein Wunder, daß die französischen Truppen, die in der Nacht vom 22. auf den 23. September mit Unterstützung englischer Gurkhas wichtige Gebäude Saigons besetzten, anfangs auf geringen Widerstand stießen. Diese imperialistische Provokation führte jedoch zu Reaktionen, die sich wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreiteten. In allen Arbeitervierteln entflammten daraufhin Aufstände. Der Vietminh setzte sich nicht etwa an die Spitze dieser spontanen Revolten, sondern lancierte vielmehr einen üblen Trick. Auf Flugblättern hieß es: "Die Franzosen ... haben offenbar Spaß daran, unser Volk zu morden. Darauf kann es nur eine Antwort geben: die Lebensmittelblockade."

Während der Vietminh versucht, die Franzosen "auszuhungern" - ein lächerliches Unterfangen, denn britische Schiffe kontrollieren den Zugang zum Hafen -, bemüht er sich mit aller Gewalt, mit den Briten zu Verhandlungen zu kommen, die auch tatsächlich stattfinden und am 1.10. mit einem Waffenstillstand enden. Am 5.10. trifft General Leclerc, Oberbefehlshaber der französischen Truppen, in Saigon ein. Sein Auftrag lautet, die "Ordnung" wiederherzustellen und "innerhalb der französischen Union ein starkes Indochina aufzubauen". Die "Verhandlungen" zwischen dem Vietminh und den Briten gehen untermessen weiter. Das einzige Ergebnis ist, daß den britischen und japanischen Truppen "freier und ungehinderter Durchgang" durch die von den Aufständischen besetzten Bezirke gestattet wird. Ganz im Sinne seiner Ordnungspolitik hat der Vietminh bewußt dieser Abmachung zugestimmt. Da er zu schwach ist, um mit den Arbeitern fertig zu werden, sollen die Imperialisten für ihn diese Aufgabe erledigen. Die Imperialisten lassen natürlich immer mehr Truppen anrücken, um die noch fehlenden strategischen Punkte in Saigon zu besetzen. Am 12.10. unternehmen dann die Franzosen zusammen mit den Gurkhas einen Generalangriff auf die wichtigsten Aufständigenviertel. Trotz verzweifelter Gegenwehr werden die Verteidigungslinien der Arbeiter rund um die Innenstadt allmählich ausgeschaltet. Daß der Vietminh in den folgenden Jahren zur vorherrschenden Macht wurde, war nur durch das Blut vieler ermordeter Arbeiter

(1) nach R.F. Turner, Vietnamese Communism. Its Origins and Development, Stanford 1975, S.43

und Bauern erreicht worden. Und diese konter-revolutionären Aktionen der Vietminh machten es den Imperialisten auch letztlich erst möglich, so einfach von Vietnam wieder Besitz zu nehmen.

Aber das Repertoire dieser bürgerlichen Revolutionäre war damit noch nicht erschöpft. Jetzt fing die Farce der Verhandlungen mit den Franzosen erst richtig an. Die Franzosen waren wieder im Lande und dehnten sich zielstrebig aus. Am 28. Februar 1946 schlossen sie ein Abkommen mit den Chinesen, die am 12. September den Norden Vietnams bis zum 16. Breitengrad gemäß der alliierten Vereinbarungen besetzt hatten. Hiermit lösten die Franzosen die Chinesen ab. Nach einer Reihe blutiger Zusammenstöße zwischen den Besatzungstruppen und der Bevölkerung wird am 6. März 1946 ein Abkommen zwischen Frankreich und dem Vietminh getroffen. Auf dieser Grundlage erkennt Frankreich die Demokratische Republik Vietnam (DRV) als unabhängigen Staat an, aber die französischen Truppen werden autorisiert, im Norden die Truppen der Kuomintang abzulösen. Darüber hinaus sollen die Verhandlungen an einem anderen Ort fortgesetzt werden.

Am folgenden Tag veröffentlichten Ho und Leclerc ein gemeinsames Kommuniqué, in dem sie das vietnamesische Volk aufrufen, die französischen Truppen freundlich zu begrüßen. Obwohl die Regierung unter allen Nationalisten groß ist, landen so die ersten französischen Verbände im Norden am 8. März im Hafen von Haiphong. Um die wachsende Opposition gegen diese Politik besser disziplinieren zu können, gründeten die Stalinisten am 25. Mai eine noch "breitere" Einheitsfront mit den programmatischen Schlagworten "Unabhängigkeit" und "Freiheit": die Hoi Lien Hipe Quoc Dan Viet Nam, kurz Lien Viet.

Dank der Hinhaltenaktik permanenter Verhandlungen hatten es die französischen Imperialisten schon wieder weit gebracht. Im Süden wie im Norden hatten sie sich mit Hilfe der Vietminh etablieren können, nicht zuletzt deshalb, weil zielstrebig alle radikalen, militanten Kämpfe der vietnamesischen Bauern und Arbeiter niedergeschlagen wurden, wobei sich der Vietminh sogar, wenn er es allein nicht schaffte, der imperialistischen Hilfe bediente. Aber Ho wollte verhandeln und die Franzosen brauchten Zeit, um sich wieder richtig einnisten zu können. So verfrachtete man eine vietnamesische Delegation unter Ho's Leitung nach Frankreich. Die erste Überraschung ereilte Ho noch auf dem Fluge. Am 1. Juni proklamierten die Franzosen im Süden Vietnams die "Autonome Republik Cochinchina", obwohl sie sich erst im Vertrag vom März verpflichtet hatten, die Bevölkerung in einem Referendum über die Zukunft entscheiden zu lassen.

Ho machte nicht etwa kehrt, um endlich ernsthaft gegen die Franzosen zu kämpfen. Nein, er hatte seine Prinzipien, die er bei der Rechtfertigung des Vertrages vor "seinem" Volk so formuliert hatte: "Es ist ein Zeichen von Klugheit, wenn man verhandelt, statt zu kämpfen. Wozu sollte man 50 000 oder 100 000 Mann opfern, wenn man durch Verhandlungen die Unabhängigkeit

erreichen kann, selbst wenn es vielleicht fünf Jahre dauern sollte?" (1)

Aus Angst vor allzu starken sozialen Eruptionen wählen diese modernen bürgerlichen Revolutionäre à la Gandhi scheinbar den weniger blutigen Weg. Dabei verursachen sie genau das Gegenteil. Das indische Original verhinderte ebenso jede breite radikale Bewegung. Der soziale Stau entlud sich dann ganz folgerichtig in einem massenhaften gegenseitigen Abschlichten der hysterischen Religionsgemeinschaften; zählt man dazu die chronische Stagnation der Wirtschaft und das permanente Elend der Bauern aufgrund der verhinderten oder niedergeschlagenen Agrarrevolution - dann kann man erst ermessen, was der scheinbar so gewaltlose Friedensapostel Gandhi für Massengräber produzierte. Beim sanften Ho liegen die Dinge ähnlich. Ein radikaler, sicher nicht unblutiger Schlag gegen die imperialistische Kanaille hätte weit eher Wahrscheinlichkeit auf Erfolg gehabt, als dieses elende Feilschen. Von den noch bevorstehenden Blutopfern ganz zu schweigen. Ho flog also weiter nach Frankreich - und wurde von seinen "Gastgebern" erst mal nach Biarritz abgeschoben. Hier konnte er nun drei Wochen spazieren gehen, bevor der offizielle Staatsbesuch am 22. Juni beginnen sollte. Ganz zufällig hatte sich nämlich herausgestellt, daß Frankreich gar keine Regierung hatte, da just zur gleichen Zeit mal wieder Wahlen stattfanden. Ho's Geduld war ohne Grenzen. Er logierte jetzt in einem Hotel 2. Klasse, war sozusagen "eingesperrt", sagte aber zu seiner Lage nur lächelnd, er habe "schon schlechtere Aufenthaltsorte" erlebt. Der offizielle Staatsbesuch, auf dem die französischen Bourgeois diesen traurigen Helden mit sichtlichem Unbehagen zur Kenntnis nahmen, dauerte bis zum 4. Juli. Anschließend begannen die Verhandlungen über die französisch-vietnamesischen Beziehungen in Fontainebleau, extra isoliert von Paris und nur unter Beteiligung französischer "Experten", d.h. keiner maßgeblichen Politiker. Auf vietnamesischer Seite führte den Vorsitz jetzt im übrigen der heutige Ministerpräsident Pham Van Dong. Kaum erstaunlich, daß sich die Beratungen ohne Ergebnisse durch die Tage schleppten. Frankreich wollte Indochina wiederhaben, Vietnam wollte die Unabhängigkeit. Pham hatte Anfang September die Schnauze voll und fuhr am 9.9. nach Hause. Wer blieb, war Ho, der noch bis Mitte September weitermachte, um auf Biegen und Brechen etwas Schriftliches in seine Hand zu bekommen. Ergebnis war ein offiziell als "Modus vivendi vom 14. September" bezeichnetes Papier. Der Inhalt entsprach in großen Zügen dem Vertrag vom März, stellte die Garantien der französischen Interessen im Norden fest und fügte hinzu, daß die demokratischen Freiheiten in Cochinchina respektiert würden. Außerdem war eine Einstellung der Feindseligkeiten im Süden vorgesehen, die von beiden Seiten erfolgen sollte. Also alles nur leeres Gewäsch - und das nach über drei Monaten in Frankreich. So ist wahrscheinlich noch selten in der Geschichte ein vermeintlicher Revolutionär von seinem Gegner abgespeist worden. Und dabei wird Ho heute zum Ahnen des vietnamesischen "Kommunismus" verklärt! Es ist in der Tat kaum zu fassen.

Aber das Rührstück war noch nicht zu Ende. Am

(1) J. Lacouture, Ho Tschih Minh, Frankfurt'68, S.141

18. Oktober erreichte sein Schiff Vietnam, und gleich tauschte er wieder Freundlichkeiten mit dem französischen Hochkommissar aus. Am 23. trat er mit leeren Händen vor sein Volk, ließ in Haiphong zum Empfang die Marseillaise intonieren. Und in Hanoi lautete sein Kernsatz: "Die Franzosen stehen uns durchaus gutwillig gegenüber. Das gleiche muß von uns aus ihnen gegenüber der Fall sein. Wir müssen uns den Militärs gegenüber höflich und den französischen Staatsangehörigen gegenüber versöhnlich zeigen. Die ganze Welt muß merken, daß wir ein zivilisiertes Volk sind."⁽¹⁾ Genau dieselben Worte hat inzwischen vor ein paar Wochen Robert Mugabe in Zimbabwe seinem "Volk" wiederholt. Worte und Taten der 1979 in Nicaragua zur Macht gelangten Sandinisten dokumentieren wir in diesem selben Heft. Der soziale Determinismus wirkt unerbittlich und gestaltet selbst die Reden der großen "Führer".

Schon einen Monat später stellten die Franzosen die vietnamesische Zivilisation auf die Probe: Im Morgengrauen des 23. November schossen sie aus allen Rohren auf Haiphong. Die Franzosen gaben mehr als 6000 Tote zu, die Vietnamesen redeten von 20 000. Fünf Tage später hatten die Franzosen die Stadt in ihrer Hand. Sie hatten die verflossene Zeit ausgiebig zur Reorganisation genutzt. Jetzt fühlten sie sich stark genug, um endlich mit dem "vietnamesischen Spuk" aufzuräumen. Jetzt erst rief die vietnamesische Regierung zum allgemeinen Aufstand auf, nicht ohne allerdings noch verzweifelt zu versuchen, mit den Franzosen wieder ins Gespräch zu kommen. Man setzte seine ganze Hoffnung auf Léon Blum, der am 12. Dezember neuer Ministerpräsident geworden war. Aber die Franzosen sahen ihre Stunde für gekommen. Der erste Indochinakrieg hatte begonnen.

DER ERSTE INDOCHINAKRIEG

Jetzt beginnt der jahrzehntelange Leidensweg des vietnamesischen Volkes. Wichtig bleibt allerdings festzuhalten, daß vor allem die geringe Radikalität dieser "Revolutionäre" und ihre ständige Furcht vor Volksbewegungen es waren, die das Land quasi hilflos dem Imperialismus auslieferten. Denn dieser wollte nur verhandeln, weil er seine Truppen neu sammeln mußte. Erst als die vietnamesischen "Revolutionäre" durch die beständigen Aktionen der Imperialisten gezwungen wurden, mußten sie reagieren. Sie mobilisierten dann je nach Bedarf ihr "Volk", das in der Tat voll angestauter Wut und wildem Haß gegen die imperialistischen Unterdrücker und ihre einheimischen Lakaien war. Sie mobilisierten es aber nur, um es in der nächsten Runde wieder in Verhandlungen an die Imperialisten zu verraten. Der fast 30jährige Kampf ist gewiß ein heroisches Beispiel für den Kampfwillen und die Tapferkeit des vietnamesischen Volkes, er ist auf der anderen Seite ein fataler Beweis für die beständige Ängstlichkeit und Feigheit seiner Bourgeoisie. Nur unter den blutigen Schlägen fand sie überhaupt jemals eine Spur von Format.

Der 1. vietnamesische Krieg begann mit einem

Rückzug aus den Städten, die man schon nach den ersten schwereren Kämpfen den Franzosen überließ. Die einzigen, die bleiben mußten, waren die Arbeiter, die jetzt allein auf sich gestellt gegen den Feind keine Chance hatten. In Hanoi widerstand trotzdem ein Regiment von Arbeitern zwei volle Monate lang, bevor es aufgab. So löschten die Franzosen die proletarische Bewegung, die im Sommer 1946 wieder aufgeflammt war, erneut aus.

Die "Regierung" der DRV hatte sich in die Berge, auf's Land zurückgezogen. Von jetzt an und angesichts des Krieges erlangte die Agrarfrage eine entscheidende Bedeutung. denn es war nicht möglich, diesen Krieg ohne die Unterstützung der Bauern zu gewinnen. Erst jetzt also, wo man Kanonenfutter brauchte, proklamierten die Stalinisten die Notwendigkeit einer Agrarreform, während sie vorher im Namen der nationalen Einheit immer den Grundbesitzer verteidigt hatten. Aber auch jetzt wartete man noch bis 1950, um die Pachtraten zu senken. Das unbebaute Land wurde "kostenlos" verteilt und nach zwei Jahren dem Empfänger als Eigentum übergeben. Gleichzeitig versuchten sie, die Kooperation zu fördern. Stets stand von nun an die Agrarreform unter dem ständigen Zwang, die Bauern für den Krieg zu mobilisieren und eine Produktionssteigerung zu erreichen.

Bis 1949 wurden die Kampfhandlungen von ständigen Verhandlungsangeboten der Vietnamesen an die Franzosen begleitet. Im Januar 1950 appellierte Ho noch einmal verzweifelt an seine Kollegen, ihn doch an ihrem Katzentisch zu dulden. Das Echo kam jedoch aus einer ganz anderen Richtung, denn inzwischen hatte sich die internationale Lage grundlegend gewandelt. Die Maoisten waren 1949 in Peking einmarschiert und nahmen am 18.1. diplomatische Beziehungen mit der DRV auf. Am 31.1. zogen die Russen gleich. Am 1. Mai proklamierten die Vietnamesen ihre Zugehörigkeit zur "von der machtvollen Sowjetunion angeführten demokratischen Front" und am 16.8. erklärte Ho, daß seine Regierung Mitglied des "antiimperialistischen Blocks von 800 Mio. Menschen" sei. Und am 11. Februar 1951 hatte Vietnam wieder eine "Partei der Arbeitenden Vietnams" (Viet Nam Lao Dong).

Es war die Zeit der schlimmsten "antikommunistischen" Hysterie im Westen, die Zeit des Korea-Krieges und der Pogrome der Mc Carthy Ära in den USA. Diese Experten der globalen imperialistischen Strategie hatten natürlich jetzt, was sie brauchten. Für sie war der Fall klar. Imperialisten wie "Linke" waren und sind sich spätestens seit diesem Datum einig, daß Vietnam zum "kommunistischen" Block gehört. Die trotzkistische Kunstformel vom "deformierten Arbeiterstaat" versucht diese entlarvende Partnerschaft nur mühsam zu übertünchen. Dabei hatte Vietnam gar keine andere Wahl, nachdem die ständigen Verhandlungsangebote an die Franzosen und auch an die USA stets ungehört blieben und statt dessen die imperialistische Eskalation forciert wurde. Unter diesen Bedingungen mußten die vietnamesischen Patrioten zwangsläufig Schutz im anderen sich allmählich profilierenden imperialistischen Lager suchen. Nicht zufällig hatte man damit aber möglichst lange gewartet, denn man war sich klar darüber, daß jetzt der westliche Imperia-

(1) Lacouture, 163

lismus sich nur um so wütender auf einen stürzen und die "Hilfe" des Ostens neue Bindungen und Abhängigkeiten begründen würde. In der heutigen Welt der internationalen Hierarchie verschieden starker Länder gerät der nationale Anspruch eines jeden Landes auf "Souveränität" sehr bald in den Strudel gewaltsamer Kämpfe um den Siegespokal als Weltmarktchampion.

Die Vietnamfrage wurde also jetzt internationalisiert und für die USA war es keine Frage mehr, wie sie sich verhalten sollten. Versuchten sie bis dahin zumindest den Anschein der Neutralität zu erwecken, so griffen sie jetzt den Franzosen voll unter die Arme und sollten in den folgenden Jahren sukzessive der eigentliche imperialistische Gegner werden.

Der Ausgang dieser ersten Runde ist bekannt: Die Franzosen hatten kein Format mehr, sie hatten sich in der Geschichte vertan und waren jetzt selber von den USA abhängig - bald sollten sie sich auf die für sie entscheidenden Besitztümer in Afrika zurückziehen und konzentrieren. Nicht einmal die wachsenden Lieferungen der USA konnten den jetzt von Rußland und China unterstützten heroischen Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen das imperialistische Diktat niederhalten. Die Franzosen wurden bei Dien Bien Phu im Frühjahr 1954 vernichtend geschlagen. Zwei Drittel des Landes hatten das kämpfende Volk mit seinem Blut von diesen größtenwahnsinnigen Herrenmenschen befreit. Und es wäre jetzt wirklich ein Leichtes gewesen, mit diesem Spuk endgültig aufzuräumen, denn die Niederlage der Franzosen war total gewesen. Aber Ho und seine Mannschaft bewiesen jetzt erst recht, daß sie zwar verstanden zu siegen, daß sie aber als einzige Leidenschaft das Verhandeln kannten, und dafür gerne einen Großteil der im Kampf eroberten Positionen wieder räumten. Es war die Stunde des Genfer "Friedens".

Jetzt zeigten die kriegsmüden und geschlagenen Franzosen wieder Verhandlungsbereitschaft - und die siegreiche vietnamesische Regierung hatte nichts eiligeres zu tun, als darauf einzugehen. Unter Berufung auf den "Geist vom 6. März 1946", diesem ersten betrügerischen Manöver der Franzosen, versammelten sich die Kämpfenden und ihre Assistenten im Juli 1954 in Genf. Sicher auch unter dem entscheidenden und verheerenden Druck der anwesenden "Freunde" Rußland und China, aber letztlich doch in Fortsetzung ihrer alten Politik verschenkten diese vietnamesischen Spezialausgaben von Patrioten den von den kämpfenden Bauern und Arbeitern unter schweren Verlusten errungenen Sieg. Statt den Sieg mit der endgültigen Eroberung zu besiegeln, stimmte die vietnamesische Delegation der "vorläufigen" Teilung des Landes am 17. Breitengrad zu. Die Wiedervereinigung wollte man wieder ohne Gewalt erreichen. Man muß sich diese Ungeheuerlichkeit vorstellen: Der Vietminh kontrollierte vor 1954 etwa 2/3 des Landes und sein Einfluß war durch den Kampf im ganzen Land ständig gestiegen. Er war siegreich, aber trotzdem bereit, sich auf ein kleineres Gebiet zurückzuziehen, das zudem ärmer war als die zu räumenden Gebiete. Dabei vertraute man den neuerli-

chen Schallmeintönen der Imperialisten, die von allgemeinen Wahlen in zwei Jahren sprachen. Als weng man noch nicht genug Erfahrung mit diesen Demokratien gemacht hätte. Und die USA unterschrieben nicht einmal den Vertrag, sondern drohten ganz offen mit ihren künftigen "antikommunistischen" Absichten. So absurd die Politik der vietnamesischen Patrioten erscheinen mag - sie war unter den gegebenen Bedingungen durchaus logisch. Sie entsprach voll und ganz ihrer Klassennatur, die ihnen selbst ihre Illusionen und ihre Fehleinschätzungen diktiert. Sie wollten es mit den Imperialisten nicht verderben, sondern mit ihnen im "Konzert der Nationen" spielen, d.h. sie rechneten mit ihrer Hilfe für den Aufbau des Landes und sie versuchten, durch einen globalen Kompromiß zu vermeiden, wieder in die totale Abhängigkeit von einer Großmacht zu geraten. Deshalb wurde der antiimperialistische Kampf jetzt wie auch später gegen die USA durch Annäherungsversuche begleitet, die vor allem nach dem Sieg besonders stark unternommen wurden. Der Balanceakt - eine durchaus konsequente nationalistiche Politik - ist ebensowenig zu vermeiden, wie der schließliche Sturz auf den Boden der Wirklichkeit, sprich in die Arme einer "Schutzmacht". Hier liegt das Verhängnis der im Zeitalter des Imperialismus aufstrebenden Nationen.

Doch kehren wir zum Genfer Abkommen des Jahres 1954 zurück. Dieses Abkommen enthielt bereits die Voraussetzung für einen neuen Krieg. Es setzte dem Konflikt genau in dem Augenblick ein Ende, in dem die Vietnamesen ihre schlagende Überlegenheit bewiesen hatten. Es verfügte, daß die französischen Truppen im Norden sich konzentrieren sollten, um sich dann südlich des 17. Breitengrades zurückzuziehen. Für die Vietnamesen im Süden galt das Umgekehrte. Zusätzlich hatte man sich besonders auf Druck Chou Enlai's vollständig aus Laos und Kambodscha abzusetzen. Das Ganze erlaubte den Franzosen, ihre Divisionen, die im Delta des Roten Flusses eingeschlossen waren, zu retten. Darüber hinaus sicherte das Abkommen, daß die ca. 100 000 vietnamesischen Soldaten aus dem Süden abgezogen wurden, wobei man die dortigen Bauern, die kaum begonnen hatten, das Land aufzuteilen, ohne Verteidigung der grausamsten Repression überließ.

DER NORDVIETNAMESISCHE "SOZIALISMUS"

Jede bürgerliche Revolution hat zwei zentrale Aufgaben: erstens die nationale und zweitens die soziale. In einem einheitlichen Wirtschaftsraum müssen so durch Überwindung alter Produktionsverhältnisse die Grundlagen für die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte gelegt werden. Die nationale Aufgabe hatte man zur Hälfte verraten: Nach dem "Frieden" verfügte die vietnamesische Bourgeoisie über rd. 55% der Bevölkerung und 49% der Fläche Gesamtvietsams. Aber traditionell war der Norden von Reislieferungen aus dem fruchtbaren Mekong abhängig gewesen. Durch den "freiwilligen" Verzicht auf den Süden hatte man sich so selbst von diesen Reisbezügen abgeschnitten. Dazu war natürlich die Landwirtschaft und Industrie

des Nordens durch den Krieg weitgehend zerrütet. Die politische Niederlage am Konferenz-tisch hatte deshalb für die Bevölkerung harte Konsequenzen: Nur durch scharfe Rationierungsmaßnahmen konnte man kurzfristig überleben; langfristig bestand die Notwendigkeit, durch eine Agrarreform die Produktivität entscheidend zu stärken, um so die Mittel für die Industrialisierung zu erhalten. Die parasitären Großgrundbesitzer mußten jetzt endgültig ausgeschaltet werden - sofern sie sich nicht schon in den Süden abgesetzt hatten. In einer durchweg spontanen Bewegung besetzten die Bauern zahlreiche Ländereien. Trotz offizieller Gesetze drohte so die Regierung die Kontrolle über diese Maßnahmen zu verlieren. In dieser ersten Agrarreform Nordvietnams der Jahre 1953/57 wurde etwa 45% der Anbaufläche neu verteilt und 2,1 Mio. landarme oder landlose Bauern mit Boden versorgt. Allerdings mit viel zu kleinen Betriebsgrößen. Deshalb folgte bald ein zweiter Umbruch: die "Kollektivierung" in "Produktionsgenossenschaften". Bis 1963 waren 97% der Höfe in diesen aufgegangen, meist Genossenschaften des "höheren" Typs, in denen nach völliger Übernahme des Landbesitzes und der Arbeitsmittel das Entgelt für den einzelnen ausschließlich nach der Arbeitsleistung berechnet wurde. 1966 bestanden rd. 28 000 Kollektivwirtschaften, daneben einige größere Staatsgüter, besonders für Exportkulturen. Das Tonking-Delta wurde voll erfaßt, der kleine Rest des nicht kollektivierten Landes liegt in den abgelegenen Gebieten der Bergstämme.

Nicht zufällig dauerte die neuerliche Enteignung der Bauern und ihre tendenzielle zwangsweise Umstellung auf Lohnarbeit relativ lange, denn diese bürgerliche Agrarpolitik wurde durch zahlreiche Proteste und Widerstandskaktionen begleitet, von denen der Bauernaufstand vom November 1956 in Nordannam vor allem deshalb sich hervorhebt, weil er von westlichen Zeugen berichtet wurde. Nur eine starke Armeeaktion konnte damals die "Ruhe und Ordnung" wiederherstellen, bei denen rd. 6000 Bauern erschossen oder deportiert wurden. Nur der "Vaterfigur" Ho's gelang es immer wieder, die aufgewühlten Gemüter zu beruhigen. Allerdings vermochte auch er keine Wunder zu bewirken. Deshalb ist es kaum erstaunlich, daß Anfang der 60er Jahre Ho's Autorität stark abgewirtschaftet hatte. Erst der Ausbruch des 2. Krieges durch die Amerikaner sollte sein Ansehen im Volke wieder aufmöbeln.

Die soziale Aufgabe einer Bourgeoisie bedeutet nichts anderes, als den Schutt der alten, vorkapitalistischen Verhältnisse nicht zuletzt in der Landwirtschaft wegzuräumen, um der Entwicklung der Produktivkräfte zum entscheidenden Durchbruch zu verhelfen. Die parasitären Grundbesitzer müssen ausgeschaltet, die Kleinbauern und Pächter aus ihrer Subsistenzwirtschaft gerissen werden, um durch eine agrarkapitalistische Wirtschaftsweise die Agrarüberschüsse zu steigern. Dabei ist es ein grundlegender Irrtum, wenn man glaubt, das kleinbäuerliche Programm der Landnahme sei mit dem bürgerlich-kapitalistischen iden-

tisch. Für jeden Bourgeois ist dagegen klar, daß vor allem großflächig betriebene Agrarwirtschaft mit weitgehender Enteignung der Kleinbauern Voraussetzung für eine kapitalistische Entwicklung ist. Dies gilt um so dringlicher in solchen Ländern, die wie Vietnam auf knapper Nutzfläche eine große Bevölkerung versorgen müssen, wovon viele in den Städten und in der Industrie leben und arbeiten, also von der Landwirtschaft miternährt werden müssen. Daß diese Reorganisation der kleinbürgerlichen Landwirtschaft nie ohne Zwang abgehen kann, ist klar.

In der Industrie waren die Aufgaben nicht weniger immens. Durch den Krieg hatte die schwache Industrie Nordvietnams rd. 85% ihrer Produktionskapazität verloren. Die französischen Konzerne hatten sich meistens freiwillig in den Süden abgesetzt, obwohl die Nordvietnamesen sie gerne behalten hätten. Die Industrie mußte also völlig reorganisiert werden. Und es gehört wieder zu den beliebten Bilderbuchvorstellungen, diese Aufgabe könnte nur von einzelnen Unternehmern durchgeführt werden. Seien sie nicht vorhanden und übernehme deshalb der Staat diese Aufgabe, so handele es sich nicht mehr um Kapitalismus. Der Kapitalismus ist verallgemeinerte Warenproduktion, und zwar kapitalistische, d.h. auf Lohnarbeit beruhende, um zu akkumulieren und eine ständige Produktivkraftentwicklung zu forcieren. Der Kapitalismus ist Ausbeutung von Mehrarbeit, und ob das von einem Privatunternehmer oder von einem Staatsbetrieb erledigt wird, spielt für das gesellschaftliche Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital überhaupt keine Rolle. Es ist einfach lächerlich zu glauben, ein unterentwickeltes und ständig attackiertes Kapital wie das vietnamesische könnte den Industrialisierungsprozeß von der Lust und Laune irgendwelcher Einzelfiguren abhängig machen. Nur wenn man völlig antiquierten Vorstellungen von Kapitalismus anhängt, kann man auf solche Ideen kommen. Im entwickelten Kapitalismus des Westens löst sich mit wachsender Konzentration und Zentralisation das persönliche Kapital immer mehr auf und wird zum unpersönlichen der großen "Publikumsgesellschaften"; die frühkapitalistischen Gesellschaften stehen unter dem Druck dieses hochentwickelten Kapitals, müssen unter diesem Druck die vorkapitalistischen Fesseln überwinden und den Weg der Akkumulation beschreiten. Und doch gerade in diesen Gesellschaften sollte in der Sicht solcher Ideologen die vergangen "Idylle" wieder lebendig werden!

Kooperation in der Landwirtschaft und Staatskontrolle in Industrie und Außenhandel sind demnach für die Führer Nordvietnams, für die westliche Bourgeoisie wie für alle Anhänger des russischen oder des chinesischen Blocks "der" Sozialismus. Da dieser "Sozialismus" im Wesen nichts anderes ist als bürgerliche Akkumulationsdiktatur, ist es nicht erstaunlich, daß alle kapitalistischen Kategorien des Lohns, des Profits, des Marktes usw. in ihm ihr Unwesen treiben und proportional zur Entwicklung der Produktivkräfte immer virulenter werden. Erstaunlich auch nicht, daß alle diese Staaten und ihre Politiker sich nicht anders als bürgerliche Nationalstaaten und Repräsentanten

schwacher Kapitale verhalten müssen, die nichts anderes wollen, als ihre Produktivkräfte vor einem Angriff der Stärkeren zu schützen, um ihren Aufbau des Kapitalismus zu absolvieren.

DER 2. VIETNAMESISCHE KRIEG

Es kam, wie es kommen mußte. Seit Februar 1955 trat Frankreich - natürlich entgegen den Bestimmungen des Genfer Vertrages - seine Stelle an die USA ab. Das stärkste imperialistische Land übernahm nun die Verteidigung der "freien" Welt, und die Vietnamesen sollten bald spüren, was das bedeutete. Im Windschatten der USA installierte sich im Süden die alte Fraktion der Grundbesitzer und Kompradoren, die immer nur als Parasiten des Imperialismus ihr Dasein verlängern konnte. Natürlich waren diese Aus-sauger des Volkes gegen eine Veränderung des status quo, also die idealen Bündnispartner für die USA. Das konterrevolutionäre entwickelte Kapital verbindet sich noch stets mit allen vorkapitalistischen Reaktionären, um eine eigenständige bürgerlich-kapitalistische Entwicklung so weit wie möglich zu verhindern.

Die Wahlen fanden natürlich nicht statt. Ist eine bürgerliche Revolution qua Wahlabstimmung sowieso schon ein übler Scherz, der ja langsam immer mehr in Mode kommt, so verleugnen diese Superdemokraten sehr schnell ihre seichten Parolen, wenn sie nicht für die eigenen Zwecke nutzbar gemacht werden können. Im Westen ist die Demokratie ein Mittel der Bourgeoisie, um ihre Dressur in Kadavergehorsam und Fabrikarbeit sich immer wieder bestätigen zu lassen. In Südvietnam war aber die Volksseele am Kochen und keineswegs von den Segnungen der imperialistischen Moralapostel angetan. Denn im vorwiegend agrarischen Süden saßen jetzt die Grundbesitzer wieder fest im Sattel und ritten den Bauern das Blut aus den Rippen. Die Agrarreformen waren hier nichts als Farce.

Und seit das Betrugsmanöver der Imperialisten mit den verhinderten Wahlen allen klar war, machte sich der Unmut wieder in einem spontanen, ständig wachsenden Widerstand Luft. Seit 1957 nahmen diese Aktionen ernsthafte Formen an und sie werden ab 1960 von der im Süden gebildeten "Front National de Libération" (FNL) - einer Vereinigung von mehr als zwanzig nationalistischen Gruppen - getragen. Nur zögernd sagt Nordvietnam am 14. Mai 1959 seine Unterstützung für diese Befreiungskämpfe zu und erst im September 1960 verkündet der Norden öffentlich, daß er die Kämpfenden nicht allein lassen werde.

Dies ist dann der Anfang einer Spirale ohne Ende, in der die USA immer stärkere Bataillone auffahren. Ab 1962 sind die USA mit eigenen Truppen dabei, die zigtausend "Berater" genügen nicht mehr. In den bekannten "Zwischenfällen" vom 2. und 4. August im Golf v. Tonking - ganz in der Tradition des faschistischen Überfalls auf den Sender Gleiwitz am Beginn des 2. Weltkriegs - verschafften sich die Strategen im Pentagon ihre Legitimation vor der Weltöffentlichkeit. Seit-

dem konnten die Menschen im Westen einem blutigen Militärspektakel ohne Beispiel allabendlich beiwohnen. Und daß die Lohnabhängigen des Westens mit Gleichgültigkeit oder, aufgehetzt von der imperialistischen Propagandamaschine, gar Begeisterung diesem Massenmorden des Imperialismus zusahen und keinen Finger rührten, ist Beweis genug für die dramatische Niederlage, die die internationale Arbeiterbewegung zwischen den zwei Weltkriegen erlitten hat und unter deren Auswirkungen sie immer noch leidet.

Das Kriegsziel war klar: Die Intervention in Vietnam sollte ein historisches Beispiel darstellen und eine Lehre sein für alle unterentwickelten Länder, die das regionale, von den Imperialisten des Westens gewährleistete "Gleichgewicht" in Frage stellen wollten. So sollten denn immer mehr vietnamesische Bauern für die Ruhe der brasilianischen Bürger sterben, für das Königshaus in Rabat, die feudalen "Illustrados" in Manila usw.

Die USA scheuten - wie bekannt - für diese Zementierung des weltweiten status quo keine Mittel. Ab 7. Februar 1965 wurde auch der Norden bombardiert und seitdem mußte Hanoi unter Bomben leben. Im Süden wird die Bevölkerung in die Städte oder in "strategische" Konzentrationslager getrieben. Das Land wird mit allen Waffen "umgepflügt" und durch Chemikalien aller Art verseucht. Die Bauern verlieren ihr Land, die Städter ihre Arbeit. Das produktive Leben erstickt immer mehr. Bald wurde diese Reiskammer Vietnams wegen der Einmischung der USA in die Wirtschaft des Landes zu einem Gebiet, das Reis importieren mußte, um der Hungersnot zu entkommen. Nur die amerikanischen Warenlieferungen halten dieses Volk am Leben und züchten eine Unzahl Schmarotzerexistenzen. Dies und die unzähligen Nutzen sind nur die wichtigsten Stichworte der dort erzeugten US-imperialistischen Zivilisationswüste. Alles in allem war in Südvietnam eine vorteilhafte Basis für die USA gegeben, um mit überlegener Wirtschaftsmacht das Regime nach Belieben politisch zu formen, zumal man es verstand, in einer korrupten und terroristischen Oberschicht für Geld Gehilfen zu finden. Die ganze Politik der USA seit 1954 war darauf abgestellt, die Teilung Vietnams unter systematischer Sabotage der Genfer Vereinbarungen zu zementieren. Dies können selbst die Imperialisten seit der Veröffentlichung der sog. "Pentagon-Papiere" nicht mehr bestreiten.

Nicht nur die Schrecken des Krieges, die auch vielen anderen Völkern bekannt wurden, sind über Vietnam hereingebrochen, sondern ein Inferno, wie es die Weltgeschichte bisher nicht kannte, suchte ein kleines Land heim, das nichts weiter wollte, als seine nationale und soziale Transformation zur kapitalistischen Produktionsweise durchzuführen. Was dem vietnamesischen Volk bevorstehen sollte, drückte General Westmoreland, der Oberkommandierende der US-Streitkräfte, in zynischer Offenheit so aus: "In der weiteren Strategie gegenüber den Nordvietnamesen werden wir so lange einen 'maximalen Druck' auf jede nur mögliche Weise ausüben, bis Hanoi erkennt, daß sein Land bis an den Rand der nationalen Katastrophe ausgeblutet ist, und seine Haltung

zu überprüfen gezwungen sein wird." Der damalige Generalstabschef der US-Luftwaffe, Le May, hatte schon 1965 erklärt, man werde "ganz Nordvietnam durch Luftbombardements in eine Steinwüste zurückverwandeln". Das Eingreifen der USA in Vietnam war von Anfang an ein Musterbeispiel moderner Spielart von Kolonialismus zur Verwirklichung imperialistischer Ziele in der südostasiatischen Region.

Aus der Grundentscheidung der USA heraus, sich unter Ausnützung wirtschaftlicher und militärischer Macht in Vietnam stark zu machen und den Südteil des Landes der "freien Welt", also der eigenen Weltpolitik anzuschließen, ergaben sich dann alle weiteren Folgen mit zwingender Notwendigkeit. Selbst wenn die Absicht allein das militärische und strategische Ziel des berüchtigten "Containment of Communism" gewesen wäre, wäre damit ein neokolonialer Angriff zweifellos gegeben, denn Kolonialismus bedeutet die Beherrschung eines fremden Landes zum Zwecke seiner Ausbeutung in irgend einer beliebigen Form. Die Ausbeutung braucht nicht in der unmittelbaren Aneignung von Rohstoffen oder in einer sonstigen Bereicherung der Kolonialmacht zu bestehen.

Und mit einer Brutalität ohnegleichen setzten die US-Imperialisten ihr Programm in die Tat um. Das Entsetzen über Auschwitz ist bekanntlich grenzenlos, und es waren zynischerweise gerade die Vertreter der US-imperialistischen Kulturoffensive, die mit ihrem Politkitsch "Holocaust" alle Welt mal wieder zu Tränen rührten. An das Sujet "Vietnam" machen sich diese Spezialisten für Illusionen nur sehr zaghaft und wenn überhaupt, dann natürlich "tiefsinnig" verkläusuliert heran. Dabei lief hier der Stoff für einen grandiosen "Paten". Denn die Mafia ist in der Tat gegen den Imperialismus ein kleiner Fisch, gleichsam nur die Westentaschenausgabe der großen Politik. Die Gangster terrorisieren die "Klienten" aus dem Mittelstand und säubern ihnen, wenn sie nicht spüren, die Bude mit Dynamit. Der imperialistische Staat redet auch von Schutz und Verteidigung der Freiheit, kann aber im Falle der Weigerung ganz anders auftrumpfen. Er führt dann mit allen Mitteln einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung. Im Verhältnis dazu sind die wildesten Ballereien in Chicago nichts als lächerliches Kindertheater. Nicht zufällig mutet einem die Lektüre der Pentagon-Papiere über weite Stellen wie ein Intimbericht aus dem kriminellen Milieu an: Professionelle Folterknechte und Gewalttäter sind hier für den entwickeltsten Kapitalismus am Werk; Maßstab für ihre Aktionen gegen Vietnam ist die "Vergrößerung des Schmerzquotienten". Und hier wurde die Folter in der Tat kollektiviert: Sie wollten das vietnamesische Volk durch alle Formen von Leid und Tod bis zu dem Punkt quälen, daß es bereit sei, sich dem Willen der USA bedingungslos zu beugen. Das aber ist nichts Geringeres, als das beliebte Prinzip der Folter nicht gegen einzelne, sondern gegen ein ganzes Volk anzuwenden. Es ist immer dasselbe: Der Status quo ist heilig und jeder Angriff gegen diesen für ewig-gültig erklärten Zustand ist

nichts als Subversion, der man mit aller Gewalt das Genick brechen muß. Wie gesagt, man glaubt sich im Gangstermilieu zu befinden und schaut doch nur in die seriösen Visagen des imperialistischen Kapitals.

Der Ausgang ist ja noch in Erinnerung. Der Coup ging erst einmal voll in die Hose. Nach der Tet-Offensive im Januar 1968 blieb den Yankees doch die Spucke weg, und sie redeten von Verhandlungen, auf die Hanoi, eilfertig wie immer, sofort einging. Schon am 10. Mai begann die erste Pokerrunde in Paris. Sie zog sich bekanntlich bis Januar 1973 hin, als sie mit dem faulen Kompromiß des "weder Krieg noch Frieden" beendet wurde. Im April 1975 fand dieses Drama mit der Eroberung Saigons und mit der kopflosen Flut der letzten Imperialisten samt Höflingen endlich ein Ende. Mindestens 2,5 Mrd. Dollar (!) monatlicher Kriegsausgaben und mit asiatischen Landsknechten insgesamt rd. 1 Mio. Soldaten hatten eine Niederlage nicht verhindern können.

NUN ENDLICH: AUFBAU DES KAPITALISMUS

Jetzt war das Land zwar geeint, aber durch Kriegsverwüstungen stark gezeichnet. 14 Mio. Tonnen Bomben, Artilleriegeschosse, Minen und Munition waren auf Vietnam niedergegangen. Das waren rd. zehn Mal mehr als während des 2. Weltkrieges auf Deutschland. Die Industrie des Nordens war wieder weitgehend zerstört, und weite Teile der Agrarwirtschaft lagen darnieder. 4 Millionen Tote, 5 Mio. Verwundete, je 1 Mio. Witwen und Waisen können nur in dürren Zahlen die soziale Hypothek des Krieges wiedergeben.

Die Aufgaben waren auch sonst gewaltig. Das potentiell reiche Land, mit seiner Verbindung von Rohstoffen im Norden und der fruchtbaren Reiskammer im Süden plus dem vermuteten Erdöl mußte so schnell wie möglich zusammengefaßt werden. Fehlende Infrastruktur und schwere soziale Spannungen bedeuteten nur die Haupthindernisse. Während der Norden jetzt zumindest seinen Wiederaufbau im Frieden unter bereits gewohnten politischen Bedingungen einleiten konnte, ergab sich für den Süden eine ganz andere Situation.

Die einst in sich geschlossene Wirtschaftsweise des Südens war zwar seit der französischen Kolonialzeit aufgebrochen worden, aber vor allem von den USA dann zu einem imperialistischen Außenposten mit all seinen typischen Verzerrungen verkommen. Die Wirtschaft wurde von ausländischen Waren überschwemmt. Weder Zölle noch andere Schranken schützten sie. Dem Durchschnittsvietnamesen blieben im Laufe der kolonialen Entwicklung nur zwei Auswege offen: Entweder flüchtete er in die Landwirtschaft, klammerte sich an die Erde fest und teilte das kleine Stück Familienland immer noch einmal auf oder aber er wandte sich dem Zwischenhandel und anderen unproduktiven Tertiärberufen zu, die ganz auf die Bedürfnisse der "Metropolen" ausgerichtet waren. Als Resultat dieser Unterwerfung unter die imperialistische "Arbeitsteilung" wurden einerseits die vorkapitalistischen Elemente, u.a. die Reisland besitzenden Grundbesitzer gestärkt und andererseits eine unpro-

duktive Schicht von Zwischenhändlern und Dienstleistungsberufen in den Städten begünstigt. Die koloniale Struktur des Landes führte schließlich dazu, daß die großen Städte, vor allem Saigon, auf die Bevölkerung des Landes wie Magnete wirkten und sich ungesund aufblähten. Das US-Bombardement tat da noch sein übriges. Nach südvietnamesischen Statistiken ist der Anteil der städtischen Bevölkerung des Südens in der Zeit von 1960 - 72 von 15 auf 43% gestiegen. Allein in Saigon wuchs die Einwohnerzahl von 1,8 Mio. (1972) auf 3,8 Mio. (30.4. 1975). Im analogen Verhältnis nahm das bebaute Kulturland ab. 1974 entfielen auf den Dienstleistungssektor, der durch die US-Präsenz künstlich aufgebläht wurde, mehr als 50% des Inland-Sozialprodukts, auf die Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft u. Fischerei) und die Industrie demgegenüber nur 40% bzw. 10%.

Die Konsequenzen für jede Regierung, die den allgemeinen Rahmen für eine Kapitalakkumulation schaffen will, liegen auf der Hand: Nationalisierung des Außenhandels, Bildung von Genossenschaften in Landwirtschaft und Handwerk, Gründung von Staatsunternehmen, Entflechtung der überbevölkerten Städte und Austrocknen des aufgeblähten Zwischenhandels. Auf allen Gebieten nahm man nach 1975 die Entwicklung in diese Richtung in Angriff. Fast drei Jahre versuchten es dabei die Funktionäre aus dem Norden mit der sanften Tour. Allerdings wurden auch so über eine Million Städter in zwei Jahren in sogenannte neue "Wirtschaftszonen" auf dem Land umgesiedelt, wodurch etwa 350 000 ha neu zur Bearbeitung kamen. (1) Vor allem das Handelsmonopol der Chinesen ließ sich aber so nicht knacken. Zu zäh hielten die traditionellen Strukturen von Familien und Geheimgesellschaften zusammen, als daß man hier ohne radikale Eingriffe Erfolge erzielt hätte. Und die wurden immer nötiger. Die Verteilung der Waren brach völlig zusammen, es sei denn, sie lag in chinesischer Hand. Die chinesischen Händler wirtschafteten vor allem auf eigene Rechnung und waren bestrebt, so schnell wie möglich großes Geld zu machen, denn wer wußte schon, wie lange man es treiben konnte. Jedenfalls verkauften die Bauern des Mekong lieber an die Chinesen zu günstigen Preisen, als daß sie die staatlichen Aufkäufer zu Festpreisen belieferten. Da bauten sie schon eher nur soviel an, wie sie zum Leben brauchten. Der Staat hatte also kaum die Machtmittel, um das, was er dringend brauchte, von den Bauern zu erzwingen. Die Handelskanäle waren eben nicht in seiner Hand. Nicht zuletzt deshalb blieben die Agrarerträge ständig ungenügend. Erst am 23. März 1978 riegelte man das Chinesenviertel von Saigon - Cholon - ab, um diese unkontrollierbare Instanz mit Gewalt auszuschalten.

Die Aufgaben waren durch die materiellen Zwänge klar vorgezeichnet. Der überbevölkerte Norden mußte landwirtschaftlich entlastet werden, um sowohl seine Bevölkerung zu ernähren als auch Rohstoffe und über den Export Devisen für die Industrialisierung zu bekommen. Dafür galt es vor allem, den Süden auf seinen potentiellen Leistungsstand zu bringen. Die Agrarproduk-

tion mußte gesteigert und ein Überschuß tendenziell vergrößert werden. Das bedeutete Ausdünnung der Städte und Neubesiedlung auf dem Lande. Forcierung der agrarischen Arbeitsteilung bis hin zur Bildung agro-industrieller Komplexe, in denen Hochleistungspflanzen unter den Zusatzmaßnahmen von Düngung, Bewässerung und Pflanzenschutz und Maschineneinsatz ständig hohe Hektarerträge sichern sollen. So lautet auch bei den Vietnamesen das agrarkapitalistische Modell einer Grünen Revolution. Hier sollen dann die Überschüsse aus dem Süden, eine wachsende Industrie im Norden ergänzen - und das Ganze soll möglichst von dem bislang nur vermuteten Erdöl vor den Küsten finanziert werden. So sieht in groben Zügen der Wunschtraum der vietnamesischen Bourgeoisie aus. Wer darin allerdings einen irgendwie gearteten Sozialismus zu entdecken glaubt, dem ist in der Tat nicht mehr zu helfen. Er lügt sich nur ständig selbst in die eigene Tasche.

Diese Wunschliste wurde nach der offiziellen Vereinigung Vietnams am 2. Juli 1976 auf dem 4. Parteikongreß im Dezember präsentiert. Bis zur Jahrhundertwende will auch Vietnam im Club der Kapitalisten Sitz und Stimme haben. Vorerst geht es aber nicht um Träumereien, sondern um Handfestes, denn zu gewaltig türmen sich die Probleme. Den Rahmen gibt ein Vierjahresplan für 1976-80, den man allerdings wohlweislich alljährlich zu korrigieren bereit ist. Und die Wunschliste ist nicht bescheiden: Die Produktionsziele für 1980 waren z.B. ursprünglich folgende: 21 Mio. t Getreide (vornehmlich Reis und Mais), 1 Mio. t Seefische, 1 Mio. ha Neulandgewinnung, 1,2 Mio. ha Aufforstung, 16,5 Mio. Schweine, 10 Mio. t Kohle, 5 Mrd. Kwh Strom, 2 Mio. t Zement, 1,3 Mio. t Dünger, 250 000 - 300 000 t Stahl.

Die Basis soll dabei die Landwirtschaft sein, auf deren Erträge Leicht- und Schwerindustrie aufgebaut werden sollen. Und bei der Legung dieses Fundaments erlebte man bis jetzt nur böse Überraschungen. 1977 wurde Vietnam von Trockenheiten heimgesucht, die sich vor allem auf die Reisproduktion im Norden des Landes schädlich auswirkten. Im Frühling 1978 zerstörte das kalte Wetter im mittleren und nördlichen Teil einen beträchtlichen Teil der Reispflanzen. Im Mekong-Delta kamen noch Pflanzenschädlinge dazu, deren Zerstörungswut mangels Versorgung mit Bekämpfungsmitteln nicht eingedämmt werden konnte. Den größten Schaden aber richteten die Überflutungen im August und September an, die gut 2 Mio. t der Reisernte vernichteten. Entsprechend niedrig lag die Produktion: 1977 mit 11,3 t Reis um 2 Mio. t geringer als geplant, weswegen man gezwungen war, 1,6 Mio. t Reis zu importieren. Nicht weniger katastrophal sahen die Zahlen für 1978 aus, was sich deutlich aus den Reisrationen pro Kopf und Monat ablesen läßt: April '78 - 13 kg, Juli 17 kg und nach der Flutkatastrophe: Sept. 9 kg und März '79 1 kg. Wo die Reisschüsseln leer sind, erübrigt sich jedes Geschwätz.

Enttäuschend waren für die vietnamesische Bourgeoisie aber nicht nur die Ergebnisse im Inneren, die trotz massiven Drucks auf die Bauern und Arbeiter bislang kaum Positives ergaben, son-

(1) "Neue Züricher Zeitung", 30.7.78

dern schwer enttäuscht wurden die Vertreter des Kapitals von ihren etablierten Kollegen im Westen. Sie rechneten jetzt mit der bislang verweigerten Großzügigkeit. Sie glaubten wohl allen Ernstes, das imperialistische Kapital würde nach diesem unfairen Kampf das Geschehene auf sich beruhen lassen. Wohlgerichtet, nicht der zwar siegreiche, aber stark blessierte "David" wollte jetzt Regreß; das konnte er sich bei seiner Zerstörung gar nicht leisten. Nein, die Imperialisten, die einen Neuankömmling so übel zugerichtet hatten, stellten sich weiter stur. Die vietnamesische Bourgeoisie hat offensichtlich die Spielregeln des heutigen Kampfes aller gegen alle auf dem Weltmarkt noch nicht begriffen. Vielleicht hat sie auch die alten Sprüche von "Würde", "Sittlichkeit", "Anstand" usw. zu stark verinnerlicht. Aber sie bekam sehr bald die nächste Lektion gesteckt. Für die Ideologen des Imperialismus war die Sache jedenfalls ganz einfach: "Die Propaganda Hanois suggeriert dem Westen weiterhin einen Schuldkomplex, eine Verpflichtung, begangene Zerstörungssünden wiedergutzumachen. Demgegenüber ist nicht aus dem Auge zu verlieren, daß Nordvietnam einen Angriffskrieg geführt und Südvietnam nach dem Abzug der Amerikaner mit Waffengewalt besetzt hat". (1)

Dabei hat Vietnam weniger gebettelt, als Investitionsmöglichkeiten angeboten. Sicher, von den Amis wollten sie 3,25 Mrd. \$ "Entschädigung". Bis heute haben sie bekanntlich keinen Pfennig gesehen. Die Vietnamesen ließen aber sonst nichts unversucht, um mit dem Westen ins Geschäft zu kommen. Vietnam dachte dabei sicher nicht nur an den Import von Technik, sondern vor allem an Unabhängigkeit gegenüber den "kommunistischen Brüdern". Man wollte nicht in den Konflikt zwischen Rußland und China hineingezogen werden und möglichst "neutral" bleiben. Aber auch hier kam bekanntlich alles anders. Jetzt lobt man den russischen Imperialisten über den Klee und wird der Punshingball für China.

Dabei hatte man sich alles so schön ausgedacht. Im April '77 verabschiedete man ein Gesetz über "ausländische Investitionen in der Sozialistischen Republik Vietnam", in dem sowohl die Sicherheit des Engagements wie freier Kapital- und Profittransfer garantiert wurde. Mit joint-ventures, in denen der ausländische Kapitalist bis zu 49% halten könnte, aber auch "freien Produktionszonen" mit Lohnveredelung für den Export und 100%igem Auslandskapital wollte man die Imperialisten aus dem Westen locken. Über die zweite imperialistische Garnitur, besonders Japan und Frankreich, wollte man erreichen, daß Uncle Sam - mit der Zeit wieder gnädig gestimmt - auch den verlorenen Sohn an die Brust drücken

würde. Der alte Traum einer friedlichen Partnerschaft, den Ho schon mit Frankreich umsetzen wollte, sollte so doch noch verwirklicht werden. Am 25.4.1977 landete Pham Van Dong in Paris, um mit der ehemaligen Kolonialmacht Bruderschaft zu schließen. Frankreich hat in den letzten Jahren dann auch rd. 1/3 der Wirtschaftshilfe aus dem Westen gestellt. Es war sicher keineswegs Altruismus und späte Reue; sondern für das französische Kapital galt es wohl eher, seine 125 Betriebe in Südvietnam zu sichern.

Gegenüber Japan war Vietnam - wenn auch erst nach drei Jahren - sogar bereit, die Altschulden des Südens in Höhe von 75,7 Mio. \$ plus Zinsen anzuerkennen, nur um an die japanische Wirtschaftshilfe ranzukommen. Vietnam wurde Mitglied im Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Asiatischen Entwicklungsbank zu einer Zeit, als es im RGW lediglich Beobachterstatus hatte. Mit aller Gewalt wollte man mit dem Westen wieder ins Geschäft kommen.

Im Kräftefeld der imperialistischen Auseinandersetzungen suchte man einen Punkt, an dem sich die Saugkräfte Chinas, Rußlands und der USA im Endergebnis gegenseitig neutralisieren würden. Dort wollte man sich ansiedeln. Doch war dieser Punkt nicht zu finden, schon gar nicht in Südostasien. Dieses Verhängnis der im Zeitalter des Imperialismus aufstrebenden jungen Nationen wirkt in einem komplizierten Wechselverhältnis auf die imperialistischen Mächte zurück. Die USA hatten jahrzehntelang mit allen Mitteln um Indochina gekämpft, um schließlich, nachdem sie vertrieben wurden, von Vietnam selbst lange und ernsthaft hofiert zu werden. China hatte Vietnam gegen die Amerikaner unterstützt. Der Sieg des Schützlings an der Südflanke mußte aber zum Ausbruch von machtpolitischen Gegensätzen zwischen beiden führen und zugleich die Rivalität zwischen Rußland und China um eine Vormachtstellung in Vietnam verschärfen. Wegen ihrer Entscheidung zugunsten eines faktischen Bündnisses mit China mußten die USA Vietnams Annäherungsversuche zurückweisen und damit Vietnam gegen dessen Wunsch in die Arme der UdSSR treiben. Diese Verschiebung des Gleichgewichts führte schließlich zur restlosen Festigung des chinesischen Bündnisses mit den USA gegen Rußland. Die Geschichte vollzog sich hinter dem Rücken aller Akteure.

Seit Juli '78 ist Vietnam also zwangsläufig Vollmitglied des RGW. Für alle Imperialisten und Linken ist das nur wieder der endgültige Beweis für den echten oder deformierten Charakter dieses Landes. Ihre Möchtegerndeuter führt die Geschichte hinter's Licht.

(1) "Neue Züricher Zeitung", 3.3.79

II. Nationale Revolution und Untergang Kambodschas

DAS VORKAPITALISTISCHE KAMBODSCHA BIS ZUR REFORMREGIERUNG SIHANOUK

Alles was zur Vorgeschichte der bürgerlichen Umwälzung für Vietnam festgehalten wurde, trifft mit noch größerer Berechtigung für Kambodscha zu. Dieses alte Kulturvolk hatte seine Blüte in der Angkor-Periode von 802 - 1442, in der es den überwiegenden Teil Südostasiens beherrschte. Saigon war damals ein kleines Fischerdorf der Khmer. Seitdem schrumpfte es aufgrund der Eroberungen der erstarkenden Nachbarn Vietnam und Thailand auf die heutige Restgröße. Die endgültige Auflösung Kambodschas scheint im 19. Jahrhundert nur durch die Aufteilungsprobleme zwischen diesen beiden hinausgezögert zu werden, und vieles spricht dafür, daß es ohne die koloniale Intervention Frankreichs 1863 keinen selbständigen kambodschanischen Staat mehr gäbe. Zwar wurde damit Kambodscha französisches Protektorat, seine sozialen und ökonomischen Verhältnisse wurden davon vorerst aber nur am Rande betroffen. In diesem Land installierte z.B. der Imperialismus nie eine zentrale Hafenstadt, um die Reichtümer abtransportieren zu können, denn im Agrarland der Khmer gab es offensichtlich kaum Lohnendes zu holen. Deshalb konnte die wirtschaftliche Lage im Vergleich mit der Problematik anderer Kolonien bis in die Mitte der 60er Jahre als verhältnismäßig entspannt bezeichnet werden. Epidemische Hungersnöte und eine allgemeine Verelendung der ländlichen Bevölkerung, die über 85% der Gesamtbevölkerung stellte, waren nicht zu registrieren. Rund zwei Mio. ha Land wurden bebaut, davon rd. 1,5 Mio. ha als Reisland. Die Landwirtschaft zerfiel in einen vorkapitalistischen Sektor, in dem rd. 1,5 Mio. ha Reisland - drei Viertel des kultivierten Bodens - nach traditionellem Muster bebaut wurden, und in einen kapitalistischen Kautschukplantagen-Sektor, der größtenteils unter der Kontrolle ausländischer, vor allem französischer Firmen stand. Im Rahmen des traditionellen Sektors befanden sich rd. 40% des Reislandes in der Hand von nur 10% der grundbesitzenden Bevölkerung, zumeist Grundbesitzer, die in den Städten residierten und auf Pachtbasis arbeiten ließen. Die wirtschaftliche und politische Ordnung in diesem Bereich war durch eine selbstgenügsame Naturalwirtschaft geprägt, d.h. die landwirtschaftlichen Produkte wurden von den Bauern hauptsächlich für den persönlichen Konsum und nur in zweiter Linie für den Austausch verwendet. Angesichts der ungleichen Bodenverteilung waren rd. 30% der Bauern gezwungen, Land zu pachten und dafür manchmal bis zur Hälfte ihrer Ernte abzuliefern. Daneben waren noch zusätzliche Steuern zu zahlen

und unentgeltliche Frondienste zu verrichten. Die Bauern waren angesichts dieser Verhältnisse nur formal frei. Insofern bestand einer der großen sozialen Widersprüche in der kambodschanischen Gesellschaft in der - nur oberflächlich verdeckten - Spannung zwischen Grundbesitzern und Pachtbauern. Gerade die Provinz Battambang, auf die sich die Grundbesitz-Pachtstruktur wesentlich konzentrierte, kann nicht zuletzt deswegen als das historische Unruhezentrum Kambodschas bezeichnet werden. Im Plantagensektor, dessen Produktion auf den Weltmarkt ausgerichtet war, gestaltete sich die Arbeitsorganisation nach kapitalistischen Kriterien, und diese ländlichen Lohnarbeiter lebten unter erhöhter sozialer Unsicherheit.

In bezug auf die trotz imperialistischer Intervention noch lange betriebene Subsistenzwirtschaft ergaben sich allerdings ähnliche Besonderheiten wie in Vietnam. Man sollte eigentlich sogar "zwei Kambodschas" unterscheiden, nämlich das "Herzland", in dem etwa 90% der vor der Dezimierung 7 - 8 Mio. Kambodschaner auf einer Fläche von nur rd. einem Drittel des Landes lebten, und die "Außenländer" im Norden, Nordosten und Süden, die von Bergen, Wäldern und unfruchtbaren Gebietsstreifen durchzogen und nur wenig besiedelt waren. Das "Herzland" liegt in der Umgebung des Tonle Sap-Sees und der Hauptstadt Pnom Penh und besteht aus einer großen Ebene. Die "Außenländer" in den gebirgigen Dschungelregionen sind hauptsächlich von Minoritäten bewohnt, die kollektiv unter dem Namen "Khmer Loeu" zusammengefaßt werden und deren Zahl zwischen 40 000 und über 100 000 geschätzt wird. Trotz ihrer geringen Zahl besiedeln diese Minoritäten rd. zwei Drittel des Territoriums. Neben diesen "bodenständigen" Minderheiten weist Kambodscha eine zweite Minoritätenkategorie auf. Es handelt sich um Chinesen und Vietnamesen, die überwiegend während der französischen Kolonialzeit "importiert" wurden. Die Gesamtzahl der Chinesen betrug rd. 400 000, die der Vietnamesen mindestens 350 000. Beide Gruppen stellen zusammen also nur rd. 10% der Gesamtbevölkerung. Dennoch haben sie in der Vergangenheit aus verschiedenen Gründen ein größeres Problem dargestellt als die Khmer Loeu.

Erstens waren die Vietnamesen und Chinesen weitgehend auf die städtische Bevölkerung konzentriert. Zum Beispiel stellten beide Gruppen mit jeweils knapp 30% zusammen mehr als die Hälfte der Einwohner der Hauptstadt - allerdings vor der Zeit der wachsenden Flüchtlingsströme. Zweitens sind beide Minderheiten aufgrund ihrer wirtschaftlich-kolonialen Hilfstätigkeit bei den Khmer allgemein unbeliebt. Während die Chinesen den Großteil des ländlichstädtischen Zwischenhandel monopolisiert hatten und damit das starke Stadt-Land-Gefälle ethnisch in das Bewußtsein der Khmer rückten, wa-

ren die Vietnamesen vor allem zu kolonialpolitischen Verwaltungsaufgaben ins Land geholt worden. Mit anderen Worten: Wann auch immer ein Khmer mit der Regierungsmacht zu tun hatte, war es normalerweise ein vietnamesisches Gesicht, das er sah. Die Tausende von unteren vietnamesischen Beamten waren der deutliche Beweis für Kambodschas Unterwerfung unter eine Fremde Herrschaft. Diese Tatsache, verbunden mit dem Wissen der Kambodschaner um die Expansionsstendenzen Vietnams in der Vergangenheit - die im Erwerb Cochinchinas ihr Ergebnis fand - hat zur weitverbreiteten Feindseligkeit gegenüber Vietnam und den Vietnamesen beigetragen.

Trotz der imperialistischen Intervention blieb die Industrie äußerst schwach. Dieser Sektor repräsentierte 1955 einschließlich Bau und Versorgungsbetriebe (Energie und Wasser) erst 9% des Bruttosozialprodukts, also der Summe aller produzierten und vermarkteten Güter und Dienstleistungen gemäß bürgerlicher Volkswirtschaftsrechnung. Durch Sihanouks Maßnahmen erlebte die Industrie in den 60er Jahren allerdings eine Beschleunigung: 1969 - dem letzten 'Friedensjahr' - hatte sich der Anteil mit 19% gut verdoppelt. Um diese Zeit verfügte Kambodscha über 18 größere und etwa 3300 mittlere bzw. kleinere Betriebe. Von den 18 größeren befanden sich 13 in den Händen des Staates und die übrigen 5 hatten eine staatliche Beteiligung.

Über 2/3 der kambodschanischen Industrie konzentrierte sich in und um Phnom Penh. Insgesamt wurden fast ausschließlich agrarische und andere Rohstoffe (z.B. Gummi) zu Konsumgütern für den Eigenbedarf verarbeitet. Die Schwäche der Industrialisierung spiegelt sich natürlich auch in der geringen Zahl der Lohnabhängigen wider: Laut letzter Volkszählung vor der US-Invasion betrug 1962 die aktive Bevölkerung 2,5 Mio., wovon rd. 80% in der Landwirtschaft arbeiteten. Die Zahlen für die Lohnabhängigen beruhen zum größten Teil auf Schätzungen, wobei die Abgrenzungen zwischen Industrie und Handwerk sicher kaum exakt sind, sicher auch, weil sich diese beiden Bereiche noch in vielem ähnlich und deshalb die Übergänge eher fließend waren. 1970 waren danach in der 'modernen' Industrie rd. 10000 beschäftigt, davon allein in den 18 größeren Betrieben rd. 6500 (1968). In Handwerk und Manufakturen arbeiteten darüber hinaus rd. 100 000. Industrie, Handwerk plus Handel zusammen umfaßten rd. 235 000 Menschen oder ungefähr 10% der aktiven Bevölkerung von 1962. (1)

Selbst in der Hauptstadt, die vor dem Flüchtlingsstrom 600.000 Einwohner zählte, lag der Anteil der industriellen Arbeitskräfte nur bei deutlich weniger als 10% aller Beschäftigten und beachtlich unter 5% der gesamten Einwohnerschaft. Die gewaltige Menge der Stadt lebte also von 'nichtproduktiven' Tätigkeiten, die gemeinhin unter dem Begriff Tertiärsektor zusammengefaßt werden.

Angesichts der Immobilität und der Selbstgenügsamkeit der ländlichen Wirtschaft sowie der geringen Industrieproduktion, mit anderen Wor-

ten, angesichts des kleinen nationalen Marktes ließ sich die Existenz eines derart aufgeblähten tertiären Bereiches nicht mit binnenwirtschaftlichen Notwendigkeiten erklären.

Die Zahlenangaben sind wie gesagt Schätzungen aus der Zeit vor dem Kriegsausbruch. Wie schwach die Industrie nach der Bombardierung wirklich war, illustriert ein Bericht von Radio Phnom Penh vom August 1975 - also nach der 'Befreiung': Danach belief sich die Zahl der industriellen Einheiten im ganzen Land auf nur '70 kleine und mittlere Anlagen, von denen 50 in Phnom Penh zusammengezogen waren'. (2)

Diese vorkapitalistische Gesellschaft wurde wie die gesamte Region infolge des 2. Weltkrieges und den sich daran anschließenden Kriegen völlig aus ihrer beschaulichen Ruhe gerissen. Wie in Vietnam hatten die Japaner noch kurz vor ihrer Niederlage den von den Franzosen 1941 eingesetzten Prinzen Norodom Sihanouk dazu gebracht, Kambodscha am 9. März 1945 für unabhängig zu erklären. Als die Japaner im August 1945 kapitulierten, entstand zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen in Kambodscha ein Streit über die weitere Führung der Staatsgeschäfte. König Sihanouk setzte sich für lockere Beziehungen zu Frankreich ein, die allerdings schrittweise in eine politische Unabhängigkeit ausgebaut werden sollten. Demgegenüber plädierte eine andere Gruppe, die von dem später einflußreichen Son Ngoc Thanh geführt wurde, für sofortige Unabhängigkeit und Einführung einer Republik oder zumindest einer konstitutionellen Monarchie.

Die Streitigkeiten zwischen beiden Gruppen eskalierten schließlich so weit, daß es zu Straßengefechten in der Hauptstadt - vor allem im Sommer 1945 - kam. Als im Oktober 1945 britische Truppen in Kambodscha einrückten und in ihrem Gefolge auch wieder die ersten Franzosen erschienen, fiel Son Ngoc Thanh in die Hände der Franzosen - nicht ohne Mithilfe Sihanouks. Thanh wurde zunächst zum Tode verurteilt, später aber freigelassen. Er begann dann von Thailand aus den Widerstand der Khmer Serai gegen Sihanouk. Bereits am 7.1.1946 war die französische Autorität in Kambodscha wiederhergestellt. Aufgrund eines Vertrages vom 8.11.1949 wurde das Königreich Kambodscha ein 'unabhängiger' Staat innerhalb der französischen Union. Frankreich behielt natürlich trotzdem die Kontrolle über nahezu sämtliche Machtinstanzen, weshalb Sihanouk bald bei seinen innenpolitischen Gegnern in den Ruf eines Kollaborateurs geriet.

Zu diesem innenpolitischen Problem gesellte sich sehr bald das außenpolitische hinzu. Es bestand die immer stärkere Gefahr, daß Kambodscha in den 1. vietnamesischen Krieg einbezogen werden könnte.

In dieser heiklen Lage ging Sihanouk in die Offensive und ergriff Maßnahmen, die den Grundstein für die spätere 'Ära Sihanouk' legen sollten. Er löste den Ministerrat, der von innerfraktionellen Streitigkeiten paralysiert war, auf, entließ auch die Nationalversammlung (1952) und verhängte im Januar 1953 das Kriegsrecht über das ganze Land, ernannte eine Notstandsre-

(2) Radio Phnom Penh, 30.8.75, in Foreign Broadcast Information Service (FBIS), 5.9.75, H. 2-3

(1) vgl. Area Handbook for the Khmer Republic (Cambodia), Washington 1973, S.225, 275 ff

gierung und brach zu seinem berühmt gewordenen "Königlichen Kreuzzug für die Unabhängigkeit" auf, der ihn durch zahlreiche Länder Europas, Amerikas und Asiens führte und den doppelten Zweck verfolgte, einerseits den Zugriff des Vietminh aller Welt vor Augen zu stellen und andererseits Kambodscha von Frankreich zu "befreien". Nach dieser 10-monatigen Rundtour verkündete er am 9.11. 1953 triumphal die völlige Unabhängigkeit Kambodschas.

Auf der Genfer Konferenz im nächsten Jahr gelang es ihm dann tatsächlich mit Hilfe des massiven Drucks der Amerikaner und der Chinesen, die formale Unabhängigkeit zu erreichen, ohne die damaligen Verbündeten der Vietminh - die Khmer Issarak - anerkennen zu müssen. Während der Pathet Laos in seinen "befreiten" Gebieten Laos bleiben konnte, mußte der Khmer Issarak zusammen mit dem Vietminh aus Kambodscha abziehen. Nachdem Sihanouk so sein Land an der außenpolitischen Front vorerst gesichert glaubte, leitete er eine Radikalkur nach innen ein, die sich hauptsächlich dreier Techniken bediente: Abdankung als König, Gründung des "Sangkum" und Verwirklichung des "Khmer-Sozialismus". Am 2. März 1955 dankte Sihanouk zugunsten seines Vaters ab. Damit war er mit einem Male von seinem hohen Podest als gottähnlicher König herabgestiegen, nicht zuletzt um sich aktiver in die konkrete Tagespolitik einmischen zu können.

Sein Instrument der Massenmobilisierung wurde die "Sangkum Reastr Niyum" (Sozialistische Volksgemeinschaft). Ohne große Mühe setzte sich von da an das Sangkum bei sämtlichen späteren Wahlen - 1955, 1958 und 1962 - durch. So überragend wurde Sihanouks Einfluß auf "sein" Volk, daß den bisherigen innenpolitischen Gegnern praktisch nur zwei Wege offenstanden, nämlich sich entweder dem Sangkum anzuschließen oder aber in die Illegalität unterzutauchen. Es gelang Sihanouk, durch seinen Einfluß, aber vor allem durch das trotz Abdankung immer noch verbliebene Charisma seines Gott-Königtums die stärkste integrierende Kraft nach dem gut konservativen Motto zu werden: So wenig verändern wie nötig, um soviel zu erhalten wie möglich.

Um sein Konzept einer Wiederbelebung alter Angkor-Traditionen (Bau von Krankenhäusern, Kanälen, Straßen und anderen Wohlfahrtseinrichtungen "durch den König für das Volk") in den Griff zu bekommen, experimentierte Sihanouk mit einer Reihe populistischer Institutionen. Bei der Verwirklichung dieser Vorhaben betätigte sich der Ex-König natürlich auch im Namen des Sozialismus. Die Ideologie, die der Politik des Sangkum zugrundelag, war der "Khmer-Sozialismus". Er beruhte vor allem auf der folgenden "Dreifaltigkeit": Monarchie, Religion - natürlich der Buddhismus - und die bäuerlichen Traditionen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit. Wäre er nicht König gewesen, so hätte er sicher mit seiner Ideologie viel Anklang bei den Kleinbürgern im Westen gefunden, denn er verkündigte folgende frohe Botschaft: Schon jetzt lebe das kambodschanische Volk in

einem Zustand des Sozialismus. Man arbeitete gewohnheitsmäßig in der Gemeinschaft, leiste sich gegenseitig Hilfe und Beistand und lebe auf den Dörfern in einer Atmosphäre der Gleichheit. Der Sangkum gebe dem einzelnen Bürger dazu die Möglichkeit, an wichtigen Entscheidungen unmittelbar teilzunehmen. Unter diesen Umständen bedürfe es keiner Revolution, wie ja überhaupt Gewalt als Mittel der Politik im Kambodscha abzulehnen sei.

Der "Khmer-Sozialismus" manifestierte sich lt. Sihanouk aber auch in der Zusammenarbeit von Staats- und Privatunternehmen, durch freiwillige Mitarbeit an Infrastrukturmaßnahmen, durch Verteilung von Boden an die Bauern, durch Erweiterung der Bildungseinrichtungen, durch Sozialgesetze und nicht zuletzt durch die Entwicklung einer Planwirtschaft (Zweijahresplan von 1956 - 58, Fünfjahresplan von 1960 - 64).

Aufgrund von Anfang der 60er Jahre auftretenden Wirtschaftsschwierigkeiten wurde diese "Sozialisierung" im Geiste der Khmer am 10. November 1963 durch eine große Wirtschaftsreform erweitert: Von nun an war der Staat für den gesamten Außenhandel zuständig. Seit dem 1. Juli 1964 schließlich waren auch die Banken und Versicherungsgesellschaften verstaatlicht. Mit dieser Politik wollte Sihanouk den Wirtschaftsproblemen wehren. Vor allem versuchte er so, den von Chinesen beherrschten Zwischenhandel mit den Bauern zu sprengen. Wäre diese parasitäre Abschöpfung erst einmal beseitigt, so könnte ein Teil dieser ersparten Summen den Bauern über höhere Preise zurückfließen, um damit die agrarischen Investitionen zu erhöhen. Dies ergäbe höhere Agrarerträge, also einen größeren Spielraum für den Export, was wieder eine bessere Staatskasse zur Folge hätte. Der entscheidende Schönheitsfehler an dieser Vorstellungskette war die Annahme, daß staatliche Bürokratie und staatlich gelenkte Genossenschaften ohne Schwierigkeiten die Erfahrungen und die Verbindungen des bisherigen privaten Zwischenhandels ersetzen könnten. Sihanouk hatte nicht einkalkuliert, daß seine Bürokratie, wie es dann vor allem in der wichtigen Reisprovinz Battambang deutlich wurde, alle bisherigen Handelskanäle durch einen Strudel von Korruption verstopfen würde. Die Vorstellungen waren sicherlich im Prinzip nicht falsch, nur für eine radikale Ingangsetzung der ursprünglichen Akkumulation waren die Maßnahmen Sihanouks einfach zu wenig durchgreifend.

Das Scheitern der im Kern konservativen Linie Sihanouks, wie auch das Erstarken einer wachsenden Widerstandsfront markiert die große Bauernrevolte in Battambang 1967. Spätestens im Zusammenhang mit diesem Aufstand hatte eine systematische Verfolgung der "Roten Khmer" durch die Zentralregierung begonnen. Tausende von ihnen wurden ohne voriges Urteil liquidiert. Und Sihanouk machte im Juni 1968 deutlich, daß er diese Praxis auch in Zukunft anwenden würde.

Vor allem drei Widerstandsorganisationen sind in diesem Zusammenhang wichtig: Khmer Serai, Khmer Loeu und Khmer Rouge.

Die Ursprünge der Khmer Serai (Freie Khmer) im Kampf um die politische Zukunft des Landes nach 1945 wurden schon erwähnt. Sie trat dann seit 1959 geschlossen zu Sihanouk in Opposition, hatte gute Beziehungen zu Thailand, Südvietnam und zuletzt auch zum CIA der USA. Ihren Höhepunkt erlebte diese Bewegung bei den Aufständen von Battambang. Nachdem Sihanouk 1970 gestürzt worden war, arbeitete ihr Führer Thanh mit Lon Nol zusammen und übernahm im März 1972 sogar den Vorsitz des Kabinetts. Als er sich nicht durchsetzen konnte, setzte er sich Ende 1972 wieder nach Bangkok ab, um seitdem von dort aus zu konspirieren.

In den Khmer Loeu sind die Minderheiten der kambodschanischen Peripherie organisiert. Erste größere Unruhen flammten 1968 in der nord-östlichen Provinz Ratanakiri auf, wo sich die Bauern gegen die Übernahme ihrer Ländereien durch Staatsplantagen erhoben. Ähnliche Unruhen brachen kurz darauf in der benachbarten Provinz Mondolkiri aus. Als die Königliche Armee darauf die "Khmerisierungspolitik" mit Waffengewalt durchsetzen wollte, stieß sie auf den fast geschlossenen Widerstand dieser Völker und verlor schon bald die Kontrolle über zwei Drittel der beiden Provinzen. Die Khmer Loeu arbeiteten in den folgenden Jahren eng mit den Nordvietnamesen zusammen, vor allem in den Provinzen, die direkt an Vietnam angrenzten.

Die Khmer Rouge ist eine weitgehend unbekanntere, wenn auch die wichtigste Bewegung des Landes. Anfänge gehen zurück bis zum Jahre 1950, als die Vietminh im Zuge ihres gegen Frankreich gerichteten Kampfes auch Einfluß in Kambodscha zu gewinnen suchten und zu diesem Zweck ein sog. Zentralkomitee der "Khmer-Befreiungsbewegung" (Khmer Issarak) inspirierten. Im November kam es zu einer indochinesischen Konferenz, bei der Vertreter der Vietminh, des Pathet Lao und der Khmer Issarak sich zu einer antifranzösischen Allianz zusammenschlossen. Spätestens seit März 1951 etablierte sich im Zuge dieser Beschlüsse u.a. auch ein "Vietnam-Khmer-Pathet Lao Volksallianz Ausschuß".

1954 wurde die Khmer-Befreiungsbewegung umbenannt in "Kambodschanische Widerstandsregierung" und in dieser Eigenschaft vom Vietminh wie Pathet Lao sofort anerkannt.

Bei der Genfer-Konferenz gelang es Hanoi nicht, die Befreiungsbewegungen von Laos und Kambodscha als offizielle Verhandlungspartner einzuschalten. Dies nicht zuletzt aufgrund der Nachgiebigkeit Chinas gegen Proteste der USA. Im Gegensatz zum Pathet Lao, dem in Genf immerhin zwei Provinzen als Sammlungsgebiet zugesprochen wurden, ging die Khmer Issarak auch in territorialer Hinsicht leer aus. Die meisten zogen sich daraufhin nach Vietnam zurück.

Starken Auftrieb erhielt die national-revolutionäre Bewegungen eben im Bauernaufstand von 1967. Die Provinz Battambang hatte eine lange Tradition der Revolten. Anders als im sonst kleinbäuerlichen Kambodscha ergaben sich hier in der Tat sonst atypische soziale Bedingungen: Da Battambang die bei weitem ertragreichste Reisesexportprovinz ist, hatten sich dort

zahlreiche Grundbesitzer niedergelassen, Nahezu ein Drittel der Landbevölkerung lebte als Pächter, Angesichts der hohen Pachtzinsen, vor allem aber auch wegen der durch Korruption und bürokratischem Schlendrian viel zu niedrigen staatlichen Ankaufpreise kam extreme Unzufriedenheit auf.

Im Zuge dieser verschärften sozialen Auseinandersetzungen reorganisierte sich allmählich eine radikale Bewegung, die wegen der P ogrome seitens der Regierung auch ständigen Zulauf aus den Städten erhielt. Drei der prominentesten Linken in der Nationalversammlung - darunter Khieu Samphan flohen 1967 in den Dschungel. Schon Ende 1968 waren bereits 11 der 19 Provinzen von den Angriffen der Khmer Rouge erfaßt. Zur Zeit des Sturzes Sihanouks (1970) verfügten diese Verbände über etwa 1500 - 3000 Mann, die in Gruppen von 50 - 90 Mann operierten. Bis 1972 zählte die Bewegung bereits etwa 50 000 wohlausgestattete Kämpfer. Ein hoher Teil davon rekrutierte sich aus dem Reservoir der Khmer Krom. Das sind Kambodschaner, die in Südvietnam leben und vor allem von Vietcong-Truppen in die kambodschanische Bewegung integriert wurden. Da die Khmer Krom etwa 450 000 Menschen umfaßten, war das Potential ziemlich beachtlich.

DIE US-INTERVENTION UND DIE FRONT DES NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPFES

Innenpolitisch hatte Sihanouk einen totalen Bankrott erlebt. Auch Kambodscha entsprach nicht mehr der vermeintlichen Idylle. Sein Drahtseilakt nach außen wurde mit der Verschärfung des 2. Vietnamkrieges auch immer riskanter, und es bedurfte sicher keiner besonderen Anstrengung seitens der USA, diesen "Neutralisten" auszubooten. Nach 29-jähriger Herrschaft wurde Sihanouk 1970 gestürzt, und unter Lon Nol geriet Kambodscha jetzt ganz in das Fahrwasser der USA. In wenigen Monaten hatte sich damit das Kraftfeld um Kambodscha vollkommen geändert: Bisher am Rande des indochinesischen Krieges gelegen, wurde das Land von den Amerikanern nun voll einbezogen und die Armee von etwa 35 000 auf etwa 170 000 Mann aufgestockt. Sihanouk befand sich gerade auf einer Auslandstournee und nahm in Peking sein Exil. In den folgenden Wochen begann er mit chinesischer Unterstützung seine "Nationale Befreiungsfront" und eine Exilregierung zu bilden. Nicht zuletzt unter dem Diktat der Chinesen formte sich hier ein "Teufelspakt" zwischen ehemaligen Todfeinden, der auch später nie seine fundamentalen inneren Spannungen verleugnen konnte.

Mit der "Nationalen Einheitsfront von Kambodscha" (FUNK - nach "Front Uni National du Kampuchea") entstand eine Assoziation von verschiedenen Organisationen, vor allem eben "Sihanoukisten", Khmer Loeu und Khmer Rouge. Monarchisten, Bauernrevolutionäre und bürgerliche Intellektuelle waren also hier zu einem Zweckbündnis zusammengewürfelt, deren einziges Ziel darin bestand, die Lon Nol-Regierung zu stürzen. Diese seltsame Allianz unter der Ägide Chinas erklärt auch die Rollenverteilung der Akteure.

Während sich Sihanouk vor allem von Peking aus der nationalen Sache annahm, kämpften die Verbände der Khmer Rouge im Lande selbst und waren peinlich darauf bedacht, daß ihnen der ehemalige Todfeind nicht zu nahe rückte.

Am 5. Mai 1970 konstituierte sich noch eine zwölfköpfige "Königliche Regierung der Nationalen Union unter Führung der Nationalen Einheitsfront von Kampuchea" (GRUNK - Gouvernement Royal d'Union Nationale du Kampuchea). Sihanouk firmierte hier als "kambodschanisches Staatsoberhaupt und Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront von Kampuchea". Ebenfalls am 5. Mai wurde das "Politische Programm" der FUNK verkündet: Ziel war es, "eine möglichst breite nationale Union herbeizuführen, um alle Manöver und Aggressionen der US-Imperialisten zu bekämpfen, die Diktatur ihrer Lakaien mit Lon Nol und Sirik Matak an der Spitze zu stürzen und ein gedeihendes Kampuchea aufzubauen". U.a. sollte der Buddhismus als Staatsreligion erhalten, das Privateigentum gewahrt und eine nationale Bourgeoisie geschützt bleiben. In der Außenpolitik strebte die FUNK einen Kurs der "nationalen Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Nicht-Paktgebundenheit" an (vgl. Peking Rundschau 20/1970) Kurz nach der Gründung der FUNK kam es auch zur Bildung der "Kambodschanischen Nationalen Befreiungskräfte" (FAPLN - Forces Armées Populaires de Liberation Nationale). Diese Streitkräfte setzten sich aus zwei Kräftegruppierungen zusammen, nämlich den "bewaffneten Kräften der Khmer" - gemeint sind die Khmer Rouge - und aus den "Loyalen und Patriotischen Khmer-Einheiten". Die später ablaufenden Spannungen in diesem seltsamen Bündnis aller nationalen Kräfte versteht man aber erst, wenn man die eigentlich heterogene Verfassung der Khmer Rouge selbst berücksichtigt. Hier befanden sich in der Tat zwei tendenziell feindliche Gruppen. Erstens gab es die eigentlichen Roten Khmer. Es handelt sich hier um die jüngere Generation revolutionärer Patrioten, meist Intellektuelle aus den Städten, Leute wie Pol Pot, Ieng Sary und Son Sen, die als erste 1963 in den Dschungel gegangen waren, um mit den Bauern zu leben und sie zu organisieren. Eine zweite Gruppe, darunter Khieu Samphan, schloß sich eben 1967 diesen an. Die meisten Mitglieder dieser Strömung entstammen einem urbanen-intellektuellen Klima. Viele von ihnen studierten in Paris, weswegen man auch von einer "Sorbonne-Gruppe" sprechen könnte.

Diese jüngeren Nationalisten stießen auf die Reste der Kader der alten Khmer Issarak, also den Vertretern des indochinesischen Nationalismus der 40er und 50er Jahre. Diese lebten zumeist seit Jahren in Vietnam und repräsentierten somit eine lange und tiefe Tradition "freundschaftlicher Verbundenheit mit dem vietnamesischen Volk".

Dagegen kannten die Roten Khmer die Vietnamesen nicht gerade von der besten Seite. Während Sihanouk in den 60er Jahren immer schärfere Ausrottungskampagnen gegen die so von ihm be-

titelten Roten Khmer organisierte, pflegten die Nordvietnamesen zusehends bessere Beziehungen zu diesem Mörder ihrer Kampfgefährten. Der Norden brauchte mit dem neuerlichen Einsetzen des Kriegs durch die USA den Osten Kambodschas als Rückzugs- und Nachschubgebiet. Solange Sihanouk dieses willfährig geschehen ließ, unterstützten sie voll seine Politik. Erst als er wegen der faktischen Besetzung dieser Gebiete ab 1968 ernsthafter gegen die vietnamesischen Truppen vorzugehen begann, erinnerte man sich in Hanoi wieder der Roten Khmer, die man dann militärisch gegen Sihanouk stärkte. Obwohl die Verbände der Khmer Rouge sicher kaum ohne Unterstützung der Vietnamesen die nötige Kraft für ihre Offensive von 1975 gefunden hätten, pflegten sie dennoch stets ein ambivalentes Verhältnis zu ihrem stärkeren Mäzen. Vor allem und in erster Linie blieben gerade sie aber stets kambodschanische Nationalisten und damit im Grunde ihres Herzens Feinde der Vietnamesen.

Bis 1972 kamen diese Spannungen innerhalb der Roten Khmer wenig zum Tragen. Beide konzentrierten sich erst einmal vordringlich um die Isolierung der weniger gut organisierten Sihanoukisten und unabhängigen Mitglieder. Nach dem Pariser Abkommen vom Januar 1973 und der Übereinkunft bezüglich Laos im Juli, verlangten die ausländischen "Freunde" von den Kambodschanern, ebenfalls eine Verhandlungslösung zu finden. Die Roten Khmer lehnten dagegen jede Form der Verhandlung ab, denn sie wollten den Kampf bis zum totalen Sieg fortsetzen. Sie zeigten darin sicher ein gesundes Mißtrauen gegen Vereinbarungen mit den Imperialisten. Die Roten Khmer mißtrauten deshalb den Sihanoukisten, die eine Verhandlungslösung wollten, wie auch den provietnamesischen Kadern der alten Khmer Issarak. Ab 1973 begannen die Roten Khmer deshalb damit, diese Elemente in der Einheitsfront zu isolieren und auch zu eliminieren. Andererseits versuchten sie, ihre Leute in Schlüsselstellungen zu bringen, sowohl innerhalb des Landes wie auch auswärts als Diplomaten. Die Tatsache, daß die Vietnamesen mit den USA ein Abkommen schlossen, ohne festzulegen, daß auch die Bombardierung Kambodschas gestoppt werden müßte, hat sicher den Konflikt innerhalb der Roten Khmer verschärft. Denn während Hanoi den Wiederaufbau beginnen konnte, flogen die Amerikaner ihre schlimmsten Angriffe auf Kambodscha. Hier fielen im Zeitraum von März 1969 und August 1973 rd. 539 000 t Bomben, davon mit 240 000 t ungefähr die Hälfte zwischen Januar und August 1973 im Kernland um Phnom Penh. (1)

DIE EREIGNISSE NACH DEM STURZ VON PHNOM PENH UND DAS PROGRAMM VON KHIEU SAMPHAN DIE BAUERNSCHAFT UND DIE WEGBEREITER DES KAPITALS

Mit der Beendigung des Indochinakrieges 1975 blieb auch von Kambodschas Wirtschaft nicht viel übrig. Über die Hälfte der Reisfelder lagen brach, und die wenigen Industriebetriebe, die Hafenanlagen in Kompong Som, die Eisenbahn-

(1) nach US-Angaben, vgl. China aktuell, August 73, Übersicht 18

Linien und die Brücken waren durch die Bomben der USA zerstört. Zwar sind die Angaben nicht eindeutig, aber schon ihre Größenordnung zeigt, welch hohes Blutopfer auch diesem Volk vom Imperialismus abverlangt wurde: In den fünf Kriegsjahren wurden rd. 800 000 Menschen umgebracht, mehr als 40 000 wurden verstümmelt, nahezu 200 000 verwundet.

Durch den ständigen Flüchtlingsstrom blähte sich die Hauptstadt von ursprünglich rd. 600 000 auf über 3 Mio. Einwohnern auf, d.h. also, daß am Ende des Krieges nahezu die Hälfte der Khmer in ihrer Metropole zusammengefercht vegetierten. Die imperialistische Weltpresse heulte bekanntlich vor Entsetzen und Abscheu auf, als sie von dem Zwangsexodus dieser Menschenanballung erfuhr. Das US-Bombardement trieb die Menschen vom Land in die Städte - die revolutionären Nationalisten mußten sie wieder zurückzwingen. Beide Aktionen waren für die Betroffenen grausam und verheerend, denn beide Male geschahen sie unter schrecklichen Bedingungen, das erste Mal unter dem imperialistischen Bombenhagel und dem Zwang seiner Lokalpolizei, das zweite Mal unter dem Druck des Hungers und dem staatlichen Zwang der frisch installierten revolutionären patriotischen Gewalt. Aber für die imperialistische Propagandamaschine gab es da keine Beziehungen. Sie sah natürlich nur den Terror der Roten Khmer, also vermeintlich des Kommunismus. Hier ergab sich wieder die herrliche Gelegenheit, die bürgerliche Farce von Humanismus und Nächstenliebe voll abzuspielen. Keine Rede von den Massensoldaten im imperialistischen Krieg gegen die südostasiatischen Völker, keine Rede von den unsagbaren Zerstörungen dieser erst schwach industrialisierten Agrargesellschaften. Diese Opfer bemerkte man höchstens dann, als die wahnsinnigen Kriegsausgaben der USA den gesamten imperialistischen Westen infolge der dadurch verursachten Währungskrisen in den Strudel wirtschaftlicher Probleme zu reißen drohten. Bis heute sind diese Herren ja durchweg stolz auf ihre Anstrengungen zur Erhaltung der "Freiheit".

Kambodscha wurde in den nächsten Jahren das Hauptobjekt dieser Menschenfreunde. Hier wurden in der Tat alle lieb gewordenen Werte und Vorstellungen über den Haufen geworfen. Ein Staat ohne Geld, ohne Post, ohne Autos und Motorräder, ohne öffentliche Verkehrsmittel, ohne Telefon, Fernsehen, Bücher und die Städte ausgestorben. Das konnten nur "Kommunisten" verbrochen haben, denen ist bekanntlich alles Unmenschliche zuzutrauen und in Kambodscha betätigten sie sich wahrlich als Inkarnation der "Finsternis" und des "Bösen". Was vorher im Namen der Helden des "Lichts" und der "Vernunft" verbrochen wurde - davon natürlich kein Wort. Es war ein Zentralorgan der imperialistischen Offensive auf den menschlichen Verstand - Reader's Digest -, daß 1977 zuerst verkündete, in den zwei Jahren seit dem Fall von Phnom Penh seien mindestens 1,2 Mio. Menschen ermordet worden. Schnell wurden immer neue Zahlen nachgeschoben, die Journalisten von den zahlreichen Flüchtlingen erfahren haben wollten. Man muß nicht annehmen, daß alle

diese Berichte Fälschungen waren, denn in der Tat legten die Roten Khmer von Anfang an eine äußerst radikale Gangart vor, die sicher viel Schrecken, Elend und auch Tote mit sich brachte. Aber die satten Imperialisten von heute sollten vielleicht manchmal in die Geschichtsbücher schauen: Welches Elend, welcher Terror, welche Qualen gegen die Bevölkerung wird da archiviert - und das über Jahrhunderte. Auch die französische Revolution hat in den wichtigsten vier Jahren mindestens 100 000 Tote produziert - und das mit einer extra für diesen Zweck konstruierten Maschine. Dampfmaschine und Guillotine waren nicht zufällig die beiden Neuerungen, die das industrielle Zeitalter revolutionär einleiteten. Aber haben die vornehmen britischen Gentlemen, die sich schon damals über diese Schlächter in Paris mokierten, weniger Menschenleben auf ihrem Gewissen? Wer es immer noch nicht weiß, der muß es eben ständig auf seinen Spickzettel geschrieben kriegen: Die Errichtung der bürgerlichen Herrschaft war noch stets brutal und äußerst blutig. Die Zerstörung der überkommenen kleinbäuerlichen Wirtschaftsform, die Vernichtung von Kleinhandel und Handwerk ging immer wie eine unbarmherzige Dampfwalze über die Betroffenen hinweg. Und unter unsagbaren Qualen wurde der Großteil dieser entschädigungslos Enteigneten in die Fabriken gepreßt und wenn nötig auch mit Brachialgewalt gezwungen, möglichst viele Stunden ihres Tages zu einem möglichst niedrigen Lohn zu schufteten. Das ist alles noch gar nicht so lange her. Aber es ist immer ergötzlich, wie eilfertig die heutigen Vertreter des Kapitals so tun, als wenn das Jugendsünden fremder Vorgänger wären. Und dieser Prozeß der ständigen Abrichtung für die Fabrikarbeit, der Zerstörung des Menschen wie der Natur setzt sich sowohl in die Tiefe wie in die Breite fort. Er wird erst dann sein Ende finden, wenn diese kapitalistische Grundlage aufgrund der von ihr ständig produzierten Widersprüche revolutionär vernichtet worden ist. Daß dieser kapitalistische Wahnsinn Methode hat und seine ganz spezifische innere Logik, hat die Geschichte noch stets bestätigt. Dafür ist der Krieg der Imperialisten in Südostasien, wie die Diktatur der dortigen Vertreter einer nationalen Erneuerung ein greller Beweis. Aber diese Region ist nur eine der explosiven Zonen der Welt, in der sich die wachsenden Widersprüche des Kapitalismus im Verlauf seiner globalen Ausdehnung ausdrücken. Und sicher werden nicht die Nationalisten von Kambodscha in dem sich abzeichnenden nächsten imperialistischen Krieg zwischen Ost und West die Welt in Schutt und Asche legen. Sie hätten höchstens ihr Volk terrorisieren können, um es endlich in ein Volk von Lohnsklaven zu verwandeln. Die starken Kapitalisten, deren Ideal gerade darin liegt, forcieren ihren Rüstungswettlauf, um so viele Regionen wie möglich auf dieser Erde beherrschen und ausbeuten zu können.

Und daß sie für diesen Anspruch keine Menschenopfer scheuen, haben sie gerade in Südostasien schlagend bewiesen.

Will man aber die "rätselhaften" Vorgänge in Kambodscha begreifen, so muß man sich vor allem

über die materiellen und sozialen Bedingungen im klaren sein. Ein verwüstetes Land, das noch weitgehend von Kleinbauern bearbeitet worden war; eine chaotisch aufgeblähte Hauptstadt, in die sich der Großteil eben dieser Bauern geflüchtet hatte. Der Bombenterror hatte diese einst friedliche und im ewigen Trott der Landarbeit lebende Bevölkerung mit Angst, aber vor allem mit unbändiger Wut und blindem Haß aufgeladen. Haß gegen die Stadt, in der sie sich flüchten mußten, Wut gegen die amerikanischen Bomber, die ihre Existenz zerstörten, aber besonders Wut auf die korrupte eigene Aristokratie, das Militär sowie die Städter im allgemeinen, die durch den Pakt mit dem Imperialismus ihre Daseinsberechtigung zu verlängern suchten. Jetzt fand die alte Mischung aus Fremdheit, Untertanengeist und Unbehagen ihre allgemeine Entladung in einem urwüchsigen Haß der Landbevölkerung auf ihre Unterdrücker in den Städten. Ein Taumel der Rache machte sich Luft, der gewiß den größten Teil der Brutalitäten im ersten Jahr der Befreiung ausmachte.

Um diese soziale Seite dieser Revolution in Kambodscha zu verstehen, die ihr den wüsten Ausdruck von Blut, Rache und Chaos gab, wie man ihn praktisch bei jeder, vor allem von Bauern getragenen Revolution antrifft, muß man sich stets die schon beschriebene Sozialstruktur vergegenwärtigen. Das starke Stadt-Land-Gefälle war keines zwischen Landwirtschaft und Industrie - letztere war ja praktisch kaum vorhanden -, sondern es war der extreme Gegensatz zwischen Landwirtschaft und all den ominösen Gewerben, die die bürgerliche Statistik gewöhnlich unter die Rubrik "Dienstleistungen" einordnet. Hier stand sich wirklich "unproduktive" Administration und Handel - dazu noch überwiegend im Dienst am Imperialismus entstanden und genährt - und "produktive" Landwirtschaft gegenüber. Von der "Friedensbevölkerung" in Phnom Penh mit etwa 600.000 Einwohnern waren dazu rd. 200.000 Vietnamesen und über 100.000 Chinesen, von insgesamt ca. 800.000). Die Kambodschaner stellten also nicht mal die Einwohnermehrheit in ihrer Hauptstadt. Aristokratie und Beamten auf der einen Seite, arme Bauern auf der anderen, zu arm, um auf dem Land ihr Auskommen zu finden, in die Stadt gekommen, weil sie auf einen Arbeitsplatz hofften, oder später hineingebombt wurden. Vom Handels- und Kaufmannssektor waren die Kambodschaner fast völlig ausgeschlossen. Diese Branchen befanden sich hauptsächlich in den Händen von Chinesen und Vietnamesen.

In diesem heraufziehenden und an Kraft immer stärker werdenden Wirbelsturm sozialer Unruhe seitens der Bauern versucht eine andere soziale Kraft ihr Überleben. Junge Intellektuelle, zumeist ausgebildet in Paris, der Bildungsstätte des ehemaligen Kolonialherren, wollen das korrupte Knäuel von einheimischer Aristokratie und fremder Macht gewaltsam zerschlagen. Ohne jegliches Reservoir in den eigenen Reihen der städtischen Bourgeoisie, denn diese ist praktisch nicht vorhanden und wenn, dann kaum für nationalistische Akkumulationsprogramme mit rigoroserem Zuschnitt zu begeistern; ohne

eigentliche bürgerliche Klasse führen diese kleinbürgerlichen Radikalen einen praktisch aussichtslosen Kampf auf Veränderung. Vom autoritären Regime Sihanouks sehr bald in den ländlichen Untergrund abgedrängt, versuchen sie ihr Programm einer Industrialisierung auf der Basis der Landwirtschaft mit Hilfe der einzigen sozialen Schicht, die zählt, umzusetzen - nämlich der Landbevölkerung, der kleinen Bauern und Landarbeiter.

Was diese später als Führer der Roten Khmer berühmt-berüchtigt gewordenen Intellektuellen im großen und ganzen vorhatten, erfährt man vor allem aus einem Dokument: Es handelt sich hier um die Dissertation eines dieser Führer - Khieu Samphan -, die dieser am 13. Mai 1959 unter dem Titel "L'économie du Cambodge et ses problèmes d'industrialisation" (Die Wirtschaft Kambodschas und ihre Industrialisierungsprobleme) an der Pariser Sorbonne einreichte.

Zuerst untersucht Samphan die damalige Wirtschaftsstruktur seines Landes. Der Grund für die sozio-ökonomische Rückständigkeit liege darin, daß sowohl die Landwirtschaft als auch die junge Industrie im Sog des auf die Metropolen hin ausgerichteten Außenhandels stünden, wobei Kambodscha, als der schwächere Teil, stets eine passive Rolle spiele. Diese Beherrschung der kambodschanischen Wirtschaft durch das Ausland habe mit Frankreich begonnen und sich dann seit 1955 zunehmend auf die USA verlagert. Während sich in Europa der Übergang von der Natural- zur Tauschwirtschaft und schließlich zum Kapitalismus über einen langen Zeitraum hin organisch (!) habe entwickeln können, sei dieser Prozeß den Kambodschanern in kürzester Zeit von außen aufgezwungen worden. Kein Zoll und keine nichttarifäre Schranke habe die einheimische Wirtschaft geschützt. Infolge der ungehindert über Kambodscha hereinbrechenden Flut ausländischer Einflüsse sei das Handwerk, soweit es nicht der ausländischen Nachfrage nach Luxusgütern dienstbar war, verkümmert. Auch die junge Industrie habe unter diesem imperialistischen Diktat gestanden. Die Auswirkungen waren eine zwangsläufige Konservierung der traditionellen Landwirtschaft, wie ein aufgeblähter Tertiärsektor in den Städten. Die Einbindung Kambodschas in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung erbege demnach durch Stärkung der vorkapitalistischen Elemente, wie der Begünstigung unproduktiver Berufe und einer allgemeinen Weltmarktorientierung insgesamt eine wachsende Behinderung der eigenen Entwicklung der Produktivkräfte. Die Last dieser imperialistisch verursachten Verzerrungen hätten die verelendenden Bauern zu tragen.

Kaum Wunder, daß bei dieser Diagnose eine Therapie vor allem auf die beiden Parolen "Autarkie" und "produktive Arbeit" abgestellt ist.

"Die Aufgabe, Kampuchea zu industrialisieren", schrieb Khieu Samphan, "setzt vor allem eine andere, mehr fundamentale Entscheidung voraus: entweder Entwicklung innerhalb des Rahmens der internationalen Integration, d.h. innerhalb des Rahmens des freien Außenhandels, oder autonome Entwicklung."

"Internationale Integration hat offenbar der

ökonomischen Entwicklung des Landes rigide Beschränkungen aufgezwungen. Unter den heutigen Umständen würde die Wahl, innerhalb dieses internationalen Rahmens die Entwicklung durchzuführen, bedeuten, daß man sich diesem Mechanismus beugt, wodurch das Handwerk verschwand, vorkapitalistische Strukturen verstärkt wurden und das ökonomische Leben in eine einseitige Richtung gelenkt wurde, nämlich die einer Exportproduktion und eines aufgeblähten Zwischensektors. Um es anders zu sagen: internationaler Integration zustimmen heißt, den Mechanismus der strukturellen Anpassung des jetzt unterentwickelten Landes an die Anforderungen der dominierenden, entwickelten Volkswirtschaften, anzupassen. Internationale Integration akzeptieren heißt: den Mechanismus akzeptieren, der das strukturelle Übergewicht vertieft und der die Instabilität verursacht, die ihrerseits zu gewaltsamen Aufständen führt, nämlich dann, wenn dies unerträglich wird für einen immer größeren Teil der Bevölkerung ... Selbstbewußte, autonome Entwicklung ist deswegen objektiv notwendig."

"Es ist bemerkenswert, daß alle geschichtlichen Erfahrungen in der Vergangenheit sämtlicher fortgeschrittener kapitalistischer Länder die Notwendigkeit bestätigen, die Beziehungen nach außen zu kontrollieren. In der Vergangenheit, während der merkantilistischen Epoche, hat sich die Industrialisierung parallel zum nahezu vollständigen Einfuhrverbot vollzogen. Der Protektionismus hat sich in den kapitalistisch-liberalen Ländern über eine lange Zeit hin ausgedehnt."

Und zum Postulat des Freihandels heißt es: "Gerade hinter diesem abstrakten Prinzip der Freiheit des Außenhandels versteckt sich in Wirklichkeit der Mangel an Freiheit für die nationalen Unternehmer, und es bleibt allein die Freiheit für die ausländischen Gesellschaften. Friedrich List hat das schon zu seiner Zeit bewiesen. Der liberalen Schule wirft List insbesondere vor, so zu tun, als ob die Welt aus isolierten Individuen bestünde, die in voller Freiheit Güter produzieren und austauschen. Einen solchen Zustand jedoch gibt es nicht. In der Praxis scharen sich die Individuen in Nationen, mit deren Wohlergehen sie eng verbunden sind. Die Tatsache, daß eine Nation blüht, heißt zweifellos nicht, daß alle ihre Mitglieder persönlich reich wären. Aber sicher ist, daß die Individuen ihr Schicksal nicht von dem der Nation, der sie angehören, trennen können. Wenn es mit ihr abwärts geht, werden sie die Folgen davon tragen müssen. Wenn sie sich entfaltet, werden sie eher die Gelegenheit haben, ihre Situation verbessert zu sehen. *Das eigentliche Faktum, das die Aufmerksamkeit der Ökonomen auf sich ziehen sollte, ist daher nicht das Individuum, sondern die Nation...* List stellt der liberalen Theorie von den Tauschwerten die Theorie der 'Produktivkräfte' gegenüber; und List ist in diesem Punkt kategorisch: Ein Land kann sich unter einem System des freien Tausches nicht industrialisieren, was auch immer die Ressourcen sein mögen, über die es verfügt."

Im Inneren müsse diese nach außen abgeschottete Wirtschaft dann grundlegend umstrukturiert werden; "Aus unserer Sicht ähnelt das Wesen der zu ergreifenden Maßnahmen mehr einem politischen und sozialen Programm, das darauf angelegt ist, die alten vorkapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen zu zersetzen und ein homogenes national-kapitalistisches System zu begründen, als einem technischen Programm zur Bereitstellung von Finanzmitteln. ... Wir schlagen keineswegs vor, die Klassen verschwinden zu lassen, die die wesentlichsten staatlichen Einnahmen für sich beanspruchen... Die Strukturreform, die wir vorschlagen, ist nicht darauf aus, die Mitwirkung dieser Gruppe zu beenden. Wir meinen, daß man vielmehr ihre Mitwirkungsmöglichkeit umlenken kann und muß, indem man sich darum bemüht, diese Grundbesitzer, Zwischenhändler, Geldverleiher in eine Klasse kapitalistischer Unternehmer umzuwandeln. Man wird sich also darum bemühen müssen, ihre unproduktive Tätigkeit umzulenken, sie dazu zu bringen, an der Produktion teilzunehmen."

"Die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die der schottische Nationalökonom Adam Smith gemacht hat, muß hier sorgfältig in Betracht gezogen werden. Das bedeutet natürlich gar nicht, daß z.B. ein Zivilbeamter oder ein Soldat nutzlos für die Gesellschaft sein würde, sondern es bedeutet: je mehr man die Zahl der Individuen, beschäftigt in der sozialen Organisation, reduziert, um so größer wird die Zahl derer, die zur Produktion beitragen können und um so schneller bereichert sich die Nation."

Man muß diese erhellenden Stellen des "Chefideologen" der Roten Khmer einfach ausführlich zitieren, denn nach dem ganzen imperialistischen Wehgeschrei hält man es wohl nicht für möglich, daß diese "Ungeheuer" überhaupt denken können. (Eine in ihrer Borniertheit penetrante Trotzki-Gruppe meinte gar, diese "Ungeheuer" verkörperten gar lebhaftig die ... Rückkehr zum Feudalismus!) Eines wird sofort ganz klar: Diese allgemein als Marxisten, Kommunisten etc. bezeichneten kleinbürgerlichen Intellektuellen stehen nie und nimmer in der Tradition des "Deutschen" Karl Marx, sondern des Deutschen Friedrich List, der unter dem Schlagwort "Freiheit ist das Ziel, Beschränkung ist die Notwendigkeit" im letzten Jahrhundert gegen die imperialistische Ideologie der Freihändler sein protektionistisches Credo setzte. Die Führer der Roten Khmer sind also geistige Söhne der Vorfahren heutiger Imperialisten, derjenigen Imperialisten, die jetzt in ihnen den personifizierten Teufel des Kommunismus sehen, obwohl sie doch nur Fleisch von ihrem Fleische sein wollten.

Ausführlich zitiert wurden diese Auffassungen von Samphan und damit den Führern der Roten Khmer auch deshalb, weil sie heute so populär sind. Angesichts der wachsenden Ausbeutung der Länder der sog. Dritten Welt durch den westlichen Imperialismus entstehen allenthalben Theorien, die mit Vehemenz immer wieder die gleiche Position eben einer "Abkapselung" der "unterentwickelten" Länder von der Dominanz des vom westlichen Kapital beherrschten Weltmarktes als Allheil-

mittel vorschlagen. Und es ist sicher auch kein Zufall, daß ein Hauptvertreter dieser akademischen "Revolutionäre", der Ägypter Samir Amin, auch nach der Vertreibung der Roten Khmer von deren Radikalität schwärmt und eine Kette neuer "Kampudscheas" für die afrikanische Zukunft voraussagt. Gegen die massive Realität der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals und der wachsenden globalen Kontrolle des westlichen und zunehmend auch des östlichen Imperialismus setzen solche "fortschrittlichen" kleinbürgerlichen Theoretiker ihren Glauben an Autarkie, nationale Akkumulation und sog. autozentrierte Entwicklung. Gegen die kapitalistische Propaganda von Fortschritt und Wohlstand durch Freiheit von Handel und Kapitalinvestitionen, die in der Realität in der Tat nichts anderes erzeugt als wachsende Verelendung und Ausbeutung, heißt die frohe Botschaft auf der anderen Seite: Nur wenn man sich vom Imperialismus zumindest so lange frei machen kann, wie man braucht, um seine Produktivkräfte eigenständig entwickeln zu können, nur dann erringt man Wohlstand und Sicherheit für die Menschheit.

In dieser Hinsicht vertreten beide Seiten nur zwei Seiten einer Medaille. Beide behaupten, im Rahmen und durch den Kapitalismus "das größte Glück für die größte Zahl" erreichen zu können - wie schon der Urahn dieser bürgerlichen Richtungen, Adam Smith, diese elementare Lüge des Kapitals formulierte.

Dagegen setzte der Marxismus schon immer seine wissenschaftliche Wahrheit, daß der Kapitalismus nur Ausbeutung und damit Elend zu bringen habe, und daß mit der Entwicklung des Kapitalismus diese Proletarisierung und Pauperisierung sowohl in die Tiefe als auch in die Breite sich zuspitzen müsse, daß also mit zunehmender Internationalisierung des Kapitalismus immer größere Schichten in den Strudel dieser Produktionsweise hineingeschleudert würden, und sich so die antagonistischen Beziehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie aufgrund einer unumstößlichen Polarisierung von gesellschaftlichem Reichtum und Massenarmut in internationalem Maßstab bis zum revolutionären Bruch entwickeln würden.

Und nichts anderes spielt sich auch in der Realität ab. Die Utopisten des Kapitals müssen immer wieder auf's Neue zur Kenntnis nehmen, daß entgegen ihren Proklamationen die sozialen Gegensätze sowohl innerhalb der "entwickelten" wie "unterentwickelten" Länder als auch zwischen diesen Ländern sich im wachsenden Maße zuspitzen. Und während der Kapitalismus immer schärfer die Entwicklung der Produktivkräfte forciert, um seinen unstillbaren Heißhunger nach Mehrwert zu befriedigen, ist er gerade wegen dieser hochproduktiven Technik immer weniger in der Lage, die pauperisierten Massen in aktive Proletarier zu verwandeln, d.h. an die Maschinen bzw. ins Büro zu zwingen. Während die Imperialisten in ihrer rasenden Manie nach Mehrwert aber wenigstens die ganze Welt in wachsende Unruhe versetzen und angestammte immobile Verhältnisse immer gründlicher unterwühlen, stiften die

Verkünder einer scheinbar radikalen Autarkie nichts als Verwirrung in den Reihen der verelendenden Massen. Sie reden von ökonomischer Unabhängigkeit, stabilen Wirtschaftskreisläufen und angepaßter Technologie - alles Begriffe, die ihren illusionistischen Anachronismus so richtig zur Geltung bringen.

Und gerade in Kambodscha einen konkreten Ansatz oder gar ein Beispiel für die Durchführbarkeit solcher Utopien erblicken zu wollen, mutet angesichts der inzwischen vorliegenden Ergebnisse geradezu tragikomisch an. Es ist aber auch eine totale Fehldeutung der tatsächlichen Entwicklung unter der Pol Pot-Regierung. Verteufelung wie Idealisierung der Roten Khmer stehen auf derselben Grundlage. Sie gehen davon aus, daß die nach der Machteroberung in Kambodscha getroffenen Maßnahmen gewollt und geplant waren. Die einen sehen nur den Terror und die Zwangsmaßnahmen, mit denen die Führer, gestützt auf relativ kleine Streitkräfte, einen Hexenkessel der Panik und der Gewalt in den Griff zu bekommen und der totalen Hungerkatastrophe - mit dem sich daraus wiederum ergebenden Chaos - zu entkommen versuchten. Sie sehen diesen Terror und diese Zwangsmaßnahmen völlig losgelöst von der ökonomischen und sozialen Notlage. Die anderen verwechseln den faktischen Zustand der extremen sozialen Rückständigkeit Kambodschas und die getroffenen Notstandsmaßnahmen mit einem ökonomischen und sozialen Programm.

Doch genügt es, die frühen Thesen Samphans und das Programm der FUNK mit der Wirklichkeit zu konfrontieren, um festzustellen, daß alles ganz anders lief, als sich die Rote-Khmer-Führer erdacht und gewünscht hatten, und daß die späteren programmatischen Erklärungen nichts anderes sind, als ein Versuch im nachhinein - und freilich nur auf dem Papier - aus der Not eine Tugend zu machen.

Die Thesen Samphans haben wir schon zitiert. Die parasitären Agenten des Imperialismus und Blutsauger der Bauern wollte Samphan sicher nicht nur deshalb mit Samthandschuhen anfassen, um seine französischen Professoren nicht zu verschrecken. Er meinte es vielmehr ernst. Denn auch das Programm der FUNK, der nationalen Einheitsfront, war auf ökonomischen Gebiet unentschieden und bar jeder Brutalität. Dort heißt es zur Wirtschaftspolitik u.a.: Beschlagnahme der Ländereien und Güter der Verräter, der aktiven Komplizen im Dienst der US-Imperialisten und der durch Verbrechen am Volk Schuldigen; die beschlagnahmten Ländereien und Güter werden an die bedürftigen Bauern verteilt. - Garantie des Eigentumsrechts der Bauern auf dem Land, das sie bebauen; Einrichtung eines gerechten Systems der Grundrente und des Zinssatzes für Anleihen. - Hilfe für die Bauern bei der Lösung des Agrarproblems, indem eine gerechte Lösung für ungerechte Schulden gefunden wird. Das Programm garantiert im übrigen auch die Eigentumsrechte der "nationalen" Bourgeoisie und die Möglichkeit der Ausbeutung von Lohnarbeit, deren Schutzrechte aber erweitert werden.

Wir haben die verheerende Lage in Kambodscha kurz vor dem Zeitpunkt der Befreiung ansatzwei-

se skizziert. Wie breit und tief die Bauernunruhen auf dem Lande damals auch gewesen sein mögen, bedenken muß man allerdings, daß sich ein Großteil dieser Bauern während der Hauptphase der Kämpfe gezwungenermaßen in der Hauptstadt aufhielt. Die Roten Khmer, ohnehin kaum mehr als 70.000 Mann, kämpften jedenfalls lange Zeit vor allem in den dünnbesiedelten Randgebieten Kambodschas.

Als die Truppen der Roten Khmer sich 1975 der Hauptstadt näherten - wahrscheinlich nur mit ca. 20.000 Mann - war bald klar, daß man diesen heillos aufgeblähten Wasserkopf unbedingt radikal behandeln mußte. Die Schätzungen variieren, doch kann man davon ausgehen, daß von den 7 - 8 Millionen Kambodschanern mindestens 2,5, wahrscheinlich aber über 3 Millionen in der Hauptstadt ("Friedensbevölkerung" wie erwähnt 600.000) zusammengepfercht waren. Durch das Abreißen der Nabelschnur zum Imperialismus lag Phnom Penh als dessen ehemaliger Brückenkopf in der Luft. Eine Möglichkeit, diese wahrhaftige Hölle aus Kollaborateuren und hungernden Flüchtlingsmassen zu kontrollieren oder auch nur zu ernähren, war überhaupt nicht gegeben. Die allgemeine Reisknappheit hatte die Preise in schwindelerregende Höhen getrieben: von 10 Riel pro Kilo im Dezember 1971 auf 125 Riel im Dezember 1973 und weiter Anfang 1975 auf 300 Riel, um Mitte Februar mit 340 den Rekord zu erreichen. Der Rückzug der Imperialisten und das Anrücken der Roten Khmer muß wie ein Doppelsignal gewirkt haben:

Einerseits zum Sturm gegen die verhaßten Parasiten und die Städter im allgemeinen, andererseits zur chaotischen Rückkehr aufs Land. Die Roten Khmer mußten die Stadt evakuieren und den zurückflutenden Strom kanalisieren, um eine totale Katastrophe zu vermeiden. Daß die Heimatvertriebenen auf ihrem Weg aus der Stadt eine breite Blutspur hinter sich ließen (für die Zeit der Roten-Khmer-Regierung ist durchweg von mindestens 1 Million Todesopfer die Rede), war unter den gegebenen Bedingungen unvermeidlich. Es ist bezeichnend, daß der überwiegende Teil der Massaker die Stadtbevölkerung und bestimmte nationale Minderheiten traf: eben Intellektuelle, Militärs des alten Lon-Nol-Regimes, Sihanoukisten, Kapitalisten, Händler etc. und neben den Cham (Moslems) fast ausschließlich die vietnamesischen und chinesischen Minderheiten, auf deren soziale Lage wir bereits hingewiesen haben.

Ob nun spontaner Bauernterror oder durch die Roten Khmer organisierte Hinrichtungen - es handelte sich dabei zum Teil um revolutionäre Gewalt gegen die Stützen des alten Regimes, die als solche nicht gegen, sondern für die Roten Khmer sprechen, zum Teil um Pogrome, welche die Führer höchstens hinnahmen und im Sinne des staatlichen Gewaltmonopols zu lenken versuchten. Es ist aber nicht so wichtig, ob die Führer der Roten Khmer diese Massaker hinnehmen oder anordnen mußten. Entscheidend ist, daß sie durch die materielle Entwicklung gezwungen wurden, gerade jene Schichten, auf die sie sich stützen wollten, zu eliminieren oder eliminieren zu lassen. Dies zusammen mit der Evakuie-

rung der Städte nahm ihnen jeden sozialen Rückhalt außer der Bauernschaft weg. Damit waren sie dieser Bauernschaft, die es für die Verwirklichung ihres "Programms" zu disziplinieren galt, ausgeliefert. Der Konflikt mit ihr war daher für den Zeitpunkt nach der Abwendung der Hungerkatastrophe einprogrammiert.

Die Bauernschaft hat die Evakuierung und alle Maßnahmen mitgetragen, die der Wiederherstellung der Bedingungen des nackten Überlebens wie der Ausmerzung der Fremdenherrschaft dienen. Aber was die unmittelbaren Produktionsverhältnisse angeht, so wollte der Bauern auch in Kambodscha sein Land wieder in der gewohnten Art, selbstgenügsam und möglichst ungestört von städtischen Blutsaugern bestellen können. Er wollte sein Land wieder haben, bzw. die großen Güter und überhaupt den Besitz der Reichen verteilen und sich aneignen. Unter den gegebenen vorkapitalistischen Verhältnissen konnte sein "Programm" nicht das Programm des modernen Farmers sein, sondern nur dasjenige des Selbstversorgers - kleine Bauernhöfe ohne Marktwirtschaft und Geldverkehr. Die Führer der Roten Khmer stützten sich in ihren ursprünglichen und ausgesprochen gemäßigt reformistischen Erklärungen gerade auf dieses "Programm" als Grundlage für die Entfaltung einer Warenproduktion unter Bedingungen weitgehender Autarkie.

Und doch mußte die Frage der Landwirtschaft zunächst ganz anders angepackt werden, da sämtliche ökonomischen wie sozialen Rahmenbedingungen weitgehend zerrüttet waren. Die kleinbürgerlichen Versprechungen der Zeit vor der Befreiung waren nicht zu erfüllen. Man mußte sich auf die Traditionen der gegenseitigen Hilfe und den Überlebenszwang stützen. In einem Land, in dem es historisch - außer in der Provinz Battambang - fast keinen Großgrundbesitz gegeben hatte, wurde nun das gesamte Ackerland kollektiviert. Die Bauern wurden im wahrsten Sinne des Wortes enteignet und unter strengen Bedingungen zum kollektiven Arbeitseinsatz diszipliniert. Mobile Arbeitsteams wurden für Erdarbeiten in den verschiedenen Regionen eingesetzt. Die ganze kambodschanische Wirtschaft wurde so zu einer kruden Plantagen-Ökonomie, zuletzt wurde sogar das Essen reglementiert.

Nachdem das schlimmste Chaos überstanden war, versuchte man durch Beibehaltung und weitere Verschärfung der Kollektivierung diese in der Hungerphase sich eher urwüchsig durchgesetzten Strukturen für sein "Industrialisierungsprogramm" umzusetzen. Aus der Not sollte eine kapitalistische Tugend werden. Dabei sollte der völlige Mangel an solchen "zivilisatorischen" Errungenschaften wie Geld- und Warenverkehr ein ideales, ja klassisches "Trucksystem", d.h. Bezahlung allein in Naturalien, abgeben. Die Bauern wurden in immer neue Produktionsschlachten gezwungen, denn nunmehr sollten Überschüsse für den Export - d.h. für den Austausch mit ausländischen Produktionsmitteln - erzeugt werden, was tatsächlich geschah und die Führer noch weiter anhielt. Das generelle Kommando stand unter der ehernen Losung: "Arbeite hart und versuche, bei einem Minimum an Investitionen ein Maximum an Ergebnissen zu erzielen", und ganz im Vordergrund stand die absolute Arbeitsleistung.

Das Regime war auf diese Errungenschaften so stolz, daß es sie entgegen dem ursprünglich anvisierten Wirtschaftsprogramm und in völliger Verkenntung des tatsächlichen Charakters des "Experiments" sofort in seiner Verfassung festschrieb: "Alle wichtigen Produktionsmittel sind kollektives Eigentum des Volksstaates und das kollektive Eigentum der Volksgemeinschaft. Die Güter des täglichen Bedarfs bleiben persönliches Eigentum des einzelnen." Und in der Präambel heißt es allgemein zum Gesellschaftssystem: "In Anbetracht der Bestrebungen des ganzen Volkes von Kampudschea und der gesamten revolutionären Armee Kampudscheas, die ein unabhängiges, geeintes, friedliches, neutrales, blockfreies und souveränes Kampodscha mit territorialer Integrität und einer Gesellschaft wünschen, in der Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit, wirkliche Demokratie ohne Reiche und Arme, ohne Ausbeuterklasse und ausgebeutete Klasse herrschen (...), in der das ganze Volk in Harmonie und großer nationaler Eintracht lebt und sich zusammenschließt, um an der Produktion teilzunehmen und gemeinsam das Land aufzubauen und zu verteidigen usw. usf." (1)

Auf diese ideologische Wunschliste, deren kleinbürgerliche Natur unverkennbar ist, werden wir noch zurückkommen: Sie ist durch bestimmte "Auslassungen" besonders auffallend.

Die Verwechslung von Wunsch und Realität, die Verklärung dieser Realität zu einem neuen Programm, das man - selbstverständlich - schon immer verfolgt hatte, kommt auch in einem Interview Pol Pots mit türkischen Maoisten sehr deutlich zum Ausdruck: "Sofort nach der Befreiung hat der im Januar 1976 abgehaltene Vierte Kongreß der KPK einen strategischen Plan für den Aufbau des Landes festgelegt. Er sieht vor, daß ab 1977 die arme und rückständige Agrarwirtschaft, die durch den fünfjährigen Aggressionskrieg der US-Imperialisten zerstört wurde, innerhalb von 10 - 15 Jahren in eine moderne Landwirtschaft verwandelt wird, und das Land in einem Zeitraum von 15 - 20 Jahren alle Grundstoffindustrien hat. Wir entwickeln die Landwirtschaft, und das von der Landwirtschaft akkumulierte Kapital verwenden wir zum Aufbau der Industrien, wobei wir entschlossen am Prinzip der Unabhängigkeit, Souveränität und self-reliance festhalten." (2)

Nach der Wiederherstellung eines ausreichenden Produktionsniveaus mußte jedoch die ganze Konstruktion eher früher als später restlos zusammenbrechen. Wer auch nur eine blasse Ahnung von den Wehen der berüchtigten stalinistischen Kollektivierung in Rußland hat - und der russische Staat stand auf einer unvergleichlich höheren gesellschaftlichen Stufe und verfügte über ganz andere Machtmittel -, kann sich leicht vorstellen, wie die dann praktisch völlig in der Luft hängenden intellektuellen Mächteternbahnbrecher des Kapitalismus in Kambodscha in einer Orgie von Gewalt zugrundegehen mußten - es sei denn, sie könnten mit Hilfe einer ausländischen Macht das Chaos in den Griff bekommen und durch eine Reihe von Zugeständnissen an die Bauernschaft stabilere

Zustände schaffen. Höchstwahrscheinlich wären sie aber auch dann erledigt, wie ein Mann, der auf einem wild um sich schlagenden Bullen sich möglichst lange zu halten versucht und dann erschöpft zu Boden stürzt. Die Arenarunde wartete auf jeden Fall schon begierig auf den Ausgang des Trauerspiels.

Nur der Nationalismus, die Bedrohung durch Vietnam, die Angst vor nationaler Unterdrückung und vor der Rückkehr - die tatsächlich geschah - eines großen Teils der geflohenen Funktionäre, Grundbesitzer und Parasiten im Schlepptau der vietnamesischen Armee hielt die Front zusammen. Und wenn das Regime nicht an seinem inneren Widerspruch durch Flucht und Aufstand der Bauernschaft zusammenbrach, so weil es dazu nicht die Zeit hatte. Die vietnamesische Offensive brach noch vor diesem Zeitpunkt, den sie zunächst verzögert hatte, voll durch. Aber selbst dann war die Front offensichtlich schon so brüchig, daß der Widerstand nicht so massiv aufrechterhalten werden konnte, wie es trotz des überwältigenden vietnamesischen Einsatzes zu erwarten gewesen wäre.

Obwohl sie sich in einer "belagerten Festung" wußten, fanden sich die Bauernmassen jedenfalls sehr bald betrogen, worauf auch die zahlreichen Meldungen abstellen, die etwa ab 1977 von zunehmenden politischen Widersprüchen und Kämpfen berichten. Parallel zu den wachsenden sozialen Spannungen verläuft eine Kette von Putschversuchen und Säuberungen, in denen sich die "radikale" Fraktion um Pol Pot behaupten mußte. Es sind das im großen und ganzen die Vertreter derjenigen Linie, die der Bauernbewegung im Inneren mit aller Gewalt das Rückgrat zu brechen versuchten, um der Bedrohung von Außen - vor allem die Annexion durch Vietnam in Form von "besonderen Beziehungen" zu entgehen.

Souveränität, Neutralität, Blockfreiheit - dieses Credo zieht sich als Pendant zur "Autarkie" durch alle Erklärungen hindurch. Aber schon angesichts der ersten Offensive der Vietnamesen muß den Führern der Roten Khmer wohl langsam klar geworden sein, daß diese schönen Worte in unserer unschönen Welt nur eine Bedeutung haben konnten, nämlich sich unter den Schutz der Volksrepublik China zu begeben. In dem Interview Pol Pots, das wir eben zitiert haben, tritt ein merkwürdiges Kürzel auf: KPK. Das bedeutet Kommunistische Partei Kampudscheas. Und doch hatten die Roten Khmer - zur grenzenlosen Verwunderung der bürgerlichen Kommentatoren - nie versucht, ihre Erklärungen oder ihre Verfassung mit marxistischem oder pseudomarxistischem Vokabular zu verbrämen - was uns sicherlich sehr sympathisch ist. Im Gegenteil, sie haben eine offensichtliche und pedantische Abneigung gegen diese Begriffe zur Schau gestellt. Weder von "Vorhut des Proletariats" bzw. "Kommunistischer Partei" noch von "proletarischem Internationalismus", weder von "klassenloser Gesellschaft" noch von "Diktatur des Proletariats", aber auch nicht von "neudemokratischer Revolution", "Massenlinie", "Schaffung eines neuen Menschen", "friedlicher Koexistenz" usw. usf. war je die Rede gewesen. Mußten ähnliche Inhalte zum Ausdruck gebracht werden, so wurden sie mit anderen Worten umschrieben. Dies geschah aber nicht, weil die Pol-Pot-Leute besonders ehrlich gewesen seien und uns Marxisten einen Gefallen tun wollten. Dies geschah, puchea in Berlin (DDR), Juni 1976

(2) Third World Unity, New Dehli, Nr. 14, Febr. 79

(1) in "Ein Jahr Demokratisches Kampuchea", hrsg. v. der Botschaft des Demokratischen Kam-

weil sie in ihrem verbissenen Nationalismus selbst im Sprachgebrauch deutlich von den sich "sozialistisch" ausgebenden Nachbarn Vietnam, aber auch China distanzieren wollten. Der nationale Charakter all dieser Revolutionen und Staaten, der nationale Charakter ihrer Auseinandersetzungen und ihrer ganzen Politik kommt selbst darin zum Ausdruck, daß sich das schwächste Glied aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen sieht, auf das "marxistische" oder "sozialistische" Mäntelchen für das kapitalistische Programm zu verzichten! Soweit ist es gekommen mit dem "Sozialismus in einem Land"! Und die Übernahme des "marxistischen" Vokabulars ist hier ein Zeichen für die Preisgabe der so heiligen nationalen Souveränität. Hatte man bislang wie gesagt in keiner Verlautbarung irgendetwas über eine Partei oder über revolutionäre Stadien vernommen (es war immer von einer "Revolutionären Organisation" und übrigens sogar von "Angkor-Traditionen" die Rede), so erzählte Pol Pot am 27. September 1977 seinem staunenden Volk und allen, die es wissen wollten, folgende Geschichte: Schon seit dem 30. September 1960 gäbe es in Kambodscha diese KPK und sie habe dieses Wunderwerk einer national-demokratischen Revolution vollbracht. Er erzählte es einen Tag

vor Abflug nach Peking, wovon er, auf verlorenem Posten gegen die Vietnamesen kämpfend, spätestens seitdem völlig abhängig ist.

Als "Spielball fremder Mächte" gingen die nationalistischen Intellektuellen Kambodschas unter. Die Bauernschaft, unter dem Druck der imperialistischen Raserei und ihrer Folgen wie inzwischen unter dem Druck der nationalen Expansion Vietnams weitgehend dezimiert, ist ein Beispiel für das Schicksal, das die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Entstehung und Entwicklung den kleinen und schwachen Völkern vorbehält. Solchen Völkern würde und wird allein das Proletariat das Selbstbestimmungsrecht sichern, weil es im Gegensatz zur Bourgeoisie keine nationalen Privilegien sucht, sondern abschaffen will, weil es im Gegensatz zur Bourgeoisie die freiwillige Vereinigung schaffen kann, denn im Gegensatz zur Bourgeoisie befreit es sich nicht durch die Ausbeutung anderer, sondern durch die Abschaffung jeder Ausbeutung.

(wird durch ein Kapitel über die Expansion Vietnams nach Laos und Kambodscha und über den chinesisch-vietnamesischen Krieg ergänzt)

el oumami

n° 9

EN LANGUE FRANÇAISE

- 1er mai : Pour l'union combattante des rangs prolétariens!
- Austérité et répression en Algérie.
- Immigration : Sur la deuxième génération; la grève des nettoyeurs du métro; agitation contre l'expulsion d'étudiants étrangers.
- Maghreb : Contre la répression bourgeoise en Tunisie; 15 ans après les événements du 23 mars 1965 au Maroc; la Gestion « socialiste » en Algérie; l'UGTA au service de l'Etat bourgeois.
- International : Le Zimbabwe otage de l'impérialisme; Tchad, Mali.
- Théorie : Parti révolutionnaire et luttes économiques.
- Politique : La IV^e Internationale et la Palestine.

EN LANGUE ARABE

- Affrontements de classes en Turquie.
- La question syndicale en Tunisie.
- Parti de classe et organisations ouvrières.

Vient de paraître

programme communiste

n° 82

- L'ère des guerres et des révolutions
- Le rôle de la nation dans l'histoire
- L'Afrique proie des impérialismes :
- 4. La mainmise sur les matières premières (suite et fin)
- L'Ulster, dernière colonie anglaise

EL PROGRAMA COMUNISTA

n° 33

ENERO - MARZO de 1980

- ACUERDATE DE LAS DOS GUERRAS IMPERIALISTAS I
- SIGUIENDO EL HILO DEL TIEMPO: Introducción - La "invasión" histórica del marxismo - El falso recurso del activismo - Teoría y acción - El programa revolucionario inmediato - Las revoluciones múltiples - La revolución capitalista ocidental.
- LA CUESTION AGRARIA. ELEMENTOS MARXISTAS DEL PROBLEMA (y II).
- EL VOLCAN DEL MEDIO ORIENTE: El largo calvario de la transformación de los campesinos palestinos en proletarios.
- NOTA DE LECTURA: ETA, o la imposible amalgama de nacionalismo y comunismo.

DAS ZEITALTER DER KRIEGE UND DER REVOLUTIONEN

(FORTSETZUNG VON SEITE 3)

Infolge der allgemeinen Zerschlagung des Proletariats wie der Verjüngungskur, die das zweite imperialistische Gemetzel für das Kapital bedeutet hat, kannte das Zeitalter der Kriege und der Revolutionen jahrelang eine *endemische* Phase. Heute beginnt eine neue *eruptive* Phase. Der Weltkapitalismus steuert einem neuen allgemeinen Ausbruch der Widersprüche und Antagonismen, die er auf ständig wachsender Stufenleiter produziert, entgegen. Weit davon entfernt, vor diesem Ausbruch zu erzittern, weit davon entfernt, vom Frieden, dieser Luftspiegelung, zu träumen, muß sich das Proletariat darauf vorbereiten, ihm siegreich zu begegnen.

Dem imperialistischen Krieg kann das Proletariat nur *seinen Klassenkrieg* entgegenstellen. Den immer schneller erfolgenden imperialistischen Kriegsvorbereitungen muß es dringend seine *eigene revolutionäre Vorbereitung* entgegenstellen. Bereits heute muß es laut und vernehmlich die alte Parole des Klassenkrieges verkünden: "*Der Feind steht im eigenen Land!*" Bereits heute muß es sich politisch und materiell auf den *revolutionären Defätismus* vorbereiten; sich darauf vorbereiten, sollte es ihm nicht gelingen, den Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges zu verhindern, ihn in den *Bürgerkrieg* für den Sturz der bürgerlichen Herrschaft und die Errichtung seiner eigenen Diktatur zu verwandeln.

Entwicklung und Rolle des kleinbürgerlichen Antimperialismus am Beispiel der FSLN in Nicaragua

Eine knappe prinzipielle Einschätzung der Ereignisse in Nicaragua haben wir bereits nach dem ersten und brutal erstickten Aufstand des Jahres 1978 abgegeben. ("Lehren eines niedergeschlagenen Aufstands", KP Nr. 21, März 1979). Der Sturz Somozas führte inzwischen zu einer Welle der Euphorie, die freilich schon wieder abklingt und im Fall der hiesigen "Linken" durch die übliche Oberflächlichkeit und Desinformation, ja durch mangelndes Interesse für die *tatsächlichen* Ereignisse und Ergebnisse geprägt wird. Die Entwicklung, die zum Sturz Somozas führte - und die eine zusätzliche Bestätigung für unsere keineswegs "euphorische" Auffassung lieferte -, hat jedoch für ernsthafte Revolutionäre eine Bedeutung, die weit über Nicaragua und selbst Lateinamerika hinausgeht. Sie erlaubt uns, am Beispiel der sandinistischen Befreiungsfront FSLN den kläglichen Werdegang und die wirkliche Aktion der demokratisch-antiimperialistischen Organisationen, die in allen Ländern der sogenannten "Dritten Welt" vorhanden und mehr oder weniger einflußreich sind, *vor dem Hintergrund einer gewaltigen Massenbewegung* zu beobachten. Deshalb kommen wir etwas ausführlicher auf Nicaragua zurück. Es ist eine bittere Lehre, die sich als ergiebig erweisen wird, und sie hat für andere Länder die Aktualität eines Alarmsignals. Die drei Artikel, die wir nachstehend als Rückblick veröffentlichten, konnten wir "El Proletario", unserem spanisch-sprachigen Bulletin für Lateinamerika, entnehmen. Dies ist für uns besonders ermutigend - ein Blick in die Zukunft.

o o o

Der Kampf der nicaraguanischen Massen (Dezember 1978)

1936 durch den amerikanischen Imperialismus an die Macht gehievt, wurde das Somoza-Regime, dieses traditionelle Schreckgespenst der lateinamerikanischen "Linken", mehrmals durch heftige soziale Bewegungen erschüttert. Schließlich entstanden durch das katastrophale Erdbeben von 1972 mit seinen verheerenden sozialen Folgen unheilbare Risse am ganzen Gefüge des Regimes. Der Wiederaufbau des Landes - und insbesondere von Managua, das größte Geschäft in der Geschichte Nicaraguas - wurde für die Somozas zu einer Quelle sagenhafter Profite, während das ohnehin unerträgliche Elend der Massen sich infolge der Naturkatastrophe noch weiter zuspitzte.

Diese Verschärfung des Elends führte unmittelbar zu den sozialen Unruhen der Jahre 1973-74, an deren Spitze die sehr kleine, aber kämpferische Arbeiterklasse und insbesondere die Bauarbeiter standen. Wie stark diese Kämpfe gewesen sind, kann man daran ermessen, daß das Arbeitsministerium sich zum ersten Mal gezwungen sah, bestimmte Streiks für "legal" zu erklären. Erst am Ende dieser Welle der sozialen Bewegung trat die schon Jahre zuvor gegründete FSLN wieder auf und führte eine ihrer spektakulärsten Taten durch, die Entführung fast des gesamten Ministerrates am 27. Dezember 1974. Um seine Minister wieder frei zu bekommen, mußte der "Diktator" alle Forderungen (Freilassung von politischen Gefangenen usw.) erfüllen.

Nach dem Rückfluß der sozialen Bewegung ging Somoza zum heftigen Gegenangriff über, und das hieß Militärgerichte, Kriegsrecht, brutale Zerschlagung jedes Ansatzes eines Lohnkampfes, vollständige Zensur aller Medien. Von den "counter insurgency"-Fachleuten aus Fort Gulick beraten, entfesselte er zugleich eine entschlossene Antiguerilla-Operation. Um die FSLN zu isolieren, wurde die ganze Bevölkerung aus den "betroffenen Gebieten" entfernt, Hunderte von Bauernfamilien wurden in Konzentrationslagern interniert. Bilanz der Operation: rund 4000 tote oder verschwundene Bauern.

Mitte 1977 brach eine neue Welle sozialer Unruhen und Arbeiterkämpfe aus. Wieschon früher ist es diese *spontane* Volksbewegung, die der sandinistischen Guerilla einen neuen Impuls verleiht. Diese ging der Bewegung nie voraus, sondern folgte ihr nach, und zwar selbst vom chronologischen Standpunkt. Auch die bürgerliche Opposition fühlte sich von diesen Unruhen angestachelt und begann eine lebhaftere Aktivität, um die gärende Rebellion des Volkes auf das Ziel einer Absetzung von Somoza zu kanalisieren.

Nun wurde am 10. Januar 1978 der Journalist Pedro Joaquín Chamorro, Führer der *konservativen* Opposition, voraussichtlicher Kandidat der bürgerlichen Opposition für die Nachfolge Somozas an der Regierung und (wie selbst "Franja", eine in Belgien veröffentlichte Zeitschrift lateinamerikanischer Exilierter, am 15. März 1978 erklären mußte) gern gesehener Gast der amerikanischen Botschaft, auf Befehl von Somoza ermordet. Dies war der Auslöser des Volkszornes, für dessen Ausbruch es nur noch eines "Anlasses" bedurfte hatte.

Am folgenden Tag waren die Straßen Managuas durch erhitzte Demonstranten besetzt. Der lo-

dernde Haß gegen Elend und Unterdrückung verwandelte sich nicht sinnbildlich, sondern tatsächlich in Feuer, amerikanische Firmen (First National City Bank und Bank of America) und Somoza-Betriebe (Textilfabrik El Porvenir, Banco Centroamericano und die makabre Plasmafäresis, Somozas Unternehmen für die Ausfuhr von Blutplasma) gingen in Flammen auf.

Im Bestreben, die von Streiks begleitete und sich ausbreitende Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen, rief die bürgerliche Opposition (politische Parteien und selbst der Unternehmerverband) zusammen mit den Gewerkschaften und den Studentenorganisationen zu einem Generalstreik ab dem 24. Januar auf.

Der Abgrund zwischen dieser Opposition, deren erste Sorge die Erhaltung des status quo ist, und den reservelosen Massen, die nach dem Bruch dieses status quo drängen, wurde wieder offensichtlich. Während die Herrschaften endlos miteinander verhandelten und abwarteten, daß Somoza (aber natürlich nicht bevor er die Ordnung wiederhergestellt haben würde!) selbstloserweise abdankt, gingen die Massen auf die Straßen und schlugen sich zwei Wochen lang *ganz allein* mit der Nationalgarde.

Angesichts der Breite der Bewegung rief Somoza am 28. Januar den Notstand aus. Am darauffolgenden Tag erklärten die Kirche und die Industrie- und Handelskammer ihre Unterstützung für den Streik. Sie mußten sich ja in den Augen der Massen von Somoza abgrenzen, wobei eine feierliche Erklärung, alles zu unternehmen, um eine demokratische Alternative zu ermöglichen, bei dieser Gelegenheit nicht fehlen konnte. Es ist aber klar, daß sie keinen einzigen Finger ihrer mächtigen Hände gerührt haben, um das Massaker, das gerade abließ, zu unterbinden, oder um die Massen zu unterstützen (Wie? Zum Beispiel durch ihre Bewaffnung, was sie ohne materielle Schwierigkeiten hätten machen können!). Allein auf sich gestellt und ohne Waffen wurden die Massen wieder einmal durch die Nationalgarde niedergeschlagen.

Die Bewegung einmal erstickt, verließ die bürgerliche Opposition ihre Villen, um sich in einer "Breiten Front" zu vereinigen; sie verlangte die "Amtsniederlegung des Diktators" im Laufe eines "friedlichen Übergangs", dessen Überwachung selbstverständlich von der amerikanischen Botschaft übernommen werden sollte. Die Hoffnung trugte. Die kräftige Stimme der Massen meldete sich und überdeckte das Geflüster in den Vorzimmern der Paläste: Ende Februar findet der Aufstand von Masaya (einer 27 km von Managua entfernten Stadt) statt. Wieder spielen die reservelosen Massen der Stroh- und Holzhütten die Hauptrolle, so die Massen des Indianerviertels Monimbö, einem alten religiösen Zentrum aus der vorkolumbianischen Zeit, wo der Aufstand begann.

Die Gewalt und Entschlossenheit dieser Massen war so einmalig, daß die Nationalgarde sie nicht beherrschen konnte. Sie mußte Managua um Stärkung bitten. Erst der Eingriff der Infanterie mit Brandbomben und Leichtkanonen, unterstützt von Panzern und Hubschraubern, konnte die Proletarier, die nur mit Steinen,

Knüppeln, Macheten, einigen Revolvern und äußerst selten mit 22er Gewehren bewaffnet waren, bezwingen. Bilanz der Repression: 200 Tote, Hunderte von Verwundeten und Verschwundenen, fast vollständige Vernichtung von Monimbö durch die Artillerie und die Brandbomben - Zeugen erzählen, daß etliche Einwohner als lebende Fackel den Tod fanden.

Wie immer trat die Opposition nach der Beendigung des Massakers, das zu verhindern sie wieder einmal nichts unternommen hatte, triumphalistisch an die Öffentlichkeit, um zum x-ten Mal - diesmal durch den Aufruf zum Generalstreik für den 1. März - ihre Komplizenschaft mit Somozas Aktion zur Erhaltung der Ordnung zu verschleiern.

DAS SCHEITERN DER BÜRGERLICHEN PLÄNE

Der relative soziale Frieden, den man dazu ausnutzte, um die Vorbereitungen eines friedlichen Übergangs zur Nach-Somoza-Zeit fortzusetzen, hielt nicht lange. Wie zu Jahresbeginn wartete die angehäuften Spannung nur auf einen Explosionsanlaß. Diesen lieferte diesmal die FSLN.

Nach den Februarunruhen hatte die FSLN eine Reihe punktueller Aktionen gegen das Regime intensiviert, die jetzt am 22. August in der Wiederholung ihrer Tat vom Dezember 1974 (freilich wurden diesmal nicht Minister, sondern Parlamentarier entführt) gipfelte. Dasselbe Bild früherer Ereignisse zeichnete sich ab, seine Farben waren aber düsterer und tragischer.

Unmittelbar nach dem Angriff rief die "Breite Oppositionsfront" (Frente Amplio Opositor = FAO) zum Generalstreik auf. Wie ein Führer der FAO selbst erklärte (an "El Pais" vom 11. September 1978) hatte sie diesen Streik schon *in allen Einzelheiten* für den Beginn der Woche, in der die spektakuläre Aktion der Sandinisten stattfand, vorbereitet, doch diese Aktion veranlaßte die illustren "Streikenden" dazu, ihren Kampf aufzuschieben, ohne Zweifel um Somoza nicht mit zwei ernsthaften Problemen zur gleichen Zeit zu plagen. Diesem Streikaufruf schlossen sich die nicaraguanischen Handelskammern, denen nicht allein private, sondern auch *halboffizielle* Organisationen angehören, das Entwicklungsinstitut Nicaraguas, an dem der ganze private Wirtschaftssektor beteiligt ist, und selbstverständlich auch die Kirche an.

Die FAO wollte verhindern, daß sich die Massen radikalisierten und unter dem Banner des bewaffneten und (freilich nur verbalen) "antikapitalistischen" Kampfes der FSLN marschieren (wir werden sehen, wie die FSLN später selbst den "antikapitalistischen" Anspruch aufgeben wird). In einer internationalen Pressekonferenz erklärten die Führer der FAO am 28. August mit Nachdruck, daß die Lösung "nicht in der Gewalt liegt"; der FSLN warfen sie trotz Anerkennung ihrer "Fähigkeit und Kühnheit" vor, "nur über das Mittel des Gewehres zu verfügen, und dies ist nicht der Weg zum Wechsel in Nicaragua" ("El Pais", 29.8.79). Die Auffassung der nicaraguanischen Bourgeois-

sie faßte der Führer des privaten Unternehmertums Alfonso Robelo in der Erklärung zusammen, der Sieg über Somoza werde "mit einem Mindestmaß an Gewalt und einem Höchstmaß an Ordnung im Volke" erreicht (ebda.).

Indes schritten die Massen zum Aufstand, der sich aufs ganze Land nach und nach ausbreitete und die infame Streikpantomine der Bourgeoisie zum Scheitern führte. Als erstes explodierte Matagalpa. Seit Ende August verhinderten Bauern und sehr junge Schüler mit ihrer improvisierten Bewaffnung, daß die schwerbewaffnete Nationalgarde in die Stadt hineinkam. Die Luftwaffe mußte eingesetzt werden, um diese Stadt unter Kontrolle zu bringen. Eine Woche danach - Somoza fühlte sich schon als Sieger, und die "streiklustigen" Bourgeois fühlten sich, wie wir stark vermuten, erleichtert - erhob sich wieder die Indianerstadt Masaya trotz des kürzlichen Blutbades und mit ihr zusammen Chinadonga, León und Estelí. Der bewaffnete Kampf sollte bis Ende September andauern, als die Sandinisten den Streifen an der Grenze zu Costa Rica, wo sie am 17. September die Stadt Peñas Blancas erobert hatten, verlassen mußten. Im Laufe dieser Tage, genauer am 9. September, rief die FSLN zum allgemeinen Aufstand auf.

Doch war dieser Aufruf nicht der Auslöser des Aufstandes, sondern im Grunde eine Art Feststellung eines unabhängig von der FSLN bestehenden Zustandes. Der allgemeine Aufstand war in der Tat spontan gewesen, und die FSLN hat nichts anderes getan, als sich ihm anzuschließen. Dies gaben die Sandinisten selber zu, als sie erklärten, überrascht und unvorbereitet gewesen zu sein (siehe KP Nr. 21), und die zitierte Zeitschrift "Franja" schreibt ergänzend zu diesem letzten Punkt, die Sandinisten hätten in der Mitte des Jahres nur über einige hundert Mitglieder verfügt.

Selbstredend war dort, wo die Sandinisten präsent waren, der Kampf heftiger und der Widerstand gegen die Regierungskräfte stärker, und dies ist leicht verständlich. Um diesen schwerbewaffneten und von den amerikanischen Fachleuten aus Fort Gulick ausgezeichnet ausgebildeten Kräften entgegenzutreten zu können, muß man über ein Minimum an Militärorganisation und an *technischen* Kenntnissen und Erfahrungen verfügen, und dies war allein bei den Sandinisten der Fall; die Massen verfügten nur über ihren Mut, ihre glühende Entschlossenheit und einige Macheten.

Wenn sich aber die FSLN militärisch den Aufständischen anschloß, so stand sie *politisch* immer im Fahrwasser der Bourgeoisie, an die sie durch die "Gruppe der Zwölf" gebunden war.

DIE HEUCHELEI DER BOURGEOISIE UND DER "FORTSCHRITTLICHEN REGIERUNGEN"

Wie bei früheren Gelegenheiten verließ die bürgerliche Opposition erst nach Wiederherstellung eines "Höchstmaßes an Ordnung im Volke" die Kulissen der "hohen Politik", um sich ins Rampenlicht zu begeben. Ein kurzer Blick

auf die Folge der Ereignisse genügt, um sich davon zu überzeugen. Im Laufe der drei ersten Septemberwochen, als der bewaffnete Kampf tobte, nahm die Bourgeoisie keine klare Stellung, sondern beschränkte sich darauf, Gerüchte über alle denkbaren und undenkbaeren Hypothesen für eine Ablösung Somozas zu verbreiten. Nachdem Peñas Blancas, der letzte Aufstandsherd, am 19. - 20. September praktisch wieder unter Kontrolle der Regierung stand, bildete die FAO am 22. September eine provisorische Regierung mit dem unvermeidlichen Alfonso Robelo und ähnlichen Gestalten. Da aber die Lage noch nicht 100%ig sicher war, betonte sie zugleich ihre feste Haltung, "keine direkten Gespräche mit Somoza aufzunehmen", d.h. diese Gespräche nur über Dritte zu führen. Am 26. September waren dann der Aufstand und die Guerilla vollkommen bezwungen. Am selben Tag brach die Bourgeoisie ihren Streik ab und am nächsten Tag zeigte sie sich nicht mehr so unnachgiebig gegenüber Somoza, denn im Prinzip akzeptierte sie Gespräche mit ihm. Um das Gesicht nicht zu verlieren, stellte sie allerdings eine Bedingung, nämlich die Aufhebung der Pressezensur und die Freilassung der politischen Gefangenen (es handelte sich nur um einige Unternehmer und andere Anfang des Monats festgenommene Bourgeois, da die Arbeiter und Bauern nicht gefangenengenommen, sondern auf den Straßen summarisch liquidiert wurden). Als guter Spieler befreite Somoza am nächsten Tag die politischen Gefangenen, die beim Verlassen der Strafanstalt erklären, gut behandelt und niemals gefoltert worden zu sein ("Il Mattino", 29.9.78). Da aber schließlich doch der gemeinsame Herr, d.h. der amerikanische Imperialismus, die Sache entscheiden wird, entschließen sich die FAO und Somoza dazu, eine Verhandlungskommission unter den Auspizien der USA zu akzeptieren.

Die Heuchelei der bürgerlichen Opposition wird womöglich noch übertroffen durch die vermeintliche Solidarität der Regierungen gewisser Nachbarländer, vor allem Venezuelas, Panamas und Costa Ricas. Venezuela hat die außerordentliche Versammlung der Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA), die es selbst einberufen hatte, um Somoza unter Druck zu setzen, verschoben, bis der Aufstand niedergeschlagen war. Der Zweck liegt auf der Hand: Somoza sollte freie Hand behalten, um die Ordnung blutig wiederherzustellen.

Am 15. September ließ Venezuela seine Flugzeuge, und Panama seine Hubschrauber starten und in... Costa Rica friedlich landen, wo sie auch blieben, anstatt gegen die Luftwaffe Nicaraguas, die gerade dabei ist, die Aufständischen zu zerbomben, den Kampf aufzunehmen. Doch blieb es Costa Rica beschieden, den besten Beweis für die Solidarität zu liefern, welche die lateinamerikanischen Völker von den demokratischen Regierungen des Kontinents zu erwarten haben. Nachdem es eine gewisse Sympathie für die Aufständischen bekundet hatte, begann es am 26. September 1978 eine "Säuberungsoperation", um jene Aufständischen festzunehmen, die auf der Flucht vor dem Massaker durch die Truppen Somozas die Grenze überschritten hatten. Für diese "Solidaritätsaktion" hat Costa Rica natürlich einen Großeinsatz seiner "Guardia Civil" organisiert.

Die traurige Laufbahn der FSLN (Mai 1979)

Die bürgerliche wie die vermeintlich revolutionäre Presse verbreiten die Meinung, daß die sozialen Unruhen, die Nicaragua seit Beginn der 70er Jahre erschütterten - und insbesondere der Aufstand vom August - September 1978 - von der Sandinistischen Front initiiert wurden. Aus der Schilderung dieser Kämpfe in ihrer Entwicklung konnten wir ersehen, daß dem nicht so war. Selbst chronologisch folgte die Aktion der FSLN immer der *spontanen Bewegung* der ausgebeuteten Massen nach, die sie *nie* organisiert oder politisch und militärisch vorbereitet hat. Ihr Guerillakampf lief immer ohne ernsthafte Verbindung zur *realen Bewegung* der werktätigen Massen auf dem Lande (denen sie, wie jeder gute Guerillaanhänger, eine grundlegende Bedeutung beimißt) oder gar der Städte, die ja in den Volksaufständen die entscheidende Rolle gespielt haben.

Der Eindruck einer Führung der Bewegung, der sich an der Oberfläche herstellt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen der FSLN und den ausgebeuteten Massen ein unauslöschlicher Trennungsstrich läuft und, was noch wichtiger ist, daß die geschichtlichen Bewegungen, die Laufbahnen der FSLN und der ausgebeuteten Massen dazu verurteilt sind, *unumkehrbar auseinandenzulaufen*. Allein die Tatsache, daß die Sozialistische Internationale und selbst die katholische Kirche, diese zwei Gendarmen der kapitalistischen Weltordnung, die bewaffnete Gewalt seitens der FSLN befürwortet, gerechtfertigt und sogar gelobt haben, dürfte ausreichen, um den revolutionären Charakter dieser Organisation in Frage zu stellen. Doch entscheidender als klarer Beweis für den Graben zwischen FSLN und Revolution ist ihre Tendenz, sich immer entschlossener ins Fahrwasser der bürgerlichen Opposition zu begeben, deren antirevolutionäre Rolle wir verfolgen konnten.

VON DER GUERILLA-ROMANTIK ZUM BÜRGERLICHEN REFORMISMUS

Diese Tendenz springt ins Auge, wenn man die romantischen Vorstellungen, denen die Guerilla vor dem Ausbruch der sozialen Krise in den poetischen Gipfeln des tropischen Gebirges nachhing, mit den Positionen vergleicht, die sie *danach* immer deutlicher bezieht.

Natürlich lag schon in den ursprünglichen Positionen der Keim für dieses spätere Abgleiten verborgen, denn ihr Inhalt war kleinbürgerlich und äußerte sich als solcher klar in den demokratischen Grundsätzen, im Volksfrontprinzip und auch im Nationalismus, der durch die Verkündung des kontinentalen Cha-

racters des revolutionären Kampfes deutlich durchschimmerte. Doch immerhin trat in jener Periode die versöhnliche Seite hinter der revolutionären zurück. Schauen wir uns also an, wie sich diese Entwicklung zum plattesten bürgerlichen Reformismus auf programmatischer Ebene vollzogen hat.

Das Programm der FSLN von 1969 erklärte folgendermaßen das Ziel der Organisation: "Die FSLN ist eine politisch-militärische Organisation mit dem Ziel, die Macht durch die Zerschlagung des bürokratischen und militärischen Apparates der Diktatur und die Errichtung einer revolutionären Regierung auf der Grundlage eines Bündnisses der Arbeiter und Bauern und der Mitwirkung aller antiimperialistischen Kräfte des Landes zu erobern."

Indes brach die ökonomische und soziale Krise aus und rief die von den Sandinisten als Grundlage der revolutionären Regierung betrachteten Arbeiter- und Bauernmassen auf den Plan. Man sah sich gezwungen, die revolutionären Worte in revolutionäre Taten umzusetzen. Mit der Wirklichkeit konfrontiert, löste sich der antiimperialistische Guerillero-Traum auf - und die Sandinisten haben schließlich ihre Worte ... umgewandelt. Als 1977 eine neue und mächtige Welle sozialer Unruhen begann und die FSLN durch ihren "Terceirista"-Flügel eine - wie man zu sagen pflegt - "neue Periode" ihrer Aktion eröffnete, war also von dem auf die Arbeiterklasse und die Bauernschaft gestützten Kampf um die Macht nicht mehr die Rede. Die Entwicklung der Guerilla-Aktionen vollzieht sich nunmehr im Gegenteil unter dem Zeichen des Bündnisses mit der bürgerlichen Opposition.

Die "Terceiristas", die sich von der Tendenz abgespalten hatten, die seitdem unter dem Namen "Langer Volkskrieg" bekannt wurde, begannen in der Tat ihre neue Angriffsphase am 12. Oktober 1977, also in denselben Tagen, in denen die "Erklärung der Zwölf" erschienen war. Die Autoren dieser Erklärung - die "Gruppe der Zwölf" - wurden im April 1978 von "Lucha Sandinista" selbst wie folgt charakterisiert: "Freiberufliche, Intellektuelle, Unternehmer und Geistliche", kurzum die Creme der Bourgeoisie. Durch die "Gruppe der Zwölf" werden die Sandinisten ihre Bindungen zur Großbourgeoisie knüpfen, und diese Bindungen werden durch immer größere Abstriche von ihrem Programm begleitet werden.

So wird der frühere antiimperialistische und antioligarchische Kampf auf der Grundlage des Arbeiter- und Bauernbündnisses beiseite geschoben. An dessen Stelle tritt der Kampf gegen *Somoza*, der nicht mehr auf deutlich gekennzeichneten *Klassen*, sondern auf einem Bündnis mit allen *Somozagegnern* beruht. Diese Haltung wird von den "Terceiristas" seit ihrer sofortigen Antwort auf die "Erklärung der Zwölf" eingenommen: "Wir nehmen die Aufforderung zur Teilnahme an einer *nationalen Lösung* entsprechend dem Dokument unserer zwölf Mitbürger an. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß es in Nicaragua keine Lösung geben kann, bevor Somoza und sein Regime verschwun-

den sind (...). Somoza muß gehen, und kein Somoza darf in den Reihen der Armee und der Regierung bleiben. Man nehme den unheilvollen Apparat der Korruption und des Verbrechens, den die Diktatur darstellt, auseinander. Dann wird die FSLN bereit sein, sich mit allen anderen ehrlichen, patriotischen und gegen Somoza eingestellten Sektoren des Landes an der Suche nach einer nationalen Lösung zu beteiligen. (...) Unser unmittelbares Ziel besteht darin zu erreichen, daß Nicaragua von der Somoza-Diktatur befreit wird und das Land den Weg einer wirklich demokratischen Entwicklung einschlägt" (zitiert in "Che Guevara", Nr. 3, Organ der Junta de Coordinación Revolucionaria).

Man hat sich vom Programm von 1969 meilenweit entfernt! Es geht nicht mehr darum, den bürokratischen und militärischen Apparat zu zerschlagen, sondern die Somozas daraus zu entfernen. Mehr noch, die FSLN nimmt sich nicht einmal mehr vor, den Kampf gegen Somoza zu führen (geschweige denn die Macht revolutionär zu erobern). Sie beschränkt sich im Gegenteil darauf zu verlangen, daß *man* den Somoza-Apparat auseinandernehme - Ade Begriff des Staates! Aber wer ist eigentlich dieses "man", wenn nicht die *Bourgeoisie*? Dadurch, daß sie die Absetzung Somozas und die Demokratisierung "des Landes" zu ihrer zentralen Forderung machte, betrat die FSLN den sumpfigen Boden der bürgerlichen Opposition.

Diese vollständige Kapitulation vor dem bürgerlichen Reformismus sollte sich im folgenden Jahr 1978, in dem die "Terceiristas" bei den bewaffneten sandinistischen Aktionen vom August-September die Hauptrolle spielten, noch deutlicher zeigen.

DAS PROGRAMM VON 1978

"Wofür kämpft die Sandinistische Front gemeinsam mit dem Volk?" - so hieß das Programm, das im Jahre 1978 erschien.

Die Einleitung dieses Programms bestätigt die Preisgabe des revolutionären Anspruchs der Formulierungen von 1969. Die Ziele werden auf das banale Anti-Somozatum des oben zitierten Textes herabgesetzt. Die Formel heißt jetzt: "Eine demokratische Volksregierung an die Macht bringen" (Großbuchstaben im Original) und nicht mehr wie 1969 "die revolutionäre Eroberung der politischen Macht durch die FSLN". Abgesehen davon, daß die wesentlichen ökonomischen und sozialen Maßnahmen den (wenn auch verschwommenen) antiimperialistischen und antioligarchischen Charakter des Jahres 1969 verlieren und an deren Stelle die bloße Enteignung von Somoza und Konsorten tritt, müssen wir einige bemerkenswerte Änderungen bei anderen entscheidenden Punkten hervorheben.

Streitkräfte: Das Programm von 1969 sprach von der Abschaffung der Nationalgarde und der Bildung einer "revolutionären und patriotischen Volksarmee". Die Arbeiter, Bauern, Studenten und "andere" (?) sollten bewaffnet werden und sich in Volksmilizen organisieren können. Es handelte sich um eine klassische Formulierung

der radikalen kleinbürgerlichen Demokratie. 1978 wird nunmehr merkwürdigerweise vergessen, die Abschaffung der Nationalgarde zu erwähnen. Hingegen ist von der Bildung von "neuen nationalen Streitkräften", der "demokratischen Volksstreitkräfte" die Rede. Verschwunden ist nicht allein die Bezeichnung "revolutionär", die der Bourgeoisie zweifellos unangenehm wäre, sondern auch die "Volksmilizen", die freilich noch unangenehmer sein dürften. Es handelt sich jetzt um eine klassische *bürgerlich-reformistische* Formulierung. Es gibt aber noch schlimmeres, nämlich die Haltung gegenüber den Mitgliedern der Nationalgarde. 1969 hatte man geschrieben, daß sich die *Soldaten* der Nationalgarde der revolutionären Armee anschließen könnten, und zwar unter folgenden Bedingungen: sie müßten "die Guerilla unterstützt haben", an ihren Händen dürfe "kein revolutionäres Blut kleben" und sie dürfen "das Volk nicht geplündert haben". 1978 haben sich die Maßstäbe dermaßen gelockert, daß praktisch die ganze Nationalgarde den "neuen patriotischen Volksstreitkräften" hätte angeschlossen werden können. Nicht allein Soldaten, sondern auch Offiziere kommen jetzt in Frage, und die Bedingung beschränkt sich neben der Unterstützung der FSLN einfach darauf, daß sie "in unsere Reihen überlaufen oder sich unseren Kräften ergeben"! Offiziere der Nationalgarde: An dem Tag, an dem die Bourgeoisie und ihr Herr, der amerikanische Imperialismus, sich entschließen, Somoza in die Wüste zu schicken, müßt ihr euch den Sandinisten ergeben, dann werdet ihr eure Posten behalten dürfen! Bis dahin könnt ihr eure Massaker weiter durchführen, ohne euch Sorgen um eure Zukunft zu machen...

Und inzwischen hat Tomás Borge, ein offizieller Vertreter der wiedervereinigten FSLN der spanischen Zeitung "El País" sogar erklärt, daß die FSLN mit der Nationalgarde "Gespräche führen würde, um zu einer Verständigung zu kommen, vorausgesetzt dies liegt im Interesse des nicaraguanischen Volkes". Als sei dies nicht genug, bietet er diesen Söldnern der Konterrevolution noch Gnade an: "In diesem Sinne möchte ich auf unsere weitgehende Bereitschaft zur Großherzigkeit gegenüber unseren jetzigen oder künftigen Gefangenen hinweisen". Kein Kommentar.

Haltung gegenüber dem Imperialismus: Im Programm von 1969 war davon die Rede, "der amerikanischen Einmischung ein Ende zu bereiten" und "die amerikanische Militärmission wie das Friedenscorps auszuweisen". ein besonderer Paragraph wurde dort der Abschaffung des Chamorro-Bryan-Vertrages gewidmet, der "aus Nicaragua und anderen mittelamerikanischen Ländern ein Kolonialgebiet des US-Imperialismus macht". Und was die Außenverschuldung angeht, wird erklärt, daß man "die von den US-Monopolen dem Land aufgezwungenen Wucherdarlehen nicht anerkennen wird".

1978 ist der Begriff US-Imperialismus ... verschwunden und demzufolge auch die 1969 gegen ihn anvisierten Maßnahmen. Um die Usancen nicht restlos zu verletzen, ist sehr verschwommen davon die Rede, "jede ausländische Einmischung" zu beenden. *Wie man das tun will*, und

um welche ausländische Macht es im betreffenden Fall geht, darüber läßt sich das Programm nicht aus, offensichtlich um das Weiße Haus und Carter nicht vor den Kopf zu stoßen. Die summarische Aufzählung einiger Äußerungen der imperialistischen Herrschaft, die es 1969 noch abzuschaffen galt, wird durch die feige Formulierung ersetzt, man werde keine Vereinbarungen anerkennen, "welche gegen unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität und unsere Würde (!) verstoßen". Mit solchen diplomatischen Erklärungen läßt man Tür und Tor für die Anerkennung *aller Vereinbarungen* offen. Zu den berühmten "Darlehen" - die nichts anderes sind als eine Form der imperialistischen Ausbeutung - äußert man sich überhaupt nicht mehr! Dies bedeutet natürlich nicht, daß man sie "vergessen" hätte, sondern daß man auch von diesem Punkt des Programms von 1969 entschieden Abstand nimmt. Tomás Borge erläuterte es im bereits zitierten Interview: "Wir haben Interesse am Ausbau von freundlichen Beziehungen zu allen Völkern und Regierungen der Welt, einschließlich der USA, natürlich immer unter der Voraussetzung, daß unsere Würde und unsere Souveränität vollkommen respektiert werden. Wir möchten, daß zwischen uns und allen anderen keine künstlichen Widersprüche bestehen bleiben" (das Joch der kolonialen Herrschaft ist ein ... "künstlicher Widerspruch"!)." Ein wichtiger Aspekt in diesem Sinne ist unsere schon bei anderen Gelegenheiten geäußerte Bereitschaft, alle früher eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren. Wir sind ohne Demagogie und ohne schrille Töne (!) bereit, Umschuldungsverhandlungen mit dem Ausland zu führen".

DIE MPU

Obwohl es das Programm einer einzigen der drei damals existierenden Tendenzen der FSLN war, zeigte das Programm von 1978 bereits vollkommen klar das allgemeine Abgleiten des Sandinismus in eine absolute Nachtrabpolitik gegenüber der oppositionellen Bourgeoisie und dadurch auch dem Imperialismus, dessen machtlose und untertänige Kreatur diese Bourgeoisie ist. Und in der Tat wurde das Programm der MPU (Movimiento Pueblo Unido = Bewegung der Volkeinheit), auf dessen Grundlage sich die drei Tendenzen vereinigen sollten, vom Programm des Jahres 1978 deutlich geprägt.

Die MPU wurde im November 1978, also einige Wochen nach der Niederschlagung des Aufstands, gebildet. Sie entspricht voll und ganz der von den Terceiristas vertretenen Auffassung einer breiten Anti-Somoza-Front, d.h. eines Bündnisses mit immer breiteren Sektoren der Bourgeoisie, was schon aus ihrer Zusammensetzung hervorgeht: Fast alle beteiligten Organisationen - insgesamt sind es 25 - vertreten Studenten, Künstler, Intellektuelle, Freiberufler und andere bürgerliche Kreise, nach der Sortez.B. der *Ampronac*, sprich der "Vereinigung der Frauen angesichts der nationalen Problematik" (sic!).

Was die wesentlichen Punkte wie Streitkräfte und Imperialismus angeht, übernimmt das Pro-

gramm der MPU die Aussagen von 1978. Zugleich bedeutet es aber einen Schritt vorwärts in der traurigen Nachtrablaufbahn des Sandinismus, der die MPU ohne Vorbehalte unterstützt und an der Formulierung ihres Programms offensichtlich maßgebend beteiligt war. Denn es wird jetzt vieles weiter "verdeutlicht", um der Bourgeoisie zusätzliche Garantien zugeben.

Die erste Verdeutlichung ist schon im einleitenden Satz des politischen Programms zu finden. Das Ziel ist, "die Somoza-Diktatur zu zerschlagen und einen Regierungswechsel herbeizuführen". Jeder unbequeme Hinweis auf eine *revolutionäre* Beseitigung der Diktatur, der ja auf einen Vorrang der Gewalt vor den schmutzigen und vom Imperialismus begünstigten Kulissenverhandlungen hindeuten könnte, wird ausgelassen. Und durch die Zielsetzung, "einen Regierungswechsel herbeizuführen", wird die Bereitschaft, diesen Verhandlungen eine vorrangige Bedeutung beizumessen und ihnen den so gepriesenen bewaffneten Kampf unterzuordnen, unter Beweis gestellt. "Zerschlagen" werden hier eigentlich nur die letzten revolutionären Anwendungen. Denn Revolution bedeutet Zerstörung des Staates, während Regierungswechsel die Kontinuität des Staates beinhaltet.

Der folgende Absatz, der sich mit der Regierungsfrage beschäftigt, bringt eine weitere "Verdeutlichung" zur Beruhigung der Bourgeoisie. Man spricht von einer Regierung der "demokratischen Einheit", aber nicht mehr von einer *Volksregierung*, denn dies würde die Bourgeoisie in Erinnerung an frühere Volksunruhen wohl unangenehm berühren. Selbst die programmatischen Formulierungen bringen zum Ausdruck, daß die Arbeiter- und Bauernmassen von der Macht und von der Politik auszuschließen sind!

Auch dort, wo es um die rechtliche Struktur des Staates geht, findet man zwei Verdeutlichungen, die den platten reformistischen Charakter der Sandinisten unter Beweis stellen. In Punkt 3 (Demokratisierung des Landes) feiert die heute in Lateinamerika so modische "konstituierende Versammlung" ihren Auftritt, der darin bestehen soll, die "nationale Verfassung zu überarbeiten", um ihr einen demokratischen Inhalt zu verleihen. Die Außerkraftsetzung der Somoza-Verfassung hätte an sich zwar nichts Revolutionäres, doch ist es bezeichnend, daß nicht einmal dies anvisiert wird: Sie wird überarbeitet, d.h. das Wesentliche bleibt bestehen, vor allem im Hinblick auf die Kontinuität des Staatsapparates.

In der Tat, wie wir aus dem sandinistischen Programm von 1978, das die MPU praktisch wiederholt, erfahren haben, wird die Militärhierarchie ihre Posten behalten können. Aber auch die Justiz und selbst der Richterstand, der die Somoza-Diktatur rechtlich abgesichert und unzählige Militanten und Arbeiter verurteilt hat, bleiben bestehen. Das Programm spricht lediglich davon, "das Justizsystem zu überarbeiten, um ihm einen demokratischen Charakter zu geben" und "die Korruption der Behörden wie die Bestechlichkeit der Richter zu beseitigen". Die bürgerlichen Herrschaften brauchen keine Angst zu haben. Die "sandinistische Volksrevolution" wird nichts anderes sein als ein Re-

gierungswechsel mit einigen harmlosen Reförmchen im Gefolge.

Als sei dies alles nicht ausreichend, führt die FSLN (immer vermittelt der MPU) auch auf ökonomischem Gebiet einige Verdeutlichungen derselben Sorte herbei. Dem Privatunternehmen wird die Unterstützung seitens der "Regierung der demokratischen Einheit" und die Beteiligung an der Ausarbeitung eines "industriellen Entwicklungsplans" zugesichert (Punkt 9). In der Agrarfrage (Punkt 8) wird den Utopien aus der alten Guerillazeit der Garaus gemacht. Den Großgrundbesitzern versichert man, sie hätten die seinerzeit von der FSLN gegen sie geforderte Agrar- und Bauernrevolution nicht mehr zu befürchten. Die "vollständige Agrarreform", die der Sandinismus nunmehr durch die MPU verlangt, wird den Großgrundbesitzern sogar helfen! Als Krönung der sieben Maßnahmen, aus denen diese Reform (deren Kernpunkt wie immer die Enteignung des Somoza-Grundbesitzes ist) bestehen soll, wird in einem besonderen Punkt emphatisch erklärt, daß "der Staat allen Produzenten (den großen, mittleren und kleinen) Kredite gewähren wird". Hier sind die ehemaligen Apostel der antiimperialistischen Bauernrevolution gelandet!

Die Laufbahn des Sandinismus, seine Entwicklung von der Guerilla, die vor allem die Bauernschaft für den Kampf gegen den Imperialismus und den Großgrundbesitz mobilisieren wollte, zu einem bloßen Anhängsel des bürgerlichen demokratischen Reformismus (der seinerseits vom US-Imperialismus offen unterstützt wird) hat eine allgemeine Bedeutung. Schon Cuba und der Castrismus hatten in ihrer Entwicklung den Bankrott des kleinbürgerlichen demokratischen Radikalismus in Lateinamerika gezeigt. Der Sandinismus erbringt hierfür eine zusätzliche Bestätigung. Selbst wenn sie die bewaffnete Gewalt befürworten, sind die Kräfte, die sich auf den Boden der Demokratie stellen, in der heutigen Epoche dazu verurteilt, sich bewußt oder unbewußt in ein Instrument des konterrevolutionären Manövers zu verwandeln. Eines Manövers, das vom Imperialismus und dessen Komplizen, den einheimischen Bourgeoisien, geführt wird und das darin besteht, die Demokratisierung der verschiedenen "Diktaturen" als ein Hilfsmittel für den Schutz der jeweiligen Staaten vor den sozialen Ausbrüchen zu benutzen, die - im wesentlichen vom Proletariat geprägt - sich infolge der Weltkrise zwangsläufig ereignen werden.

Der Bankrott des kleinbürgerlichen Radikalismus ist zugleich ein Aufruf zur einzigen konsequenten revolutionären Aufgabe - zur Vorbereitung der proletarischen und kommunistischen Revolution im Maßstab des ganzen Kontinents, wofür aber die Partei, die sich nur in diametraler Opposition zur Demokratie und all ihren Parteien bilden kann, das unabdingbare Instrument ist. Allein diese programmatische Perspektive kann den Aufruhr der revolutionären proletarisierten und bäuerlichen Massen zum Bestandteil eines erfolgreichen weltweiten Kampfes für den Sturz des Imperialismus und seiner lokalen Verbündeten machen. Sie allein kann die aufrichtigen Revolutionäre, die sich von

den sandinistischen "Heldentaten" täuschen ließen, davor schützen, daß sie ihren unbestreitbaren Mut, ihre unbestreitbare Entschlossenheit und Energie und selbst ihr Leben vergeblich einsetzen oder - was noch viel schlimmer ist - für die Sache des Feindes mißbrauchen lassen.

Die Aktion der Sadinisten (November 1979)

Wir haben die programmatische Unterwerfung des Sandinismus unter die "oppositionelle" Bourgeoisie dokumentiert. Die Ereignisse, die inzwischen mit dem Rücktritt Somozas und der Bildung einer neuen Regierung in Nicaragua gipfelten, bestätigen diese Unterwerfung auf der Ebene der praktischen Aktion. Sie zeigen, daß man von einer "sandinistischen Revolution" überhaupt nicht reden kann, obwohl alle "rechten" und "linken" Strömungen diesen Begriff ausgiebig verwenden.

In einem noch früheren Artikel hatten wir gezeigt, daß der Aufstand vom August - September 1978 entgegen einer verbreiteten Legende keineswegs von der FSLN organisiert und geführt worden war. Es hatte sich im Gegenteil um eine spontane Erhebung gehandelt, in die sich die FSLN mit ihrer militärischen Aktion einschaltete.

Jetzt war es freilich anders. Die Sandinisten wurden durch den Volksausbruch nicht überrascht, und ihre militärische Aktion hat ohne Zweifel ein größeres spezifisches Gewicht als der spontane Massenaufbruch gehabt. Sie waren effektiv in der Lage, die Massen in ihren Bahn zu lenken und ihrer allgemeinen politischen Strategie zu unterwerfen. Dies wurde möglich, weil die FSLN in den rund acht Monaten, die nach dem ersten Aufstand verstrichen sind, einerseits ihre "innere" Organisationsstruktur zahlenmäßig und geographisch ausbauen und wirksamer gestalten, andererseits - und zwar vor allem durch ein Netz von Einwohnerkomitees - ihre Bindung zu den Massen stärken konnte.

Allerdings wurden die militärische Stärkung und die organisatorische Festigung nicht in den Dienst eines wirklich revolutionären Kampfes gestellt. Ihre objektive Rolle war vielmehr die "nationale Einheit" (unter Ausschluß des "Somoza-Clans") sicherzustellen und, was damit dialektisch zusammenhängt, einen Angriff der Massen gegen eine Herrschaftsordnung, die für sie nur Unterdrückung und Ausbeutung bedeutet, zu verhindern. Diese Ordnung - man muß es mit Nachdruck betonen - ist nach wie vor die kapitalistische und halbkoloniale Ordnung, für die der "Somozismus" nur eine der möglichen politischen Strukturen bildete.

Die Erstickung der revolutionären Energie der Massen war ein Ergebnis der katastrophalen Strategie und der Prinzipien des Sandinismus. Im Gegensatz zu dem Eindruck, zu dem eine oberflächliche Betrachtung der Ereignisse verleiten könnte, bestand diese Strategie keineswegs darin, den Gegner durch die bewaffnete Gewalt der

aufständischen Massen niederzuwerfen, sondern in der Anwendung der bewaffneten Aktion und des Einflusses auf die Massen als ein *Druckmittel am Verhandlungstisch*, um beim US-Imperialismus eine Beteiligung der FSLN an der "ausgehandelten Lösung" der "nicaraguanischen Krise" durchzusetzen. Mit anderen Worten, der bewaffnete Kampf, dieser Angelpunkt der Guerillaauffassung und auch der FSLN in ihren ersten Jahren, wird zu einem einfachen *Zubehör* des politischen Geschäftes, das man mit dem Gegner betreibt, anstatt ihn konsequent zu bekämpfen.

Das Interview von Tomás Borge, dem enfant terrible der jetzigen bürgerlich-sandinistischen Regierung, mit "El País" (siehe "Chiers Sandinistes" Nr. 2, Paris, Januar 1979), das wir im letzten Artikel zitiert haben, ließ diesen heißen Wunsch nach "Anerkennung durch die USA" bereits durchblicken. In diesem Interview meinte Borge zunächst, daß der Versuch der amerikanischen Diplomatie, nach den Ereignissen vom September 1978 durch die Einschaltung des "Vermittlungsausschusses" Somoza und die bürgerliche Opposition (1) zu einer "Verhandlungslösung" zu bewegen, gescheitert sei: "Die USA haben keine Formel finden können, um den nicaraguanischen Konflikt nach ihren Interessen zu lösen". Als hätte die Regierung Somoza nicht mehr den Interessen der USA entsprochen! Gerade zu jenem Zeitpunkt, als eine politische und soziale Unruhwelle den status quo in ganz Mittelamerika zu bedrohen schien, ließen sich die Interessen der USA in einem einzigen Wort zusammenfassen: *Ordnung!* Und gerade das Blutbad, das die Nationalgarde nach der verheerenden "sandinistischen Offensive" vom September 1978 stiftete, *stand in vollkommener Übereinstimmung mit diesem grundlegenden Interesse.*

Borges weitere Ausführungen hören sich wie ein Versuch an, die USA davon zu überzeugen, nichts liege mehr "in ihrem Interesse" als eine Machtbeteiligung der Sandinisten: "Diese Tatsache ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß man versucht hat, sich künstlich über eine objektive Wirklichkeit wie die Existenz des Sandinismus als *zusammenhaltende Kraft der öffentlichen Meinung* (! Herv. IKP) hinwegzusetzen. Es ist tatsächlich absurd, daß *man* sich eingebildet hat, das Problem ohne die Mitwirkung der FSLN zu lösen" usw. usw. Es handelt sich, wie man sieht, nicht um eine Revolution, sondern um ein "Problem". Es ist dieselbe Sprache, welche die Bourgeoisie in der ganzen Welt benutzt. Was das extrem diplomatische und von uns hervorgehobene "man" betrifft - wer ist darunter gemeint, wenn nicht gerade der US-Imperialismus? Wenn der Leser den Satz noch einmal mit dem Substantiv anstelle des Pronoms liest, wird er feststellen, daß unser Urteil über die FSLN keineswegs ungerecht ist...

Eine solche Sorge um die amerikanischen Interessen mußte die FSLN logischerweise dazu führen, sich als Garant der Grundbedingung dieser Interessen darzustellen: der Ordnung. Sie tat es, diesmal durch den Mund von Hum-

berto Ortega, inzwischen Oberbefehlshaber der sandinistischen Volksstreitkräfte: "Es wird sehr schwierig sein, das Volk, das sich schon weit radikalisiert hat, zu bremsen (!) (...). Die FSLN ist die einzige sichere Kraft, um das Chaos in Nicaragua und die Instabilität in der Region zu vermeiden" (Interview mit "El País", 28.4.79). Ein Kommentar erübrigt sich.

DER KAMPF IN MANAGUA

Die Aktion der Sandinisten in Managua läßt diese "Strategie der Verhandlungen" und ihre für die Massen verheerenden Folgen deutlich hervortreten.

Die "sandinistische Offensive" wurde am 29. Mai ca. einen Monat nach dem Interview von Don Humberto, entfesselt. Managua, das bis dahin nur eine zweitrangige Rolle gespielt hatte, verwandelte sich diesmal in den wichtigsten Schauplatz des Kampfes. Der Grund hierfür ist einfach. Auch unter normalen Bedingungen ist die landwirtschaftliche Arbeit, die vom November bis April läuft, im Monat Mai zu Ende. Große Massen von Saisonarbeitern (sie werden auf eine halbe Million, d.h. rd. 20% der Gesamtbevölkerung des Landes geschätzt!) fließen dann alljährlich in die Städte.

Da die Mehrzahl der Provinzstädte durch die Zusammenstöße vom August - September 1978 und die nachfolgenden episodischen Kämpfe verwüstet waren, begab sich ein großer Teil dieser Menschenmasse in die Hauptstadt. Sie hoffte, dort eine Überlebenschance zu finden. Diese Hoffnung schwand sehr bald und verwandelte sich in Aufruhr.

Die ersten Zusammenstöße in Managua fanden am 8. Juni statt. Am 10. Juni befanden sich praktisch alle Wohnviertel (die eleganten Bezirke natürlich ausgenommen) im Aufstand. Man kann die Gewalt des Ausbruches am Fortschreiten der Kampffront messen: Am 13. Juni kämpfte man schon in weniger als tausend Meter Entfernung vom Somoza-Bunker; am 14. hatte die Regierung die Kontrolle über die Hälfte von Managua verloren. Und gerade an diesem Punkt zeigte die sandinistische Strategie ihr schändliches Gesicht.

Der Knotenpunkt von Somozas Staatsapparat war in Schußnähe, die Aufständischen schritten unwiderstehlich voran, Somozas Truppen waren "anscheinend erschöpft" ("Le Monde" vom 13.6.) und - was bezeichnend ist - die FSLN hatte noch nicht ihre gesamten Kräfte in den Kampf gezogen (2). Wäre die Absicht der Sandinisten *tatsächlich* die Niederwerfung von Somoza gewesen, wären sie *wirklich revolutionär*, dann hätten sie gerade diesen Augenblick ausgenutzt. Sie hätten ihre Kräfte auf die Hauptstadt zusammengezogen und den Angriff auf das Gelände entfesselt, wo sich der Regierungsbunker, die Kaserne der besten Truppe der Nationalgarde, die Infanterieschule (EEBI) und der Landeplatz für die Hubschrauber der Nationalgarde in einem einzigen architektonischen Komplex befinden, ganz zu schweigen von den Verwaltungszentren und vom kaum geschützten Hotel Intercontinen-

tal, das voll belegt war mit somozistischen Würdenträgern und so "interessanten Persönlichkeiten" wie der Innen- und der Verteidigungsminister. Doch selbst der Korrespondent von "Le Monde" mußte sich wundern, daß die Sandinisten nicht hingegangen seien, um "sich anzuschauen, was los war".

Denn so ist es. Die FSLN griff den Komplex nicht an. Im Gegenteil, sie brach die von den Massen spontan gegen das Zentrum der Macht ausgelöste Offensive ab und beschloß, den Rückzug in die Wohnviertel. Don Humberto hätte sich nicht treffender ausdrücken können, als er davon sprach, das Volk zu *bremsen*! Nachdem der Druck auf das Bunkergelände unterbrochen worden war, konnten sich die Somozatruppen wieder fangen und einen Gegenangriff starten. So konnte Somoza die Operationen vom Bunker aus weiterhin führen und die Elitetruppen der EEBI einsetzen, die eine Säuberungsaktion begannen. Dabei wurden sie durch die Bombenangriffe der Hubschrauber, die vom unbeschädigten Flugplatz starten konnten, gestützt. Währenddessen hielten die Sandinisten die Massen in einer selbstmörderischen Defensive in den Wohnvierteln zurück.

Über das von der FSLN eingeführte Abwehrsystem müssen wir noch ein Wort sagen. Die Volksviertel wurden in zwei Gruppen unterteilt: "aufständische Gebiete" und "befreite Gebiete". Selbst ein führender Sandinist wie Moisés Hassan war in seinem Interview mit "Libération" jedoch nicht in der Lage, den Unterschied zwischen beiden darzulegen. Aus verständlichen Gründen, d.h. um die wahre Natur des Sandinismus nicht zu entlarven. Als "aufständisch" wurden jene Gebiete bezeichnet, die in geringerer Entfernung vom Feind waren, die Gebiete an der Front. Ihre von den Einwohnern errichteten Barrikaden wurden *lediglich* durch vor Ort rekrutierte "Volksmilizen" verteidigt (Hassan selbst brachte diese Klarstellung in seinem Interview mit den Korrespondenten von "Le Monde", der "New York Times" und "The Guardian" vom 18.6.79). Kaum bewaffnet - "eine Pistole, eine leichte Waffe auf je zehn Männer, jeder bewaffnet sich wie er kann" ("El País", 23.6.79) - und bar jeder militärischen Ausbildung mußten gerade diese Milizen dem Angriff der Nationalgarde direkt entgegenzutreten. Hinter dieser ersten Barrikadenlinie und durch sie wie durch weitere Barrikaden geschützt, deren Festigkeit mit dem Abstand von der Kampffront zunahm, befanden sich die "befreiten Gebiete", in denen lt. Hassan die "am besten ausgebildeten und bewaffneten Elemente der Front" - endlich mal! - anzutreffen waren. Mit anderen Worten schickte die FSLN die Einwohner direkt ins Massaker und zog ihre eigenen Kräfte in einem sicheren Gebiet zusammen.

EINE "REVOLUTION DURCH VERHANDLUNGEN"

Kommen wir jedoch auf die sandinistische Strategie zurück. Der Aufstand von Managua gehörte nicht zu den ursprünglichen Plänen, wie es später die sandinistischen Führer

selbst zugeben sollten: "Managua erhob sich zum Teil spontan und zu früh" ("Le Monde", 3.7.79). Schauen wir uns an, warum. Die FSLN wollte zunächst Positionen in der Provinz erobern. Durch die Kontrolle der wichtigsten Provinzstädte würde sie den amerikanischen Imperialismus dazu zwingen, sie anzuerkennen, und schließlich, wenn sie mehr "Positionen" als die Somoza-Regierung selbst unter Kontrolle hätte, ihrer Beteiligung an der Macht zuzustimmen. (Wie wir gesehen haben, beanspruchte die FSLN keine Alleinmacht und sie war übrigens bereit, Washington die notwendigen Zugeständnisse zu machen.)

Dieser Strategie folgend, begann die FSLN ihre "Offensive" in León, Chicigalpa, Masaya, Granada und bald darauf in Matagalpa, Estelí und Chinandega. Die Frage der Hauptstadt sollte erst am Ende kommen, nachdem die *Verhandlungen* mit Washington zur ... Entlassung Somozas und zur Machtübergabe an eine provisorische bürgerlich-sandinistische Regierung geführt hätten. Deshalb wurde der Aufstand von Managua zu Beginn der Offensive als "zu früh", als ein Spielverderber betrachtet. Diese Strategie, die auch nur des Hauches eines revolutionären Charakters entbehrt, ist zwar in keinem veröffentlichten Dokument schriftlich fixiert. Aber sie steht in der Entwicklung der Ereignisse selbst unauslöschlich eingraviert: Volksausbruch in Managua, Kontrolle dieses Ausbruches und Rückzug in die Wohnviertel, Verlassen der Hauptstadt und, wie wir sehen werden, Wiederbeginn der Offensive auf Managua, nachdem die Kontrolle über die wichtigsten Provinzstädte gesichert war.

Es handelte sich also darum, die Machteroberung auszuhandeln. Da sich aber der US-Imperialismus mit programmatischen Erklärungen nicht zufrieden gibt, mußte die FSLN durch Taten beweisen, daß sie 1. keinerlei Absicht hegte, "die Revolution zu machen" (was sie ja unaufhörlich schwor, indem sie zusicherte, Nicaragua würde kein zweites Cuba sein), 2. imstande war, die Massen zu kontrollieren, 3. regierungsfähig war.

Was die zwei ersten Punkte betrifft, lieferten die Ereignisse von Managua einen überzeugenden Beweis. Und um den Nachweis zu erbringen, daß sie die dritte Bedingung erfüllen konnte, konzentrierte die FSLN, kaum hatte sie eine Stadt befreit, ihre Anstrengungen auf den Aufbau eines lokalen Verwaltungsapparates (was sie selbst in den Wohnvierteln von Managua getan hat) und stellte die militärische Aktion auf den zweiten Plan.

Der US-Imperialismus akzeptierte diese Beweise, die durch das "Bündnis" mit immer breiteren Schichten der nicaraguanischen Bourgeoisie gestärkt wurden. Und am 16. Juni 1979, zwei Tage nach der Bildung der provisorischen Junta in Costa Rica, d.h. auch zwei Tage nach der Unterbrechung der Offensive der Massen in Managua, erkannte er die FSLN als "einen legitimen Bestandteil der Opposition", der sich als solcher an der "Suche einer Lösung für die Krise in Nicaragua" beteiligen könne ("Le Monde", 20.6.79). Zur erwähnten Junta gehörten zwei mit Washington verbundenen Persönlichkeiten (Robelo

und die Witwe Chamorro), ein "Gemäßigter", der über Bindungen zur internationalen Sozialdemokratie verfügt (Sergio Ramirez) und nur zwei Sandinisten (der gemäßigte Hassan und Daniel Ortega, der Führer der "Terceiristas", d.h. der Strömung, die eng mit der Sozialistischen Internationale liiert ist).

Damit begann ein schmutziges diplomatisches Spiel, an dem die FSLN bereitwillig teilnahm, und das in Somozas Abreise gipfelte. Schauen wir uns einige Etappen dieser ausgehandelten ... "Revolution" an.

Unmittelbar nach der Anerkennung der FSLN hat Washington eine Versammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) einberufen. Mit derselben Strategie der Sandinisten, d.h. mit der Strategie der Verhandlungen, startete Somoza am 19.6. den Gegenangriff auf Managua, um gegenüber der OEA "Trümpfe" vorweisen zu können. Das Gemetzel war bestialisch, und die FSLN nutzte ihrerseits die Toten aus, um die internationale öffentliche Meinung, diese Göttin des kleinbürgerlichen Schwachsinn, zur Verurteilung des Somozismus im Namen der Menschenrechte aufzurufen. Einen Tag nach dem Beginn der Gegenoffensive wollte jedoch die geschichtliche Vorsehung (oder war es der US-Geheimdienst?), daß ein Nationalgardist einen amerikanischen Zeitungsmann ermordete, womit ein offizielles Motiv für die Verurteilung Somozas geliefert war. Diese erfolgte öffentlich am nächsten Tag, dem 21.6., auf der OEA-Konferenz. US-Außenminister Cyrus Vance befürwortete höchstpersönlich die Ablösung Somozas durch eine Regierung der nationalen Versöhnung, die nach seinen Worten "einen deutlichen Bruch mit der Vergangenheit" darstellen sollte. Vances Rede enthielt einen weiteren Punkt, der für großes Aufsehen sorgte, nämlich die Intervention einer interamerikanischen Friedenstruppe unter der Ägide der OEA, um die Ordnung während des Regierungswechsels zu sichern.

Da dieser Vorschlag von den anderen Ländern abgelehnt wurde, war wieder oberflächlicher Weise von einer Niederlage der USA die Rede. Doch wußten alle - und an erster Stelle Vance selbst - von vornherein, daß dieser Punkt nicht angenommen werden würde. Nebenbei gesagt, lehnte selbst der US-Imperialismus ihn ab, wie der begeisterte Applaus zeigte, den die "New York Times" der ablehnenden OEA-Haltung entgegenbrachte. Warum dann dennoch den Vorschlag unterbreiten? Nicht so sehr, um die FSLN unter Druck zu setzen, oder aus innenpolitischen Gründen (Rücksicht auf die "Falken" in den USA usw.), sondern im wesentlichen, um die Grundbedingung der USA für eine "Wachablösung" in Nicaragua verklausuliert zu bekräftigen. Die neue Regierung mußte, wie Vance gefordert hat, aus "Persönlichkeiten" gebildet werden, "welche die Unterstützung und das Vertrauen des breitesten Spektrums der Bevölkerung genießen", sprich die Unterstützung und das Vertrauen des Weißen Hauses. Das Manöver ist ihm vollkommen gelungen. Während die ganze Aufmerksamkeit auf die Drohung mit der Interventionstruppe gerichtet war, unterbreitete die Andengruppe - bekanntlich eine Fürspre-

cherin der sandinistischen "Revolution durch Verhandlungen" innerhalb der OEA - ein "Vierpunkteprogramm", das optisch ein Gegenvorschlag war, in Wirklichkeit aber alle wesentlichen Forderungen der USA beinhaltet: 1. Sofortiger und endgültiger Ausschluß des Somoza-Regimes (= Vance); 2. Errichtung einer demokratischen Regierung, in deren Zusammensetzung der Beitrag der *verschiedenen Gruppen* des Landes zur Ablösung des Somoza-Regimes Anerkennung findet (= US-Forderung mit anderen Worten ausgedrückt); 3. Garantie für die Achtung der Menschenrechte *aller* Nicaraguaner; 4. kurzfristige Durchführung freier Wahlen" usw. ("El País", 24.6.79). Es erübrigt sich zu sagen, daß auch die zwei letzten Punkte, selbst wenn sie in Vances Rede nicht enthalten waren, zum Forderungskatalog der USA gehörten. Die FSLN ihrerseits predigte eine Mäßigung der ohnehin gemäßigten "Revolution", um die US-Intervention zu vermeiden, und Washington, nachdem es das gewünschte Ergebnis erzielt hatte, täuschte einen Rückzug vor und ließ den Antrag zur Entsendung einer interamerikanischen Friedenstruppe fallen. Als die OEA am 23.6. eine harmlose Resolution annahm, in der der 1. Punkt der Andenländer fast wörtlich wiederzufinden ist, konnte sich das State Department sogar den Luxus leisten, "die Festigkeit" zu begrüßen, "mit der die OEA die Abreise vom Präsidenten Somoza verlangt" ("Le Monde", 26.6.79).

Zu diesem Zeitpunkt begannen die USA, einen starken Druck auf Somoza auszuüben, um seinen Rücktritt zu erreichen. Sie ließen ihm aber *so viel Zeit wie nötig*, um vor allem in der Hauptstadt ein solches Blutbad an den Massen zu veranstalten, daß die Ordnung danach für eine Weile gesichert wäre. Das Massaker soll über 40.000 Tote hinterlassen haben!

Am 27.6. traf der neue amerikanische Botschafter in Managua ein. Sein Akkreditierungsschreiben hat er Somoza nicht einmal abgegeben. Wie in Washington offiziös erklärt wurde, bestand seine Mission darin, Somoza "zum Rücktritt zu zwingen" ("Le Monde", 29.6.79). Zum selben Zeitpunkt zog die FSLN ihre Streitkräfte überraschend aus den Wohnvierteln der Hauptstadt zurück - verwirrt und desorganisiert sahen sich die Einwohner der verschärften Repression seitens der Nationalgarde gegenüber. Am selben verhängnisvollen 27.6. erklärten die Sandinisten außerdem ihre Absicht, einen Staatsrat aus dreißig Mitgliedern zu bilden, an dem "alle repräsentativen Strömungen des Kampfes gegen Somoza" beteiligt sein würden. Vances Grundforderung stand einer Erfüllung immer näher.

Das Verhandlungsballett wurde immer reger, und es gab spektakuläre Schritte. So wurde Edmundo Jarquín, der nach Absicht der USA eine provisorische Regierung mit sandinistischer Minderheit führen sollte, vom amerikanischen Botschafter persönlich aus dem Gefängnis geholt. Anfang Juli fanden die ersten geheimen Gespräche zwischen dem amerikanischen Unterhändler Bowdler und der Junta statt, die erst am 11.7. durch Bowdler bekanntgegeben werden sollten. Seitdem sammelten die Sandinisten ihre Erfahrungen im Intrigenspiel der *Geheimdiplomatie*.

SOMOZAS STURZ

Am 9.7. begann die FSLN, die die wichtigsten Städte des Landes bereits unter Kontrolle hatte, ihren Vormarsch auf Managua. Am 10.7. standen ihre Streitkräfte einen Marschtag von der Hauptstadt entfernt. Und sie blieben dort, unbeweglich, abwartend, daß Bowdler Somoza zurücktreten ließe.

Am folgenden Tag, dem 11.7., machte der Rundfunksender der FSLN, der sich in Costa Rica befand, einen Friedensvorschlag an Somoza. Für seine Abreise boten die Sandinisten an, die Mitglieder der Nationalgarde, soweit sie es möchten, in die zukünftigen nationalen Streitkräfte zu übernehmen, oder ihnen ganz einfach zu gestatten, das Land in Freiheit zu verlassen. Obwohl er formal an Somoza, der ihn am Tage darauf ablehnte, gerichtet war, bildete der Vorschlag in Wirklichkeit ein x-maliges Zugeständnis an Washington, hatten ja die USA immer auf der Eingliederung der Nationalgarde in die zukünftigen Streitkräfte bestanden.

Am 12.7. traf die Junta wieder mit Bowdler zusammen und erklärte sich danach bereit, "eine flexiblere Haltung" (!?) einzunehmen, "ohne jedoch unsere Prinzipien (welche, bitte sehr?) zu verletzen". Sie begründete es mit der ... günstigen Militärlage! Zudem hat die Junta Bowdler einen Plan für die Ablösung von Somoza vorgeschlagen. Dieser sollte zurücktreten und die Macht in den Hände des Parlaments legen, das seinerseits die bürgerlich-sandinistische Provisorische Regierung bestätigen würde. Bowdler lehnte den Plan ab, ohne Zweifel um Somoza Zeit für die Vollendung des Massakers zu geben, eines Massakers, das die FSLN, deren Truppen weiterhin friedlich einen Marschtag vor der Hauptstadt lagerten, durch ihre ganze Haltung mitvollzogen hat.

Bowdler hatte um einen neuen Gesprächstermin gebeten, der am 14.7. stattfinden sollte. Wie ein Sandinist dem "País" erzählte, ist er spät abends "mit einer Flasche alten Weins" gekommen - ob es Rotwein war, rot wie das Blut, das in den Slums von Managua floß? Man trank in einer Atmosphäre großer Herzlichkeit. Euphorisiert, stellten die Sandinisten das Treffen als "einen Fortschritt" dar. Wenn man bedenkt, daß Somoza zwei Tage später, in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli, zurücktrat und die Macht dem Kongreßvorsitzenden, einer grotesken Figur namens Francisco Urcuyo, ganz wie es im sandinistischen Plan vorgesehen war, übergab, so muß man folgern, daß der "Fortschritt" in der Annahme dieses Plans durch Bowdler und in dessen Entschlossenheit, Somoza zu verjagen, bestanden hatte. Es liegt auf der Hand, daß der erfahrene Bowdler nichts gegeben hat, ohne dafür etwas genommen zu haben. Als Gegenleistung wurden zweifellos einige Schlüsselpositionen der Provisorischen Regierung mit "Vertrauensleuten" belegt, ganz abgesehen von anderen Sicherheiten.

Was die Regierung, deren Zusammensetzung am

Tage nach diesem Treffen bekanntgegeben wurde, betrifft, so genügt es zu sagen, daß der Vorsitzende der Zentralbank, Arturo Cruz, bis vor kurzem für die Weltbank in Washington gearbeitet hatte; daß der Außenminister, der berühmte Pfarrer Miguel d'Escotto, Mitglied einer amerikanischen Priesterordens ist; daß der Verteidigungsminister, Oberst Bernardino Larrios, ein ehemaliger Offizier der Nationalgarde ist, der im September 1978, wie es heißt, auf Washingtons Rechnung, einen Staatsstreich gegen Somoza versucht hatte. Es nimmt daher nicht wunder, wenn der Korrespondent von "Le Monde" geschrieben hat, daß "dieses Kabinett hier selbst unter den Anhängern Somozas als gemäßigt betrachtet wird" (3).

Erst zwei Tage nach dem Rücktritt Somozas, d.h. am Nachmittag des 19. Juli, traten die sandinistischen Streitkräfte in die Hauptstadt ein. Die Nationalgarde ergab sich ihnen ohne jeglichen Zusammenstoß, und erst nachdem sie sich ergeben hatte, besetzten die Operettenrevoluzzer den Bunker, die Kaserne und die Infanterieschule. Das Ganze nannten sie ... siegreiche Revolution!

Die *wirkliche* Revolution, in Nicaragua wie in ganz Lateinamerika - sie steht noch aus. Sie wird nicht die Machteroberung im Gipfel des Staates aushandeln, sondern den Staat mit Waffengewalt in einem *Bürgerkrieg* zerschlagen. Die proletarischen und halbproletarischen Massen, die in diesem Bürgerkrieg die Hauptrolle spielen werden, haben von der kleinbürgerlichen Demokratie, deren radikalster Ausdruck gerade die Guerilla war, für die die FSLN uns ein Beispiel liefert, nur noch Verrat zu erwarten. Allein die proletarische Partei, die kommunistische Weltpartei, wird sie auf dem Weg der Revolution führen können, einer Revolution, deren Ziel nicht die Demokratie, sondern der Kommunismus ist.

ANMERKUNGEN:

- (1) Erinnern wir daran, das die FSLN noch nicht *offiziell* zu den Verhandlungen zugelassen wurde. Sie beteiligte sich jedoch indirekt durch die "Gruppe der 12".
- (2) In einem Interview mit der französischen Tageszeitung "Libération" (26.6.79) erklärte Moisés Hassan, daß keine Guerillakolonnen auf Managua eingesetzt wurde. Die einzige operierende militärische Formation waren die "Volksmilizen".
- (3) Nach dem bereits Geschilderten brauchen wir wohl nicht darauf hinzuweisen, daß jeder seitdem erfolgte Ministerwechsel die Interessen der USA weiterhin strikt berücksichtigt. Für die Trotzlisten, deren IV. Internationale wegen Nicaragua wieder in eine Krise stürzte (Motto: Soll man sich den Sandinisten restlos anbiehern, oder sie nur ... kritisch unterstützen?), ist allerdings selbst ein Ministerrücktritt ein Zeichen der "permanenten Revolution", die ihrer Ansicht nach mit dem Rücktritt Somozas eingeleitet wurde.